

## Supermacht Asien

„Oh, East is East, and West is West/ And never the twain shall meet“, schrieb der britische Schriftsteller Rudyard Kipling in seiner „Ballade von Ost und West“ 1889, „Till Earth and Sky stand presently/ At God’s great Judgment seat.“

Nun ist 2018 nicht Weltuntergang. Wohl aber erleben wir den schleichen- den Anbruch einer neuen Welt, mit einem westlichen und einem asiatischen Pol. Anders als in Kiplings Ballade vernetzen sich heute Westen und „Osten“ (sprich: Asien) zu einem bisher nicht gekannten Grade, stehen aber zugleich in einem immer stärkeren Systemwettbewerb miteinander, während die Ord- nung, die eine „freie Welt“ gewährleisten sollte, immer stärker bröckelt. Bei- nahe unmerklich verschiebt sich gerade die Machtbalance.

„China entwickelt eine umfassende Systemalternative zur westlichen, die nicht wie unser Modell auf Freiheit, Demokratie und individuellen Menschen- rechten gründet“, warnte Außenminister Sigmar Gabriel am 17. Februar 2018 auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Zudem sei China das einzige Land mit einer „wirklich globalen, geostrategischen Idee“, das mit dem romantisch be- titelten Projekt der neuen Seidenstraße – heute als knallharte Infrastruktur- Außenpolitik erkannt – den Versuch gestartet hat, „ein umfassendes System zur Prägung der Welt im chinesischen Sinne“ zu etablieren.

Lange glaubte man in Europa und den Vereinigten Staaten, die Welt wer- de stetig westlicher; nun passiert gerade das Gegenteil. Während der britische Journalist Gideon Rachman diese neue „Easternization“ – „Veröstlichung“ – und ihre Folgen beschreibt, empfiehlt der frühere portugiesische Europa- Minister Bruno Maçães den europäischen Staaten eine intensive Beschäfti- gung mit dem nun gar nicht mehr Fernen Osten. May-Britt Stumbaum und Jan Gaspers zeigen die Unzulänglichkeiten der bisherigen europäischen Politik auf und beschreiben Europas Möglichkeiten, auf die Entwicklungen zu reagieren.

Dazu braucht die Europäische Union vor allem Einigkeit – und die Fähig- keit zum gemeinsamen außenpolitischen Handeln. Viel Zeit, diese zu entwi- ckeln, bleibt allerdings nicht mehr.

Die Redaktion

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

8

## Florierend

Asiens wirtschaftliche Macht  
verwandelt sich in politischen  
Einfluss weltweit

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

44

## Stagnierend

Wladimir Putin bietet Russland  
keine Zukunftsperspektive  
außer sich selbst

5 IP-Forsa-Frage: der Aufstieg Asiens

### SCHWERPUNKT

## Supermacht Asien

8 Gideon Rachman

### Das asiatische Zeitalter

Der Aufstieg Chinas und Indiens  
verschiebt globale Machtgleichgewichte

14 Interview mit Bruno Maçães

### „Die Welt wird eurasisch“

Der frühere Europa-Minister fordert, sich  
stärker mit Fernost zu beschäftigen

18 May-Britt U. Stumbaum

### Preis der Vernetzung

Was „Konnektivität“ im Verhältnis zu  
Asien bedeutet und was die EU tun muss

24 Jan Gaspers

### Schluss mit Scheinheiligkeit

Chinas Politik spaltet Europa. Die EU  
muss für eine gemeinsame Linie sorgen

30 Friedbert Pflüger

### Von der Pax Americana zur Pax Sinica?

Der Weltmachtanspruch der  
chinesischen Energie- und Klimapolitik

37 Bernhard Bartsch

### Begrenzte Möglichkeiten

Japans Umgang mit Chinas Übermacht  
hält Lehren für Europa bereit

### Russland vor der Wahl

44 Stefan Meister

### Stresstest für das System Putin

Der „Präsidentenwahlkampf“  
offenbart Russlands innere Schwäche

50 Vladislav Inozemtsev

### Der russische Kreislauf

Warum es unter Wladimir Putin keine  
Außenpolitik mehr gibt

- Gegen den Strich**
- 58 Jan Techau  
**Transatlantische Beziehungen**  
Sieben Thesen auf dem Prüfstand
- Italien**
- 64 Ettore Greco  
**Angewiesen auf Europa**  
Die nächste Regierung wird sich  
Euroskepsis kaum leisten können
- 68 Interview mit Emma Bonino  
**„Den europäischen Traum  
verteidigen“**  
Die ehemalige Außenministerin über  
Italiens Rolle in Europa
- Sozialdemokratie**
- 72 Jochen Bittner  
**Flucht in den supranationalen  
Fanatismus**  
Europas Sozialdemokraten scheuen eine  
tiefgreifende Gegenwartsanalyse
- Deutsche Außenpolitik**
- 78 Andreas Rinke  
**Neue Verantwortlichkeit**  
Der Koalitionsvertrag zeugt von außen-  
und europapolitischem Aufbruchwillen
- Syrien**
- 83 Markus Bickel  
**Unschärfe rote Linien**  
Das Bürgerkriegsland ist ein Schlachtfeld  
der Regional- und Großmächte
- 88 Bettina Vestring  
**Assad auf den Fersen**  
Das Regime wird sich für seine  
Verbrechen verantworten müssen
- Vereinte Nationen**
- 94 Christoph Heusgen  
**Mehr globale Verantwortung**  
Deutschlands Kandidatur für einen  
nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat
- 118 Beunruhigend**  
Werden spätere Historiker den  
Aufstieg der Populisten als kuriose  
und kurzlebige Phase betrachten  
oder als epochalen Wandel?
- Energiesicherheit**
- 100 Anke Schmidt-Felzmann  
**Instrument russischer  
Geopolitik**  
Ernste Bedenken sprechen gegen die  
Erdgaspipeline Nord Stream 2
- 107 Matthias Dornfeldt  
**Hoffen auf die Südschiene**  
Mit Erdgas aus Aserbaidschan will die  
EU ihre Versorgungssicherheit erhöhen
- Wirtschaftsmetropolen**
- 112 Jörg Schmilewski  
**Bauboom in Melbourne**  
Doch ohne Investitionen aus China wird  
der Ausbau nicht machbar sein
- Essay**
- 118 Yascha Mounk  
**Für unsere Überzeugungen  
kämpfen**  
Wie wir die liberale Demokratie gegen  
den Populismus verteidigen können
- 128 **Brief aus ... Vilnius** | Marko Martin  
**Fallstricke der Erinnerung**
- 130 **Internationale Presse** | Carsten Volkery  
**Großbritannien: Die Feigheit  
der Brexiteers**
- 134 **Buchkritik** | Aylin Matlé, Luisa Seeling  
**Überraschend oder  
unausweichlich?**
- 144 **Schlusspunkt** | Michael Rühle  
**Wie wird man  
Sicherheitsexperte?**
- 142 Impressum

Anfang des Jahres drohte Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un den USA noch mit dem „Atomwaffenknopf“ („Mein Knopf ist größer“, twitterte daraufhin US-Präsident Donald Trump). Doch in derselben Rede schlug er Südkorea vor, bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang vom 9. bis 25. Februar mit einer gemeinsamen Mannschaft anzutreten. Seoul ging darauf ein, und der Konflikt war für den Moment entschärft.

## Kim Yong-nam und die olympische Friedensdiplomatie



© Illustration: Roland Brückner

Kopf der nordkoreanischen Mission: Kim Yong-nam, Vorsitzender des Präsidiums des nordkoreanischen Parlaments. Der **90** Jahre alte frühere Außenminister ist seit Jahren ranghöchster außenpolitischer Repräsentant und als einziger der Führung nicht mit Sanktionen des UN-Sicherheitsrats belegt. Seit 1980 ist Kim Yong-nam Mitglied des Politbüros und galt schon in den Tagen von Kim Jong-uns Vater Kim Jong-il als „Nummer zwei“ des nordkoreanischen Regimes.

Als „unergündlich, umgänglich, hochintelligent, starr in seinen Haltungen“ beschrieben ihn 2014 die Experten Don Oberdorfer und Robert Carlin. An Kim Yong-nams Seite: Kim Jong-uns **30**-jährige Schwester Kim Jo-yung. Auf der Prominententribüne bei der Eröffnungsfeier stahl sie US-Vizepräsident Mike Pence die Show, beim Treffen mit Südkoreas

Präsidenten Moon Jae-in überbrachte sie eine Einladung zu einem koreanischen Gipfeltreffen. Die südkoreanische Regierung reagierte zurückhaltend, Pence schloss aber später selbst direkte Gespräche der Amerikaner mit Pjöngjang nicht aus.

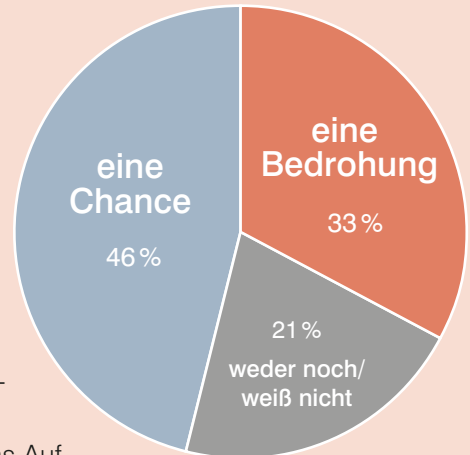
Sportlich machten die **22** nordkoreanischen Athleten, die als Teil einer gesamt-koreanischen Mannschaft einliefen, zwar nicht allzu sehr von sich reden – im Gegensatz zu den 230 nordkoreanischen „Cheerleader“, die Pjöngjang in einem Akt der „Lippenstift-Diplomatie“ (*New York Times*) entsandt hatte. Ob diese Propagandaoffensive von einer Politikänderung in Pjöngjang zeugt, ist allerdings fraglich. Zuletzt nahm im Februar 2006 eine gesamt-koreanische Mannschaft an den Winterspielen von Turin teil. Zehn Monate später, im Oktober 2006, testete Nordkorea dann eine Atombombe. Der Test misslang allerdings.

*„Es geht offenbar darum, die schon vorhandene Kluft zwischen Südkorea und den USA zu vertiefen. Aber ich bin skeptisch, ob das klappt.“*

ROBERT KELLEY, ASIEN-EXPERTE

# Ist der Aufstieg Asiens eher eine Chance oder eine Bedrohung?

Ist der rasante wirtschaftliche Aufstieg der asiatischen Staaten eine Chance oder eine Bedrohung für die deutsche Wirtschaft? „Eine Chance“, sagt eine klare Mehrheit von 46 Prozent der befragten Bundesbürger. „Eine Bedrohung“, sagt dagegen ein Drittel (33 Prozent), und „weder noch“ oder „weiß nicht“ lautet die Antwort von 21 Prozent.



Während es innerhalb der Alterskohorten kaum Unterschiede gibt – 50 Prozent der Unter-29-Jährigen bzw. 44 Prozent der Über-60-Jährigen halten Asiens Aufstieg für eine Chance, 30 bzw. 33 Prozent für eine Bedrohung –, sieht das mit Blick auf das Bildungsniveau ganz anders aus. Befragte mit Hauptschulabschluss erkennen nur zu 31 Prozent eine Chance, 40 Prozent dagegen eine Bedrohung. Bei Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss ist es umgekehrt: 51 Prozent halten die Entwicklung für eine Chance, nur 29 Prozent für eine Bedrohung.

Anhänger der	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
<b>Chance</b>	47%	50%	57%	53%	47%	34%
<b>Bedrohung</b>	35%	32%	27%	24%	37%	46%
<b>weder noch*</b>	18%	18%	16%	23%	16%	20%

Datenbasis: 1001 Befragte in Deutschland. Statistische Fehlertoleranz: + / – 3 Prozentpunkte.

\*und weiß nicht. Erhebungszeitraum: 7. bis 9. Februar 2018. Quelle: Forsa

Und während Wähler der Grünen (57 Prozent), der Links-Partei (53 Prozent) und der SPD (50 Prozent) mehrheitlich in Asiens Aufstieg eine Chance sehen, sind es bei Unions- und FDP-Wählern nur 47 Prozent und bei Anhängern der AfD nur 34 Prozent. Unter letzteren sind mit 46 Prozent, die in den Gewichtverschiebungen eine Bedrohung sehen, die Ängste besonders ausgeprägt.

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

# Supermacht Asien

Der Aufstieg der asiatischen Staaten vollzieht sich mit rasender Geschwindigkeit. Allen voran hat China begonnen, seine Wirtschaftsmacht in globalen Führungsanspruch umzumünzen und mit Infrastruktur-Außenpolitik Fakten zu schaffen. Europa fehlt eine Antwort.

## Der Beginn des asiatischen Zeitalters

Der Aufstieg Chinas und Indiens verschiebt die globalen Machtgleichgewichte

Gideon Rachman | **Jahrhundertlang dominierte der Westen die Weltpolitik. Doch mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Asiens geht eine Machtverlagerung einher, die bereits heute globale Auswirkungen hat. Europa wird deshalb immer anfälliger für politische, soziale und ökonomischen Entwicklungen in der übrigen Welt, die es nicht mehr kontrollieren kann.**

Über 500 Jahre lang, seit Beginn des kolonialen Zeitalters, wurde das Schicksal von Ländern und Menschen in Asien, Afrika und Amerika von Entwicklungen und Entscheidungen bestimmt, die in Europa getroffen wurden – und später in den USA. Aber die Jahrhunderte der westlichen Dominanz gehen nun zu Ende. Das liegt an der außergewöhnlichen wirtschaftlichen Entwicklung Asiens in den vergangenen 50 Jahren. Westliche Macht gründete auf technologischer, militärischer und wirtschaftlicher Überlegenheit, aber diese Vorsprünge schmelzen rapide.

Die Verlagerung von Macht und Wohlstand nach Asien hat sich mit großem Tempo vollzogen. Wie Premierminister Narendra Modi seine Zuhörer auf dem jüngsten Weltwirtschaftsforum in Davos erinnerte, ist Indiens Volkswirtschaft heute sechs Mal so groß wie 1997 – dem Jahr, als zuletzt ein indischer Premier eine Rede in Davos hielt. Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft ist sogar noch gewaltiger. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde China 2014, nach Kaufkraft gemessen, die größte Volkswirtschaft der Welt. Die USA sind nun Nummer zwei, nachdem sie seit dem späten 19. Jahrhundert den Spitzenplatz gehalten hatten. Die IWF-Zahlen zeigen, dass sich drei der vier größten Wirtschaftsnationen heute in Asien befinden, mit Japan auf dem dritten und Indien auf dem vierten Rang. 2009 wurde China zudem zum größten Warenexporteur der Welt – die USA hatten diese Position seit Ende des Zweiten Weltkriegs innegehabt. Auch ist China einer der größten Märkte der Welt; Daimler-Benz verkauft dort heute mehr Autos als in den USA. 2016 wurde China Deutschlands größter Handelspartner.

Die ökonomische Transformation Asiens wurde zuerst in Japan in den 1960er Jahren augenfällig und danach in Südkorea, Taiwan und Teilen Südasiens in den 1970er Jahren. Das Wachstum und der offenkundige Wohlstand insbesondere der japanischen Volkswirtschaft waren so dramatisch, dass vie-



le Amerikaner sich Ende der 1980er Jahre Sorgen machten, vom ehemaligen Kriegsgegner überholt zu werden. Aber mit einer Bevölkerung von 120 Millionen im Jahr 1990 war Japan nicht stark genug, die globale Balance der Wirtschaftskräfte allein zu verschieben. Der Aufstieg Chinas und Indiens – zwei Länder mit je über einer Milliarde Menschen – ist eine andere Sache. Seit 1980 wuchs die chinesische Volkswirtschaft zweistellig, wie es zuvor Japan vorge-macht hatte. Indien legte nach Wirtschaftsreformen Anfang der 1990er Jahre ebenfalls stark zu, wenn auch nicht ganz so rasant.

### Zahlenmäßige Überlegenheit

Der ausschlaggebende Grund für die Verlagerung wirtschaftlicher Macht nach Asien ist recht einfach: zahlenmäßige Überlegenheit. Im Jahr 2025 werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in Asien leben. Im Gegensatz dazu werden die USA für 5 Prozent und die EU samt Großbritannien für etwa 7 Prozent stehen. Jahrhundertlang war der Wohlstands- und Technologievorsprung so enorm, dass westliche Nationen internationale Politik und Wirtschaft auch ungeachtet der Bevölkerungsdifferenzen dominierten. Aber die rapide Wirtschaftsentwicklung in Asien der vergangenen zwei Generationen hat dazu geführt, dass sich der Wohlstandsvorsprung verringert hat und dass Asiens Größe bei den Bevölkerungszahlen beginnt, die globale Machtbalance zu verschieben.

**2025 werden zwei  
Drittel aller Menschen  
in Asien leben**

Westliche Skeptiker neigen dazu, sich auf jedes Anzeichen politischer oder wirtschaftlicher Instabilität in Asien zu stürzen, insbesondere in China – und tatsächlich gibt es davon einige. 2015 erlebte das Land einen starken Rückgang des Wachstums, einen spektakulären Kurssturz an der Börse, ein immer schärferes Vorgehen gegen Dissidenten und Verhöre nebst Verhaftungen prominenter Parteikader oder bekannter Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Medien als Teil einer Anti-Korruptionskampagne der Kommunistischen Partei. Es ist durchaus möglich, dass sich Chinas Wachstum in den kommenden Jahren verlangsamt, weit unter das von Präsident Xi Jinping bis 2020 vorgegebene Ziel von 7 Prozent.

In geopolitischer Sicht würde ein solcher Abschwung in China oder Asien aber an der Gesamtentwicklung nichts mehr ändern. Die ökonomischen Sprünge, die es China und Indien erlauben, Großmachtstatus zu reklamieren, haben bereits stattgefunden. So gehen die meisten Beobachter im Westen auch davon aus, dass sich die Verlagerung des wirtschaftlichen Machtzentrums von West nach Ost – von mir „Easternization“ oder „Veröstlichung“ genannt – weitergehen und sich in politische Macht übersetzen wird. Der amerikanische National Intelligence Council sagte schon vor einigen Jahren voraus, dass Asien bis zum Jahr 2030 Nordamerika und Europa zusammengenommen in Sachen Bruttoinlandsprodukt, Bevölkerungszahl, Militärausgaben und Investitionen in Technologie überholt haben wird.

Natürlich ist Chinas kommunistisches System vor politischen und ökonomischen Schocks nicht gefeit, und Indien ist bekanntermaßen schwer zu regieren. Doch die Annahme, dass die Anfälligkeit des chinesischen und indischen Regierungssystems der „Easternization“ schnell ein Ende bereiten wird, übersieht

die Tatsache, dass auch der Aufstieg des Westens von vielen Phasen extremer Instabilität durchsetzt war. Schließlich kämpften die USA Mitte des 19. Jahrhunderts einen blutigen Bürgerkrieg aus, ohne dass dies den Weg der USA zu globaler Übermacht behindert hätte. Auch der Aufstieg Asiens wird von Krisen begleitet. China stand 1989 am Rande einer Revolution – nur ein Jahrzehnt, nachdem die von Deng Xiaoping propagierten Wirtschaftsreformen begonnen hatten. Südkorea, Thailand und Indonesien erlitten in der asiatischen Finanzkrise 1997 herbe Rückschläge. Und doch hat sich der Aufstieg Asiens fortgesetzt, und damit auch die „Easternization“.

Wie sich diese Machtverlagerung auf die internationale Politik auswirken wird, ist deshalb nicht leicht zu beantworten, weil die Übersetzung von wirtschaftlicher in politische Macht nicht gradlinig ist. Als China zur größten Wirtschaftsmacht der Welt wurde, wurde es nicht automatisch auch das mächtigste

### Wirtschaftliche und politische Macht hängen eng zusammen

Land der Welt. Vielmehr behalten die USA in Sachen Militär, Diplomatie und Institutionen weiterhin die Oberhand. Und während der IWF Indien mittlerweile als drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt führt, räumt selbst die indische Regierung ein, dass ihr Land auf internationaler Bühne nicht viel mehr als eine Mittelmacht ist.

Auf längere Sicht besteht an dem starken Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht kein Zweifel. Das Britische Weltreich zerfiel, als Großbritanniens Wirtschaft nicht länger in der Lage war, dieses globale Engagement zu stützen. Die Sowjetunion verlor den Kalten Krieg im Wesentlichen deshalb, weil sie wirtschaftlich zu schwach war, um mit den USA mithalten. Umgekehrt wäre Amerikas „Rise to Globalism“, wie ihn der Zeithistoriker Stephen E. Ambrose beschrieben hat, ohne die Macht der US-Wirtschaft unmöglich gewesen.

Eher früher als später wird sich der Wohlstand asiatischer Nationen in politische Macht verwandeln, die man überall auf der Welt spüren wird. Die offensichtlichsten Konsequenzen der Erosion westlicher Macht sind derzeit die Zerrüttung der internationalen Ordnung und die wachsende Gefahr von Konflikten weltweit. Tatsächlich findet in Asien bereits ein Rüstungswettrennen statt. Indien ist, zusammen mit Saudi-Arabien, zum größten Waffenimporteur der Welt geworden. Und nach einem Bericht der *Washington Post* dürfte die chinesische Kriegsmarine im Jahr 2020 über mehr Schiffe verfügen als die amerikanische.<sup>1</sup>

Das Schwinden strategischer und wirtschaftlicher Dominanz der USA war der Hintergrund der Wahl von Donald Trump. Mit seinem Slogan „Make America Great Again“ hat er implizit versprochen, die Machtverlagerung nach Asien umzukehren und die USA zurück in eine unangefochtene Position zu bringen, sowohl was den Lebensstandard als auch die globale Macht angeht. Einige von Trumps engsten Beratern sehen eine direkte Verbindung zwischen der Globalisierung, dem Aufstieg Asiens und dem Niedergang amerikanischen Reichtums und Einflusses. Steve Bannon, zwischen Januar und August 2017

---

<sup>1</sup> Ishaan Tharoor: China Will Have More Warships Than the U.S. By 2020, *Washington Post*, 5.12.2014.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Trumps Chefstrategie im Weißen Haus, hatte erklärt: „Die Globalisten haben die amerikanische Arbeiterklasse zerstört und eine Mittelschicht in Asien aufgebaut.“<sup>2</sup> In dieser Sicht ist der wachsende Wohlstand in Asien nichts, wovon auch der Westen profitiert – so sehen es die meisten Ökonomen –, sondern eine Bedrohung, die die USA verarmen lässt.

Bannon und Trump haben sich zerstritten. Aber die protektionistischen Instinkte der Trump-Regierung sind weiterhin intakt, wenngleich Trump in den ersten Monaten seiner Amtszeit in Sachen Handel eher versöhnliche Töne angeschlagen hat. Ein wichtiges Ereignis war das erste Gipfeltreffen mit Xi Jinping im April 2017 auf Trumps Anwesen Mar-a-Lago in Florida. Chinas Präsident gelang es meisterlich, seinem amerikanischen Gegenüber zu schmeicheln. Noch Wochen später schwärmte Trump von ihrer Beziehung und erklärte in einem Interview: „Wir haben uns wunderbar verstanden. Ich mag ihn sehr. Ich glaube, er mag mich auch sehr.“<sup>3</sup> Die früheren Drohungen mit Strafzöllen wurden heruntergespielt, um dann ein paar Monate später wiederholt zu werden – eine Erinnerung daran, wie unbeständig derzeit im Weißen Haus Politik gemacht wird.

Trumps Unberechenbarkeit beunruhigt Japan und Südkorea, die engsten Verbündeten der USA in Ostasien, zutiefst. Beiden Ländern ist bewusst, dass sie als erste betroffen wären, wenn auf der Koreanischen Halbinsel oder im Südchinesischen Meer ein Krieg ausbräche. Die Entspannungsbemühungen des

---

<sup>2</sup> Zitiert nach Michael Wolff: *Ringside with Steve Bannon at Trump Tower as the President-Elect's Strategist Plots „An Entirely New Political Movement“*, Hollywood Reporter, 11.11.2016.

<sup>3</sup> Transkript des Interviews mit Donald Trump, *The Economist*, 11.5.2017.

südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in gegenüber Nordkorea rund um die Olympischen Winterspiele unterstreichen, in welchem Maße die amerikanischen und südkoreanischen Interessen auseinandergehen. Südkorea lebt schon seit Jahren mit der nordkoreanischen Nuklearbedrohung. Für die Moon-Regierung besteht das größte kurzfristige Sicherheitsrisiko darin, dass die USA, um ihre eigenen Sicherheitsinteressen zu wahren, Nordkorea angreifen und einen zerstörerischen Krieg auf der Halbinsel auslösen.

Derweil ist die japanische Regierung der Auffassung, dass ein von China dominiertes Asien eher auf dem Handels- statt auf dem Konfliktweg entsteht.

Vor 20 Jahren waren die USA für alle großen asiatischen Volkswirtschaften der wichtigste Absatzmarkt, und Japans multinationale Unternehmen die größten ausländischen Investoren in Südostasien. Heute ist China der wichtigste Handelspartner Südkoreas, Japans, Australiens und der meisten anderen Länder Südostasiens, und chinesische Investitionen in den Nachbarländern werden immer wichtiger und attraktiver. Wie Japans Premierminister Shinzo Abe und der damalige US-Präsident Barack Obama erkannten, hat die wachsende wirtschaftliche Bedeutung Chinas schwerwiegende geopolitische Konsequenzen. Asiatische Staaten sind weniger bereit, sich Pekings Wünschen in den Weg zu stellen – oder sich bei Territorialkonflikten auf die Seite der USA oder Japans zu schlagen –, wenn ihr wirtschaftliches Wohlergehen von China abhängt.

### Chinas ökonomische Bedeutung hat auch geopolitische Folgen

#### Transpazifische Partnerschaft ohne die USA

Für die Abe-Regierung war die Transpazifische Partnerschaft (TPP) – ein gigantischer Handelsvertrag, der zwölf Länder verbinden sollte und von Obama und Abe mühevoll ausgehandelt worden war – ein letzter Versuch, sich einer chinesisch dominierten Wachstumszone in Ostasien entgegenzustellen. Trumps Rückzug aus der TPP als eine seiner ersten Amtshandlungen war ein schwerer Schlag für Japans Überlebensstrategie im 21. Jahrhundert. Tokio hat sich nun entschieden, die TPP auch ohne amerikanische Beteiligung umzusetzen; die verbliebenen elf Vertragspartner sind sich einig, den modifizierten Vertrag Anfang 2018 in Kraft treten zu lassen.

Dass sich Trump aus der TPP verabschiedete, hatte primär innenpolitische Gründe. Außerhalb der USA interpretierte man den Schritt allerdings als Symbol für die Aufgabe des amerikanischen Anspruchs auf globale Führung. Ein paar Tage, nachdem die Entscheidung verkündet worden war, unterhielt ich mich mit einem Spitzenvertreter der EU in Brüssel, der bemerkte: „Ist das nicht interessant? Als die Briten die führende Wirtschaft der Welt waren, waren sie zugleich stärkste Fürsprecher des Freihandels. Als Amerika die führende Ökonomie wurde, wurden sie die stärksten Fürsprecher. Und nun, da Amerika den Glauben an die Globalisierung verliert, wird China zum stärksten Fürsprecher. Man kann hören, wie sich das Rad der Geschichte dreht.“

Wer europäische Hauptstädte besucht, merkt schnell, dass er sich in den Kapitalen früherer Weltreiche befindet. Die Ruinen der Akropolis zeugen von der Glorie des antiken Griechenlands. In Italien erinnern Kolosseum und Pantheon an die Zeiten, als das Römische Reich die zivilisierte Welt definierte. Die

Grandeur der Wiener Ringstraße weist zurück in das 19. Jahrhundert, als die Stadt noch Metropole des großen Habsburger Reiches war und nicht die Hauptstadt einer Nation mit 8,7 Millionen Einwohnern. Aus Madrid wurde einst ein Reich gelenkt, das fast ganz Lateinamerika umfasste. Das Denkmal der Entdecker in Lissabon erinnert an die Zeit, als Seefahrer wie Magellan und Kolumbus sich von Portugal aus anschickten, eine neue Welt zu erkunden und Weltreichen den Boden zu bereiten. Paraden enden in Paris immer noch am Triumphbogen, der an die Siege der napoleonischen Armee erinnert. Brüssel war einmal die Hauptstadt des belgischen Kolonialreichs, und ein großer Teil des Reichtums der Stadt entstammt der Kolonialisierung des Kongo. Und in London wuchs die Generation meiner Großeltern in einer Zeit auf, als weite Teile der Weltkarte, einschließlich Indiens, immer noch rosarot eingefärbt waren, um sie als Teile des Britischen Empire auszuweisen.

Als 2009 die globale Finanzkrise Europa erfasste, lagen die Zeiten des europäischen Imperialismus in Asien und anderswo schon rund ein halbes Jahrhundert zurück. Die meisten Europäer waren allerdings auf die Vorstellung, dass Europas Gewicht in der Weltpolitik weiter schwinden würde, nicht vorbereitet. Dabei geht es nicht nur darum, dass Europas Stimme in Zukunft weniger zählen wird. Auf dem Spiel steht auch der Wunsch des Kontinents, als Insel des Wohlstands und des politischen Anstands weiterzubestehen. Dies wird durch den stetigen Machtverlust infrage gestellt.

Der Prozess der „Easternization“ bedeutet nicht nur, dass Europa nicht mehr weite Teile der Landmassen unserer Erdkugel beherrscht. Er führt auch dazu, dass Europa immer anfälliger für politische, soziale und ökonomische Entwicklungen in der übrigen Welt wird, die es nicht kontrollieren kann – die aber die Stabilität, den Wohlstand und sogar den Frieden in Europa direkt und indirekt bedrohen. Der traditionelle Westen, als politisches Konzept betrachtet, ruhte stets auf zwei Säulen: Nordamerika und Europa. Doch wenn die USA und Europa während der Trump-Jahre aneinandergeraten, ist die westliche Allianz grundlegend in Gefahr. Als Verfechter eines „America First“ kümmerst es Trump nicht, die Europäer gegen sich aufzubringen. Aber eine Schwächung des Bündnisses würde Trumps Vorhaben, Amerika zu alter Größe zurückzuführen, tatsächlich untergraben – denn es würde die Macht der USA, die internationale Politik zu bestimmen, entscheidend schwächen und die Verschiebung von Wohlstand und Macht zugunsten Asiens noch beschleunigen.

Der Aufstieg der neuen asiatischen Mächte und der Zerfall des Westens stärken die Argumente für die europäische Einigung; die EU-Länder können auf diese Weise ihre gemeinsamen Interessen verteidigen. Aber es gibt wenig Anlass zu glauben, dass die EU schnell genug voranschreiten wird, um dem Prozess der „Easternization“ zu begegnen, der sich mit bemerkenswerter Geschwindigkeit vollzieht.

**Die Antwort der EU  
kann nur verstärkte  
Integration lauten**



**Gideon Rachman**  
ist außenpolitischer  
Chefkommentator der  
Financial Times. 2017  
erschien sein Buch  
„Easternization – Asia's  
Rise and America's  
Decline. From Obama  
to Trump and Beyond“.

## „Die Welt wird eurasisch“

Interview mit dem früheren portugiesischen Europa-Minister Bruno Maçães

In Zeiten des Kolonialismus war das Verhältnis zwischen dem Westen und Asien zu ungleich, nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man sich wegen des Eisernen Vorhangs Eurasien nicht als integrierten Raum vorstellen. Das ändert sich rapide und hat Folgen für Europa. Der „alte“ Kontinent täte gut daran, sich stärker damit zu beschäftigen, was östlich von ihm passiert.

**IP:** *Herr Maçães, Sie sagen voraus, dass sich Europa in Zukunft an Asien ausrichten wird. Warum?*

**Bruno Maçães:** Die vergangenen 500 Jahre hat sich Europa als das Zentrum der Welt betrachtet. Als die transatlantische Gemeinschaft begründet wurde, war dies ein Konstrukt, das in den politischen Traditionen Europas stand und von europäischen Werten geprägt war. Nun aber kommen wir meiner Auffassung nach an den Punkt, an dem die Idee des europäischen Exzeptionalismus verlischt. Diese besagte, dass wir Modernität – moderne Gesellschaften, moderne Technologien – gemeistert hätten und der Rest der Welt nicht. China beweist gerade, dass das nicht stimmt. Wir treten in eine Welt ein, die im Grunde bipolar ist; auf der einen Seite der westliche Pol, oder die europäische politische Tradition, und auf der anderen Seite der asiatische Pol, der mindestens genauso mächtig ist. Meine These ist nicht, dass die transatlantische Welt verschwindet – diese Frage ist offen, und wir werden sehen, was passiert. Meine These ist vielmehr, dass die Welt keine westliche mehr ist, deren Machtzentrum, insbesondere in ökonomischer Hinsicht, inmitten des Atlantiks liegt. Das ist vorbei. Die Welt wird eurasisch.

**IP:** *Beruhet diese Sicht nicht doch sehr auf geografischem Determinismus?*

**Maçães:** Sie beruht auf verschiedenen Faktoren, insbesondere auf Entwicklungen der Infrastruktur und des globalen Kapitalismus. Es entstehen neue Verbindungen zwischen Europa, oder dem Westen allgemein, und Asien, die es zuvor nicht gab, aus zwei Gründen. In Zeiten des Kolonialismus gab es sie nicht, weil das Verhältnis vollkommen unausgeglichen war. Manche Teile Asiens wurden europäisch, andere wurden tiefste Provinz, abgeschnitten vom Rest der Welt. Für ein paar Jahrhunderte verschwand Asien gewissermaßen aus der Geschichte. Und als sich die Dinge im 20. Jahrhundert zu ändern began-



nen, gab es diese Verbindungen auch nicht, weil wir den „Eisernen Vorhang“ und den „Bambus-Vorhang“ hatten und es schlicht unmöglich war, sich Eurasien als zusammenhängendes Gebilde zu denken. Nun haben wir eine Konstellation, die es vielleicht zu Zeiten von Dschingis Khan schon einmal gab; mehr spricht allerdings dafür, dass wir in eine völlig neue Welt eintreten, mit ganz neuen Variablen.

**IP:** *Die Führung in Peking beruft sich heute gern auf die Seidenstraße des Mittelalters ...*

**Maçães:** ... die in der Form, wie heute gedacht wird, nie existiert hat. Sie ist eine romantische Erfindung des 19. Jahrhunderts. Niemand reiste die ganze Strecke von Europa bis an die Pazifik-Küste, mit wenigen Ausnahmen wie Marco Polo, der eben genau aus diesem Grund berühmt geworden ist und in unserer Vorstellungswelt weiterlebt. Tatsächlich war das Volumen des Handels sehr gering, er verlief über eine lange Kette mit vielen, vielen Zwischenstationen. Es gab damals schlicht kein integriertes Eurasien. Die „alte“ Seidenstraße ist ein Fall von „Erfindung von Vergangenheit“. Wenn wir Menschen eine neue Welt schaffen, suchen wir immer in der Vergangenheit nach Fundamenten. Oft sind sie imaginär.

**IP:** *Was macht diese neue eurasische Welt aus? Was definiert sie?*

**Maçães:** Da ist einmal die immense Intensität des heutigen Handels, dann die Rolle der chinesischen Ökonomie für die Weltwirtschaft und die neue Infrastruktur, die bereits geschaffen worden ist. Der Wettbewerb, der von China ausgeht, wird immer bedeutender. Hinzu kommt die Russland-Frage. Russland wendet sich völlig von Europa ab, zum ersten Mal in seiner Geschichte ...

**IP:** ... *viele in Europa, gerade in der Ukraine, dürften das anders sehen ...*

**Maçães:** Ja, aber die russische Intervention in der Ukraine war gewissermaßen der letzte Atemzug des Russlands, das mit Europa verbunden bleiben will. Das Eingreifen dort ist doch ein Desaster für den Kreml – im Gegensatz zu dem in Syrien. Mein Eindruck ist, dass die Lehren, die die russische Führung daraus gezogen hat, eine Tendenz verstärken, die schon vorher da war, dass sich nämlich Russland nach Osten ausrichtet – auf den Mittleren Osten, auf China und Südostasien einschließlich Japans. Ich bin überzeugt, dass das gerade passiert.

Wichtiger noch: Wir leben heute in einer integrierten Welt, die aber keine Konvergenz aufweist. Das hat uns, denke ich, alle überrascht, denn wir im Westen haben immer angenommen, dass je stärker wir integriert sind, je stärker der Rest der Welt zu uns aufholt, er sich umso stärker dem Westen angleichen würde. Aber die anderen haben aufgeholt, ohne sich anzugleichen.



**BRUNO MAÇÃES** war von 2013 bis 2015 portugiesischer Europa-Minister. Derzeit ist er Non-Resident Fellow des Hudson Institute in Washington und Senior Advisor der Londoner Beratungsfirma Flint Global. Sein Buch „The Dawn of Eurasia“ erschien Ende Januar.

Und so haben wir es mit einer Welt zu tun, deren beide Pole wirtschaftlich und technologisch ähnlich hoch entwickelt sind, wo aber jeweils sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber herrschen, wie Politik und Gesellschaften organisiert sein sollten. Das heißt: Wir leben in einer ziemlich gefährlichen Welt. Zum ersten Mal in der Geschichte sind wir tief miteinander verwoben und zugleich äußerst verschieden.

**IP:** *In China herrscht die Kommunistische Partei, und der Kommunismus ist an sich ja auch ein Import. Ist das Denken dort nicht im Grunde auch westlich durchgesetzt, oder haben wir es mit einer ganz anderen Vorstellung von der Welt zu tun?*

**Maçães:** Die chinesische Vorstellung ist sehr verschieden von der unseren. Ja, sie ist modern – aber was meinen wir damit? Sie gründet auf technologischem Fortschritt, auf sozialem Wandel, auf einer permanenten Transformation der Zukunft. Wir haben es mit einer modernen Gesellschaft zu tun, deren Modernität aber eine ganz andere ist als unsere. Der offensichtlichste Unterschied ist das Denken im Kollektiv, das man überall findet – interessanterweise sogar bei der Entwicklung neuer Technologien in China. Wenn man Facebook mit WeChat vergleicht, merkt man, dass WeChat viel kollektiver aufgebaut ist, ab einem gewissen Punkt kann man gar nicht mehr nachvollziehen, wer was sagt; wohingegen bei Facebook viel Wert auf das jeweilige Profil, das eigene Bild gelegt wird. WeChat ist mehr ein kollektiver Bewusstseinsstrom. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir verschiedene Arten von Technologie sehen werden, geprägt von einer unterschiedlichen Tradition und Kultur. Und politisch ist China für viele von uns immer noch ein Mysterium. Es ist kein Ort, wo Menschen politische Freiheit genießen, da sollten wir nicht naiv sein. Aber auf der anderen Seite begehen wir einen Fehler, wenn wir nur einfach unser westliches Bild von Autoritarismus und Diktatur auf China projizieren und denken – so ist China. China ist eine andere Realität; das zu verstehen, wird uns einige Zeit kosten. Tatsächlich fangen wir gerade erst an, China zu begreifen.

**IP:** *Viele im Westen überrascht, dass die chinesische Wirtschaft und Gesellschaft trotz der Einschränkung von Freiheiten innovativ sein können.*

**Maçães:** Das stimmt. Dort gibt es Dinge, über die man nicht reden kann. Aber über die Dinge, über die man es kann, ist der Austausch sehr intensiv. Die gesellschaftliche Entwicklung schreitet schnell voran, und es gibt einen Geist, Regeln zu brechen – wohlgemerkt in den Bereichen, die nicht tabu sind. In diesen Kanälen werden Wettbewerb und Austausch ermutigt. Das weicht stark ab von unserer westlichen Vorstellung einer autoritären Gesellschaft. Gerade im ökonomischen Bereich fällt die Geschwindigkeit, mit der alte Regeln gebrochen werden, stark auf; wir im Westen setzen dagegen sehr darauf, dass alles nach bekannten Regeln abläuft, und wir hängen sehr an der Idee der Perfektion.

**IP:** *Was bedeutet das für Europa?*

**Maçães:** Europa findet sich in einer sehr delikaten Lage wieder. Es wird den Druck, der aus China oder dem Osten allgemein kommt, immer stärker spüren. Zugleich ist das Bündnis mit den USA nicht mehr das, was es einmal war.



Natürlich hat Europa weiterhin enorme Ressourcen an Wohlstand, Kreativität und Wissen. Aber Europa muss sich stärker der übrigen Welt zuwenden, und ganz besonders Asien. Es muss seine Macht stärker ausspielen. Es muss definieren, welche Ziele es gegenüber Russland und China verfolgt, was es von diesen Staaten will und was nicht. Es muss sich überlegen, in welchen Fragen es eine Auseinandersetzung riskieren will. Und schließlich muss Europa viel mehr darüber nachdenken, was im Osten passiert. Deshalb bin ich sehr skeptisch, was das Vorhaben angeht, in den kommenden zehn Jahren die Vereinigten Staaten von Europa zu bauen. Wir sollten zumindest die Hälfte unserer Zeit darauf verwenden, uns mit dem zu beschäftigen, was östlich von uns passiert.

**IP:** *Wäre Europa dazu nicht besser in der Lage, wenn es stärker integriert wäre?*

**Maçães:** Wir haben die Ressourcen doch bereits. Sie werden nur einfach nicht genutzt. Wir brauchen eine stärkere europäische Außenpolitik – die institutionellen Strukturen dafür sind doch da. Wir sind uns dessen nur nicht bewusst und daher nicht in der Lage, darüber Macht auszuüben. Und wir sind einfach zu selbstfixiert.

**IP:** *Deutschlands Außenminister Sigmar Gabriel hat in einer Rede im Dezember 2017 darauf verwiesen, dass derzeit nur China so etwas wie eine Großstrategie habe, während sie den USA abhandengekommen sei und die Europäer eine solche nie entwickelt hätten. Sehen Sie das auch so?*

**Maçães:** Ich glaube, da schwingt eine gewisse China-Faszination mit. Außenpolitisch war 2017 für Peking ein ziemlich schlechtes Jahr, es hat Fehler über Fehler begangen, vielleicht noch mehr als Washington. Es ist nicht nur so, dass wir wenig über China wissen. Hinzu kommt, dass wir diesem Bild anhängen, dass dort alles mysteriös ablaufe. Alles, was wir nicht verstehen, überschätzen wir deshalb. Mir ist die Gabriel-Rede auch aufgefallen, aber stärker deshalb, weil danach nichts kam – keinerlei Beitrag dazu, wie eine europäische Strategie aussehen könnte; eine einzige Leerstelle. Das scheint mir davon zu zeugen, dass wir lediglich Vorahnungen haben, dass da etwas Wichtiges passiert, dass unsere Beziehungen zu China ziemlich intensiv und ungemütlich werden könnten. Aber klare Vorstellungen davon, was wir tun wollen, die gibt es nicht. Wollen wir die Entwicklungen einfach hinnehmen und uns selbst verändern? Oder wollen wir ihnen widerstehen? Sie gar bekämpfen? Keiner weiß es.

**IP:** *Sie setzen vor allem auf eine europäische Hinwendung nach Asien?*

**Maçães:** Ja. Wir sollten uns viel stärker mit Asien beschäftigen – mit einer halb kooperativen, halb kompetitiven Geisteshaltung. Das wird typisch für die neue, eurasische Welt. Die Lebenswirklichkeit wird immer von einem Hybrid zwischen Zusammenarbeit und Konnektivität auf der einen Seite und Konflikten und Wettbewerb auf der anderen geprägt sein. Selbst die Dinge, die uns zusammenbringen – das Internet, Informationsströme, Migration –, können als Waffen eingesetzt werden. Das ist die Welt, in der wir heute leben.

Das Interview führte Henning Hoff

## Preis der Vernetzung

Konnektivität zählt im Verhältnis zu Asien viel. Noch hat die EU keine Strategie

May-Britt U. Stumbaum | **Chinas Belt-and-Road-Initiative verändert die Welt, bevor das gigantische Projekt konkrete Formen annimmt. Die EU kann es sich nicht leisten, die damit zusammenhängenden Konnektivitätsfragen zu ignorieren oder die eigenen Werte über Bord zu werfen. Oberstes Ziel muss sein, beim Schreiben der neuen Spielregeln mit am Tisch zu sitzen.**

Sie ist die ehrgeizigste geoökonomische Vision der Gegenwart: Die Belt-and-Road-Initiative (BRI) des chinesischen Präsidenten Xi Jinping soll 70 Länder miteinander verknüpfen, die zwei Drittel der Weltbevölkerung und 40 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts ausmachen. Die dafür angekündigten chinesischen Investitionen belaufen sich auf fast vier Billionen Dollar. Ob auf dem Landweg durch Zentralasien oder auf Seewegen durch Südostasien und Afrika: Alle BRI-Routen zielen auf die Entwicklungspotenziale der durchquerten und anliegenden Länder und nicht zuletzt auf den europäischen Markt – denn die neue Seidenstraße endet in Duisburg, dem größten Binnenhafen der Welt.

Bei diesem Megaprojekt geht es aber nicht nur um Infrastrukturprojekte: Es geht um neue Normen, neue Abhängigkeiten, neue Einflussphären, eine neue Ordnung zwischen Asien und Europa und für die Welt. „China glaubt, dass die Zeit gekommen ist, unsere eigenen Ideen zur ‚global governance‘ einzubringen“, brachte es der ehemalige chinesische Vize-Außenminister He Yafei Mitte Januar auf den Punkt.<sup>1</sup>

Die BRI kommt mit einem eigenen „Regelwerk“: intransparente Auftragsvergaben, Kreditgewährung gegen strategische Zugänge, Berücksichtigung chinesischer Kerninteressen von der Ein-China-Politik bis zur Einschränkung der Pressefreiheit. Es geht um viel Geld, um Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und vor allem um Konnektivität – darum, alles mit allem zu verbinden. Damit wird nicht nur das Handelsumfeld für europäische Firmen neu geformt, auch für die europäische Politik werden neue Spielregeln auf internationaler Ebene und für die europäische Nachbarschaft aufgestellt.

---

<sup>1</sup> George Parker: Theresa May declines to endorse China's Belt and Road initiative, Financial Times, 29.1.2018.

Europas Politiker reagieren darauf bislang ganz unterschiedlich. Osteuropäische Regierungschefs aus Ländern wie Ungarn und Polen unterstreichen ihre Unterstützung für China. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron machte dagegen Anfang Januar während seiner China-Reise klar, dass die neue Seidenstraße in beide Richtungen funktionieren und auf Kooperation basieren müsse: „Diese Verkehrswege können nicht Teil einer neuen hegemonialen Ordnung sein, die die Anrainerstaaten zu Vasallen macht.“<sup>2</sup>

In Westeuropa gehen so manche vorsichtig auf Distanz. Noch im April 2017 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch von Außenminister Wang Yi Deutschlands Unterstützung für die BRI ausgedrückt. Doch nur einen Monat später beim Belt-and-Road-Forum Mitte Mai 2017 in Peking verweigerten die 28 EU-Staaten die Unterschrift unter eine gemeinsame Handelserklärung, da diese keine Aussagen zu Transparenz, sozialer und umweltverträglicher Nachhaltigkeit enthielt – sehr zur Überraschung der chinesischen Seite, die mit dem Treffen von 29 Staats- und Regierungschefs sowie Vertretern aus 130 Ländern und von 70 internationalen Organisationen den Anspruch auf globale Führung unterstreichen wollte. Auch die britische Premierministerin Theresa May, Anfang Februar auf China-Besuch, verweigerte eine unkritische Unterstützungserklärung für die BRI und verwies auf die Notwendigkeit, dass die Initiative „internationale Standards“ einhalten müsse.

Europäische Unternehmen schwanken zwischen Optimismus und Zurückhaltung: Für viele ist die neue Seidenstraßen-Initiative noch undurchsichtig. Sie hegen Zweifel an der Nachhaltigkeit der Initiative und fragen sich, ob sich diese angebliche „Win-win-Situation“ nicht vornehmlich für die chinesische Seite auszahlen wird – laut dem amerikanischen Center for Strategic and International Studies (CSIS) sind bisher 89 Prozent aller Aufträge an chinesische Firmen gegangen.

Andere Unternehmen, vor allem in der Logistikbranche, sind zuversichtlich und stellen sich neu auf: Im Jahr 2008 fuhr der erste Zug von Peking über Ulaanbaatar nach Hamburg, 2016 waren es bereits über 500. Tendenz: weiter steigend. Die neue Verbindung bietet schnellere Alternativen zur Schifffahrt und billigere zum Cargo-Transport mit dem Flugzeug. Der Zusammenschluss der drei niederländischen Unternehmen Royal Wagenborg, H.Essers und KLG Europe zu „New Silkway Logistics (NSWL)“ Mitte 2016 für die 11 000 Kilometer lange Strecke des Chongqing–Khorgos–Brest–Duisburg-Express zeugt davon, dass viele Unternehmen hier auch große Chancen sehen.

### Zugang zum Zukunftsmarkt

Worum geht es bei der neuen Seidenstraße und dem mit ihr eng verknüpften Thema Konnektivität? Es geht um Wettbewerbsfähigkeit, um Zugang zu neuen Märkten und zu Innovationen. Asien ist der Zukunftsmarkt für digitale, disruptive Technologien – nirgendwo sonst gibt es eine so große Zahl an potenziellen Internetnutzern: Nur 37 Prozent der asiatischen Bevölkerung sind bislang

Ein „Win-win“, das sich am Ende nur für China auszahlt?

<sup>2</sup> Zitiert nach „China’s new Silk Road cannot be ‚one-way‘“, The Straits Times, 9.1.2018.

## Ein Wettbewerb um Normen, Werte und Machtverteilung

online, verglichen mit 77 Prozent der Europäer. Schon jetzt ist Asien-Pazifik die wichtigste Handelsregion der EU. 2016 betrug das europäische Handelsvolumen mit der Region fast das Dreifache des Handels mit Nordamerika. „Diplomacy by Infrastructure“ lautet das Schlagwort, unter dem der Wettbewerb um den Ausbau von Exportwegen, Marktöffnungen, strategischen Zugängen und politischem Einfluss in einem Großraum läuft, der von Nordostasien bis Südeuropa reicht; ein Wettbewerb auch um Normen, Werte und Machtverteilung – wer zahlt, schafft an. Konnektivität ist dabei der Schlüsselbegriff – nicht nur Güter, sondern auch Energieströme, Kommunikationswege und Menschen sollen verstärkt miteinander verbunden werden.

Die Chinesen treffen mit der BRI einen Nerv in Asien. 2010 schätzte das Institut der Asiatischen Entwicklungsbank den voraussichtlichen Investitionsbedarf der asiatischen Entwicklungsländer für nationale und regionale Infrastruktur auf jährlich bis zu 776 Milliarden Dollar – mit einer Finanzierungslücke von acht Billionen Dollar bis zum Jahr 2020. OECD und World Pensions Council taxierten 2016 den Bedarf der Länder ohne China sogar auf 900 Milliarden Dollar pro Jahr; die tatsächlichen Infrastrukturinvestitionen erreichen gerade einmal die Hälfte.

### Peking ist nicht allein

Im Wettbewerb um Einfluss und Normensetzung treiben auch Japan, Indien, Russland und Südkorea eigene Konnektivitätsinitiativen voran. Moskau hat die Eurasische Wirtschaftsunion ins Leben gerufen, Südkorea präsentierte 2013 eine eigene Eurasische Initiative, deren „Silk Road Express“-Projekt Logistik, Kommunikationstechnologie und Energienetzwerke zwischen der koreanischen Hafenstadt Busan und Europa stärken will. Indien stellt sich offiziell gegen die BRI und konzentriert sich auf eine bessere Vernetzung innerhalb Indiens und Südasiens. Gemeinsam mit Bangladesch, Bhutan, Myanmar, Nepal, Sri Lanka und Thailand unterstützt es die „Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation“.

Japans Premierminister Shinzo Abe lancierte als Antwort auf die BRI bereits im Mai 2015 Partnerschaften für Qualitätsinfrastruktur – Programme im Wert von 200 Milliarden Dollar zur Förderung asiatischer Infrastrukturprojekte insbesondere im Handelskorridor zwischen dem Golf von Bengalen und dem Südchinesischen Meer. Und auch Trumps USA sind aufgewacht: Keine Macht könnte die Welt auf nur eine Straße oder nur einen Gürtel zwingen, erklärte Außenminister Rex Tillerson. Zugleich verstärkte Washington den Druck auf Partner, die BRI nicht anzuerkennen.

Allerdings lockt Peking mit viel Geld: mit einem Seidenstraßen-Fonds in Höhe von 40 Milliarden Dollar, mit 25 Milliarden Dollar für die maritime Seidenstraße und weiteren 41 Milliarden für die Neue Entwicklungsbank, die 2014 von den BRICS-Staaten gegründet wurde. Diese will fast 900 Milliarden Dollar in über 900 Seidenstraßen-Projekte stecken; die Asiatische Infrastruktur-Investmentbank (AIIB) hat 100 Milliarden Dollar an Krediten in Aussicht gestellt. Zusätzlich dürfte die chinesische Regierung innerhalb der

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

nächsten zehn Jahre bis zu eine Billion Dollar für staatliche Finanzierungen im Ausland mobilisieren. Bei allen Superlativen bleiben Bedenken über neue Abhängigkeiten, riskante Routen durch unsichere Gebiete und mangelnde Nachhaltigkeit der Riesenprojekte – vor allem aus europäischer Sicht. Viele Projekte wurden weder auf Wirtschaftlichkeit noch auf Umweltverträglichkeit geprüft.

Auch hält sich bei europäischen Firmen hartnäckig der Eindruck, dass die chinesische Seite bei BRI-Projekten vor allem bestrebt ist, den eigenen Firmen mit staatlicher Unterstützung bei der Internationalisierung und damit vor allem der eigenen, sich abkühlenden Volkswirtschaft zu helfen. Der Ausbau der Land- und Seerouten sowie der weniger häufig genannten digitalen bzw. Informations-Seidenstraße ermöglicht es China, seine Überproduktion in neue Märkte umzulenken. Inwiefern die chinesischen Garantien für private Investitionen auch für nichtchinesische Projektpartner gelten, ist unklar. Europäische Firmen wollen vor allem wissen, welche Spielregeln gelten.

## **Umkämpfte Routen, schwelende Konflikte**

Weitere kritische Faktoren sind bestehende Territorialkonflikte entlang der Streckenverbindungen und die punktuell prekäre Sicherheitslage in den Gebieten, durch die die BRI-Routen verlaufen sollen. Russland und Kasachstan garantieren bisher die Nutzung ihrer Territorien. Länder aber, deren Beziehungen zu China historisch und aktuell belastet sind – wie Vietnam und Indien – boykottieren die BRI.

Die Konfrontation in Doklam, einem zwischen China und Bhutan umstrittenen Gebiet, vom Sommer 2017 gab einen ersten Vorgeschmack: Indisches Militär unterstützte Bhutan gegen eine von chinesischer Seite vorangetriebene Straße. Der Verlauf des chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors durch

das zwischen Indien und Pakistan umkämpfte Kaschmir ist ein weiterer neutralistischer Punkt der neuen Seidenstraße. Chinas Unterstützung für Pakistan hat die sino-indische Rivalität wieder heftig entfacht; Experten in Peking diskutieren seit neuestem, ob nicht Indien statt Japan die zweitgrößte Bedrohung Chinas nach den Vereinigten Staaten sei. Umgekehrt besteht die starke Vermutung, dass der pakistanische Gwadar-Tiefseehafen, den Peking als Teil des 50 Milliarden Dollar schweren „China-Pakistan Economic Corridor“ baut, ein militärischer Stützpunkt für die chinesische Marine wird.

Noch stärker aber treibt die Schuldenfrage kritische Beobachter um. Neben privaten Firmen gehen auch Staaten gegenüber China enorme Kreditverpflichtungen ein – und begeben sich damit in mögliche Schuldenabhängigkeiten: Anders als Bretton-Woods-Institutionen wie Weltbank oder Internationaler Währungsfonds verlangt Peking als Sicherheiten unter anderem den Zugang zu Ressourcen und strategisch relevanten Häfen sowie die Durchführung der Projekte durch chinesische Arbeiter und Firmen. So bleibt die Wertschöpfung in chinesischer Hand, die Risiken verbleiben im Schuldnerstaat. Sri Lanka ist das jüngste Beispiel dieser effektiven Schuldenfallendiplomatie: Nachdem das Land seine enormen Kreditschulden im Dezember 2016 gegenüber China nicht mehr bedienen konnte, musste es Peking seinen strategisch wichtigen Hafen Hambantota für 99 Jahre überschreiben.

### Sri Lanka musste seinen Hafen für 99 Jahre überschreiben

Der höchste indische Diplomat Vijay Keshav Gokhale rief im Januar beim Raisina-Dialog in Neu-Delhi ausdrücklich nach europäischer Hilfe: Schwache Staaten entlang der BRI könnten sich nicht gegen die Regeln des Kreditgebers durchsetzen. Mit anderen Worten: Wer die Infrastruktur baut, lenkt auch das Land – und schafft damit immer stärker abhängige Staaten in Europas Nachbarschaft und in Europa selbst.

### Die Spielregeln werden neu geschrieben

Trotz aller Bedenken schafft die BRI bereits Fakten – und Europa kann es sich nicht leisten, nur am Rande zu stehen, wenn die Spielregeln neu geschrieben werden und die internationale Ordnung verändert wird. Niemand profitiert von einem regelbasierten, multilateralen System bisher so sehr wie die Europäer – sowohl im Handel als auch in der Politik. Seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten fehlt den Europäern ein starker Partner, um diese liberale internationale Ordnung zu schützen. Deshalb heißt es für Europa: dabei sein, um mitzugestalten. Bei Konnektivität geht es nicht nur um Logistikprojekte, sondern auch um Jobs, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Standards, Nachhaltigkeit – um die Spielregeln für die internationale Kredit- und Auftragsvergabe ebenso wie für die internationale Politik.

Im Ringen um gemeinsame, international anerkannte Standards forcieren die Europäer Konnektivität aktiv auf internationalen Plattformen wie dem Asia-Europe Meeting (ASEM), an dem 53 Länder teilnehmen. Hier wurde im Juni 2017 auf Bestreben der EU und ihren Mitgliedstaaten eine gemeinsame Definition für Konnektivität gefunden; bis zum Regierungsgipfel im Oktober 2018 in Brüssel wird noch weiter über Standards und Nachhaltigkeit diskutiert



werden. Länder wie Indien drängen auf gemeinsam beschlossene, internationale Standards – aber auch kleinere Staaten, die sich in der bislang bilateral ausgerichteten BRI einem übermächtigen China gegenübersehen. Gleichzeitig hat die Volksrepublik ein Interesse, durch multilaterale Abmachungen internationale Legitimation für ihre Initiative zu gewinnen und diese in internationalen Organisationen zu verankern.

Brüssel bemüht sich derweil um Einigkeit innerhalb der EU. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) hat die verschiedenen bestehenden Konnektivitätsinitiativen aller EU-Mitgliedstaaten und -Programme zusammengetragen und, auf knappen 16 Seiten zusammengefasst, zur Diskussion gestellt („Euro-Asian Connectivity Mapping Exercise“, 23.11.2017). Gleichzeitig sucht die Europäische Union den Austausch mit der Wirtschaft, um Herausforderungen und Chancen multinationaler Projekte in den Bereichen Logistik, Transport, Digitales und Energie in den Verhandlungen über Standards, Nachhaltigkeit und Normen realistisch abzubilden. Doch eine einheitliche Linie ist bislang nicht zu erkennen.

Beim 16+1-Gipfel im November 2017 in Budapest wurden die mittel- und osteuropäischen Staaten auf die BRI eingeschworen. Bereits jetzt lässt sich ein chinesischer Einfluss auf EU-interne Diskussionen feststellen – auch auf Konflikte, bei denen es um die chinesische Vorgehensweise bei Kredit- und Auftragsvergaben und den europäischen Regeln für öffentliche Aufträge geht. Eines der BRI-Leuchtturmprojekte in Osteuropa – eine Bahnlinie zwischen Belgrad und Budapest – ist derzeit in der Schwebe, bis eine EU-Untersuchung darüber abgeschlossen ist, ob es einen Regelverstoß bei öffentlichen Ausschreibungen gegeben hat. Sollte am Ende stehen, dass sich China auf EU-Territorium nicht an EU-Regeln halten muss, wäre das ein Präzedenzfall von enormer Wirkung.

Die EU muss hier tragfähige Alternativen zu den chinesischen Angeboten suchen – und das stete Gespräch. Letztlich geht es darum, den chinesischen Kreditversprechen etwas entgegenzusetzen. Zugleich muss klar sein, dass auch EU-Geld nicht selbstverständlich fließt, sondern ein Miteinander und das Einhalten einer Außenlinie Bedingungen sind. Wichtig ist aber auch, dass Europa auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene mitspielt, denn der Bedarf an Konnektivität ist groß und muss erfüllt werden. Europa muss sich weiterhin in internationalen Foren für allgemeingültige Standards einsetzen und dabei proaktiv vorgehen.

Es muss mit China und den anderen Staaten Lösungen suchen, nicht gegen sie. Sonst wird es keine europäisch mitbestimmten Spielregeln geben. Die ersten Schritte sind getan, die Richtung stimmt. Jetzt gilt es, beharrlich und europäisch selbstbewusst mitzuspielen in dieser neuen Welt.

## Die Bahnstrecke Belgrad-Budapest ist ein Präzedenzfall



**Dr. May-Britt U. Stumbaum** leitet eine FU-Berlin-Forschungsgruppe und das „Asia-Pacific Research and Advice Network“ der EU. Sie schreibt hier als Privatperson.

## Schluss mit der Scheinheiligkeit

Chinas Politik spaltet Europa. Die EU muss für eine gemeinsame Linie sorgen

Jan Gaspers | Nirgendwo in Europa hat Chinas globale Infrastruktur-Außenpolitik so viel Anklang gefunden wie bei den mittel- und osteuropäischen Staaten. Dabei sind Chinas großen Worten kaum wirtschaftliche Taten gefolgt. Die EU ist dennoch geschwächt und muss reagieren: Die großen Mitgliedstaaten sollten sich von ihren Sonderbeziehungen verabschieden.

Dass China in Mittel- und Osteuropa schon seit geraumer Zeit eine immer größere Rolle spielt, ist kaum zu übersehen. Bereits im April 2012 rief Peking ein subregionales Format zur Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern ins Leben, die so genannte 16+1-Plattform. Ein Jahr später läutete der chinesische Präsident Xi Jinping den Beginn seiner globalen Infrastruktur-Außenpolitik, der Belt-and-Road-Initiative (BRI), ein und machte sie zu einem wesentlichen Element der 16+1-Zusammenarbeit.

Auf einem Gipfeltreffen in Budapest im November 2017 feierte die 16+1-Plattform, die sich aus elf EU-Staaten (Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn), fünf EU-Nachbarländern (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien) sowie China zusammensetzt, ihr fünfjähriges Bestehen. Die mittel- und osteuropäischen Regierungschefs priesen dabei einhellig die Vorteile einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China. „Es gibt viele ungenutzte Möglichkeiten in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Estland und China“, erklärte Estlands Regierungschef Jüri Ratas. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán lobte China dafür, dass es Mittel- und Osteuropa als eine Region anerkennt, an deren Fortschritt und Entwicklung es teilhaben wolle. Und der bulgarische Premierminister Boiko Borissov unterstrich in seiner Rede: „Investitionen aus China sind, wie ich immer gesagt habe, genau das, wovon der Balkan profitieren kann.“

Das chinesische Angebot, Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der neuen Seidenstraßen-Initiative zu finanzieren, hat in den Ländern einen Nerv getroffen. Fast drei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges klaffen in diesen Staaten weiterhin gravierende Infrastrukturlücken. Nach Schätzungen des Atlantic Council und PwC vom Juli 2017 werden in den mittel- und osteuropä-



ischen Ländern, Russland sowie weiteren Nachfolgestaaten der Sowjetunion bis 2025 allein für die Finanzierung notwendiger Verkehrsinfrastrukturen etwa 615 Milliarden Euro fehlen. China hat seit Gründung der 16+1-Plattform vor sechs Jahren immerhin 12,7 Milliarden Euro an Investitionen in die Infrastruktur Mittel- und Osteuropas zugesagt.

### Ehrgeizige Rhetorik, magere Bilanz

Neben der chinesischen Finanzierung von Infrastruktur erhoffen sich die Teilnehmerländer auch eine deutliche Steigerung der chinesischen Direktinvestitionen. Im November 2016 legte die Industrial and Commercial Bank of China den China-CEE Investment Cooperation Fund mit einem Volumen von zehn Milliarden Euro auf, um Investitionen in High-tech- und Konsumgüterindustrieweige zu finanzieren. Auf dem Gipfeltreffen in Budapest versprach der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang, den Fonds um weitere 830 Millionen Euro aufzustocken. Er kündigte zudem an, dass die China Development Bank den Partnerstaaten Entwicklungsfinanzierungen in Höhe von zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen würde. Darüber hinaus hat China in den vergangenen Jahren einzelnen Ländern auch auf bilateraler Ebene umfangreiche Investitionen zugesagt.

Eine Brücke in  
Serbien, eine Auto-  
bahn in Mazedonien

Den vollmundigen wirtschaftlichen Versprechungen Chinas folgten bislang allerdings nur bedingt Taten. Auf der kurzen Liste der von China im 16+1-Rahmen finanzierten und abgeschlossenen Infrastrukturprojekte stehen bislang eine Brücke in Serbien und eine Autobahn in Mazedonien. Zudem kranken die wenigen von China finanzierten Infrastrukturprojekte, die derzeit in der Region durchgeführt werden – allesamt in den fünf Ländern, die nicht zur EU gehören – daran, dass sie der lokalen Wirtschaft allenfalls geringe Impulse geben. Wie in anderen an der BRI beteiligten Ländern hat China auf dem Balkan die Vergabe chinesischer Infrastrukturdarlehen an die weitgehende Umsetzung der Projekte durch chinesische Auftragnehmer und Lieferanten geknüpft. Anders jedoch als in größeren Staaten könnte die fiskalische Stabilität kleinerer Balkan-Länder durch chinesische Finanzierungen schnell in Schieflage geraten, wenn, wie im Fall Mazedoniens, staatliche Bürgschaften für chinesische Infrastrukturkredite das Niveau von einem Drittel des nationalen BIP erreichen.

Innerhalb der EU bleibt Chinas wirtschaftliche Rolle bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten, abgesehen von einigen beträchtlichen Investitionen in bereits bestehende Energieinfrastruktur, ebenfalls noch sehr begrenzt. Die chinesischen Finanzierungsmodelle sind für EU-Staaten häufig unattraktiv, da sie nicht mit bestehenden EU-Finanzierungen wie den EU-Strukturfonds, dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) oder den Transeuropäischen Verkehrsnetzen, die in der Regel als Zuschüsse gewährt werden, konkurrieren können.

Auch der Umfang chinesischer Direktinvestitionen passt kaum zu Pekings ehrgeiziger Rhetorik. Nach offiziellen chinesischen Zahlen sind bis Juni 2017 rund 6,7 Milliarden Euro an Direktinvestitionen in die mittel- und osteuropäischen Industrien geflossen, darunter in die Bereiche Maschinenbau, Chemie,

Telekommunikation und erneuerbare Energien. Im Verhältnis zur Größe und Produktivität der betreffenden Volkswirtschaften sind die Investitionen zwar beträchtlich, im Vergleich zu den chinesischen Direktinvestitionen in den westlichen EU-Mitgliedstaaten verblassen sie allerdings. Allein Deutschland verzeichnete im Zeitraum 2000 bis 2016 chinesische Direktinvestitionen in Höhe von 18,8 Milliarden Euro.

Mit den von der EU gesteuerten Investitionen in den mittel- und osteuropäischen Staaten kann China vom Volumen her kaum mithalten. Der EFSI hat in den vergangenen zwei Jahren rund 5,1 Milliarden Euro in 143 Projekte investiert. Weitere 15 Milliarden Euro an Investitionen sind bereits eingestell – und dabei ist der EFSI einer der kleinsten EU-Geldtöpfe, von dem mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten profitieren. In den fünf nicht der Europäischen Union angehörenden 16+1-Ländern hat das Western Balkan Investment Framework, das sich aus EU-Institutionen, europäischen Entwicklungsbanken und der Weltbank zusammensetzt, bereits 400 Millionen Euro investiert; weitere 10,1 Milliarden sind für künftige Investitionen eingeplant. Das insgesamt niedrige Niveau chinesischer Direktinvestitionen in den 16+1-Ländern liegt darin begründet, dass sich Peking auf die größten EU-Mitgliedstaaten unter ihnen sowie auf Serbien konzentriert. Darüber hinaus ist es dem China-CEE Investment Cooperation Fund noch nicht gelungen, auch nur eine einzige größere Transaktion zu tätigen.

Sollten Chinas Infrastrukturfinanzierungen und Investitionen in der Region in den kommenden Jahren jedoch deutlich steigen, würde dies die dortigen Volkswirtschaften auf eine harte Probe stellen. Bereits heute sind deren Handelsbeziehungen zu China durch ein massives Ungleichgewicht gekennzeichnet. Auf dem 16+1-Gipfel in Budapest stellte Chinas Ministerpräsident Li Keqiang in Aussicht, dass Produkte aus den mittel- und osteuropäischen Ländern bereits binnen fünf Jahren einen beträchtlichen Anteil der für diesen Zeitraum zu erwartenden 6,7 Milliarden Euro an chinesischen Importen ausmachen könnten. Offizielle chinesische Parteidokumente sprechen jedoch eine ganz andere Sprache: Im Rahmen der neuen Seidenstraßen-Initiative will China die notwendigen Infrastrukturen in der Region schaffen, um chinesische Produkte und Dienstleistungen noch besser auf europäischen Märkten platzieren zu können. Handelsdefizite würden so noch weiter wachsen und regionale Hersteller und Dienstleister Anteile auf den heimischen Märkten einbüßen.

### **Wachsender Einfluss auf Eliten und Bevölkerung**

Trotz der ernüchternden wirtschaftlichen Realitäten der Zusammenarbeit mit China halten die politischen Eliten in einigen 16+1-Staaten starr an der Zusammenarbeit mit Peking fest – und stellen auf diese Weise grundlegende Prinzipien europäischer Zusammenarbeit sowie liberale Werte infrage. Victor Orbán, der Ministerpräsident Ungarns, das mit dem Bau einer 2,45 Milliarden Euro teuren Hochgeschwindigkeits-Zugverbindung zwischen Belgrad und Budapest als erstes EU-Land ein großes BRI-Projekt beherbergen soll, nutzte den Buda- pester 16+1-Gipfel, um begeistert zu verkünden: „Wir sehen die Belt-and-Road-

Die EU investiert in  
Mittel- und Osteuropa  
viel mehr als China

Initiative des chinesischen Präsidenten als neue Form der Globalisierung, die die Welt nicht in Lehrer und Schüler teilt, sondern auf gemeinsamem Respekt und gemeinsamen Vorteilen beruht.“ Bereits im März 2016, als Xi die Tschechische Republik besuchte, führte Präsident Milos Zeman im Fernsehen die in der Vergangenheit wenig intensiven Beziehungen seines Landes zu China auf die „unterwürfige Haltung der vorherigen Regierung gegenüber den USA und der EU“ zurück. Die Unterzeichnung einer strategischen Partnerschaft mit China feierte Zeman als „Akt der nationalen Unabhängigkeit“.

Auch auf dem Balkan wird immer deutlicher, dass Chinas Engagement den Bruch der politischen Eliten mit Europa befördert. So erklärte der serbische Präsident Aleksandar Vucic im Mai 2017 mit Blick auf China: „Es gibt keine Probleme in unseren wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, wir sind immer auf der gleichen Seite. Und wenn China etwas zu sagen hat, sind wir immer auf der Seite Chinas.“ Ob solche Äußerungen als Säbelrasseln gegenüber Brüssel gedacht sind mit dem Ziel, die eigene Verhandlungsposition zu stärken, oder ob sie echte Sympathie für das politische und wirtschaftliche System Chinas widerspiegeln, ist nicht abschließend zu klären. Fest steht allerdings: Es ist China gelungen, seinen Einfluss auf die politischen Eliten der mittel- und osteuropäischen Länder beachtlich auszubauen.

Bei den Bürgern dort genießt die Hinwendung zu Europa – samt einer transatlantischen Perspektive – nach wie vor beträchtliche Sympathie. Peking arbeitet jedoch konsequent daran, die öffentliche Meinung in diesen Ländern zu beeinflussen: Durch den Erwerb von und die Zusammenarbeit mit regionalen Medien baut China seine Präsenz in der Öffentlichkeit konsequent aus. Die chinesische Außenpolitik strebt auch ein stärkeres zivilgesellschaft-

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

liches Engagement in den Partnerländern an. Im April 2017 wurde in Ungarn die erste chinesische Denkfabrik auf europäischem Boden gegründet – das China-CEE Institute, deren Hauptansprechpartner allerdings allesamt chinesische Rufnummern haben. Die Schaffung einer weiteren Denkfabrik in Bulgarien wurde im November 2017 verkündet; dort findet 2018 der 16+1-Gipfel statt.

### Vertrauensschwund zwischen Ost- und Westeuropa

Der politische Schaden für die EU, den der immer stärker werdende chinesische Einfluss anrichtet, ist bereits heute sichtbar. Brüssel ist in zentralen Belangen der EU-Außenpolitik wie dem Schutz internationalen Rechts und der Menschenrechte schon längere Zeit nicht mehr in der Lage, gegenüber China kohärent zu handeln.

Im Juli 2016 setzten sich Ungarn und Griechenland – letzteres im 16+1-Rahmen mit Beobachterstatus und Hauptnutznießer chinesischer Investitionen in den vergangenen Jahren – mit aller Kraft dafür ein, eine EU-Erklärung zu einem bindenden Schiedsspruch eines internationalen Tribunals abzumildern, der Chinas territoriale Ansprüche im Südchinesischen Meer zurückgewiesen hatte. Im März 2017 sperrte sich Ungarn gegen ein gemeinsames Schreiben, mit dem die EU die Misshandlung inhaftierter Anwälte in China anprangern wollte. Im Juni 2017 blockierte Griechenland eine Erklärung der EU vor dem UN-Menschenrechtsrat, in der die Menschenrechtsbilanz Chinas kritisiert werden sollte. Es war das erste Mal, dass sich die Europäische Union in diesem Zusammenhang nicht auf eine einheitliche Linie festlegen konnte.

Ist Brüssel gegen-  
über China noch  
handlungsfähig?

Entscheidend für die Frage, ob die EU China gegenüber noch gemeinsam handeln kann, wird vor allem der Ausgang der Debatte über einen europäischen Mechanismus für Investitionsprüfungen sein. Dieser zielt in erster Linie auf staatsgesteuerte chinesische Investitionen ab. Einzelne EU-Mitgliedstaaten der 16+1 haben den aktuellen Vorschlag bereits kritisiert. Und selbst wenn der Mechanismus wie geplant bis zum Sommer 2018 verabschiedet werden sollte – der Vertrauensschwund, der zwischen Ost- und Westeuropa zu Fragen der China-Politik zu konstatieren ist, wird damit längst nicht überwunden sein.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Konstellation arbeitet Brüssel seit einiger Zeit an einer übergreifenden Strategie für den Umgang mit Chinas Wirtschaftsoffensive in der EU und ihrer Nachbarschaft. Damit diese funktionieren kann, muss die EU-Kommission helfen, die Lücken bei der Infrastrukturfinanzierung in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten so gut wie möglich zu schließen. Auch sollten die EU-Staaten sicherstellen, dass im EU-Haushalt nach dem 2020 anstehenden Brexit die Mittel für die mittel- und osteuropäischen Länder nicht überproportional gekürzt werden – auch damit diese keinen Vorwand zur Intensivierung potenziell problematischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Peking haben.

Zugleich muss Brüssel Mechanismen einführen, um die BRI-Investitionen in der Europäischen Union und in ihrer Nachbarschaft mit den eigenen Interessen in Einklang zu bringen. Die Entwicklungspolitik der europäischen Institutionen und EU-Mitgliedstaaten muss Drittländer dabei unterstützen,

große Infrastrukturprojekte, wie die von China finanzierten, zu bewerten und zu überwachen. Auch sollte die Europäische Union Peking dazu bewegen, so viele Infrastrukturinvestitionen wie möglich über multilaterale Rahmenwerke wie die EU-China-Konnektivitätsplattform oder die von China initiierte, aber weitgehend westlich ausgerichtete Asiatische Infrastruktur-Investmentbank (AIIB) zu kanalisieren. Ebenso gilt es, Kofinanzierungen von chinesischen Investitionsaktivitäten durch die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zu fördern.

Für politische Spaltungen innerhalb Europas ist China nicht ursächlich verantwortlich, auch wenn es sicherlich derzeit zu deren Vertiefung beiträgt. Appelle größerer EU-Staaten an die Adresse der Mittel- und Osteuropäer zu mehr Distanz gegenüber China werden allein nicht fruchten. Es gilt, durch umfangreiche Bemühungen die Solidarität unter EU-Staaten zu stärken und dem Aufstieg populistischer Regierungen in ganz Europa entgegenzuwirken. Auch sollten Frankreich, Deutschland und Italien bei der politischen Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik gegenüber China Polen einbeziehen. Warschau hatte in letzter Zeit einen eher nüchternen Blick auf chinesische Investitionen und könnte daher zu einer stärkeren wirtschaftlichen Koordinierung in dieser Frage bereit sein.

Wer, wie Außenminister Sigmar Gabriel im August 2017 bei einer Rede in Paris China zur Einhaltung einer „Ein-Europa“-Politik ermahnt und von den Mitgliedsländern mehr Geschlossenheit fordert, muss auch über einen konkreten Beitrag der größeren EU-Staaten nachdenken, denn diese agieren bis heute oft scheinheilig. Sie müssen ihre privilegierten Beziehungen zu Peking auch den schwächeren EU-Mitgliedern zugutekommen lassen. Angela Merkel und Emmanuel Macron hatten zuletzt beispielsweise immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig es für europäische Unternehmen sei, dass ihr Zugang zum chinesischen Markt gestärkt wird. Auch warnten sie vor den Risiken staatsgetriebener chinesischer Übernahmen von europäischen High-tech-Marktführern.

Für die Staats- und Regierungschefs Mittel- und Osteuropas aber sind diese Themen längst nicht von vorrangigem Interesse. Vielmehr pflegen sie die Hoffnung, die einheimische Wirtschaft mit Hilfe von chinesischen Investitionen anzutreiben und auch größere politische Geltung durch die engen Beziehungen zu Peking zu erlangen. Es liegt an Deutschland und Frankreich, einen Dialog mit den EU-Partnern zu initiieren, um zu einem für alle Seiten tragbaren Interessenausgleich in der europäischen China-Politik zu finden. Denn solange Berlin und Paris in erster Linie eigene Interessen in den Beziehungen zu China verfolgen, werden sie sich schwertun, die Länder Mittel- und Osteuropas davon zu überzeugen, die 16+1-Plattform nicht für ähnliche Zwecke zu nutzen.

**Appelle zu mehr  
Distanz gegenüber  
China helfen nicht**



**Jan Gaspers**  
leitet die EU-China  
Policy Unit am Mer-  
cator Institut für  
China-Studien  
(MERICS) in Berlin.

## Von der Pax Americana zur Pax Sinica?

Der Weltmachtanspruch der chinesischen Energie- und Klimapolitik

Friedbert Pflüger | **Mit immer größerem Tempo und Selbstbewusstsein beansprucht China die Rolle einer Weltmacht. Der Energiepolitik kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Der enorme Ausbau erneuerbarer Energien macht die chinesischen Städte sauberer und sichert der Wirtschaft Vorteile. Mit dem Petro-Yuan könnte China den Dollar als Leitwährung angreifen.**

Die Machtverschiebung auf der Welt, bedingt durch den Rückzug der USA und den rasanten Aufstieg Chinas, hängt unmittelbar mit den gewaltigen Veränderungen in der Energiepolitik zusammen. Die Vereinigten Staaten sind durch die Erschließung gigantischer Öl- und Gasvorkommen aus Schieferformationen inzwischen weit weniger abhängig von Energieimporten. Das hat es ihnen ermöglicht, aus der globalen Führungsverantwortung abzudanken; teilweise ist es sogar ursächlich dafür.

Das enorme amerikanische Engagement in der Welt beruht seit jeher auf ganz unterschiedlichen Motiven: auf dem Wunsch, die Welt für die Demokratie sicher zu machen (Woodrow Wilson), auf humanitären Interventionen gegen Völkermord und auf der Sorge vor der Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen. Ohne Zweifel gründete die amerikanische Bereitschaft zur Einmischung auch auf eigenem nationalen Interesse, zum Beispiel der Sicherung von lebenswichtigen Energiequellen.

Dank der rapiden Entwicklung einheimischer Energiequellen durch die Schieferrevolution ist die amerikanische Gesellschaft nicht mehr im selben Umfang gewillt, finanzielle Lasten für die Stabilität in anderen Teilen der Welt zu schultern oder gar die eigenen Söhne und Töchter in ferne Kriege zu entsenden. Die absehbare Energieunabhängigkeit der USA stellt die ökonomische Basis für die Politik des Rückzugs dar. Donald Trump ist mit seiner „America First“-Rhetorik zum Symbol dieser Politik geworden. Begonnen hat sie aber schon während der Präsidentschaft Barack Obamas. Die Wiedergeburt isolationistischer Traditionen in den USA geht Hand in Hand mit der Entwicklung der eigenen Energieressourcen.

Umgekehrt verhält es sich mit China. Die Volksrepublik braucht für ihr Wirtschaftswachstum gigantisch viel Energie, und diese Tatsache prägt die Außenpolitik Pekings seit Jahren. Ähnlich wie früher die USA ist nun China



weltweit unterwegs, um Importmöglichkeiten zu identifizieren und mit gewaltigen finanziellen und diplomatischen Mitteln abzusichern. Flüssiggas aus Katar, Öl aus Venezuela, Uran aus Zentralasien, Kohle aus Australien – die aufstrebende Weltmacht dürstet nach immer neuen Quellen, um die wachsenden Bedürfnisse von 1,3 Milliarden Chinesen zu befriedigen. Der unterschiedene Ausbau der militärischen Fähigkeiten Chinas, nicht zuletzt seine Machtpolitik im Südchinesischen Meer, deutet darauf hin, dass sich die Volksrepublik – wie früher die USA – darauf einstellt, ihre Lieferwege notfalls auch mit Hilfe von Flotte und Luftwaffe zu schützen. Pekings internationale Energiepolitik stößt somit in das Vakuum, das der amerikanische Rückzug hinterlassen hat. Während China bis vor Kurzem nur allmählich und zögerlich in die Weltmachtrolle rückte, hat der Rückzug Trumps das Tempo und das Selbstbewusstsein Chinas auf dem Weg zur Weltmacht enorm befördert. Von der Pax Americana zur Pax Sinica?

**China stößt in das Vakuum, das die USA hinterlassen**

Drei aktuelle Entwicklungen zeigen, wie die Energiepolitik dazu führt, dass sich die globalen Gewichte zugunsten Chinas verschieben.

### **Petro-Yuan gegen Dollar-Hegemonie**

Seit dem Abschluss des Bretton-Woods-Abkommens im Juli 1944 hat der US-Dollar den Status der globalen Leitwährung genossen. Den USA hat dies unübertroffene Macht verliehen, und die Globalisierung hat diesen Trend nur verschärft. Öl ist der mit Abstand meistgehandelte Rohstoff; nach aktuellen Preisen beträgt das Handelsvolumen über 1,5 Billionen Dollar. Öl wird mit Bezug auf die Sorten Brent oder West Texas Intermediate Futures bepreist – beides in Dollar angegeben. Das führt dazu, dass sich die USA immer auf eine hohe globale Nachfrage ihrer Währung verlassen können. Dollar können gegen Sachgüter und Dienstleistungen getauscht werden, aber auch als Waffe – wie im Falle der Sanktionen gegen Russland und den Iran – eingesetzt werden.

Seit 2009 entwickelt China einen eigenen Rohöl-Future, womöglich auch, um sich davor zu schützen, selbst einmal Ziel solcher Strafmaßnahmen zu werden. Der Petro-Yuan, der für Anfang dieses Jahres angekündigt wird, soll in Yuan bepreist und mit Gold konvertibel sein. Er ist ein erster Schritt in Richtung der „Entdollarisierung“. Mit China als dem weltweit größten Ölimporteur könnte er schon bald zur wichtigsten asiatischen Rohöl-Benchmark werden. Angesichts einer Importabhängigkeit, die in den nächsten Jahrzehnten von derzeit 69 auf 80 Prozent steigen wird, ist der Petro-Yuan der Versuch Chinas, die Hoheit mindestens über den eigenen Öl-Handel zu erlangen.

In Anerkennung dieser Entwicklung wurde der Yuan bereits in den Währungskorb des Internationalen Währungsfonds und kürzlich auch mit einem Gegenwert von 500 Millionen Euro in die Fremdwährungsreserven der Europäischen Zentralbank aufgenommen. Andere Länder haben signalisiert, nachziehen zu wollen. Damit erlangt die chinesische Regierung in internationalen Währungsangelegenheiten eine immer einflussreichere Position.

Die Tragweite dieser Entwicklung ist allerdings noch größer. Der Petro-Yuan könnte weitere Währungskriege schüren und die Diversifizierung weg von der

US-Währung beschleunigen. Milliarden Dollar würden dann aufgrund der fallenden globalen Nachfrage in die USA zurückgeführt. Die Fähigkeit der USA, losgelöst von einheimischer Inflation die Geldmenge auszuweiten, wäre langfristig und ernsthaft eingeschränkt. Dies würde der Federal Reserve entscheidend mehr fiskalische Disziplin abverlangen. Ob der Yuan als Herausforderer erfolgreicher sein wird als der Euro – der vor nunmehr 16 Jahren mit ähnlichem Hoffen und Bangen eingeführt wurde, die Dominanz des Dollar aber im Kern unberührt ließ – bleibt abzuwarten.

### Die klimapolitische Führungsrolle

Der chinesische Führungsanspruch zeigt sich auch im Bereich der Klimapolitik. Während Donald Trump im Wahlkampf den Klimawandel als „chinesischen Schwindel“ bezeichnete und bereits zu Beginn seiner Amtszeit über den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen philosophierte, positionierte sich Präsident Xi Jinping als neuer globaler Klimaanführer. Bereits auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2017 erklärte er mit Blick auf Washington, sein Land werde die Pariser Vereinbarung verteidigen. Bei der Eröffnung des 19. Parteitags der Kommunistischen Partei im Oktober 2017 forderte Xi später sogar, dass sein Land „das Steuer“ im Kampf gegen den Klimawandel übernehmen müsse. Inzwischen hat der Kapitän in Peking dafür auch Offiziere und Mannschaften angeheuert: Die EU, allen voran Deutschland, Kanada, Kalifornien und zahlreiche amerikanische Großstädte haben sich bereiterklärt, gemeinsam mit dem Reich der Mitte die Klimaführung zu übernehmen. Durch den Rückzug der USA gelang China innerhalb weniger Monate ein globaler Imagewandel: vom kohlelastigen Sündenbock zum visionären Champion der globalen Klimapolitik.

Es wäre zu kurz gegriffen, diese Wendung lediglich als Ausdruck geschickter PR oder cleverer Schachzüge abzutun. China ist vielmehr ernsthaft dabei, die beanspruchte Führungsrolle mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen. Zwei Beispiele: Am 28. Dezember 2017 wurde in Jinan die erste mit Solarzellen gepflasterte Straße des Landes dem Verkehr übergeben. Etwas über einen Kilometer lang, bedeckt sie fast 6000 Quadratmeter auf dem südlichen Teil der Stadtautobahn. Sie produziert 820 Kilowatt Strom pro Stunde, die in das Netz der Provinz Shandong eingespeist werden. Und 500 Kilometer südlich, in der Nähe von Huainan, haben die Chinesen das größte schwimmende Solarkraftwerk der Welt gebaut. 165 000 Solarpaneele, montiert auf Plastikpontons, produzieren 40 Megawatt Leistung und können damit 15 000 Haushalte versorgen. Allein die Symbolkraft ist eindringlich, denn der schwimmende Solarpark wurde auf einem früheren Kohletagebau errichtet. In diesem Jahr soll in seiner Nähe ein weiteres schwimmendes Solarkraftwerk errichtet werden, allerdings vier Mal so groß.

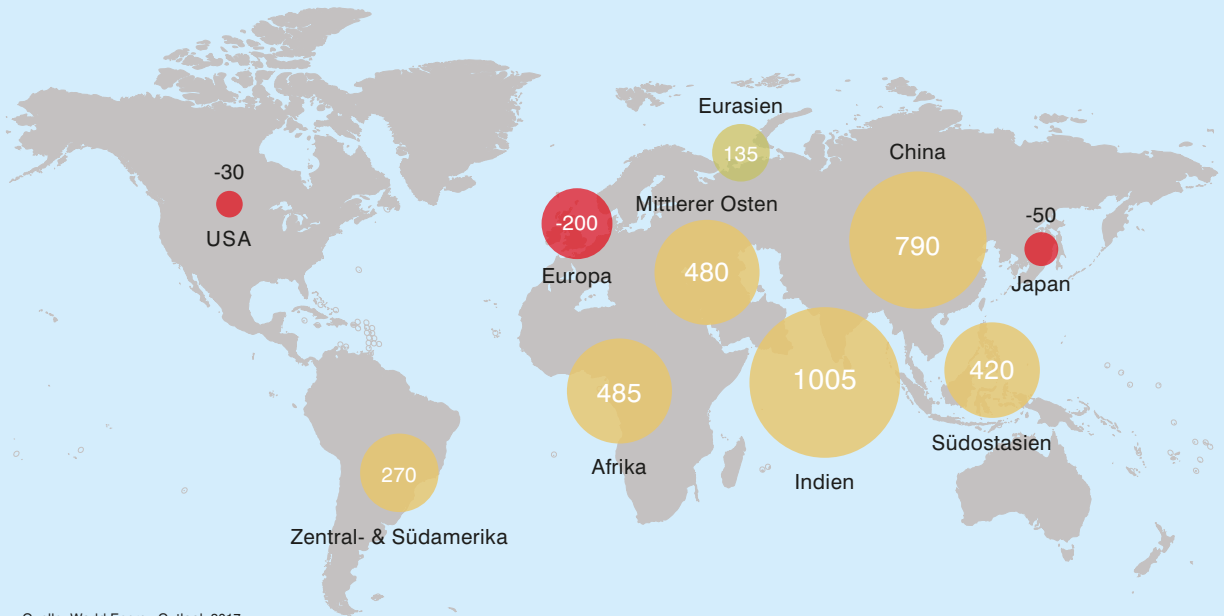
Es ist wahr: Chinas Energiemix ist immer noch stark von Kohle dominiert – und das wird noch lange so bleiben. Die chinesischen Kraftwerke verbrennen so viel wie die übrige Welt zusammen. Große Teile des Landes sind nicht an das Stromnetz angeschlossen; sie sind auf Kohle für die Industrieprodukti-

Im Reich der Mitte  
findet eine Energie-  
revolution statt



## Wachsender Energiehunger

Erdölbedarf 2016–2040 in Megatonnen Erdöleinheiten



Quelle: World Energy Outlook 2017

on angewiesen. Doch gingen die kohlebasierten Emissionen in den vergangenen drei Jahren kontinuierlich zurück, und der aktuelle Fünf-Jahres-Plan sieht ein zweijähriges Moratorium für die Genehmigung neuer Kohlekraftwerke vor. Vor allem aber zeigen der rapide Ausbau intelligenter Netze, die Einführung eines modernen Marktdesigns für die Strommärkte einschließlich eines Emissionshandelssystems und der entschiedene Ausbau der erneuerbaren Energien, dass in China eine echte Energiewende, ja eine Energierevolution stattfindet. China plant, in den nächsten drei Jahren 317 Milliarden Euro in erneuerbare Energien zu stecken, der Zubau ist enorm. Inzwischen hat China fast 200 Gigawatt installierte Windkraft im Land, mehr als doppelt so viel wie die zweitplatzierten USA. Zwei Drittel der weltweiten Solarzellenproduktion findet in China statt, fast die Hälfte der neu installierten Windräder stammt aus der Volksrepublik.

Der chinesischen Führung liegt dabei weniger die Reduzierung von Treibhausgasen zur Rettung der Erde am Herzen als die Bekämpfung des unerträglichen Smogs in den chinesischen Großstädten. Zugleich geht es ihr um internationale Anerkennung und technologische Innovation. Auch hier sind die USA im Begriff, den Chinesen den ersten Platz zu überlassen. Die Trump-Regierung plant, dem Kongress eine 72-prozentige Reduzierung der Programme für Energieeffizienz und erneuerbare Energien für das Fiskaljahr 2019 vorzuschlagen. Unter anderem das National Renewable Energy Laboratory müsste dann die Forschung in den Bereichen Solarenergie, Bioenergie und effiziente Mobilität um etwa 80 Prozent zusammenstreichen. Das ist ein Geschenk an China, denn dort wird der Forschungsetat aufgestockt. Allein für die Effizienzsteigerung bei erneuerbaren Energien kommen die Chinesen auf zwei Milliarden Dollar und überholen die Vereinigten Staaten.

### China plant ein gigantisches Netz- werk von Infrastruktur

Nirgendwo wird der chinesische Führungsanspruch deutlicher als in der Automobilindustrie. Gerade hat China angeordnet, die Produktion von 500 Automodellen im Land zu stoppen, da sie nicht mehr den Umweltstandards entsprechen. Chinas Führung ist sich bewusst, wie sehr der größte Automarkt der Welt darauf vertrauen kann, dass sich alle nach den in Peking gesetzten Effizienzstandards richten werden. Peking fordert Elektromobilität – und alle anderen ziehen nach. Die enormen Forschungsaufgaben, die nach den Interessen der chinesischen Industrie (und der Smog-Situation in den Innenstädten) gesetzten Anforderungen, die technologieorientierte Kaufoffensive im Westen, nicht zuletzt auch die Lernerfolge aus der Zusammenarbeit mit den größten Automobilherstellern und -zulieferern der Welt legen nahe, dass China auch auf dem Gebiet von sauberer Mobilität schon bald uneinholbar weit vorne liegen wird.

### Das Strom-Supernetz

Während die USA glauben, bedeutende Länder wie Russland oder den Iran isolieren und mit Sanktionen klein halten zu können, sucht China nach Mitteln und Wegen, so viele Länder wie möglich in ein weltumspannendes Netz wirtschaftlicher und technischer Beziehungen einzubinden. Durch Chinas Belt-Road-Initiative (BRI), eine Art neuer Seidenstraße, soll die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt mit Südostasien, Eurasien, dem Mittleren Osten, Europa und Afrika verbunden werden. Geplant ist ein Netzwerk von Öl- und Gaspipelines, Strom- und Glasfasernetzen, Autobahnen, Zugverbindungen, Flug- und Seehäfen.

Der chinesische Plan eines Strom-Supernetzes findet in Europa und den USA bisher kaum Beachtung. Im Mai 2016 hat Liu Zhenya, Vorsitzender der State Grid Corporation of China (SGCC), eine der größten Firmen der Welt, den Vorschlag für ein 50 Billionen-Dollar-Projekt gemacht: die Schaffung eines weltumspannenden Energienetzes zur Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Klimawandel. Er wird unterstützt vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping. Der Plan sieht vor, bis 2050 die Solar- und Windfarmen, Geothermie- und Wasserkraftwerke auf der Welt nach und nach durch ein Super-Grid zu verbinden.

Gigantische Windparks in Kasachstan, der Mongolei, aber auch an den Polen unserer Erde würden in das Netz einspeisen, genauso wie riesige Sonnenfarmen aus den Wüsten. Mittelfristig soll die regenerative Produktion von Strom entlang der Seidenstraße ausgebaut werden, um den Anrainerländern zu wirtschaftlichem Aufschwung und ihrer alten Bedeutung zu verhelfen. SGCC hat bereits zehn transnationale Übertragungsnetze ins Visier genommen, die China zum Beispiel mit Russland oder der Mongolei verbinden. Im Februar 2018 wurde bekannt, dass SGCC plant, 20 Prozent des deutschen Netzbetreibers 50Hertz zu erwerben, was eine „Zäsur in den Wirtschaftsbeziehungen Berlin-Peking“ darstellen würde. Erstmals wäre ein chinesisches Unternehmen an kritischer Infrastruktur, an Telekommunikations- und Stromnetzen, beteiligt.

Die Chinesen haben ein Netzwerk aus wissenschaftlich-technischen Kooperationen mit deutschen und europäischen Institutionen errichtet, die sie nun offenbar durch Firmenbeteiligungen ergänzen wollen. Auch entlang der

Seidenstraße haben sie zahlreiche Projekte angestoßen. Finanziert werden die Vorhaben – genau wie die BRI – vornehmlich von chinesischen Geldgebern, unter anderen der Asian Infrastructure Development Bank, der New Development Bank und des Silk Road Fund. Sie erhalten den Vorzug vor IWF und Weltbank. So deutet sich auch auf diesem Gebiet ein tiefgreifender Wandel an, der für Chinas wachsendes Selbstvertrauen steht. Jedenfalls ist das Jahrhundertprojekt BRI eine enorme strategische Machtprojektion der Chinesen. Dies ist nicht zuletzt deshalb so wirkungsvoll, weil es als Soft-Power-Projekt für erneuerbare Energien, Kommunikation, Verkehr und die Bekämpfung des Klimawandels daherkommt. Selbst wenn alle zur Mitarbeit eingeladen sind: Es bleibt doch klar, wer das Projekt begonnen hat und wer es letztlich beherrscht. Eine strategische Antwort Europas oder der USA gibt es bisher nicht.

**Deutschland braucht  
einen Beauftragten  
für die Seidenstraße**

### **Die Antwort Europas**

Wie könnte eine deutsche beziehungsweise europäische Reaktion auf die chinesische Jahrhundertinitiative einer neuen Seidenstraße aussehen? Diese Antwort kann sich naturgemäß nicht nur auf den energiepolitischen Teil beziehen, auch wenn dieser im Rahmen der BRI einen bisher unterschätzten Raum einnimmt. Fünf Gedanken dazu:

Die Belt-Road-Initiative bedarf einer langfristigen strategischen Antwort aus Deutschland und Europa. BRI ist keine kurzfristige Idee der gerade amtierenden Führung, sondern wird voraussichtlich auf lange Zeit ein integraler Bestandteil, ja ein Kernbereich chinesischer Außen- und Wirtschafts-, Energie-, Verkehrs- und Finanzpolitik sein. Die Initiative muss als ernstzunehmender Versuch Pekings verstanden werden, die eigene Macht zu demonstrieren und Einfluss zu gewinnen – zunächst in der Region, letztlich aber auch global. Angesichts des entschiedenen Willens und der gewaltigen Ressourcen, die hinter dem Projekt stehen, macht es wenig Sinn, BRI zu negieren, zu bekämpfen oder den Versuch einer Eindämmung zu unternehmen.

Vielmehr geht es um Engagement, Mitarbeit, Zusammenarbeit. Für unsere Forscher, Ingenieure, Manager, Banker und Händler eröffnen sich hier ungeahnte Möglichkeiten. Auch die alte Seidenstraße war ja keine Einbahnstraße, sondern bot allen Ländern, die sie durchlief – und nicht zuletzt Europa – die Möglichkeit, den Handel zu intensivieren. Chinas Politiker, Unternehmer und Diplomaten werben in Deutschland und Europa darum, dass sich unsere Firmen und Forschungseinrichtungen stärker engagieren und dass solche Kooperationen politische Rückendeckung erfahren. Die State Grid Corporation of China veranstaltete im vergangenen Jahr in Frankfurt eine große Konferenz, auf der sie ihre Vision eines Ausgreifens bis nach Europa vorstellte und gleichzeitig ein Angebot zu umfassender politischer, wirtschaftlicher und technologischer Kooperation unterbreitete. In der Wissenschaft wurde dieser Appell bisher stärker wahrgenommen als in der Politik.

Ganz konkret könnte die Bundesregierung einen Seidenstraßen-Beauftragten benennen, der mit einer kleinen Task-Force und gemeinsam mit den Verbänden der deutschen Industrie, den Finanz- und Außenhandelsinstitutionen, den

Forschungseinrichtungen sowie der Politik und Diplomatie Konferenzen und Workshops entlang der Seidenstraße veranstaltet, Projekte der Zusammenarbeit identifiziert und deren Umsetzung koordiniert. Ein solcher Beauftragter könnte im Außen- oder Wirtschaftsministerium angesiedelt sein. Im Auswärtigen Amt gibt es inzwischen immerhin eine Arbeitsgruppe „Konnektivität“, die sich mit dem Seidenstraßen-Konzept beschäftigt. Aber eine allein deutsche Antwort reicht nicht aus. Wichtig ist das Zusammenwirken mit der EU. Eine ähnliche Koordinationsstelle könnte deshalb bei der Kommission eingerichtet werden.

Auch Russland sollte in das Konzept integriert sein. Auf der erwähnten Konferenz der SGCC in Frankfurt waren führende russische Vertreter des Stromnetzbetreibers Rosetti anwesend und informierten über die enge Zusammenarbeit mit China. CEFC China Energy Company Limited hat im vergangenen Jahr 14 Prozent der Anteile der russischen Ölfirma Rosneft gekauft. Russlands zweitgrößte Bank VTB finanziert das Geschäft. Auch die Gaspipeline „Kraft Sibiriens“ zwischen Russland und China, von der bereits über 1300 Kilometer gebaut sind und die schon bald 38 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr nach China transportieren soll (inzwischen gibt es schon Vereinbarungen über eine „Kraft Sibiriens 2“-Pipeline), zeigt, dass China und Russland energiepolitisch eng zusammenarbeiten.

Auch sollte der Versuch unternommen werden, Indien für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, gerade um den Eindruck zu vermeiden, die Kooperation mit der Belt-Road-Initiative richte sich gegen Delhi. Indien hat sich am Rande des ASEAN-Treffens in Manila im November 2017 mit Australien, Japan und den USA zu einem strategischen Dialog für eine indo-pazifische Sicherheitszusammenarbeit verabredet, um die als aggressiv empfundene chinesische Expansion in der Region einzudämmen. Gerade wegen der realen Ängste und manifesten Spannungen in Asien wäre es wichtig, Indien als weitere Großmacht in eine solche Initiative einzubinden und – neben Maßnahmen zur sicherheitspolitischen Eindämmung Chinas – zumindest technologisch und wirtschaftlich zusammenzuarbeiten.

Ohne Zweifel wäre es vor allem wünschenswert, dass die Vereinigten Staaten sich an solchen Initiativen beteiligen. Sie könnten das Seidenstraßen-Konzept auch für sich und ihre Industrie als Chance ansehen. Allerdings wäre das nur auf der Grundlage einer gleichberechtigten Kooperation und einem sensiblen Verständnis für die Traditionen und Denkweisen der unterschiedlichen Partner vorstellbar. Ein „America First“-Ansatz, der vor allem mit Ellenbogen, Freund-Feind-Denken, Ausgrenzung, Sanktionen und Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten daherkommt, verträgt sich nicht mit der BRI-Grundidee. Deutschland und Europa dürfen deshalb nicht auf die USA warten, sondern müssen ihre eigene Antwort formulieren und danach handeln.

Russland, Indien und vor allem die USA sollten sich beteiligen



**Prof. Dr. Friedbert Pflüger**, Staatssekretär a.D., lehrt am Department of War Studies, King's College London, wo er das European Centre for Energy and Resource Security (EUCERS) leitet.

## Begrenzte Möglichkeiten

Japans Umgang mit Chinas Übermacht hält Lehren für Europa bereit

**Bernhard Bartsch | Der Aufstieg Chinas und die Krise Amerikas zwingen Japan, sich weltpolitisch neu auszubalancieren. Mit dem ohne die USA geschlossenen Handelsabkommen TPP-11 und dem EU-Japan-Freihandelsvertrag hat es gezeigt, dass es global handeln kann. Doch seiner wirtschaftlichen Stärke zum Trotz hat Tokio politisch nur wenige Optionen.**

Zu den wenigen japanischen Wörtern, die es neben Sushi und Sumo in den internationalen Sprachgebrauch geschafft haben, gehört die Krankheit Hashimoto. Denn es war der japanische Arzt Hakaru Hashimoto, der vor gut 100 Jahren als erster eine verbreitete Autoimmunerkrankung beschrieb. Zu ihren Symptomen gehören Antriebslosigkeit, Müdigkeit und depressive Verstimmungen. Medikamente können ihre Ausprägung lindern, aber heilen lässt sich Hashimoto nicht. Patienten müssen sich damit abfinden, dass sie weniger Energie haben.

Die Symptome passen zu der Malaise, die heute Hashimotos Heimat quält. Seit mittlerweile einer Generation sehnen sich die Japaner zurück nach den Boomjahren der 1970er und 1980er Jahre, als die Welt und viele Japaner selbst ihrem Land zutrauten, was heute China nachgesagt wird: dass es die Welt erobern könnte, was auch immer das genau heißen mag. Zwar geht es Japan mal besser und mal schlechter (im Moment geht es wieder etwas besser), aber die wilde Wirtschaftswunderdynamik will nicht zurückkommen. Das ist frustrierend, auch deshalb, weil neben den Japanern selbst auch das Ausland Japan noch immer an den alten Zeiten misst.

Doch wie Hashimoto-Patienten gut beraten sind, nicht allzu sehr mit ihrem Schicksal zu hadern, so richten sich auch die Japaner widerwillig in den neuen Realitäten ein – und auch wir Europäer dürften ruhig etwas wohlwillender nach Japan blicken. Denn viele der Symptome, die Japan plagen, sind uns nicht unbekannt. Auch wenn unsere Aufmerksamkeit in Asien derzeit vor allem auf China und vielleicht noch Indien liegt – Japan ist uns unter den asiatischen Wirtschaftsmächten noch immer die nächste.

Die Eckpunkte der japanischen Problematik sind bekannt. Wirtschaftlich: stagnierendes Wachstum, übermäßige Abhängigkeit von Exporten und hohe Schulden. Gesellschaftlich: eine schnell schrumpfende Bevölkerung – geht es so

weiter, wird sie von heute gut 127 Millionen bis 2060 auf 87 Millionen zusammenschmelzen – und wachsende soziale Ungleichheit. Politisch: eine Demokratie mit gelegentlichen Selbstzweifeln und einer schwierigen Rolle in ihrer Region. Trotzdem ist Japan nicht der kranke Mann Asiens; die Probleme sind auch Folgen von Erfolg. Dass Japan am gegenwärtigen Aufstieg Asiens kaum teilnimmt, liegt nicht zuletzt daran, dass Japan diesen Aufstieg bereits gemeistert hat.

### Widersprüchliche Interessen

Und dennoch: Japan steckt in einer Zwickmühle. So ist der Handel mit China die größte Wachstumschance der japanischen Wirtschaft. Gleichzeitig ist der Aufstieg Chinas das größte Problem der japanischen Außenpolitik. Wie soll Tokio sich verhalten? Ein Blick auf die japanische Debatte verdeutlicht das Problem. Seit Langem kreist sie um die Frage, mit welcher Priorität die beiden Vorgaben – Bindung an die USA und Integration in die Region – zu verfolgen sind.

Am einen Ende der Skala rangieren die „moderaten Pragmatiker“, die auf regionale Integration setzen. Sie fordern eine unabhängigere Außenpolitik, vor allem im Hinblick auf China, weil sie fürchten, dass eine zu enge Anlehnung an Amerika den japanischen Interessen schadet. Tatsächlich wird China – Japans größter Handelspartner – immer wichtiger. Der Wert des bilateralen Handels übersteigt den zwischen Japan und den USA bereits um mehr als die Hälfte. Die Tendenz ist steigend. Am anderen Ende der Skala befinden sich die „Bündnistraditionalisten“. Für sie hat die starke Allianz mit Amerika die oberste Priorität. Denn Japan müsse an einer Eindämmung Chinas arbeiten, wenn ihm der große Nachbar nicht völlig über den Kopf wachsen soll, und dies könne nur gemeinsam mit den USA gelingen.

Man stelle sich vor, dass Deutschland den größten Teil seiner Geschäfte mit einem boomenden Russland abwickelt. Und zwar mit einem fiktiven Russland, das sich anschickt, ganz Europa ökonomisch zu dominieren und Amerika den Rang als globale Nummer eins abzulaufen; dessen Rüstungsausgaben jedes Jahr zweistellige Zuwachsraten zeigen und das obendrein Gebietsansprüche an Deutschland und ein halbes Dutzend anderer europäischer Staaten stellt. Dieses Gedankenspiel ist natürlich unvollkommen, aber es zeigt, warum man in Japan mit Blick auf China zumindest gemischte Gefühle haben kann. Und es zeigt, was die japanischen „Bündnistraditionalisten“ motiviert, deren Protagonist Premier Shinzo Abe ist.

Unter Präsident Barack Obama war Abe damit auf der sicheren Seite. Das Bündnis mit Japan war das Fundament von Obamas „Hinwendung nach Asien“. Mit Donald Trump ist das Verhältnis schwieriger geworden. Zwar war Abe der erste ausländische Staatschef, der Trump in den Tagen nach seinem Wahlsieg seine Aufwartung machte. Genützt hat es ihm wenig, und die Wirren in Washington lassen Japan nichts anderes übrig, als – um es mit Angela Merkel zu sagen – sein „Schicksal wirklich in die eigene Hand“ zu nehmen.

Das zeigte sich zum Beispiel bei der Trans-Pacific Partnership (TPP). Ausgehandelt während der Amtszeit Obamas, sollte die TPP die größte Freihand-

Japan hat den  
asiatischen Aufstieg  
schon gemeistert



# Bild nur in Printausgabe verfügbar

delszone der Welt werden, an der sich neben den USA und Japan zehn weitere Anrainer des Pazifiks beteiligen wollten. Der entscheidende Punkt: China war nicht eingeladen, was Peking – sicherlich zu Recht – als Versuch auffasste, seinen Einfluss in Ost- und Südostasien einzudämmen. Nach Trumps Rückzug aus dem Vertragswerk verfolgte Abes Regierung die TPP mit den verbliebenen zehn Interessenten weiter. Das Abkommen, nun bekannt als TPP-11, soll im März unterzeichnet werden. Für Japan ist das durchaus ein Erfolg, nicht nur, weil Tokio bei den Verhandlungen federführend war. Das Maximalziel – ein wirkliches Gegengewicht zu China zu fördern – dürfte zwar ohne die USA nicht erreichbar sein. Aber das Abkommen ist ein Signal dafür, dass Japan einen globalen, freien Handel unterstützt und in der Lage ist, eigene Bündnisse zu schmieden.

Auch das japanische Freihandelsabkommen mit der EU, kurz JEFTA, das Anfang 2019 in Kraft treten soll, zeigt, dass Japan sich auf der Weltbühne ins Spiel bringen kann. Die beteiligten Länder stehen gemeinsam für rund 30 Prozent des weltweiten BIP. Abe bezeichnete die Einigung als „die Geburt der größten Wirtschaftszone der Welt“. Tatsächlich dürfte JEFTA bedeutende Verbesserungen bringen. So kann Japan gemäß einer Studie der Bertelsmann Stiftung damit rechnen, dass es ihm Zuwächse im Umfang von bis zu 1,6 Prozent seines BIP bescheren wird. Für Deutschland, das unter allen EU-Ländern am meisten davon profitieren würde, dürften sich die Zuwächse auf bis zu 0,7 Prozent seines BIP belaufen. Das ist zwar für keinen der Partner ein Gamechanger. Dennoch setzt JEFTA positive Signale.

Trotzdem sind Japans Möglichkeiten begrenzter, als seine Wirtschaftskraft auf den ersten Blick vermuten lässt. Das gilt vor allem für die eigene Nachbarschaft. Ostasien fehlt das, was in Europa selbstverständlich erscheint: eine

## Politische Annäherung fällt Japan und China sehr schwer

Kooperation auf belastbarer, institutioneller Grundlage. Es gibt in Ostasien nichts, was der EU oder der NATO nahe käme. Das liegt zum einen an Gegebenheiten, für die Japan nichts kann. Um nur eine davon zu nennen: Die Proportionen in Ostasien sind ungünstig. China wird sich wohl niemals auf eine Kooperation europäischer Art einlassen, sondern stets eine unabhängige Politik verfolgen. Und Japan überträgt alle anderen Nachbarn so weit, dass diese befürchten müssen, Integration könne nur auf Dominierung hinauslaufen. Zumal Japan sich mehr als 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer nicht so deutlich von seinen damaligen Gräueltaten distanziert hat, dass die Sorgen der Nachbarn ausgeräumt wären.

Fast alle japanischen Nachkriegsregierungen haben eine revisionistische Geschichtspolitik betrieben, und die von Shinzo Abe ganz besonders. Trumps früherer Chefberater Stephen Bannon verlieh ihm dafür das zweifelhafte Lob, ein „Trump before Trump“ zu sein. Zwar ist Abe kein Rüpel vom Schlage des US-Präsidenten. Aber seine Ziele, Japans pazifistische Verfassung zu revidieren, den Stolz auf die militärischen Traditionen des Landes neu zu beleben und die „Mainstream-Medien“ zu diskreditieren, sind durchaus mit denen vieler US-Republikaner zu vergleichen.

Abes Populismus mag auch ein Grund dafür sein, dass es in Japan keine erfolgreiche Partei rechts seiner Liberaldemokraten gibt, keine „Alternative für Japan“. Die einschlägigen Ressentiments bedient der Premierminister selbst. Intern mag er seine Macht so zementieren, doch außenpolitisch schadet er Japan: Die populistische Kur vertieft die japanische Malaise, anstatt sie zu lindern.

### Rivalisierende Nachbarn

Ein besonders hoher Preis für Abes Nationalismus ist das dauerhaft belastete Verhältnis zu China. Seit Jahrzehnten empfinden die Chinesen den japanischen Umgang mit der Geschichte als Provokation. Vor allem das Massaker von Nanjing (1937/38) gehört zu Chinas nationalen Traumata. Die Weigerung Japans, sich seiner Kriegsvergangenheit in ähnlicher Weise zu stellen wie Deutschland, kommt der Kommunistischen Partei Chinas allerdings durchaus zupass, lässt sich damit doch die eigene Vaterlandsliebe fördern. Denn was das Spielen der Nationalismuskarte angeht, steht der chinesische Präsident Xi Jinping dem japanischen Premierminister Shinzo Abe in nichts nach. Entsprechend schwer fällt es den beiden Nachbarn, sich politisch näher zu kommen.

Symbol des Konflikts ist eine Inselgruppe im Ostchinesischen Meer, die beide Seiten für sich beanspruchen und die immer wieder zu Scharmützeln führt. Das wahre Ringen findet jedoch in der regionalen Wirtschaftspolitik statt. Der Seidenstraßen-Strategie versucht Tokio seine Vision eines „freien und friedlichen Indopazifiks“ entgegenzusetzen. De facto umwerben damit China und Japan die gleichen Länder mit wirtschaftlicher Unterstützung und Infrastrukturprojekten. Zwar hat Pekings Initiative ungleich mehr Dynamik, doch dafür spielt Japan die in vielen Ländern wachsende China-Skepsis in die Hände.



Viel besser als Abes Populismus sind Japans Technik und Wirtschaft geeignet, in die Zukunft zu weisen. Denn gerade im Hinblick auf zentrale Schlüsselindustrien ist das Land hervorragend aufgestellt und hat gute Aussichten, diesen Vorteil noch weiter auszubauen. So belaufen sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Japan regelmäßig auf rund 3,5 Prozent des BIP. Das ist ein außerordentlich hoher Anteil, der nur von Israel und Südkorea übertroffen wird (in Deutschland liegen die Ausgaben seit einigen Jahren bei etwa 2,8 Prozent). Auch in absoluten Zahlen gehören die F&E-Ausgaben in Japan mit rund 180 Milliarden Dollar zur Weltspitze. Sie werden nur von denen der USA und Chinas übertroffen. Die deutschen liegen bei etwa 110 Milliarden pro Jahr.

**Japanische Roboter decken 52 Prozent des Weltmarkts ab**

Japans große technische Kompetenz wird deutlich auf dem Gebiet der Robotik. So ist Japan bei der Herstellung von Industrierobotern weltweit die Nummer eins. Japanische Hersteller decken heute 52 Prozent des weltweiten Bedarfs. Das ist spektakulär. Während es in Deutschland nur ein bedeutendes Unternehmen für Industrieroboter gibt – Kuka (inzwischen bekanntermaßen in chinesischem Besitz) –, konkurrieren in Japan FANUC, Yaskawa und Kawasaki Heavy um die Ausrüstung der Fabriken. Deutschland hat Siemens. Japan hat Hitachi, NEC und Toshiba. Ein ähnliches Bild bietet sich in der Chip-Industrie und bei Japans Elektronikfirmen, die nach Jahren der Krise wieder wachsen und investieren.

Auch bei den Themen Energie und Verkehr verfolgt Japan außerordentlich ehrgeizige Ziele. Das gilt zum Beispiel für die Entwicklung des Wasserstoffs als Energiequelle. Japan fördert diese Technik weitaus mehr als jedes andere Land, und Shinzo Abe ruft regelmäßig die „Wasserstoff-Gesellschaft“ als Fernziel aus, um Japan energietechnisch zu modernisieren. Auch Japans größte Autohersteller setzen auf die Technik.

Nun hofft man auch in Tokio, dass doch endlich ein Ruck durch Japan gehen möge – und setzt Hoffnung auf die Olympischen Spiele, die 2020 in Tokio stattfinden werden. Natürlich kann auch das beste Sportfest der Welt Japans objektive Situation nicht sehr verändern. Aber es kann Bild und Selbstbild positiv beeinflussen. Japans Regierung erträumt sich so etwas wie das „Sommermärchen“, die Fußball-WM in Deutschland 2006.

Dabei wäre das Land mit Stabilität und geduldiger Arbeit an seinen Stärken und Schwächen gut beraten. Japan ist zwar mit den Problemen des Wohlstands etwas schwerer beladen als manche europäischen Länder. Das drückt mitunter die Stimmung und erzeugt Symptome, die denen der Hashimoto-Krankheit ähneln. Trotzdem wäre es ein Fehler, Japans Schwierigkeiten als so etwas wie eine Krankheit aufzufassen. Japan befindet sich nicht auf einem Abweg. Es ist damit beschäftigt, die Resultate des eigenen Erfolgs zu meistern. Deshalb dürften wir seiner Entwicklung ruhig mehr Aufmerksamkeit schenken.



**Bernhard Bartsch** ist Senior Expert im Asien-Programm der Bertelsmann Stiftung. Zuvor arbeitete er über zehn Jahre als Ostasien-Korrespondent in Peking, u.a. für die NZZ und *Brand eins*.

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

# Russland vor der Wahl

Bei den Präsidentschaftswahlen kann nur einer gewinnen: Wladimir Putin. Doch wohin der ewige Kreml-Herr sein Land zukünftig innenpolitisch steuern will, steht in den Sternen. Und bei genauerem Hinschauen löst sich auch Russlands Außenpolitik auf.

## Stresstest für das System Putin

Der „Präsidentenwahlkampf“ offenbart Russlands innere Schwächen

Stefan Meister | **Wer am 18. März die Präsidentschaftswahl gewinnt, steht schon lange fest. Dennoch legt der „Wahlkampf“ die Schattenseiten des unter Wladimir Putin entstandenen Systems offen. Gerade auf wirtschaftliche Zukunftsfragen hat der Langzeitpräsident keine Antworten; er steht lediglich für Kontinuität und Stabilität. Das reicht auf Dauer nicht.**

Wahlen im heutigen Russland sind in erster Linie ein Stresstest für das System Putin. Auch wenn das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen, die am 18. März 2018 stattfinden sollen, bereits vorher feststeht, offenbart der „Wahlkampf“ doch die Stärken, vor allem aber die Schwächen des herrschenden Regimes.

Dazu muss man erstens verstehen, dass es sich nicht um freie und faire Wahlen handelt, in der echte Kandidaten in einem echten Wettbewerb gegeneinander antreten und gleichberechtigten Zugang zu Medien und Öffentlichkeit haben. Genau das Gegenteil ist der Fall: Vom Kreml ausgewählte Scheinkandidaten – dieses Mal ist es u.a. der Neuling Xenia Sobtschak – stellen sich einem aussichtslosen Rennen, das sie gar nicht gewinnen wollen, da nur ein Kandidat gewinnen kann: Wladimir Putin.

Dieser verfügt frei über alle staatlichen Ressourcen und hat unbegrenzten Zugang zu den russischen Medien, und das Ganze wird von der

Kremlverwaltung minutiös orchestriert. Diese Präsidentschaftswahl ist deshalb vor allem ein Plebiszit über Wladimir Putins Popularität.

Zweitens muss man wissen, dass nicht der Wahltag entscheidend ist, an dem die Wähler tatsächlich zu den Urnen gehen, sondern was vor und nach der Wahl passiert. Wer wird tatsächlich zu den Wahlen zugelassen? Wer erhält wieviel Zugang zur Öffentlichkeit? Und welche Zahlen stehen am Ende in den Protokollen der Zentralen Wahlkommission? Auch wenn es immer wieder zu Unstimmigkeiten am Wahltag kommt und beispielsweise organisierte Gruppen in Bussen von Wahlstation zu Wahlstation gefahren werden, um mehrmals für den richtigen Kandidaten abzustimmen, so ist der gesamte Ablauf in den vergangenen Jahren immer professioneller geworden.

Trotz der fast perfekten Kontrolle von Opposition, Medien und Nichtregierungsorganisationen ist das Regime im Vorfeld von Wahlen – drit-

tens – immer nervös, da es keinen echten Kontakt zur Öffentlichkeit hat und letztlich dem Volk nicht traut. Mit ihm kommuniziert die politische Führung nur in eine Richtung: Über die Medien soll die Öffentlichkeit im Sinne des Regimes beeinflusst werden; einen Feedback-Mechanismus aber gibt es nicht. Deshalb sind Umfragen für das Regime so wichtig, um die Stimmung in der Bevölkerung zu verstehen.

Auch wenn Putin als populistischer Präsident über jährliche Fernsehaudienzen den direkten Kontakt zum Volk sucht, sind es doch handverlesene Vertreter, die den Präsidenten mit persönlichen Problemen ansprechen dürfen und ihm damit die Möglichkeit geben, die ganze Stärke der auf seine Person projizierten Macht auszuüben. Putin gibt dann persönlich direkte Anweisungen an Gouverneure, Firmenchefs oder Verwaltungen, um dieses oder jenes Problem zu lösen. Dabei entsteht für einen kurzen Moment eine gewisse Nähe zwischen Putin und dem Volk; den Fernsehzuschauern wird suggeriert, dass die korrupte Bürokratie an ihren Problemen schuld ist und nicht etwa der Präsident.

### „Wahlkampf“ als Brennglas

Vor diesem Hintergrund werden die Schwächen des Systems Putin deutlich – der „Wahlkampf“ legt sie wie ein Brennglas offen. Seit 18 Jahren ist Wladimir Putin inzwischen an der Macht, und es wird immer schwieriger, Erneuerung oder Wandel zu imitieren, da es bei dem mit seinem Namen verbundenen System letztlich immer um die gleichen Ziele geht: Machterhalt und Selbstbereicherung der Eliten.

Auffällig ist, dass sich trotz der beachtlichen außenpolitischen Erfolge Putins 2017 seit einigen Monaten eine Verschiebung der Aktivitäten des Präsidenten und der medialen Aufmerksamkeit von der Außen- auf die Innenpolitik vollzieht. Der „Krim-Effekt“ hat sich erschöpft, die Ukraine ist in den russischen Medien immer weniger Thema, und der Wunsch vieler Russen nach einem Rückzug aus Syrien wächst. Putin hat darauf reagiert und Ende 2017 einen großen Truppenabzug angekündigt. Auch wenn dieser nicht wirklich vollzogen wird: Das Umschalten der gesteuerten öffentlichen Aufmerksamkeit auf innenpolitische Themen ist unverkennbar.

Die Wirtschaft hat sich wegen steigender Ölpreise auf zeitweise bis zu 70 Dollar pro Barrel leicht erholt. Trotz Sanktionen geht es dem russischen Staat besser, als viele Ökonomen vorausgesagt haben. Gleichzeitig sinkt der Lebensstandard der Bevölkerung seit Jahren. Laut staatlichem Statistikamt Rosstat sind die Realeinkommen 2017 um 1,7 Prozent gesunken. Fragen von Armut, sozialer Gerechtigkeit, Qualität der Bildung und des Gesundheitssystems sind die Themen, die die Russen täglich beschäftigen. Von sozioökonomischen Realitäten abzulenken, wird immer schwerer.

Putins Wahlkampagne bietet gleichwohl keine Antworten auf diese Fragen; der Langzeitpräsident steht letztlich für Kontinuität und Stabilität. Die gesteuerten Medien begleiten dies mit Argumentationen wie: Schaut nach Europa, wo islamistische Migranten Terror verbreiten.

In der Öffentlichkeit hat sich der „Krim-Effekt“ erschöpft

ten und eine handlungsunfähige EU in einer Dauerkrise steckt. Seid froh, dass ihr in Putins Russland lebt, der euch zumindest Sicherheit und Stabilität garantiert.

Das mögen viele Russen vor allem in den Regionen glauben, wo die Erinnerung an die katastrophalen 1990er Jahre noch präsenter ist. Und nicht zu vergessen: Über 90 Prozent der Russen beziehen ihre Informationen aus den nationalen, vom Kreml gesteuerten Fernsehkanälen. Die aktive, gut ausgebildete junge Elite verlässt derweil seit Jahren das Land, um in Europa oder den USA ihr Glück zu suchen.

Putin hat kein Thema für diese Wahlkampagne, er bietet keine Zukunftsperspektive für sein Land, außer sich selbst – was nicht genug sein wird. Der Journalist Oleg Kaschin bringt das Gefühl vieler, vor allem in den Großstädten lebender Russen auf den Punkt: Auch wenn der gesamte Staatsapparat darauf hinarbeitet, dass Putin unausweichlich weitere sechs Jahre an der Macht bleiben wird, erscheint das doch so unrealistisch und irreal für viele. Trotz anhaltend hoher Zustimmungsraten für Putin hat in den intellektuellen und Elitenkreisen, aber auch auf der Straße eine Diskussion darüber begonnen, was nach Putin kommen wird. Ist er noch die richtige Person, die die Geschicke des Landes bestimmen sollte, und hat er überhaupt die richtigen Antworten für die wirklichen Probleme des Landes? Inwieweit versteht er die Realität, in der die Russen leben?

Alexei Nawalny legt mit seiner Kampagne die Schwächen des Systems Putin am deutlichsten offen.

Er ist der Einzige, der einen echten Wahlkampf führt und die Menschen mit Themen wie Korruption, sozialer Gerechtigkeit und Freiheit erreicht, da er ihre Sprache spricht.

### Positiver Anti-Putin

Während Putins Kampagne vor allem ein negatives Paradigma setzt, die Welt ist schlecht und Russland umgeben von Feinden, appelliert Nawalny an den Patriotismus und die positiven Gefühle vor allem junger Russen. Seine Botschaft lautet: Dies ist ein wunderbares Land; es könnte, wenn es diese korrupten Eliten nicht geben würde, viel besser und gerechter zugehen und ihr, die Bürger Russlands, habt es in der Hand, dieses Land zu verändern.

Während Putin viel über die Vergangenheit spricht, redet Nawalny über die Zukunft. Nawalny ist der einzige echte Kandidat; er kämpft, als ob er diese Wahl gewinnen könnte. Und auch wenn er nie eine Chance hatte, überhaupt zur Wahl zugelassen zu werden, so hat er die russische Politik bereits verändert.

Über soziale Medien, eine eigene Website und einen YouTube-Kanal ist er kontinuierlich mit seinem Publikum in Kontakt; er informiert und motiviert seine Unterstützer. Finanziert über eine Crowd-Funding-Kampagne hat er es geschafft, 84 regionale Büros zu eröffnen und mehr als 200 000 Freiwillige für seinen Wahlkampf zu motivieren.

Junge Menschen, die keine Angst haben, auf die Straße zu gehen, und die Putin kaum erreicht, spricht Nawalny mit seinen ironischen und lebensnahen Videos an. Zum ersten Mal überhaupt beschäftigen sich viele junge Russen mit Politik. Sie sehen

## Nawalny appelliert an den Patriotismus der Russen

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

sich oft nicht als Liberale, sondern als Patrioten. Sie wollen so leben wie im Westen, aber trotzdem anders sein.

Den Kreml verunsichert diese selbstorganisierte Kampagne, die er nicht orchestrieren und kontrollieren kann. Autoritäre Regime wollen insbesondere im Umfeld von Wahlen kein Element von Unsicherheit zulassen, selbst wenn sie de facto kaum die Kontrolle verlieren können. In freien und fairen Wahlen würde Putin auch gewinnen. Aber dieses Element von nichtkontrollierter Irrationalität ist etwas, was die Macht in Russland nicht erlauben kann. Deshalb versucht sie auch, Nawalny totzuschweigen; Putin spricht seinen Namen nie aus, für ihn existiert er einfach nicht.

Für den Politologen Alexander Kynev übersetzt Nawalny den liberalen Diskurs erstmals in eine Sprache, die für alle verständlich ist. Auch wenn er sich als Patriot und Nationalist präsentiert, die Annexion der Krim un-

terstützt und im Gegensatz zu den traditionellen russischen Liberalen kaum Kontakte ins Ausland pflegt, steht sein Programm für die Synthese aus Freiheit und Gerechtigkeit. Er zielt damit auf einen Wandel im System und stellt letztlich die Machtfrage. Das ist wohl auch einer der Gründe, weshalb Nawalny nicht zur Wahl zugelassen worden ist.

Der Wahlkampf der liberalen Kandidatin Xenia Sobtschak dagegen zielt auf eine Minderheit. Für Kynev spricht Sobtschak mit Themen wie europäische Werte, Sanktionen, Legalisierung von Drogen und LGBT-Rechte bewusst nicht die Mehrheit, sondern nur eine kleine Schicht der russischen Bevölkerung an. Sobtschak thematisiert alles, was der Machtapparat über Jahre als „liberale Dekadenz“ beschrieben hat, und sie steht dazu. Damit legitimiert sie den offiziellen Diskurs über die dekadente liberale Elite und ist eine willkommene Kandidatin für die politische Führung.



## Putin muss sich der Innenpolitik widmen – ohne eigene Rezepte

Für Nawalny geht es um einen realen Kampf um die Macht, er will eine parlamentarische Mehrheit, um das System zu verändern. Sobtschak dagegen ist mit ihren Themen chancenlos und wird auf absehbare Zeit keine Mehrheit gewinnen. Sie bekommt deshalb die Medienzugänge und Möglichkeiten für öffentliche Auftritte, die Nawalny nie gewährt worden sind. Somit wird sie zu einer Kandidatin der Macht. Es gibt keine Kandidatin „gegen alles“, wie sich Sobtschak präsentiert: Entweder unterstützt man die aktuelle Politik oder nicht. Gleichzeitig wird Nawalyns Aufruf, nicht wählen zu gehen, vor allem die (jungen) Menschen zum Verzicht auf die Stimmabgabe motivieren, die sonst sowieso nicht wählen gegangen wären.

### Mobilisieren mit sozialen Medien

Nawalnys im März 2017 publiziertes Video über die angehäuften Reichtümer von Premierminister Dmitri Medwedew ist inzwischen über 26 Millionen Mal angeklickt worden. Dass in einer eher apathischen, apolitischen und paternalistischen Gesellschaft über soziale Netzwerke so viele junge Menschen motiviert worden sind, sich zu engagieren, zeigt, dass auch die russische Gesellschaft sich in einem grundlegenden Wandlungsprozess befindet.

Unter dem Deckel, den das System Putin der Gesellschaft spätestens 2012 übergestülpt hat, brodelt es stärker, als Außenstehende erkennen können und wollen. In vielen russischen Regionen ist es in den vergangenen Jahren immer öfter zu spontanen Demonstrationen gekommen. Dabei geht es meistens um so-

ziale Ungerechtigkeiten oder Fehlscheidungen von Verwaltungen. Diese Proteste haben kein gemeinsames politisches Ziel, und es gibt (noch) keine politische Führungspersönlichkeit, die diese Unmutsbekundungen bündeln könnte. Doch zeigt sich auch hier, dass weitere sechs Jahre mit stagnierendem Wirtschaftswachstum auf niedrigem Niveau für ein Schwellenland wie Russland zu wenig sein wird, um die Bedürfnisse der Bevölkerung dauerhaft zu decken.

Das heißt: Der außenpolitisch so erfolgreiche Präsident Putin wird sich in den nächsten Jahren viel mehr mit Innenpolitik beschäftigen müssen und dabei weniger zu verteilen haben, um einfache Bürger und Eliten zu befrieden. Dabei hat er keine Antworten auf Herausforderungen wie Digitalisierung, die Zukunft von Bildung, Demografie und Migration.

Denn Selbstisolation und Schwarz-Weiß-Denken werden der Komplexität der heutigen Welt nicht gerecht. Zwar sollte man Putins Flexibilität und Anpassungsfähigkeit nicht unterschätzen, aber schon jetzt ist klar: In vielen Schlüsselbereichen verliert Russland den Anschluss. So fordern Vertreter der Wirtschaftselite wie Sberbank-Chef German Gref mittlerweile offen eine Verbesserung des geopolitischen Umfelds, da Russland sonst weiter im technologischen und sozialen Wettbewerb verlieren werde. Der Braindrain der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass es an hochqualifizierten Spezialisten für neue Technologien mangelt. Daran ändert auch ein Putin-Besuch bei wichtigen russischen Technologiekonzernen wie Yandex nichts.

Putins Macht basiert auf zwei Elementen: erstens auf seiner zur Schau

gestellten Volksnähe, seiner Eigenschaft als populistischer Führer. Zugleich findet eine Sakralisierung Putins als über allen Institutionen stehende Führungsfigur statt, die seine zum Teil umgangssprachlich-derben Fernsehdiskussionen konterkarieren kann. Zweitens fußt sie auf der Institutionalisierung Putinscher Macht, verbunden mit der Fähigkeit, die Bürokratie zu erneuern. In den vergangenen Jahren hat der Präsident Bekannte und Freunde aus früheren Zeiten in der Petersburger Verwaltung und dem Geheimdienst aus Schlüsselpositionen entfernt und jüngere, professionelle Bürokraten in diese Positionen gebracht.

### Putins immer kleinerer Kreis

Dabei ist die Rolle Putins als Person für das System noch einmal gewachsen, er entscheidet alles. Sein enger Kreis hat sich verkleinert, es gibt kaum noch Korrektive. Früher oder später wird das die Frage aufwerfen, ob er nicht doch für bestimmtes Fehlverhalten der Bürokratie verantwortlich ist. Gleichzeitig haben Vertreter der Sicherheitsdienste im bürokratischen Apparat an Bedeutung gewonnen. Für Wladimir Pastuchow verschiebt sich der Kampf verschiedener Gruppen aus dem früheren Umfeld Putins um Einfluss und Ressourcen gerade hin zu einem institutionalisierten Wettbewerb des inneren Apparats aus ziviler und militärischer Bürokratie. Das macht das System noch intransparenter und wirft immer wieder die Frage auf, inwieweit Putin Machtkämpfe oder das Vorgehen gegen bestimmte Personen überhaupt noch kontrolliert.

Das strafrechtliche Vorgehen gegen den ehemaligen Wirtschaftsmini-

nister Alexei Uljukaev und den Filmregisseur Kirill Serebrennikov hat die Eliten verunsichert. Ob eine Person Putin nahesteht oder nicht – niemand ist mehr sicher vor Verfolgung. Das System Putin verlangt absolute Loyalität und duldet immer weniger Aussagen oder Handlungen, die auf eine Distanzierung deuten. Gleichzeitig ist offen, wie das System in der einen oder anderen Situation entscheiden wird. Setzt sich dieser Trend fort, kann er auf Dauer zu einer Destabilisierung des Systems führen.

Ähnlich wie der deutsche Bundestagswahlkampf 2017 erscheint auch der russische Präsidentschaftswahlkampf 2018 langweilig und vorab entschieden. Schaut man genauer hin, wird deutlich, in welch fundamentalen Wandlungsprozessen sich die russische Gesellschaft befindet. Findet die Politik keine Antworten auf die Fragen der Zeit, wird sie am Ende abgelöst. Je länger ein Deckel über eine Gesellschaft gestülpt wird, je länger die realen Herausforderungen durch konstruierte ignoriert werden, desto wahrscheinlicher ist es, dass es irgendwann zu einer Explosion kommt. Genau dann, wenn keiner damit rechnet und die ganze Mär von der Stabilität geglaubt worden ist.

**Die Frage ist, ob Putin Machtkämpfe noch kontrolliert**



**Dr. Stefan Meister** leitet das Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien in der DGAP.

## Der russische Kreisel

Warum es unter Wladimir Putin keine Außenpolitik mehr gibt

Vladislav Inozemtsev | **Der heutigen russischen Außenpolitik wird Aggressivität nachgesagt. Westliche Politiker haben Moskau deswegen zum größten Sicherheitsrisiko erklärt. Doch hier soll der Blick auf ein anderes Phänomen gerichtet werden: die merkwürdige Tatsache, dass Russland überhaupt keine Außenpolitik mehr hat.**

Die heutige Außenpolitik Russlands hat ihren Ursprung im Jahr 1999, als sich die Führung und vor allem die Öffentlichkeit des Landes tief enttäuscht vom Westen abwandten. Das Überleben der politischen Elite hing damals davon ab, die separatistischen Bewegungen im Inland zu unterdrücken und Russlands Ansehen in der Welt wiederherzustellen. Den ersten Teil erledigte Wladimir Putin als Ministerpräsident mit dem zweiten Tschetschenien-Krieg, den er im Oktober 1999 begann. Für den zweiten Teil vollführte sein Vorvorgänger Jewgeni Primakow am 24. März 1999 seine berühmte 180-Grad-Wende mitten über dem Atlantik, als sich abzeichnete, dass NATO-Angriffe auf Belgrad kurz bevorstanden. Verstärkt wurde er durch die hochriskante Einnahme des Flughafens von Pristina durch russische Truppen am 11. und 12. Juni 1999.

Als Putin dann Präsident wurde, pflegte er nicht nur Verbindungen zu den postsowjetischen Staaten,

sondern auch zu undemokratischen Ländern, die früher mit der UdSSR verbündet waren. Im ersten Jahr seiner Amtszeit besuchte Putin Nordkorea und Kuba und schrieb Kredite im Umfang von mehr als 40 Milliarden Dollar ab, die die Sowjetunion Ländern wie der Mongolei, Vietnam, Äthiopien, Syrien und Nicaragua gewährt hatte. Wirklichen Nutzen zog Russland daraus nicht. Aber in Russland waren diese Maßnahmen populär und trugen zur raschen Steigerung von Putins Popularität bei.

Etwas später, als Putin seine Position konsolidiert hatte, nahm er die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA zum Anlass für eine dramatische Kehrtwende – um eine Außenpolitik zu betreiben, die Hand und Fuß hatte. Russland unterstützte den westlichen Einsatz in Afghanistan; im Gegenzug verbesserten sich die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA und Europa. 2002 initiierte Moskau den NATO-Russland-Rat, und Putin sprach von der europäi-

schen Einigung als „einer Hoffnung“ für Russland. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob sich Russland mit der Sonderrolle der USA in der Welt abgefunden hätte und sich stetig dem Westen annähern würde.

Aber schon 2003 waren die Flitterwochen wieder vorbei, als sich die USA unter Präsident George W. Bush anschickten, in den Irak einzumarschieren. Russland suchte den Schulterchluss mit Deutschland und Frankreich, um die Invasion zu verhindern. Einen kurzen Moment lang hätte man sich eine neue, starke Moskau-Berlin-Paris-Achse leicht vorstellen können.

### **Eine prowestliche Phase**

Meiner Meinung nach markiert diese Episode den Höhepunkt der gesamten postsowjetischen Außenpolitik Russlands. Er währte nur kurz, weil Moskau sich wieder von Europa abwandte, nachdem alle größeren europäischen Länder den russischen Umgang mit der Ukraine während der orangenen Revolution von 2004/05 angeprangert hatten. Aber auch nach dieser Episode betrieb Russland noch mehrere Jahre lang eine verantwortungsvolle Außenpolitik. Die Intensivierung der Beziehungen zu China wurde als Beweis einer „multivektoralen“ Politik herangeführt. Russland suchte Tuchfühlung mit neuen weltweiten Allianzen wie den BRICS. Sogar der Konflikt in Georgien 2008 konnte mithilfe von europäischen Vermittlern gelöst werden.

Die Periode von Ende 2001 bis 2007/08 war für Russland also eine Zeit verantwortungsvollen Handelns, begleitet im Inneren von solidem Wirtschaftswachstum, politischer Stabilität und dem Ausschalt-

ten der liberalen Opposition. Dieser Kurs trat noch einmal zutage, nämlich 2010/11 im Rahmen der Modernisierungspartnerschaft mit der EU und dem „Reset“ der Beziehungen zu den USA aber insgesamt kehrte Russland nach und nach zu einer „skeptischeren“ Einstellung gegenüber dem Westen zurück. Ab 2011/12 vollzog der Kreml eine „Wende nach Osten“, wie er den Versuch nannte, seine geopolitischen Ambitionen mithilfe der aufstrebenden Großmacht China zu verwirklichen.

Nach der Besetzung der Krim und dem Beginn des Krieges mit der Ukraine war die Hoffnung auf eine feste Allianz mit China so groß, dass Kreml-Vertreter offen erklärten, China könne westliches Kapital und westliche Technologien leicht ersetzen und Russlands künftige Entwicklung sicherstellen. Trotzdem beliefen sich Mitte 2017 die chinesischen Direktinvestitionen nur auf ein Fünftel der EU-Staaten. Und der russisch-chinesische Handel wies 2017 (nach vorläufigen Zahlen) einen Überschuss von 8,8 Milliarden Dollar zugunsten Pekings auf. Auch wenn China zu einem bevorzugten Ziel für Staatsbesuche russischer Politiker wurde, wächst in Russland inzwischen die Enttäuschung über die „Wende nach Osten“. Genauso wenig sichtbaren Nutzen erbrachte die „eurasische Einigung“, die ebenfalls eine Antwort auf die immer größeren Spannungen zwischen Russland und dem Westen sein sollte.

### **Die 360-Grad-Wende**

Seit der Zeit der tiefen Entfremdung vom Westen setzte die russische Führung auf gute Beziehungen zu den

**Ab 2011 vollzog der Kreml eine „Wende nach Osten“**

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

autoritärsten und am wenigsten respektierten politischen Regimes, die es auf der Welt gibt – vom Iran bis Venezuela, von Syrien bis Sudan. All diese Beziehungen kosten Geld. Allein Venezuela hat von Russland in den vergangenen fünf Jahren mehr als 17 Milliarden Dollar an Krediten und Investitionen erhalten, und die Chancen auf Rückzahlung sind praktisch gleich null. In Syrien sind die Kosten, Präsident Baschar al-Assad an der Macht zu halten, noch höher, und auch dort fehlt der Nutzen.

Russlands Einmischung in Syrien seit 2015 hatte das Ziel, den Westen zu Gesprächen über die russischen Ansprüche im postsowjetischen Raum, vor allem in der Ukraine, zu zwingen. Doch weder Amerikaner noch Europäer waren willens, sich im Kampf gegen den Terror mit einer Nation zu verbünden, die selbst als terroristische Macht angesehen wird. Offenbar sind die Allianzen des Kremls mit autoritären Herrschern

inzwischen Russlands letzte außenpolitische Pluspunkte. Das verstärkt sich in dem Maße, wie sich die Beziehungen zu den westlichen Mächten weiter verschlechtern, auch wegen der russischen Einmischung in die Wahlen in den USA und Europa, und wegen des russischen Medienkriegs gegen westliche Werte und politische Institutionen.

Kurz: Die russische Politik hat eine bemerkenswerte Wende vollzogen. Es begann mit einigen Gesten des reinen Antiamerikanismus, gefolgt von einigen situativen Allianzen mit den USA und den großen europäischen Staaten. Dann wandte sich der Kreml nach Osten und endet schließlich damit, Klienten-Beziehungen zu lauter schlecht angesehenen Regimes aufzubauen, von denen es selbst keinen Nutzen hat.

Die russische Führung hat mit fast jeder größeren Macht (oder Gruppe von Staaten) auf der Welt versucht, Verbindungen zu knüpfen. Aber es



gelang ihr nie, eine umfassende Beziehung einzugehen, weil die Partner entweder verlangten, dass Russland die global anerkannten Regeln einhalten soll, oder weil sie stark genug waren, Russland nicht als Partner auf Augenhöhe zu behandeln.

20 Jahre hat Russland inzwischen damit zugebracht, sich einmal vollständig im Kreis zu drehen. Jetzt steckt es außenpolitisch fest und kann sich nicht erneut wenden, weil es sich zu stark vom Westen entfremdet hat und seine eigenen Schwächen und Fehler nicht wahrhaben will. Putin strebt eine weitere Amtszeit als Präsident an. Damit würde er Russland ein Vierteljahrhundert lang regiert haben. Es ist offensichtlich, dass er keinen vernünftigen Plan für ein russisches Engagement in der Welt hat.

### Eliten oder Volk

Aber sollte Russlands Abwendung vom Westen als eine Quelle der unmittelbaren Gefahr für den Westen angesehen werden? Das scheint die wichtigste Frage zu sein, die amerikanischen und europäischen Strategen heute zu beantworten haben. Dazu sollten wir uns die Gründe für die russischen Aktionen während der vergangenen Jahre genauer ansehen.

Es gibt Dutzende von Experten und Politiker, die schon seit 2002 Putins Sturz vorhergesagt haben. Aber sein Regime lebt immer noch, er steht sogar gut da, und im Land gibt es keine sichtbare Opposition. Deswegen würde ich argumentieren, dass es naiv und unprofessionell wäre, dies alles als Zufall zu bezeichnen. Aus meiner Sicht sollte man Putins außenpolitische Handlungen vielmehr als eine der zentralen Säulen seiner Macht verstehen.

Die 360-Grad-Wende, die die russische Außenpolitik zwischen 1999 und 2018 vollzogen hat, war in keiner Weise dem Zufall geschuldet. Sie spiegelt zwar nicht die nationalen Interessen Russlands wider (die verlangen ein festes Bündnis mit dem Westen, das Russland wirtschaftliche Erneuerung und Sicherheitsgarantien bringen würde), aber sehr wohl die Rolle der Eliten oder der Öffentlichkeit in der Innenpolitik des Landes.

Als Putin Anfang der 2000er Jahre Präsident wurde, hat er stärker die Unterstützung der Öffentlichkeit gesucht als die der Elite, für die er ein Niemand war. Putin setzte sich durch, indem er Tschetschenien „befriedete“, Russland 2001 zum Gründungsmitglied der Schanghai-Kooperationsgemeinschaft machte, die Beziehungen zu den früheren Sowjetrepubliken wiederherstellte und eine Wirtschaft steuerte, die von steigenden Ölpreisen profitierte. Als ab 2003 alle großen Staatsfirmen unter der Kontrolle seiner Verbündeten standen und er die russische Wirtschaft mit der Zerschlagung des Ölkonzerns Yukos zur Ordnung gerufen hatte, verschob sich der Fokus seiner Politik hin zu den Interessen der Eliten. Damit begann die Phase der „konstruktiven“ Außenpolitik.

Ab 2002/03 wurde die russische Außenpolitik weitgehend von dem Wunsch bestimmt, das Land enger mit dem Westen zu verflechten. Dahinter standen russische Geschäftsleute, die zur globalen Finanzelite gehören wollten, und der ausgeprägte Ehrgeiz, eine Energieunion zu begründen, die Russland und Europa zusammenbinden würde. Natürlich

### Putin hat keinen Plan für russisches Engagement in der Welt

war Moskau gegen die Erweiterungen von NATO und EU, aber insgesamt verhielt sich Russland gegenüber dem Westen höflich, startete neue geopolitische Initiativen wie den Europäischen Sicherheitsvertrag (2008) und zeigte sich amerikanischen und europäischen Vorschlägen gegenüber aufgeschlossen.

2011 brachte die Wende. Putin sah den Arabischen Frühling, der zum Sturz mehrerer Diktatoren führte, als beunruhigendes Omen für seine eigene Macht. Zugleich kam es wegen der gefälschten Duma-Wahl von 2011 in den russischen Großstädten zu massiven Straßenprotesten. Nach dem Interregnum von Dmitri Medwedew kehrte Putin 2012 in den Kreml zurück. 63,3 Prozent der Wähler hatten für ihn gestimmt – viel weniger als bei seinem Sieg 2004 (71,3 Prozent) und bei der Wahl Medwedews 2008 (70,3 Prozent). In der Folge wandte sich Putin von den Eliten ab und der Öffentlichkeit zu. Sie wollte er mit neuen Mitteln aufrütteln, vor allem weil das Wirtschaftswachstum hinter allen früheren Erwartungen zurückblieb.

Zunächst setzte der Kreml auf postsowjetische Rekonstruktion. Doch Ende 2013 wurde unübersehbar, dass sich die Ukraine westwärts orientierte, und die Beziehungen zu Kasachstan und Weißrussland waren praktisch bedeutungslos. Nach einer Umfrage des Lewada-Zentrums fiel die Zustimmungsrates für Putin im November 2013 auf den niedrigsten Stand seiner gesamten Zeit im Amt, nämlich 60,7 Prozent. Deswegen glaube ich, dass die Besetzung der Krim im Februar und März 2014 und der darauffolgende Krieg mit der

Ukraine viel mehr auf innenpolitische Gründe zurückgehen als auf geopolitische Überlegungen. Es war eine höchst gewagte Aktion, mit der Putin den Wünschen der Eliten widersprach, aber ein sehr positives Echo im Volk erhielt.

### Ein imaginäres Phänomen

Von jenem Moment an verschwand die russische Außenpolitik. Sie verwandelte sich in ein imaginäres Phänomen, das nur an innenpolitischen Bedürfnissen ausgerichtet ist. Heute sind wir in einer schwierigen Situation. Der Kreml ist zufrieden, weil Russland wie eine belagerte Festung wirkt, die vom Westen angegriffen wird, nur weil es versucht hat, den russischen Landsleuten zu helfen und deren Rechte in Teilen der Ukraine zu sichern. Der Westen wird mit voller Absicht als eine dekadente Macht dargestellt, die davon besessen ist, Russland ihre Regeln und Praktiken aufzuzwingen und somit die historische Einzigartigkeit des Landes zu untergraben. Die USA und NATO werden beschuldigt zu versuchen, Russland Teile dessen zu entreißen, was Putin als das „größere“ oder „historische“ Russland bezeichnet. Der russische Präsident arbeitet sehr geschickt daran, das Bedrohungsgefühl des russischen Volkes zu verstärken. So soll ein „patriotischer Zusammenschluss“ um den Führer des Landes bewirkt werden.

Soweit wir sehen können, funktioniert das sehr gut. Seit der Annexion der Krim sind die Zustimmungswerte für Putin trotz der stagnierenden Wirtschaft und sinkender Einkommen nicht unter 80 Prozent gefallen. Niemand im Kreml möchte, dass sich die Beziehungen zum Westen plötz-

### Den Arabischen Frühling nahm Putin als schlechtes Omen



lich verbessern. Das Verschwinden eines „Feindes“ würde es viel schwieriger machen zu erklären, warum Russland in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht so wenig leistet, warum so viel Geld für das Militär ausgegeben wird, und warum die Menschen zu der grassierenden Korruption schweigen sollen.

### **Dekonstruktion der Außenpolitik**

Ein weiterer wichtiger Aspekt in dem sich fortsetzenden Prozess der Dekonstruktion der Außenpolitik ist die Verschiebung der Weltsicht des russischen Volkes. In dem Maße, in dem das Bild einer belagerten Festung immer normaler wird, sucht der Kreml, die gesamte Geschichte des Landes als eine Abfolge von Verteidigungskriegen darzustellen. Nicht so sehr die Tapferkeit der gefallenen Soldaten wird gepriesen, sondern die Weisheit der „starken Herrscher“, die das Land zum Sieg führen. Iwan der Schreckli-

che und Josef Stalin – die Herrscher, die für die brutalste Unterdrückung des russischen Volkes und für beispiellose Massenmorde an Gegnern und Abweichlern verantwortlich waren – sind heute die am meisten glorifizierten Anführer in der Geschichte der Nation.

Um Putin oder seiner Partei noch leichtere Wahlsiege zu ermöglichen, haben einige Politiker bereits vorgeschlagen, den 27 Millionen Menschen, die im Zweiten Weltkrieg getötet wurden, das Wahlrecht zu gewähren. Weitere solcher Initiativen werden folgen. Es gibt immer mehr Beispiele dafür, dass Bücher beschlagnahmt werden, die mit Unterstützung ausländischer Nichtregierungsorganisationen veröffentlicht wurden, und dass gemeinnützige russische Organisationen, die Zuschüsse aus dem Ausland bekommen, unter Druck geraten. Die Gehirnwäsche wird immer intensiver, und dazu trägt auch Russlands

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

selbstgeschaffene Isolierung von der Welt bei.

Aus der Sprache der Abgeordneten, der Mitarbeiter des Außenministeriums und der Sprecher der russischen Politiker ist inzwischen jede Spur diplomatischer Höflichkeit ver-

schwunden. Putin bezeichnete die Sanktionspolitik der USA als „unerträgliche Clownerie“. Maria Sacharowa, die Sprecherin des Außenministeriums, sagte,

wer es versäume, Russland zuzuhören, werde den Ton der russischen Atomwaffen hören. Und Ramzan Kadyrow, Präsident der Tschetschenischen Republik, kündigte an, dass er alle Feinde Russlands dazu bringen werde, vor seiner Privatarmee „Männchen zu machen“.

Solche Aussagen machen für westliche Vertreter, wenn sie auch nur einen Funken Selbstachtung haben, Gespräche mit Russen ziemlich problematisch. Sie zeigen, dass außenpolitische Äußerungen in Russland immer weniger dazu dienen, die Beziehungen zu anderen Ländern zu pflegen, sondern dazu, das heimische Publikum damit zu beeindrucken, wie stark und energisch Russland ist.

### **Gescheiterte Hoffnungen**

Das führt uns zu der nächsten Frage: Was sind die Folgen des Verschwindens der russischen Außenpolitik? Natürlich kann man darüber streiten, aber ich meine, diese Entwicklung ist eigentlich ein gutes Zeichen für die westlichen Staaten. Putin hat keine Wahl, als Russland bis zu seinem Lebensende zu regieren. Zu viel wurde falsch gemacht, zu viele Verbrechen könnten auf seine Befehle zurückgeführt werden, zu viel Geld

wurde angehäuft, als dass ein Rücktritt möglich wäre.

Russland galt zuletzt vielen als revisionistische Macht, die Grenzen in Europa verschieben und die Regeln verändern will, die nach dem Ende des Kalten Krieges Geltung erhielten. Man kann annehmen, dass das stimmt – und das war womöglich auch das Ziel, hatte aber keinen Erfolg. Wenn man von 2018 aus zurückblickt, sieht man, dass Putins Hoffnungen allesamt gescheitert sind. Statt die Ukraine zurückzugewinnen, bekam er nur die Krim, die 0,14 Prozent der russischen Landmasse ausmacht und die russische Flotte beherbergt, die im Fall eines größeren internationalen Konflikts im Schwarzen Meer eingeschlossen werden kann. Die Eurasische Union funktioniert nicht. China wurde kein wertvoller Investitionspartner, und der Westen hat seine Sanktionen verschärft.

2008 und 2014 hatte Putin noch Ziele, die er ohne direkte militärische Auseinandersetzung mit dem Westen erreichen konnte; inzwischen gibt es solche nicht mehr. Unter diesen Umständen ist der einzig rationale Weg der, den Moskau bereits beschritten hat: neue Vorhaben aufzugeben, aber dafür das Klima von Angst und Hass innerhalb Russlands zu schüren. Dies ermöglicht es der russischen Regierung, einerseits die Bürger zu mobilisieren, ihre politische Unterstützung für den Kreml zu zeigen und entsprechend abzustimmen. Andererseits können Hunderte von Milliarden Rubel aus dem Budget für das Militär und die Rüstungsindustrie verwendet werden, die (zusammen mit ihren Familienangehörigen) 11 Prozent der russischen Bevölkerung ernährt.

## **Für Putin ist die Sanktionspolitik eine „Clownerie“**

Diese Strategie schließt aus zwei offensichtlichen Gründen einen ernsthaften militärischen Konflikt mit den Staaten der NATO aus: Erstens wollen die Russen nicht in den Krieg ziehen. Auf der Krim wurde niemand getötet; im Donbass belaufen sich die Schätzungen auf höchstens 2000 bis 3000 Tote, und in Syrien waren es weniger als 300. Würde es zu einer direkten Auseinandersetzung mit den Streitkräften der NATO kommen, wären die Verluste schon am ersten Tag sehr viel höher.

Der zweite Grund ist, dass die russische Armee in keinem richtigen Krieg bestehen würde. Die östliche Flanke der NATO-Streitkräfte in Europa verfügt über etwa zehnmal so viele Panzer, Kampffahrzeuge und Flugzeuge wie Russland. Im Jahr 2017 lieferten russische Rüstungsfirmen nur 69 neue Flugzeuge und 60 Hubschrauber aus. Der Bau des jüngsten Atom-U-Boots, der „Prinz Wladimir“, benötigte acht Jahre – zu Sowjetzeiten waren es 18 Monate. Russland, das 4,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgibt, würde demnach bestenfalls in 30 bis 40 Jahren zu seinem wichtigsten Gegner aufschließen können.

Russland besitzt keine Mittel, um auf die westlichen Sanktionen zu antworten. Die westlichen Investitionen in Russland sind überschaubar, und Moskau kann es sich nicht leisten, seine Öl- und Gasexporte nach Europa zu beenden. Die öffentliche Meinung und Wahlen im Ausland kann Putin nur mit „Spezialoperationen“ beeinflussen, indem er Desinformationskampagnen entwickelt oder heimlich Anti-EU- und extremistische Parteien finanziert.

Der Kreml ist in seiner jetzigen außenpolitischen Haltung gefangen: Er kann keinen Rückzieher machen, der es der Ukraine erlauben würde, die Kontrolle über Donbass und Krim zurückzugewinnen. Er kann aber auch nicht vorgehen, weil er dazu nicht die Mittel hat. Wie ein eingesperrter Hund kann er nur lauter und lauter bellen, um zu versichern, dass er immer noch aktiv und – vielleicht – gefährlich ist. Beißen wird er nicht.

Putins beste Option unter diesen Umständen ist genau das, was er jetzt tut: die echte Außenpolitik vergessen und sich auf kommerzielle Geschäfte konzentrieren, den Westen beschimpfen, das russische Militär loben und sinnlose Militärmanöver an der westlichen Grenze des Landes organisieren. Der Westen sollte auf diese Taktiken in dem festen Bewusstsein seiner eigenen strategischen Überlegenheit reagieren. Putins Russland wird der Atem viel schneller ausgehen als einst der Sowjetunion unter Leonid Breschnew. Die Kluft zwischen Putins nichtexistierender Außenpolitik und seiner verzweifelten Rhetorik mag noch einige Jahre lang immer tiefer werden. Sie nutzt aber weder Russland, noch birgt sie eine existenzielle Gefahr für den Westen.

## Der Kreml ist in seiner Außenpolitik gefangen



Prof. Dr. Vladislav Inozemtsev ist Direktor des Center for Post-Industrial Studies in Moskau und Senior Research Fellow des Polish Institute of Advanced Studies, Warschau.

## Transatlantische Beziehungen

Jan Techau | Für europäische Kritiker Donald Trumps ist der Fall klar: Das „postatlantische Zeitalter“ hat begonnen. Europa muss sich von Amerika abkoppeln. Doch ist das für den „alten Kontinent“ überhaupt eine realistische Option? Wären die Europäer wirklich willens und in der Lage, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen? Sieben Thesen auf dem Prüfstand.

---

### *Die transatlantischen Beziehungen sind tot*

Nein, im Gegenteil. Das Geheimnis der transatlantischen Beziehungen war es immer, dass sie selbst in Zeiten tiefster Verwerfungen (z.B. wegen des Irak-Kriegs 2003) ziemlich gut funktionieren. Der größte Teil dieses Verhältnisses ist gut eingeübte Routine. Arbeitsgruppen tagen, Kommissionen treffen sich, technische Themen werden verhandelt und gelöst. Die Ministerialkontakte sind gut, und auch innerhalb der NATO gibt es festgelegte Verfahren, die eingehalten werden und jeden Tag Ergebnisse produzieren. Der Warenverkehr pulsiert, Investitionen werden in großem Umfang getätigt, und Kapital fließt ohnehin ungehemmt hin und her. Jenseits der großen Politik, in der es manchmal hoch hergeht, gibt es also sowas wie ein nicht so beachtetes, aber stetiges Rückgrat der Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Die Bindekraft dieser Routinen, die es in dieser Form zwischen globalen Kernregionen nirgendwo sonst auf dem Planeten gibt, sollte man nicht unterschätzen.

Und doch ist der Atlantizismus in der Krise. Bei ihm geht es nämlich um mehr als um die Klebekraft technischer Vorgänge. Der Atlantizismus beruht auf der Annahme, dass Nordamerika und Europa sich gemeinsam als Teil des „normativen Projekts des Westens“ (Heinrich August Winkler) betrachten, also grundlegende Werte teilen, für gleiche Formen der Ordnung eintreten und politisch meist zu vergleichbaren Lösungen für vergleichbare Probleme kommen. In der Ära Donald Trump erscheint vielen genau diese Gemeinsamkeit verloren. Der US-Präsident wende sich von einer solidarischen Weltordnung ab, betrachte die Welt als Dschungel ohne Regeln, in der jeder erst einmal auf sich allein gestellt sei, kultiviere die Lüge als Staatskunst und grenze all jene aus, denen sein Ressentiment gilt.

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

Hierbei ist nicht entscheidend, ob Trumps tatsächliche Politik auch wirklich ganz und gar dem polarisierenden Ton folgt, den er kultiviert (sie tut es nicht). Entscheidend ist der reale Vertrauensverlust in das Amt des Präsidenten, in das amerikanische politische und ökonomische System, das solche Exzesse eigentlich verhindern soll, und in den Pragmatismus der Amerikaner, von denen man immer annahm, sie neigten nicht zum ideologischen Überschwang. Nicht umsonst behaupten jene, die dem Atlantizismus schon den Totenschein ausgestellt haben, dass Amerika als Idee, als aufklärerisches, emanzipatorisches, freiheitliches und fortschrittliches Modell durch Trump endgültig beseitigt sei, und dass Amerika sich nunmehr endlich als genau die rassistische, turbokapitalistische, gespaltene, gewalttätige und Ungleichheiten produzierende Gesellschaft entpuppe, die es immer schon war. Doch schon Dieter Kronzucker, der legendäre Auslandskorrespondent, konnte feststellen: „Was auch immer man über Amerika sagt, trifft zu. Und das Gegenteil auch.“ Es wäre voreilig, von einem Jahr Trump auf den wahren Charakter Amerikas und seine Zukunft zu schließen. Trump ist nicht Amerika.

---

### *Europa ist von den USA viel weniger abhängig, als immer behauptet wird*

**Leider nicht.** Man greift nicht zu hoch, wenn man sagt, dass Europas Stabilität, seine Prosperität und sogar der politische Integrationsprozess der EU, der einem großen Teil Europas politische Struktur verleiht, entscheidend von der amerikanischen Schutzmacht abhängen.

Europa mit seinen ausgehöhlten Armeen ist nicht in der Lage, seine eigene Sicherheit ohne Amerika zu gewährleisten. Der amerikanische Nuklearschirm schützt die Europäer vor atomarer Erpressung durch Russland und verleiht der NATO-Ostgrenze Glaubwürdigkeit. Doch Amerikas Stabilisierungsdienstleistung erstreckt sich nicht nur aufs Militärische im engeren Sinne. Die USA sorgen mit ihren global präsenten Flottenverbänden auch dafür, dass europäische Interessen dort geschützt werden, wo Europa sie niemals selbst schützen könnte. Amerika hält die internationalen Märkte offen und die Seewege frei, die für einen energie- und rohstoffarmen Kontinent, der aber gleichzeitig vom Export hochwertiger Güter lebt, von existenzieller Bedeutung sind.

Und Amerika hat auch eine innere Funktion für Europa. Die schiere Präsenz einer dominanten, nichteuropäischen Militärmacht in Europa sorgt dafür, dass sich die Europäer nicht vor sich selbst fürchten müssen. Ihr uraltes Misstrauen untereinander, ihre bitteren Konkurrenzkämpfe und ihre nationalistischen Versuchungen sind obsolet, solange eine wohlmeinende Ordnungsmacht ihnen den Grund fürs gegenseitige Übertrumpfen nimmt. Auf diese Weise wirkt die Schutzmacht Amerika wie eine Vertrauensinfusion. Europas Abhängigkeit von Amerika erstreckt sich also von harten, messbaren Faktoren bis hin zu Fragen der politischen Kultur. Europa hat bisher nicht nachgewiesen, dass es dieses transatlantischen Stabilisierungsakts nicht mehr bedarf.

---

## *Europas Abhängigkeit von Amerika muss endlich beendet werden*

**Kann sein, aber wer will das bezahlen?** Nehmen wir an, Europa wäre bereit und in der Lage, sich aus sich selbst heraus zu stabilisieren. Ein Modell dafür wäre eine intensiv vorangetriebene europäische Integration hin zu einem europäischen föderalen Staatswesen, das im Inneren eine gesunde Demokratie aufweist und nach außen als selbstbewusste globale, aufgeklärte Ordnungsmacht auftritt. Sind die Europäer bereit, ihre Nationalstaaten, die ja hauptsächlich Hersteller von Identität und politischer Legitimation sind, in einem solchen Konstrukt aufgehen zu lassen? Welches dann auf gesamteuropäischer Ebene eine Bindekraft erzeugt, die Vertrauen vermittelt und sich von außen nicht auseinanderdividieren lässt? Schwer vorstellbar. Die politischen Kosten solcher Souveränitätstransfers wären enorm, der Widerstand gewaltig und das Risiko, dabei den gesellschaftlichen Frieden zu verlieren, extrem hoch.

Aber selbst wenn wir uns nicht den ganz großen Wurf der Abnabelung und Selbstständigkeit vorstellen, sondern nur eine größere militärische Unabhängigkeit, wird es arg teuer. Eine europäische konventionelle Streitmacht, die auch nur ansatzweise ersetzen kann, was Amerika in und um Europa vorhält, wäre so teuer, dass die umstrittene 2-Prozent-Marke für Verteidigungs-



ausgaben, die von den meisten Europäern abgelehnt wird, bei weitem nicht ausreichen würde. Wer von militärischer Autonomie Europas spricht, wird eher um die 6 Prozent ausgeben müssen. Von den Nuklearwaffen, die Europa vor dem Zugriff Russlands schützen, gar nicht zu sprechen. Ihre Kosten wären noch einmal deutlich höher.

Wollte Europa diese Kosten tatsächlich selbst aufbringen, müssten die Haushalte aller EU-Mitgliedstaaten massiv umgebaut werden. Eine Verlagerung weg von sozialer, hin zu militärischer Sicherheit wäre die Folge – und das in alternden Gesellschaften, deren Ausgaben sich förmlich wie von allein im Sozialsektor konzentrieren. Eine solche Umschichtung käme einer kalten Revolution gleich, die in Europa undenkbar ist. Eine wirkliche Unabhängigkeit von Amerika ist schon aufgrund des (verständlicherweise) gewollten europäischen Sozialmodells nicht möglich. Oder anders gesagt: Das der Befriedung der notorisch unfriedlichen europäischen Gesellschaften dienende Sozialmodell ist nur möglich, weil es von Amerika querfinanziert wird. Wer die Abhängigkeit verringern will, die in Zeiten Trumps als unbequemer und ehrabschneidender empfunden wird als sonst, der muss eine glaubhafte Alternative aufzeigen, die sich in Europa auch friedlich politisch durchsetzen ließe. Sie ist nirgends in Sicht.

---

## *Amerika kann durch andere strategische Partner ersetzt werden*

**Nein.** Wer sollte das denn sein? Die amerikanische Schutzmacht mag hier und da unbequem sein. Wenn jemand wie Trump Präsident ist, mag sie sogar abstoßend wirken. Aber schon der gedankliche Vergleich mit anderen möglichen Großmächten zeigt, dass keine davon für Europa eine Alternative sein kann. Infrage kommen ja eigentlich nur Russland und China. Und, mit ein bisschen luftiger Phantasie, die Türkei, die, wenn sie sich nicht vorher selbst zerlegt, mit ziemlicher Sicherheit zu einer europäischen Großmacht werden wird.

Um es kurz zu machen: Keine dieser Mächte kann den Europäern auf dieselbe Art Frieden in Freiheit bieten, wie Amerika es kann. Niemand in Europa kann eine Hegemonie Russlands wollen, dessen politisches System allen Freiheits- und Rechtsstaatsstandards Europas entgegenläuft, und das internationale Beziehungen in immer neurotischerer Form als gewalttätiges Nullsummenspiel betrachtet. Dasselbe gilt für China, dessen harter Nationalismus, pseudokommunistische Cliquenherrschaft und kollektiver kultureller Überlegenheitskomplex mit offener Gesellschaft, individuellen Freiheitsrechten und gesellschaftlichem Pluralismus unvereinbar ist. Amerika ist eine unbequeme Schutzmacht, seine Politik erscheint oft fremd und seine Maßstäbe verrückende, disruptive, kapitalistische Moderne manchmal als eine Zumutung für oft anders getaktete europäische Gesellschaften. Und doch wird Europa nur an Amerikas Seite annähernd es selbst bleiben können.



---

## *Die Amerikaner verlieren das Interesse an Europa*

**Da ist was dran, und das ist die eigentliche Gefahr für Europa.** Die Abwendung Amerikas von Europa vollzieht sich schleichend seit dem Ende des Kalten Krieges. Präsidenten wie Bill Clinton und Barack Obama, die von den Europäern verehrt wurden, haben diesen Prozess eher forciert denn gebremst. In gewisser Weise ist dieser Prozess normal. Europa verliert, global gesehen, an Bedeutung. Die Suppenküche für globale Stabilität verlagert sich vom Nordatlantik in den asiatisch-pazifischen Raum. Für eine Supermacht wie Amerika bedeutet das, dass es seine begrenzten Ressourcen anders verteilen muss als bisher. Dieser Trend ist kaum aufzuhalten. Andererseits haben die USA, von George Bush sen. bis Donald Trump, stets in der Erkenntnis gehandelt, dass Europa nicht abgeschrieben oder preisgegeben werden kann. Der globale Wert Amerikas als Supermacht hängt auch davon ab, ob es seine Sicherheitsgarantien in Europa ernst nimmt. Moskau und Peking beobachten das genau. Auf keinem anderen Kontinent hat Amerika so viel investiert, von keinem anderen hängen so viele Jobs ab wie von Europa. Geopolitisch bleibt es zentrales amerikanisches Interesse, die Gegenküste Europa zu stabilisieren und nicht an geopolitische Rivalen abzugeben. Strategisch braucht Amerika Europa als Sprungbrett in den Nahen Osten und nach Afrika.

Doch die Europäer sollten sich darauf nicht allzu sehr ausruhen. Es muss ein europäisches Kernanliegen sein, Amerika dauerhaft in Europa zu halten. Der beste Weg, den Amerikanern zu zeigen, warum sie Europas Interessen ernst nehmen sollen, ist es, wenn Europa sie selbst ernst nimmt. Ein Weg dahin ist es, mehr für seine eigene Sicherheit zu tun, finanziell und politisch. Wo Europäer selbst investieren, da lohnt es sich auch für Amerika zu investieren. Das ist heute nicht anders als es beim Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg war.

---

## *Trump zerstört Amerika*

**Nein, er wird es nicht schaffen. Gerade er nicht.** Keine Präsidentschaft, ob vier- oder achtjährig, wäre dazu in der Lage. Aber natürlich ist es nicht undenkbar, dass sich die amerikanische Demokratie selbst abschafft. Ob das passiert, hängt von sehr langfristigen Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen ab: Halten die „checks and balances“, also das System der sich gegenseitig kontrollierenden Staatsgewalten? Bleiben die Selbstheilungskräfte des Systems intakt? Das bezieht sich vor allem auf das Wahlrecht und den fairen Zuschnitt der Wahlkreise, sodass an der Wurzel der Demokratie der freie Wettbewerb erhalten bleibt. Kann die Wahlkampffinanzierung so organisiert werden, dass sie nicht die radikalen Ränder, sondern die gemäßigte Mitte stärkt? Kann denjenigen, die im amerikanischen Kapitalismus auf der Verliererseite stehen, auch weiterhin ein Versprechen auf die Zukunft gemacht werden? Kann der Weg von der europäisch-weißen Mehrheitskul-

tur zur multiethnischen und multikulturellen Diversität friedlich organisiert werden? Kann das moralische Versprechen der Idee Amerika („gleiche Rechte für alle“), das für die amerikanische Identität so zentral ist, weil es Zusammengehörigkeit jenseits von Hautfarbe und kultureller Prägung erzeugt, weiter eingelöst werden?

Wie jede aus Angst geborene sozialrevolutionäre Bewegung versucht auch der Trumpismus, die Hand an all diese Dinge zu legen. Das eigentliche Geheimnis der amerikanischen Demokratie sind aber nicht die „checks and balances“, sondern die Mobilisierungsbereitschaft einer Gesellschaft, die sich, anders als in Europa, seit ihrer Gründung als Anwältin ihrer eigenen Sache versteht. Erst wenn dieser amerikanische „civic spirit“, also Bürgergeist, stirbt, werden auch die genialen Konstruktionen der Verfassungsväter nicht mehr ausreichen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass dieser Bürgergeist verkümmert wäre. Trump scheint ihn eher gestärkt zu haben, denn so sehr er in der Lage war, sein eigenes Lager zu mobilisieren, so sehr hat er auch seine Gegner in Fahrt gebracht. Dies ist in Europa oft weniger sichtbar, sollte aber im Auge behalten werden, bevor man das Ableben Amerikas verkündet.

---

## *Mit Trump kann man nicht zusammenarbeiten*

**Doch, kann man, aber es ist viel schwieriger als früher.** Wichtig ist, zwischen tagespolitischen Themen und grundsätzlichen Strategiefragen zu unterscheiden. In der Tagespolitik ist Trump ein schwierigerer Partner als die meisten anderen Präsidenten der jüngeren Geschichte. Aber in der Tagespolitik hat es mit den Vereinigten Staaten auch in der Vergangenheit immer wieder Streit und sogar scharfe Auseinandersetzungen gegeben, egal wer Präsident war. Das ist diesmal auch so, zum Teil in verschärfter Form. Wichtiger ist es, den Grundkonsens in strategischen Kernfragen nicht zu verlieren. Dazu gehören der Wert der NATO, die Relevanz der US-Präsenz in Europa und Amerikas stabilisierendes Engagement in der Welt. Deswegen ist die Auseinandersetzung um den europäischen Verteidigungsbeitrag in der NATO so zentral, und deswegen sind Themen wie russischer Einfluss auf amerikanische Wahlen, die Zukunft des Atomdeals mit dem Iran und Trumps Tweets in der nordkoreanischen Nuklearfrage so elektrisierend. Sie alle rangieren an der Schnittstelle von tagespolitischem Streit und exemplarischem strategischen Wert. In all diesen Fragen kann man auch mit Trumps Regierung zusammenarbeiten, auch wenn es nicht leicht ist. Aber Europa muss bei den strategischen Fragen anschlussfähiger werden, um auf die Diskussion und die Politik Amerikas Einfluss zu nehmen. Zu viel hängt für die Europäer selbst davon ab.




---

**Jan Techau**  
ist Direktor des  
Europa-Programms  
und Senior Fellow  
des German Marshall  
Fund of the United  
States in Berlin.

---

## Angewiesen auf Europa

Die nächste Regierung in Italien wird sich Euroskepsis kaum leisten können

Ettore Greco | **Wahrscheinlich wird Italien künftig von einer Mitte-Rechts-Koalition unter Beteiligung von zwei rechtsextremen, antieuropäischen und fremdenfeindlichen Parteien regiert. Nicht nur in der Haushaltspolitik drohen Konflikte mit der EU. Doch kann Italien keines seiner großen Probleme, auch nicht die Flüchtlingsfrage, ohne die Hilfe Europas lösen.**

Die italienische Parlamentswahl am 4. März ist ein wichtiger politischer Test mit erheblichen Auswirkungen auf Europa. Drei Gruppierungen bewerben sich um die Macht: eine Mitte-Links-Koalition, ein Mitte-Rechts-Bündnis und die Fünf-Sterne-Bewegung, die gegen das Establishment antritt. Eine Pattsituation im Parlament ist nicht unwahrscheinlich. Die Folge könnte eine Phase der politischen Instabilität sein, die Italiens Spielraum für diplomatische Initiativen in der EU begrenzen würde.

Jüngsten Umfragen zufolge fehlt dem Mitte-Rechts-Bündnis nicht viel, um in einer oder gar beiden Kammern des Parlaments die absolute Mehrheit der Sitze zu erringen. Allerdings gehören zu diesem Bündnis auch zwei rechtsgerichtete, fremdenfeindliche und euroskeptische Parteien – die Lega und die Brüder Italiens. Sie lehnen vor allem die Haushaltsvorschriften der EU ab und wollen Italien aus den Zwängen der Austeritätspolitik befreien. In der Vergangenheit haben

sie sich auch für Italiens Austritt aus dem Euro eingesetzt, selbst wenn sie jetzt nicht mehr davon sprechen.

Die dritte Partei dieser möglichen Koalition – die Forza Italia von Silvio Berlusconi – hat sich zu den Haushaltsregeln der EU bekannt. Doch ihr Wirtschaftsprogramm, das die Einführung einer Flat Tax und starke Erhöhungen der öffentlichen Ausgaben vorsieht, steht im klaren Gegensatz zu den Haushaltszielen, auf die sich Italien verpflichtet hat. Dazu gehören eine allmähliche, aber stetige Verringerung des öffentlichen Defizits (das sich derzeit auf 2,1 Prozent des BIP beläuft) und der gigantischen Staatsverschuldung (von 132 Prozent des BIP).

Wenn Mitte-Rechts keine Mehrheit im Parlament bekommt, könnten sich die gemäßigeren Parteien – vor allem Forza Italia, die derzeit regierende Demokratische Partei und kleinere Zentrumsparteien – an einer Koalition versuchen. Doch würde sich ein solches Bündnis vermutlich bes-

tenfalls auf eine kleine, volatile Mehrheit stützen können. In Kernfragen wäre es tief zerstritten, auch was die Beziehungen zur EU anbelangt.

Ungewiss ist die Rolle der Fünf-Sterne-Bewegung. Sie könnte als größte Partei aus der Wahl hervorgehen, scheut aber vor Koalitionsaussagen zurück. Die Fünf-Sterne-Bewegung lehnt die Haushaltsregeln der EU entschieden ab. Sie hat mit einem Referendum über den Euro gedroht, wenn sie nicht gelockert werden. Die Haltung der nächsten Regierung zur EU droht damit antagonistisch, wenn nicht sogar feindlich zu werden. Auch die Beziehungen zu wichtigen Partnern wie Deutschland und Frankreich dürften schwieriger werden.

Es gibt keinen Zweifel, dass die Wirtschaftspolitik der wichtigste Lackmustest für Italiens Europa-Politik ist. Nach einer besonders langen Krisenzeit durchlebt das Land inzwischen einen Aufschwung. Aber er fällt schwächer aus als in den meisten Ländern der Euro-Zone, sodass das durchschnittliche Einkommen der Italiener noch immer niedriger ist als 2007. Wegen seiner angespannten Finanzlage gilt Italien weiterhin als schwaches Glied der Euro-Zone.

### Zaghafte Reformen

Unter diesen Umständen sollte die Kontrolle der öffentlichen Finanzen unbedingten Vorrang genießen, zumal die derzeitige Expansionsphase es leichter macht zu sparen. Die enorme öffentliche Verschuldung belastet die Zukunft der italienischen Volkswirtschaft. Sie verschlingt wertvolle Ressourcen, die genutzt werden könnten, um die niedrigen öffentlichen Investitionen wieder in Gang zu bringen oder um künftige Rezessionen abzu-

mildern. Doch enthalten die Programme der wichtigsten Parteien kaum konkrete Vorschläge, wie das Wirtschaftssystem reformiert und finanziell nachhaltiger gestaltet werden kann. Die regierende Mitte-Links-Koalition hat zwar eine Reihe von Reformen beschlossen, aber sie war zu zaghaft. Dies gilt besonders für ihre Versuche, Teile der Wirtschaft zu liberalisieren, die ineffiziente Verwaltung zu reformieren und eine Lösung für die Schwächen des Bankensystems zu finden.

Nur wenn es einen konsequenten Reformkurs verfolgt, kann Italien auf Gehör in Europa hoffen. Das Land hat ein vitales Interesse an der Einführung neuer Mechanismen zur Risikoteilung. Wichtig ist Italien vor allem, dass im Rahmen der Bankenunion eine glaubwürdige Letztsicherung für die Abwicklung von Kreditinstituten und eine gemeinsame Einlagensicherung eingeführt wird. Im Gegenzug fordern Deutschland und andere Staaten allerdings neue Regeln zur Risikoverringerung, die für Italien schwer einzuhalten wären. Dazu gehört der auch von Frankreich unterstützte Vorschlag, ein Verfahren für die Restrukturierung von Staatsanleihen einzuführen und Obergrenzen für Staatsanleihen im Bankenbesitz zu setzen.

Italien lehnt diese Vorschläge ab; die Regierung warnt, dass sie prozyklische Effekte hätten, die die Finanzsysteme Italiens und der Euro-Zone destabilisieren würden. Auch der Vorschlag der EU-Kommission, den Fiskalpakt in Gemeinschaftsrecht zu überführen, stößt bei der Regierung in Rom auf Widerstand. Schließlich

**Die Wirtschaftspolitik  
ist der wichtigste  
Lackmustest**

besteht sie darauf, dass es in der Bewertung der Haushaltssituation einzelner Mitgliedstaaten mehr Flexibilität geben soll.

Es wird nicht leicht werden, einen tragfähigen Kompromiss zwischen den sich widersprechenden Forderungen nach Risikoreduzierung und Ri-

sikoteilung zu finden. Für Italien ist das Risiko groß, isoliert dazustehen, besonders dann, wenn es nicht gelingt, ein glaubwürdiges Bündel von Struktur-

reformen vorzulegen, um sowohl die öffentliche Verschuldung als auch das Volumen notleidender Kredite bei den Banken zu verringern. Deren Anteil ist im vergangenen Jahr deutlich gesunken, bleibt aber immer noch besorgniserregend hoch.

### **London, Moskau, Warschau**

Als Folge der Wahlen könnte sich die italienische Haltung auch in anderen europäischen Kernfragen ändern. Die eine ist der Brexit: In der ersten Phase der Austrittsverhandlungen haben die verbleibenden 27 Staaten einen bemerkenswerten Zusammenhalt gezeigt. Eine Mitte-Rechts-Regierung würde sich dem Grundsatz der europäischen Einheit aber vermutlich weniger stark verpflichtet fühlen. Wenn es in der nächsten Phase der Brexit-Verhandlungen um die künftigen Handelsbeziehungen geht, könnte sie geneigt sein, den britischen Forderungen entgegenzukommen.

Ein weiterer Bereich, wo es zu signifikanten Abweichungen von der bisherigen Haltung kommen könnte, sind die Beziehungen zu Russland. Tatsächlich hat ja auch die bisherige Mitte-Links-Regierung nicht verhehlt, dass sie Vorbehalte gegen die

Russland-Sanktionen der EU hat. Sie hat die Gemeinschaft gebeten, alle erdenklichen Kanäle der Zusammenarbeit mit dem Kreml offenzuhalten. Trotzdem hat Rom keine größeren Probleme verursacht, als die EU ihre Sanktionen gegen Russland verschärft hat. Die jetzigen großen Oppositionsparteien – die beiden rechts-extremen Parteien, aber auch Forza Italia und Fünf Sterne – haben dagegen die Sanktionen gegen Russland scharf kritisiert, sie als schädlich für Italien bezeichnet und ihre Aufhebung verlangt. Viele prominente Persönlichkeiten von Mitte-Rechts, unter ihnen Silvio Berlusconi, haben Erklärungen zugunsten von Präsident Wladimir Putin abgegeben.

Ein drittes Thema sind die Beziehungen zu den zentraleuropäischen Staaten, vor allem der Visegrad-Gruppe. Die Mitte-Links-Regierung hat gegenüber den Regierungen von Polen und Ungarn, denen die Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze vorgeworfen wird, eine harte Haltung. Auch die Weigerung der Visegrad-Gruppe, auf Grundlage der EU-Verteilungsquoten Flüchtlinge aufzunehmen, um den Migrationsdruck auf Griechenland und Italien zu lindern, hat für erhebliche Spannungen gesorgt. Die italienische Regierung hat sogar die Kürzung von EU-Mitteln für diese Länder verlangt, wenn sie sich in der Flüchtlingsfrage weiterhin unsolidarisch zeigen. Eine Mitte-Rechts-Regierung könnte hier nachsichtiger sein. Ideologisch würde sie den Regierungsparteien in Polen und Ungarn ohnehin näher stehen. Soweit es um Einwanderung geht, dürfte sie sich mehr auf Maßnahmen zur Kontrolle ihrer nationalen Grenzen als auf die europäische Solidarität konzentrieren.

## **Ideologische Nähe zu den Regierungen Polens und Ungarns**



Es gibt keinen Zweifel, dass die Bewältigung des Flüchtlingsstroms eine enorme Herausforderung für jede künftige Regierung ist. Auch in den Beziehungen zu den europäischen Partnern wird sie eine Kernfrage bleiben. Die weitverbreitete Wahrnehmung, dass die Migration außer Kontrolle geraten ist, hat wesentlich dazu beigetragen, das Ansehen der Mitte-Links-Regierung zu untergraben. Das nutzt den rechten Parteien, die versprochen haben, hart gegen illegale Einwanderer vorzugehen.

In Wahrheit ist die Zahl der Ankommenden aufgrund neuer Maßnahmen von Innenminister Marco Minniti seit Juni 2017 dramatisch gesunken. Minniti hat eine differenzierte Strategie umgesetzt: ein Abkommen mit der UN-gestützten Regierung Libyens, das die libysche Küstenwache in die Lage versetzt, Flüchtlinge zurückzuholen, und Vereinbarungen mit libyschen Stämmen und örtlichen Verwaltungen zur Bekämpfung von Schmugglerbanden. Zugleich wird dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR eine aktivere Rolle im Migrationsmanagement auf libyschem Boden ermöglicht.

Allerdings ist die Nachhaltigkeit dieser Strategie zweifelhaft. Die offizielle libysche Regierung ist fragil, und die Sicherheitslage bleibt hochgefährlich, solange es keinen echten nationalen Versöhnungsprozess gibt. Der Minniti-Plan ist zudem scharf kritisiert worden, weil er die Überfüllung der Internierungslager in Libyen verschlimmert, wo Migranten systematischer Gewalt und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind.

In Anbetracht dieser Herausforderungen wird jede italienische

Regierung genötigt sein, die EU in alle Versuche stärker einzubinden, mit den Migrationsströmen entlang der zentralen Mittelmeer-Route fertig zu werden. Für eine Neuauflage des gescheiterten Verteilungsplans für Flüchtlinge scheint es keinen Spielraum zu geben. Aber in vier anderen Bereichen kann viel erreicht werden: Zunächst geht es um eine Reform des Dublin-Abkommens, um die übermäßige Belastung der Länder zu lindern, in denen die Flüchtlinge in der EU ankommen. Dann sollte die EU ihre Mittel für die afrikanischen Herkunftsländer erhöhen, den Einsatz von Frontex verstärken und die Aufgaben und Verantwortlichkeiten bei Marine-Missionen im Mittelmeer gerechter verteilen.

Italien kann zumindest bei einem Teil dieser Fragen auf Unterstützung der EU-Institutionen und wichtiger Mitgliedstaaten zählen, unter ihnen Deutschland und Frankreich. Es ist zu hoffen, dass die künftige italienische Regierung alle diplomatischen Möglichkeiten ausnutzt, um im Bereich der Migration ebenso wie in anderen Bereichen, wo es um lebenswichtige nationale Interessen geht, wirksamere Instrumente europäischer Solidarität zu schaffen. Den illusorischen Versuchungen des Nationalismus sollte sie widerstehen.

## Italien braucht mehr EU-Einsatz in der Flüchtlingsfrage



**Ettore Greco**  
ist Vizepräsident des Istituto Affari Internazionali in Rom.

## „Den europäischen Traum verteidigen“

Emma Bonino über Italiens Rolle in Europa und die gemeinsame Afrika-Politik

Vor den Wahlen am 4. März sind Italiens euroskeptische Parteien im Aufwind. Das Land hat aber nicht nur viel von seinem Glauben an Europa verloren, sondern auch an Einfluss eingebüßt. Dabei hätte es gerade in der Mittelmeer- und Afrika-Politik viel zu sagen. Emma Bonino, ehemalige Außenministerin und Verfechterin eines föderalen Europas, im Gespräch.

**IP:** *Frau Bonino, bei den Parlamentswahlen am 4. März treten Sie mit der Liste „+Europa“ an. Welche Ziele verfolgt „+Europa“?*

**Emma Bonino:** Heute geht es nicht mehr um links oder rechts, heute geht es um Europa. Auch in Italien nehmen Rassismus, Populismus, Nationalismus und Europa-Feindlichkeit zu. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, das buntgescheckte, aber ziemlich große Lager der Europa-Skeptiker zu bekämpfen. Wir wollen den europäischen Traum verteidigen und verwirklichen.

**IP:** *Welche Parteien profitieren von der antieuropäischen Stimmung?*

**Bonino:** Allen voran die Fünf-Sterne-Bewegung, einst vom Komiker Beppe Grillo geführt, heute vom jungen Spitzenkandidaten Luigi Di Maio. Außerdem die populistische Lega von Matteo Salvini und natürlich Giorgia Meloni mit ihrer rechten Partei Brüder Italiens. Und dann gibt es noch diejenigen, die abwechselnd für oder gegen Europa sind, je nachdem wie es im Bauch der Bevölkerung gerade rumort. Die einen wollen weniger EU, die anderen überhaupt keine EU mehr, und dann gibt es noch diejenigen, die sich zwar zur EU bekennen, aber nicht zur jetzigen. Eine Erklärung, wie die EU sein sollte, die ihnen vorschwebt, bleiben die meisten aber schuldig.

**IP:** *Und welches Europa wollen Sie?*

**Bonino:** Wir treten schon seit Altiero Spinelli für ein föderales Europa ein.

**IP:** *Der damalige SPD-Vorsitzende Martin Schulz forderte im Dezember die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025. Halten Sie das für machbar?*

**Bonino:** Ich bin etwas vorsichtiger. Demokratische Neuorientierungen, also auch eine föderale Wende, brauchen Zeit. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten kann man nicht unter den Teppich kehren, man muss auf sie ein-



gehen. Mir geht es vornehmlich darum, dass der Weg, der zu diesem Ziel führt, gewissenhaft und verantwortungsvoll gestaltet wird.

**IP:** *Warum ist Ihnen die EU so wichtig?*

**Bonino:** Schauen wir uns einmal die Welt an, mit Donald Trump auf der einen und Wladimir Putin auf der anderen Seite. Das Mittelmeer steht in Flammen, Millionen von Migrant\*innen sind auf der Flucht vor Krieg und Armut. Und wir wollen gerade jetzt das europäische Projekt in Schutt und Asche legen? Jeder will alleine mit China konkurrieren? Schon heute gibt es keinen einzigen Staat in Europa, der alleine auf der internationalen Bühne bestehen kann. Aber die Politik hat sich Scheuklappen angelegt. Jeder hat nur noch die nächsten Wahlen im Blick, und statt sich mit möglichen Lösungen auseinanderzusetzen, macht man die Flüchtlinge und Migrant\*innen zu Sündenböcken im Wahlkampf.

**IP:** *Das Misstrauen, das die Italiener der EU heute entgegenbringen, hätte man noch vor zehn Jahren für unmöglich gehalten ...*

**Bonino:** Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Ich bin keine Sozialwissenschaftlerin, deswegen möchte ich hier nur die zwei hervorheben, die mir unstrittig erscheinen. Fangen wir mit der Finanzkrise an, die in eine gesellschaftliche und politische Krise ausartete. Unsere Politiker wussten selbst keine Lösungen. Deswegen haben sie die Europäische Union zum Sündenbock gemacht. Statt sich zu fragen, wie man in den vergangenen Jahren gewirtschaftet hatte, machte man die Bürokraten in Brüssel dafür verantwortlich, dass italienische Staatsanleihen auf einmal so viel weniger wert waren als die deutschen. Auch für die lange Rezessionsphase schob man der EU die Schuld zu. Die Politiker selbst übten sich eifrig in Unschuldsbekundungen.

**IP:** *Und der zweite Grund?*

**Bonino:** Das war das Migrationsproblem, bei dem Brüssel uns im Stich gelassen hat. Die Mitgliedstaaten haben jede gemeinsame Lösung verhindert. Sie

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

---

**EMMA BONINOS** politische Leidenschaften sind die Frauenrechte und Europa. Die 1948 in der piemontesischen Stadt Bra geborene Politikerin, langjährige Vorsitzende der Radikalen Partei, war EU-Kommissarin und Außenministerin ihres Landes. Die Italiener verdanken ihr und dem Gründer der Radikalen Partei Marco Pannella wichtige Errungenschaften wie das Scheidungsgesetz und das Abtreibungsgesetz.

---

bestehen darauf, dass die Kontrolle ihrer Grenzen in ihrer nationalen Verantwortung bleiben muss, und solange das so ist, kann Brüssel nicht viel machen.

**IP:** *Es waren Italiener wie Altiero Spinelli und Alcide De Gasperi, die sich erfolgreich für ein vereintes Europa einsetzten. Heutzutage hat man das Gefühl, Italiens Politiker hinken dem deutsch-französischen Tandem einfach hinterher.*

**Bonino:** Italien hat lange eine wichtige Rolle als Brückenbauer gespielt. Manchmal geschah dies hinter den Kulissen, manchmal auf offener Bühne. Wenn aber ein Land im Laufe einer fünfjährigen Legislaturperiode viermal den Premierminister wechselt, büßt es, wenn schon nicht an Glaubwürdigkeit, dann doch an Zuverlässigkeit ein. Wenn wir die Staatsverschuldung nicht senken, sondern steigen lassen, ist es schwer, sich in der europäischen Finanzdebatte Gehör zu verschaffen.

**IP:** *Italien wird nicht mehr ernst genommen?*

**Bonino:** Es stimmt, wir haben an Gewicht verloren. Aber nicht, weil die anderen böse sind und uns verdrängen wollen, sondern wegen unseres eigenen Verhaltens. Dabei müsste Italiens Stimme gerade jetzt Gehör finden, wo sich die geopolitische Lage so stark verändert hat.

**IP:** *Bei welchen Themen wäre das wichtig?*

**Bonino:** Heute stehen für Europa nicht mehr Russland und Putin im Fokus, zumindest nicht in vorderster Reihe. Prioritär ist heute die Mittelmeer-Region, wo die Spannungen steigen, und hier könnte Italien sehr wohl zur Entspannung beitragen. Man muss das aber auch wollen. Nichts ist fragiler als Politik und nichts beständiger als Geografie.

**IP:** *Während Ihrer Zeit als Außenministerin haben Sie eine Italien-Afrika-Konferenz ins Leben gerufen. Wie stehen Sie zu den jüngsten Abkommen, die Italien mit mehreren afrikanischen Staaten getroffen hat, um den Migrationsandrang zu stoppen?*

**Bonino:** Ich habe da große Vorbehalte. Für mich und meine Partei ist das Mittelmeer nicht ein Meer, das trennt, sondern ein kleiner See, der verbindet. Und während auf der einen Seite, also in Europa, die Bevölkerung dramatisch schrumpft und altert, schaut man auf der anderen Seite, keine 300 Kilometer entfernt, auf eine überfüllte Krabbelstube. Was wir brauchen, sind tragfähige Ansätze, um die Entwicklung dieser Länder zu unterstützen. Aber ich befürchte, dass die Vereinbarungen, die Italien unlängst mit den fünf Sahel-Staaten unterschrieben hat, einzig und allein auf verschärfte Sicherheitsmaßnahmen zielen. Das erinnert mich an das EU-Abkommen mit der Türkei, das ich ebenfalls für fragwürdig halte. Genau genommen haben wir bis jetzt nur eines getan – wir haben die Kontrolle unserer Grenzen und das Migrationsproblem an andere verpachtet.

**IP:** *Die Sicherung der Grenzen soll nur der erste Schritt sein, hat Innenminister Marco Minniti versichert ...*

**Bonino:** Die Einstellung „Schickt sie alle zurück“ wird nicht allein von populistischen und rechten Kreisen vertreten. Zwar hört sich die Forderung „Helfen wir ihnen bei sich zu Hause“ besser an, gemeint ist aber letztendlich dasselbe. Wohlgermerkt, die Hilfe vor Ort ist nichts Schlechtes, nur müssten wir uns auch darüber bewusst sein, dass eine ernst gemeinte Entwicklungshilfe erst in ein, zwei oder sogar drei Generationen greifbare Ergebnisse erbringen wird. Ganz abgesehen davon, dass auch nicht alle afrikanischen Staaten bettelarm sind. Nehmen wir Niger und Nigeria, beide sind reich an Rohstoffen, doch dieser Reichtum kommt nur bei wenigen an. Man muss sich also auch mit dem Problem der Governance, der politischen Steuerung befassen. Daher setze ich mich für eine weitsichtige Politik ein, deswegen unterstütze ich das Projekt einer EU-Afrika-Partnerschaft, auch wenn im Moment dafür weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen als für das EU-Türkei-Abkommen.

**IP:** *Was ist zwischen den Staaten Osteuropas, vor allem Polen und Ungarn, mit der EU schiefgelaufen?*

**Bonino:** Wir haben diese Länder nicht rechtzeitig und bestimmt genug darauf hingewiesen, dass Abkommen eingehalten werden müssen.

**IP:** *Es sind Länder, die sich darüber beschweren, sie würden wie die armen Verwandten behandelt, man würde ihnen zu wenig Gehör schenken.*

**Bonino:** Natürlich muss man sich gegenseitig entgegenkommen. Und sicher sollten wir mehr Verständnis für die Vergangenheit und die spezifischen Ängste der Osteuropäer haben. Für uns Italiener ist das nicht ganz leicht, weil diese Länder doch ziemlich weit weg sind. Ich kann mich noch erinnern, wie meine Mutter mich fragte, wo eigentlich Vilnius sei. Tunis ist uns, auch von der Kultur her, sicher näher. Trotzdem, Vereinbarungen muss man einhalten. Und persönlich denke ich, dass man bei Polen zu lange gewartet hat, das Verfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge einzuleiten.

**IP:** *Das ist der Artikel der EU-Verträge, der es möglich macht, Ländern wegen einer schwerwiegenden Verletzung der EU-Grundwerte die Stimmrechte zu entziehen. Allerdings braucht es dafür Einstimmigkeit im EU-Rat, und die wird vermutlich nicht zustandekommen. Wie will die EU die Europäer zurückgewinnen, wenn es nicht einmal möglich ist, die Grundwerte zu verteidigen?*

**Bonino:** Solange die EU ein zwischenstaatlicher Bund ist, wird sich in der Tat nicht viel ändern. Deswegen steht „+Europa“ für ein föderales Europa.

**IP:** *Sind Sie optimistisch, was die Zukunft der EU betrifft?*

**Bonino:** Ich? Ich bin fest entschlossen! Mein Vater war ein einfacher Bauer, der mir immer wieder sagte, „Lass diesen Kampf gegen das Abtreibungsverbot, setz dich für Europa ein! Für diese Sache musst du kämpfen!“

Das Interview führte Andrea Affaticati

## Flucht in den supranationalen Fanatismus

Europas Sozialdemokraten scheuen eine tiefgreifende Gegenwartsanalyse

Jochen Bittner | **Die Sozialdemokratie leidet unter einem zu steilen Blickwinkel. Um wieder eine echte politische Kraft zu werden, muss sie mit zwei großen inneren Widersprüchen aufräumen und erklären: Wie gehen offene Grenzen und Sozialstaat zusammen? Und wie vereinbar sind Supranationalität und Demokratie? Zeit für einen intellektuellen Kassensturz.**

Die vielleicht pointierteste Zustandsbeschreibung der gegenwärtigen Sozialdemokratie in Europa stammt von dem 1952 verstorbenen spanischen Philosophen George Santayana: Fanatismus ist die Verdoppelung der Anstrengungen, wenn man das eigentliche Ziel aus den Augen verloren hat.

Etwas freundlicher formuliert könnte man sagen, dass die Sozialdemokratie seit Längerem unter einem zu steilen Blickwinkel leidet. Vor lauter Suche nach ihrer Zukunftsfähigkeit aus einer klaustrophobischen Panik eines immer enger werdenden politischen Raumes heraus haben die Sozialdemokraten viel Gespür dafür eingebüßt, was direkt vor ihren Augen liegt.

### **Die Wirklichkeit schreit nach Ideen**

Die Wirklichkeit schreit förmlich nach modernisierten sozialdemokratischen Ideen. Wie kann ein gerechter Globalismus, ein fairer Freihandel aussehen, und zwar nicht nur für den Süden der Welt, sondern auch

für die alleinerziehende Mutter in Bottrop? Welche Perspektiven haben Arbeiter, deren Jobs im Zuge der Automatisierung und Digitalisierung zu verschwinden drohen? Wie sollen Einwanderer, die nicht einmal Deutsch-Grundlagen mitbringen, es schaffen, sich in Gesellschaften zu integrieren, deren rasanten Wandel selbst Einheimische als Anstrengung empfinden?

Leider versagt die Sozialdemokratie schon bei der Grundvoraussetzung dieser Ideenfindung, weil sie ausgerechnet dort schwach ist, wo sie historisch lange stark war: bei einer tiefgreifenden Gegenwartsanalyse. Die These dieses Beitrags lautet, dass das mangelnde Sehvermögen der Sozialdemokratie aus der Sorge rührt, bei geklärter Sicht einige unbequeme Entdeckungen und Eingeständnisse machen zu müssen. Grundsätzlich gesprochen müssten sich die SPD und viele ihrer Schwesterparteien, um einen Neuaufbruch zu stemmen, zunächst bewusst machen, in welche

programmatischen Widersprüche sie sich in den vergangenen 25 Jahren manövriert haben.

Dabei handelt es sich um Widersprüche, die die Kernversprechen der Sozialdemokratie berühren. Man kann, so der erste Widerspruch, nicht gleichzeitig eine Welt der offenen Grenzen und den gewohnten Sozialstaat propagieren. Und man kann, zweitens, nicht immer mehr Supranationalismus bauen, ohne dabei die nationale Demokratie einzuschränken. Statt diese Widersprüche offen einzugestehen und nach Versöhnungslösungen zu suchen, hat sich die Sozialdemokratie auf das Gegenteil verlegt: auf die Verdrängung und die Diskursverengung.

Wer die erwähnten Widersprüche ansprach, wurde für den erklärten Genossen entweder schnell zum Europa-Feind oder zum „Rechten“. Auf diese Weise wurde die Partei der Gerechtigkeit in den Augen vieler Wähler zur Partei der Selbstgerechtigkeit und ihre Vertreter zu einer kulturell entrückten Schicht, die ihre Ideologie von deren Folgewirkungen auf den traditionellen Wähler entkoppelte. Nicht zuletzt habituell sprach sie ein Milieu an, das die sozialökonomischen Kosten der Globalisierung als Letztes bezahlen würde – die kosmopolitischen Städter.

Nichts zeigt die Flucht in den supranationalen Fanatismus deutlicher als die Forderung des im Februar zurückgetretenen SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, bis 2025 die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu verwirklichen und alle Staaten, die dies nicht wollen, aus der EU zu werfen. Diese Idee verrät eine verstörend ausgrenzende Mentalität, die viele Sozialdemokraten auch in der Innenpo-

litik an den Tag legen: Entweder du lässt dich domestizieren und akzeptierst die neuen Hausregeln oder du gehörst nicht mehr dazu.

Das beste Beispiel für den Ersatz von Sozialpolitik durch Moralpolitik ist die Art und Weise, wie Justizminister Heiko Maas den Kampf für mehr Rechtsdurchsetzung im Internet mit einem Kampf gegen nichtlinke politische Positionen vermengte. „Wir können die Rechten kaum daran hindern, sich im Netz ihre Biotope, ihre hasserfüllten Serepees einzurichten. Aber wir können etwas dagegen tun, dass sie auch die offenen, demokratischen Bereiche des Netzes kapern, dort Hass und Lügen streuen und damit Vorurteile und Ängste schüren“, schrieb Maas in seinem quasi zeitgleich mit dem Gesetzentwurf gedruckten Buch „Aufstehen statt wegdrücken. Eine Strategie gegen Rechts“. In dieser hohen Überzeugung von moralischer Richtigkeit schwingt eine Arroganz mit, die der Kabarettist Gerhard Polt einmal gewollt naiv in das Bonmot packte: „Ich brauche keine Opposition, weil ich bin bereits Demokrat.“

### Neue Trennlinien

Eine Wirklichkeitsbeobachtung, wie der britische Journalist David Goodhart sie schon vor Jahren machte, kommt mit Verzögerung nun auch in Deutschland an. Wenn es heute eine Trennungslinie in der Gesellschaft gibt, dann ist es die zwischen Menschen, die die Welt von jedem Ort aus betrachten, und jenen, die sie vor allem von einem bestimmten Ort aus sehen. Goodhart spricht von „Überall-Menschen“ und „Irgendwo-

## Die SPD wurde zu einer Partei der Selbstgerechtigkeit

Menschen“. Sozialdemokratischer Internationalismus war aus Sicht Letzterer nur so lange schön, wie er nicht funktionierte, sprich: wie nationale Lohnniveaus und Sozialleistungen nicht unter Druck gerieten und die Unterscheidung zwischen Asylgewährung und Einwanderung klar blieb.

Die Sozialwissenschaftler Wolfgang Merkel und Wolfgang Schroeder argumentieren in der Januar-Ausgabe der *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, dass die SPD vor lauter Kulturkampf gegen eine vermeintliche Demokratiebedrohung die neue soziale Konfliktlinie übersehen habe, die sich im

Verlauf der vergangenen Jahrzehnte gebildet habe und die die traditionelle Links-Rechts-Achse überlagere: „Sie trennt autoritär eingestellt untere (Bildungs-)Schichten von liberal eingestellten höheren Schichten. Erstere fühlen sich von den Kosmopoliten und ihren neuen Diskurs- und Moralregeln, die ihren eigenen Lebenswelten fremd sind, bevormundet.“

### Den Wandel mitgeschaffen

Zur Ehrlichkeit würde nun gehören, sich einzugestehen, dass die Sozialdemokraten eben den Wandel mitgeschaffen haben, der diesen neuen Konfliktlinien zugrundeliegt. Dazu müssen wir einen Blick zurück ins Jahr 1989 werfen. Nach dem Fall der Mauer waren nicht nur Neokonservative und Neoliberale ergriffen vom Optimismus des „Endes der Geschichte“, vom vermeintlich endgültigen Sieg der Demokratie und der Marktwirtschaft. Auch die meisten Sozialdemokraten waren überzeugt davon, dass die Stunde der Überwindung des Nationalstaats gekommen sei.

Das Mantra lautete damals: Europa besteht ausschließlich aus kleinen Ländern, und wenn es in einer immer kompetitiveren Welt bestehen will, kann dies nur durch immer tiefere Integration gelingen. „Europäer spüren, dass ihre Freiheit durch das Eingebundensein mit anderen zunimmt“, begeisterte sich damals der US-Autor Jeremy Rifkin über den „Europäischen Traum“. Vieles an dieser Begeisterung war zwar richtig. Nur eines wollte vor lauter Götterfunken-Freude kaum jemand sehen: Im selben Augenblick, in dem die Demokratie sich auf immer mehr Nationen ausbreitete, setzten innerhalb dieser Nationen auch Demokratieverluste ein. Genau dies haben sich die Gläubigen in Brüssel oder Davos nie eingestanden, obwohl es „Irgendwo-Menschen“ in den hinteren Rängen bald anfangen zu raunen.

Es mag mit einer marxistisch beeinflussten Sicht auf den Fortschritt der Geschichte zu tun haben, dass Sozialdemokraten die Illusion besonders kämpferisch verbreiteten, man könne wirtschaftliche Globalisierung/Europäisierung und Demokratisierung gleichzeitig voranbringen. Das ist offenkundig falsch, denn sich der WTO und der EU anzuschließen, bedeutet, Entscheidungsmacht abzugeben, und zwar auf demokratisch gar nicht oder höchstens schwach legitimierte Entscheider.

Der Harvard-Ökonom Dani Rodrik spricht vom „politischen Trilemma“ der Weltwirtschaft. Gesellschaften müssten zwangsläufig zwischen Globalisierung, Demokratie und Souveränität wählen. Alle drei seien niemals im selben Grad zu verwirklichen. In seinem neuen Buch „Straight Talk on Trade“ wirft Rodrik Europas

## Mehr Demokratien heißt in der EU auch Demokratieverlust



## Bild nur in Printausgabe verfügbar

Sozialdemokraten vor, dieses Tauschgeschäft geleugnet zu haben: „Als das französische Parlament 2012 Europas neuen Fiskalpakt debattierte, wies die sozialistische Regierung des Landes vehement die Vorstellung zurück, dass die Ratifizierung des Vertrags die französische Souveränität unterminieren würde.“

Aus eigener Erfahrung als Brüssel-Korrespondent kann der Autor bestätigen, dass als Häretiker oder mindestens als unaufgeklärter Zeitgenosse galt, wer an solcher Verleugnerhetorik Zweifel anmeldete. „Europa-Skeptiker“, ob unter Journalisten oder unter Völkern, so die Entgegnung, müssten eben noch auf Kurs gebracht werden. Jenen Europäern in Frankreich, den Niederlanden oder Irland, die den Eindruck hatten, ihre Freiheit nehme durch eine „europäische Verfassung“ oder, wie sie später hieß, den „Lissabon-Vertrag“ eher ab denn zu, riefen die Internationalisten in Brüssel zu, sie mögen

sich bitte besinnen und noch einmal abstimmen.

Kein Wunder, dass sich bei vielen traditionellen sozialdemokratischen Wählern jener Eindruck verfestigte, den Didier Eribon in seinem Buch „Rückkehr nach Reims“ vor dem Hintergrund des Parteipräferenzwandels in seiner Heimatstadt beschreibt: Nicht die Arbeiter aller Länder vereinigten sich, sondern die Eliten. Natürlich war der Neoliberalismus nicht das Neübel, als das ihn viele Linke oft allzu schlicht beschreiben. Der Welt geht es heute nach vielen wirtschaftlichen und sozialen Parametern deutlich besser als 1989. Die entscheidende Frage für Sozialdemokraten müsste aber lauten: Wem hat die Davosierung der Welt, proportional betrachtet, mehr genutzt – Wirtschaftsbossen oder dem typischen sozialdemokratischen Wähler?

Die Antwort ist leider einfach. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts wurden Gewinne immer stärker nach oben

verteilt und Risiken nach unten. Die Globalisierung hat dadurch früh zur Prekarisierung vieler Arbeitsplätze geführt – vom Mini-Jobber im Hotel über den scheinselfständigen Paketzusteller bis zur Ryanair-Pilotin, die über eine Zwischenagentur angestellt ist, damit bei ihr weder Krankheits- noch Kündigungsschutz greifen.

Würde Karl Marx heute leben, würde er vermutlich hier die Entfremdung des Arbeiters von seinem Werk sehen: Die Globalisierung hat, wie einst die Industrialisierung, dazu geführt, dass immer mehr Arbeitnehmer dazu eingesetzt werden, ihre Arbeitgeber reicher zu machen, oft auf Kosten ihrer wirtschaftlichen (und damit auch ihrer sozialen) Sicherheit. Nils Heisterhagen, der Grundsatzreferent der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, schrieb dazu in dem hellsichtigen Artikel „Die SPD muss wieder zum Anwalt der Arbeiter werden“ in der *Frankfurter Allgemeinen* (22.11.2017): „Unsere Marktwirtschaft hat Maß und Mitte verloren, also das, was sie zu einer sozialen Marktwirtschaft macht.“

Doch statt als Linke diese programmatische Gelegenheit zu nutzen, für eine Neo-Emanzipation des Arbeiters zu streiten, verlegte sich die SPD darauf, enttäuschte Anhänger oder solche, die Fragen nach der Gerechtigkeit stellen, moralisch zu diskreditieren. Der „besorgte Bürger“ wurde zum Synonym für „rechts“, und „rechts“ wurde zum Synonym für „rassistisch“.

Dabei ist eine Grundsatzfrage von so genannten „Abgehängten“ an die SPD doch absolut verständlich: Wie kann dieselbe Partei, die während der

Schröder-Jahre den Abbau von Sozialleistungen befürwortete und diesen im Grundsatz bis heute verteidigt, als nächstes Sozialleistungen an immer mehr Empfänger verteilen, und auch noch an solche, die nie ins System eingezahlt haben? In der Flüchtlingskrise entstand bei vielen Bürgern der Eindruck, dass die SPD zum zweiten Mal das Augenmaß verloren hatte. Erst die leichtfertige Öffnung des Sozialstaats nach oben, an Globalisten, dann die Öffnung nach unten, an Migranten.

### „Wo es brodeln, riecht und stinkt“?

Sigmar Gabriel hatte bei seiner Antrittsrede als Parteivorsitzender 2009 noch gesagt, die SPD müsse dahin gehen, „wo es brodeln, riecht und stinkt“. Stattdessen kehrte die SPD genau diesem Milieu nicht nur den Rücken zu, sondern diffamierte Teile von ihm auch noch leichtfertig. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Ralf Stegner, der durch besonders schnelle Vorwürfe des Rechtsradikalismus auffiel, erarbeitete sich im Internet nicht zu Unrecht den Beinamen „Pöbelralle“.

Wie spannend hätte es sein können, nüchtern-empirisch zu diskutieren, wie ein Sozialstaat mit Masseneinwanderung umgehen sollte. In Kanada etwa leistet der Staat gewaltige Anfangsinvestitionen in Zuwanderer, um aus Beitragsempfängern so schnell wie möglich Beitragszahler zu machen. Wenn diese Investitionen aber nötig sind, bedeutet dies nicht auch, dass die Aufnahmefähigkeit eines Sozialstaats jedenfalls phasenweise aus fiskalischen Gründen Grenzen hat? Und wenn Immigranten gebraucht werden, um das Rentensystem zu finanzieren, muss Deutschland dann auf lange

Der Neoliberalismus  
war bei weitem nicht  
das große Neübel

Sicht nicht immer und immer mehr Zuwanderer ins Land lassen – weil schließlich auch Immigranten altern? Zu diesen Fragen kann eine Partei natürlich nicht vorstoßen, die eine Zuwanderungsbegrenzung per se für unmenschlich hält.

Durch diesen Rigorismus beging die Sozialdemokratie einen ähnlichen Fehler wie die amerikanische Linke. Sie suchte ihr Heil in der Abgrenzung zu allem Nicht-Linken statt in der Suche nach dem Auch-Linken.

Diese völlig unnötige Grobzeichnung des Meinungsspektrums provozierte Grobheit als Antwort: Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sind 2017 mehr Wähler von der SPD als von der CDU zur AfD gewechselt. Wer als Partei der sozialen Gerechtigkeit wieder glaubwürdig werden will, sollte vielleicht bei der diskursiven Fairness beginnen. Ein Blick über den Atlantik, und die SPD hätte es wissen können. Nichts hat Hillary Clinton so geschadet wie ihr Wort von den „Beklagenswerten“. Eine kluge sozialdemokratische Politik müsste gegen ein Bröckeln des Wir-Gefühls ankämpfen, anstatt es zu fördern.

Die potenziell versöhnenden Herausforderungen liegen auf der Hand: Wie eigentlich soll Sozialdemokratie in einem entgrenzten und automatisierten Wirtschaftsraum funktionieren, in dem ein fahrerloser Lkw Waren in einen kassierelosen Supermarkt schafft, während der steuerfinanzierte Staat immer stärker werden müsste, um Steuerflüchtlinge aufzuhalten und politische Flüchtlinge zu integrieren? Ist die Automatisierung automatisch schlecht für viele Arbeitnehmer oder öffnet sie nicht vielleicht auch

die Chance für bessere, erfüllendere Jobs? Und wenn das so ist, sollte man dann vielleicht Supermarktketten, die beispielsweise ihre Registrierkassen abschaffen wollen, gesetzlich verpflichten, ihren Angestellten Weiterbildungen anzubieten? Oder: Warum sollten Arbeitnehmer nicht die ersten und natürlichen Aktionäre ihrer Firmen sein? Dies könnte sowohl zu mehr Verteilungsgerechtigkeit als auch zu größerer Identifikation mit dem Arbeitgeber führen. Eine andere Antwort könnte lauten, Gewinne aus Roboterarbeit höher zu besteuern als Gewinne aus menschlicher Arbeit.

Die Sozialdemokratie muss eine Richtungsentscheidung treffen: Will sie wieder stärker auf dem Acker der realen Probleme arbeiten oder lieber den Wachturm auf der moralischen Anhöhe besetzt halten? Der Politikwissenschaftler Mark Lilla („The Once and Future Liberal“) beschreibt es als das große Versagen der US-Demokraten, den Sinn dafür verloren zu haben, „was wir als Bürger teilen und was uns als Nation ausmacht“. So weit ist die SPD noch nicht abgerutscht. Aber um wieder die gesellschaftlich wichtige Kraft zu werden, die sie einmal war, muss sie die Schmerzen eines ehrlichen intellektuellen Kassensturzes auf sich nehmen.

**Sind nicht Arbeiter natürliche Aktionäre ihrer Firmen?**



Dr. Jochen Bittner  
ist Redakteur der ZEIT.

## Neue deutsche Verantwortlichkeit

Der Koalitionsvertrag zeugt von außen- und europapolitischem Aufbruchwillen

Andreas Rinke | **Das 177 Seiten lange Koalitionspapier zwischen CDU, CSU und SPD dokumentiert, wie sehr sich das Denken über Europa und die Welt hierzulande verändert hat. „Mehr Engagement“ lautet die Devise – allerdings immer noch nach klassischen deutschen Denkmustern. So verfolgt Berlin weiterhin einen „breiten Ansatz“ und will alles zugleich erreichen.**

Als die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD liefen, konnte man den Eindruck gewinnen, dass Außenpolitik hierzulande keinerlei Rolle mehr spielt. In dem 28-seitigen Sondierungspapier, das die drei Parteien im Januar vereinbarten, tauchte die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik nur auf einer einzigen Seite auf – mit einer seltsamen Mischung von Festlegungen zur Bundeswehr, Türkei, Fluchtursachenbekämpfung und Rüstungsexporten. Immerhin wurde das Europa-Kapitel gleich an den Beginn der Vereinbarung gestellt. Klares Ziel des Sondierungspapiers war damals, keine kontroversen Punkte aufzunehmen, die eine Zustimmung des SPD-Parteitag zu Koalitionsverhandlungen gefährdet hätten. Das hat sich im Koalitionsvertrag geändert.

Als diese *IP*-Ausgabe in Druck ging, stand immer noch nicht fest, ob der SPD-Mitgliederentscheid die Bildung einer neuen Großen Koalition mehrere Monate nach der Bun-

destagswahl ermöglichen würde oder nicht. Aber die 177-seitige, am 8. Februar beschlossene Vereinbarung für ein gemeinsames Regierungsprogramm erlaubt zumindest die Analyse, wo die Spitzen von CDU, CSU und SPD gedanklich bei der Europa- und Außenpolitik stehen. Sie dokumentiert, dass die Führungen der Volksparteien in Deutschland in den vergangenen Jahren stärker umgedacht haben, als dies im Wahlkampf deutlich wurde – obwohl dies sprachlich teilweise bewusst verkleistert wird.

Auch wenn der Begriff selbst nur einmal im Zusammenhang mit der EU auftaucht – Deutschland ist laut Koalitionsvertrag auf dem Weg, „Gestaltungskraft“ zu werden. Deutlicher als in jedem Koalitionsvertrag zuvor wird durchdekliniert, wohin Deutschland seine wirtschaftliche und politische Kraft lenken will, ohne dass daraus ein neuer, nationaler „dritter Weg“ entstehen soll. Die Eingebundenheit jeder nach außen gerichteten Politik in internationale,

multilaterale Strukturen wird an allen Ecken und Enden betont. Markant ist dabei nicht nur, was erwähnt wird – sondern auch, was an zentralen Stellen nicht genannt wird: „Deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet und fest in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union verankert“, lautet gleich der erste Satz des Kapitels über die Außenbeziehungen – die NATO als zentraler verteidigungspolitischer Pfeiler fehlt bei der Aufzählung. Dies ist zwar keine Absage an das westliche Verteidigungsbündnis per se, das später dann erwähnt wird. Aber der Satz bedeutet eine klare Priorisierung der multilateralen Einbindung, in der die rein europäische Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik stärker als früher betont wird.

Gleichzeitig wird angesichts der unsicheren Statik in der Welt eine neue Haltung beschrieben: „In dieser Lage verfolgt Deutschland zwei zentrale Ziele: Europa muss international eigenständiger und handlungsfähiger werden. Gleichzeitig wollen wir die Bindung an die USA festigen. Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden.“ Überraschend deutlich bekennen sich CDU, CSU und SPD dazu, mehr Geld für die UN, die EU und übrigens auch zur Erreichung der NATO-Ziele bereitzustellen. Dabei hilft ohne Zweifel die sehr gute finanzielle Lage des Bundes: Die üblicherweise nötigen Verteilungskämpfe über Ausgaben fand diesmal nur eingeschränkt statt.

Am markantesten wird die Bereitschaft zu agieren im Europa-Kapitel, sprachlich mit dem Wort „Aufbruch“ gekennzeichnet. Der entscheidende Ansatz des von den drei Parteivorsitzenden selbst verfassten

Europa-Teils ist es, ein klares proeuropäisches Bekenntnis abzugeben und Türen für anstehende Reformen zu öffnen – ohne sich mit Blick auf die anstehenden Debatten der EU-27 bereits festzulegen. Dennoch werden Positionen bezogen. Die sich formende Bundesregierung wollte sich erkennbar verhandlungsfähig für Europa machen: So wird die Notwendigkeit betont, über Fragen wie Mindestlöhne, den Kampf gegen Steuerflucht sowie eine enger verknüpfte Verteidigungs- und Migrationspolitik zu reden. Ausdrücklich werden eine stärkere gemeinsame EU-Präsenz und -Politik in der Welt sowie mehr Investitionen in Europa gefordert. Es gibt ein klares Bekenntnis für die EU-Aufnahme der Westbalkan-Staaten.

**Transatlantisch  
bleiben, europäischer  
werden ist das Motto**

### **Indirekte Kampfansage**

Bei den Passagen über die Euro-Zone kann man den Text aber auch als indirekte Kampfansage an Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron lesen. Es wird deutlich gemacht, dass proeuropäisch nicht bedeuten muss, sich automatisch hinter Macrons Ideen zu stellen: So betonen die drei Parteien zwar immer wieder die nötige und gewünschte enge Abstimmung mit Frankreich. Sie befürworten zudem gesonderte Haushaltsmittel für die wirtschaftliche Stabilisierung, Strukturreformen und eine stärker „soziale Konvergenz“ in den Euro-Staaten. Allerdings soll das Geld im EU-Haushalt für alle 27 EU-Mitglieder angesiedelt werden und nicht in einem von Macron vorgeschlagenen großen eigenen Eurozonen-Budget. Hier heißt es lediglich, dass diese Finanzlinie „Ausgangspunkt für



einen künftigen Investivhaushalt für die Euro-Zone“ sein könnte. Damit schlugen sich CDU, CSU und SPD in der Reformdebatte eher auf die Seite von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

Die Gesamtbotschaft des Textes an die europäischen Partner lautet: Deutschland ist zurück als proeuropäischer Motor, wird aber die kommende EU-Debatte entlang eigener Vorstellungen führen. Dazu gehören drei Grundpfeiler: Erstens will Berlin auch künftig einen möglichst engen Zusammenhalt aller nach dem Brexit verbleibenden 27 EU-Staaten und eben nicht die von Paris favorisierte Abkoppelung der Euro-Zone oder einer anders gearteten „Avantgarde“. Diese bleibt nur die zweitbeste Lösung, wenn in einem Politikbereich ansonsten kein Fortschritt in Sachen engere Zusammenarbeit zu erreichen ist. Zweitens bleibt es bei dem Prinzip, dass Risiko und Haftungsverantwortung für Berlin weiter in einer Hand bleiben müssen. Das setzt den Rahmen sowohl für die nächsten Schritte zur Vollendung der Bankenunion als auch für eine engere Zusammenarbeit in der Euro-Zone. Und drittens soll die Rolle der nationalen Parlamente etwa bei der Kreditvergabe auch unter dem angestrebten Europäischen Währungsfonds nicht angetastet werden.

Während die SPD das Europa-Kapitel vor allem wegen der Betonung von Investitionen und angedeuteten neuen Integrationsschritten feiert, bildet der Koalitionsvertrag auch für Kanzlerin Merkel eine Zäsur. Denn in den vergangenen Jahren war sie vor allem als „Mrs. Fix-it“ in Europa unterwegs: Ihre bisherige Amts-

zeit war gekennzeichnet von der erschreckten Erkenntnis der Europäer, wie krisenanfällig Konstruktionen wie die Währungszone und der Schengen-Raum in Wahrheit sind. Die Jahre 2008 bis 2017 wurden deshalb von schmerzhaften Reparaturarbeiten im Haus Europa dominiert. Nun wird aber im Koalitionsvertrag deutlicher als zuvor betont, dass die EU wieder voranschreiten muss.

### Die Emanzipierung geht weiter

In der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik markiert der Koalitionsvertrag die nächste Etappe auf dem Weg der Normalisierung nach 1945. Vom Kosovo-Einsatz über Afghanistan bis zur Ausrüstung kurdischer Milizen im Nordirak wurde in den vergangenen Jahrzehnten eine Selbstbeschränkung nach der anderen beseitigt. Die Finanzkrise 2008 hat diese Entwicklung noch beschleunigt, auch wenn es dabei in erster Linie um die Verantwortung für den Zusammenhalt der Euro-Zone ging. Aber Deutschland wurde als größter EU-Staat immer deutlicher ermahnt, sich nicht mehr hinter anderen Ländern zu verstecken.

Eigenständig war Deutschland davor eigentlich nur in seinen Nein-Entscheidungen: 2003 verweigerte Bundeskanzler Gerhard Schröder den USA die Gefolgschaft bei dem militärischen Eingreifen im Irak. 2011 sagte Merkel Nein zur französisch-britisch-amerikanischen Intervention in Libyen. Aber eigene, gestaltende Ideen waren eher selten.

Der Koalitionsvertrag ist deshalb auch eine Lehre aus den Erfahrungen der vergangenen Legislaturperiode. Spätestens seit der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 gibt es eine

## Der Koalitionsvertrag ist eine Zäsur für Merkels Europa-Politik



# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Debatte über eine größere deutsche Verantwortung in der Welt. Die Bewährungsprobe kam mit der Eskalation der Ukraine-Krise schneller als gedacht. 2015 folgte die Flüchtlingskrise und der sich nach Afrika ausweitende Blick der Bundesregierung. 2016 brachte dann das Brexit-Referendum und die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten – was die Kanzlerin Ende Mai 2017 zur öffentlichen Schlussfolgerung bewegte: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei.“

Der Koalitionsvertrag beschreibt letztlich die Konsequenzen dieser Erkenntnis. Denn trotz der aufgeheizten 2-Prozent-Debatte bei den Verteidigungsausgaben im Wahlkampf bekennen sich CDU, CSU und SPD erstaunlich deutlich zu den internationalen Verpflichtungen. Dies betrifft nicht nur die Bundeswehr: Erstmals wird in einem Koalitionsvertrag geregelt, dass Geld für Entwicklungs-

hilfe und Verteidigungsausgaben im Verhältnis eins zu eins stehen sollen. Und Deutschland will mehr für die Vereinten Nationen zahlen – ein deutliches Signal in einer Zeit, in der die USA unter Präsident Trump ihre Beiträge kürzen. „Wir sind bereit, unsere freiwilligen UN-Beiträge strategischer auszurichten und zu erhöhen“, heißt es unmissverständlich. Im Gegenzug wird nicht nur die Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für 2019/20 erwähnt, sondern auch die klare Absicht, „mehr Verantwortung für Frieden und Sicherheit (zu) übernehmen, auch mit Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat“.

Dabei waren Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitiker nach dem Sondierungsergebnis noch entsetzt gewesen. Denn der zusätzliche finanzielle Spielraum von 46 Milliarden Euro bis 2021 wurde bis auf die Summe von zwei Milliarden allein für innenpolitische Projekte verplant.

## Von einer Kluft in der Russland-Politik ist wenig zu spüren

Aber Merkel betonte Anfang Februar, dass die Regierung wegen der guten konjunkturellen Entwicklung mit erheblich mehr Steuereinnahmen rechnen könne – und die zu erwartenden weiteren Überschüsse dann prioritär für Digitalisierung, Äußeres und Entwicklung verwendet werden sollten. Diese Festlegung findet sich auch im Koalitionsvertrag. Gleichzeitig wird die mittelfristige Finanzplanung festgeschrieben: De facto bedeutet dies, dass eine Große Koalition damit zumindest auch die dort vorgesehenen zusätzlichen rund neun Milliarden für die Bundeswehr bis 2021 akzeptiert. Dazu käme dann weiteres Geld, wenn die Steuereinnahmen stärker steigen sollten.

Bezeichnend für den unverändert „typisch deutschen“ Ansatz ist die Breite der nach außen gerichteten Aktivitäten: Neben den Verteidigungsausgaben sollen zugleich die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden. Denn die drei Parteien wollen die deutsche Soft Power ausbauen. Dazu gehört u. a. der Ausbau der Deutschen Welle als staatlicher deutscher Auslandssender zum Instrument für die Vermittlung demokratischer Werte. Zudem findet sich im Koalitionsvertrag ein Bekenntnis zum weiteren Ausbau des weltweiten Netzes deutscher Schulen und Kultureinrichtungen. Dieser „breite Ansatz“ soll auch die deutsche und europäische Politik in Afrika bestimmen.

Künftig soll zudem die außenpolitische Expertise in zehn namentlich genannten Think Tanks erhöht wer-

den. Auch dies ist ein Hinweis auf die angestrebte aktivere Rolle. Denn eine Regierung, die sich außenpolitisch stärker engagieren will, braucht dafür gedankliche Vorarbeit und Beratung.

Streitpunkte aus dem Wahlkampf wie der Umgang mit der Türkei sind realpolitisch gelöst worden. Statt des vom früheren Parteichef Martin Schulz geforderten und von Merkel in der Folge zumindest erwogenen Abbruchs der EU-Beitrittsverhandlungen wird nun nur noch betont, dass wegen der politischen Differenzen derzeit keine weiteren Verhandlungskapitel mehr geöffnet werden. Und von der Kluft in der Russland-Politik zwischen SPD und Union ist in dem Papier nicht viel zu spüren.

In Sachen China bietet der Koalitionsvertrag eine interessante Neuerung. So wird die gewünschte Zusammenarbeit mit der aufstrebenden Supermacht betont, die für Deutschland von großer Bedeutung sei. Gleichzeitig aber wird auf „Chancen und Risiken“ der chinesischen Seidenstraßen-Initiative hingewiesen. Obwohl Deutschland zu den engsten wirtschaftlichen Partnern Chinas gehört, wird erstmals ein strategisches Gegenkonzept angestrebt. „Wir wollen hierzu eine europäische Antwort entwickeln, um unsere Interessen zu wahren und deutsche und europäische Finanzinstrumente besser auszustatten und zu bündeln“, heißt es da.



**Dr. Andreas Rinke**  
ist politischer Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters in Berlin.

## Unscharfe rote Linien

Syrien ist ein Schlachtfeld der Regional- und Großmächte

**Markus Bickel | Sieben Jahre schon dauert der Krieg in Syrien; fast eine halbe Million Menschen starben. In dem eskalierenden Vielfrontenkrieg spielt Wladimir Putin die Interessen Israels, der Türkei und der USA geschickt gegeneinander aus. Eine gefährliche Kombination militärischer Vorstöße und Gegenschläge bestimmt über künftige Demarkationslinien.**

Sieben Jahre nach Beginn des Aufstands gegen Baschar al-Assad kehrt der Syrien-Konflikt an seine Ursprünge zurück: in das Dreiländereck Syriens mit Israel und Jordanien. Hier, in Daraa nahe der jordanischen Grenze, gingen im März 2011 über die Brutalität des Regimes empörte Familienväter gegen die Diktatur auf die Straße. In dieser Region fand nun auch die neueste Wendung des Krieges statt. Am zweiten Februar-Weekende schoss die syrische Luftabwehr dort einen israelischen Kampfflieger vom Typ F-16 ab; Pilot und Navigator konnten sich aus dem brennenden Flugzeug per Schleudersitz auf israelisches Territorium retten.

Die Maschine bildete die Vorhut eines acht Kampffjets starken Luftgeschwaders, das später am Tag Dutzende Stellungen in der Nähe der Hauptstadt Damaskus sowie den Luftwaffenstützpunkt T4 in der antiken Oasenstadt Palmyra bombardierte. Nicht nur syrische Militäreinrichtungen waren das Ziel, sondern auch Stütz-

punkte der iranischen Revolutionsgarden Pasdaran. Der seit Jahren geheim betriebene Krieg Israels gegen Vorposten der Islamischen Republik in Syrien wurde damit erstmals offen ausgetragen. Auslöser war das Eindringen einer iranischen Drohne in den israelischen Luftraum am 10. Februar, die danach von einem israelischen Apache-Kampfhubschrauber abgeschossen wurde.

Die Eskalation zwischen Israel und dem Iran kommt nicht von ungefähr. Bereits seit Beginn des Syrien-Konflikts greift Israel immer wieder ein, um Rüstungsproduktionsstätten und Waffenkonvois der libanesischen, vom Iran unterstützten Hisbollah auf syrischem Territorium zu zerstören. Seit 2013 hat die israelische Luftwaffe mehr als Hundert Luftschläge gegen Irans Bodentruppen an der Grenze zum Heiligen Land ausgeführt. Ihr Ziel ist die schiitische Parteimiliz unter Führung von Hassan Nasrallah, die seit 2012 mit Tausenden von Mann in Syrien präsent ist.

## Nach dem Rückzug der USA drängt Putin in das Vakuum

Das Vorgehen erinnert an die israelische Politik während des Bürgerkriegs im Libanon. Israel drang während dieser Zeit zweimal in den Libanon ein, 1978 und 1982, um seine Nordgrenze zu schützen und palästinensische Milizen zu zerschlagen. Im Gegenzug gründeten die iranischen Pasdaran 1982 im Libanon die Hisbollah, um die israelische Besatzungsmacht im Süden des Landes in einem Guerillakrieg zu zermürben. Mit Erfolg: Im

Mai 2000 zog die Regierung in Jerusalem ihre Bodentruppen aus dem Libanon ab. Aber auch in den Jahren nach dem Ende der Besatzung griff die israelische Luftwaffe immer wieder Ziele in der Zedernrepublik an, um ein Erstarken der Hisbollah zu verhindern. Die Vereinten Nationen haben diese Angriffe wiederholt verurteilt.

Anders als der Stellvertreterkrieg im Libanon, der während des Kalten Krieges begann und mit dem Ende der Blockkonfrontation 1990 endete, findet der Syrien-Krieg unter den Bedingungen eines im Umbruch befindlichen internationalen Systems statt. Die Vereinigten Staaten ziehen sich seit der Regierungszeit Barack Obamas aus dem Nahen Osten zurück; Russlands Staatschef Wladimir Putin drängt mit Macht in das Vakuum. Im September 2015 trat sein Land in den Krieg ein. Die klaren roten Linien, die die militärische Konfrontation der beiden langjährigen Libanon-Besatzungsmächte Syrien und Israel auch nach dem Ende der Systemkonfrontation bestimmten, müssen im Syrien-Konflikt erst noch gefunden werden.

Mitte Februar 2018 versuchte Israels Regierungschef Benjamin Netan-

jahu, dem Iran seine roten Linien in Syrien aufzuzwingen – mit den heftigsten Militärschlägen Israels seit der Libanon-Invasion 1982. Doch inwieweit die Machthaber um Revolutionsführer Ajatollah Ali Khamenei in Teheran dies akzeptieren, ist zu Beginn des achten Konfliktjahrs völlig offen. Denn noch etwas unterscheidet die Situation heute von der vor 40 Jahren: Nicht in Washington muss Amerikas wichtigster Verbündeter im Nahen Osten um grünes Licht für sein militärisches Vorgehen ersuchen, sondern in Moskau.

Nach dem Abschluss der israelischen Militärmaschine im Februar schlug Russlands Präsident Wladimir Putin Netanjahu dessen Wunsch nach einer Ausweitung der Luftschläge in Syrien aus. Dass auch die USA der Forderung Netanjahus nicht nachkamen, eine Präsenz von Hisbollah-Kämpfern und iranischen Offizieren auf den Golanhöhen zu verhindern, zeigt, wie gering das Interesse des einstigen Weltpolizisten an einer Konfrontation mit Russland in dem Konflikt ist.

### Kämpfe um eine neue Ordnung

Nicht nur im volatilen Dreiländereck zwischen Syrien, Jordanien und Israel stecken die Groß- und Regionalmächte ihre Einflussphären in diesen Monaten neu ab. Auch im Norden des Landes, wo die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) mit ihren Volksverteidigungseinheiten (YPG) die stärkste lokale Militärmacht bildet, wird um die Neuordnung Syriens gekämpft. Und wie auf den Golanhöhen gilt: Rote Linien gibt es noch nicht. Ein gefährliches Spiel militärischer Vorstöße und Gegenschläge bestimmt über die

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

künftigen Demarkationslinien. Russische, amerikanische und türkische Interessen prallen dabei weitgehend unkontrolliert aufeinander.

Doch anders als im Süden Syriens machen die USA an den Grenzen zum Irak und zur Türkei Russland die Vorherrschaft streitig. Hier hatte die Terrororganisation Islamischer Staat ihre Hochburgen. Bereits 2017 hatte US-Präsident Donald Trump rund 2000 Spezialkräfte in die ölbereiche Region zwischen Euphrat und Hasakah entsandt, um die Dschihadisten aus ihren syrischen Hochburgen zu vertreiben. US-Einheiten bildeten auch die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) aus, die bis zum Euphrat vorrückten. Seit die Stadt Deir al-Zor vom IS zurückerobert wurde, bildet der Fluss die Grenze zwischen den kurdisch dominierten Einheiten und Assads Regierungstruppen.

Hier kam es im Januar 2018 zum Konflikt: Afghanische Schiitenmilizionäre, die mit Assads Regime ver-

bündet sind, griffen einen SDF-Stützpunkt am Nordufer des Euphrats an. Daraufhin schlug die amerikanische Luftwaffe zu. Mehr als hundert Tote forderte der Einsatz – ein deutliches Signal der Trump-Regierung, dass sie nicht bereit ist, einen Verlust dieses Grenzgebiets hinzunehmen. So verlaufen die neuen Grenzen des amerikanischen, von Zehntausenden SDF-Kämpfern gehaltenen Sektors entlang des Euphrats und des Nordirak. Dort stehen nach Sezession von Bagdad strebende kurdische Peschmerga, am südlichen Ufer des Euphrats in Deir al-Zor syrische Regierungseinheiten – und in Manbij, westlich des Euphrats nahe der türkischen Grenze, möglicherweise bald türkische Truppen.

## Operation „Olivenzweig“

Denn der Viefrentenkrieg ohne klare rote Linien hat nun auch die NATO-Verbündeten Türkei und USA gegeneinander aufgebracht. Weil

## Ankara schafft Fakten für eine mögliche Nachkriegsordnung

Präsident Recep Tayyip Erdogan die syrische Kurdenmiliz YPG zu Recht als verlängerten Arm der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) betrachtet, ließ er seine Truppen im Januar bereits zum zweiten Mal in den Norden des Nachbarlands einmarschieren. „Olivenzweig“ nannten türkische Militärs die Operation, die den Aufbau eines zusammenhängenden kurdischen Autonomiegebiets an der türkischen Südflanke verhindern soll.

Schon der erste türkische Einmarsch, die Operation „Schutzschild Euphrat“ im August 2016, bedeutete eine Zäsur in dem Krieg, dem bis Anfang 2018 fast eine halbe Million Menschen zum Opfer fielen. Unterstützt von Kampffliegern hatten türkische Panzer damals die Grenze bei Dscharabulus überquert, was den syrischen Aufständischen die Rückeroberung der 2013 vom Islamischen Staat eingenommenen Stadt ermöglichte. Damit wurde Realität, was die türkische Führung seit Bildung der oppositionellen Freien Syrischen Armee (FSA) immer wieder gefordert hatte: die Einrichtung einer Pufferzone an ihrer Südflanke.

Die Türkei setzte sich damit gegen die USA, aber auch gegen europäische NATO-Partner wie Deutschland durch, die eine Pufferzone mit der Begründung abgelehnt hatten, es seien nicht genügend Ressourcen vorhanden, um diese militärisch gegen syrische Angriffe zu verteidigen. So aber hat Ankara Fakten geschaffen, die für eine mögliche Nachkriegsordnung bedeutende Folgen haben könnten. Sollte es eines Tages zur Entsendung einer internationalen Schutztruppe kommen, um die Konfliktparteien

auseinanderzuhalten, werden türkische Einheiten eine entscheidende Rolle spielen.

Erdogan hat mit seinen Syrien-Invasionen auch sein Hauptziel erreicht: die Errichtung eines zusammenhängenden Kurdengebiets von Afrin im Westen bis zum Tigris im Osten zu verhindern. Noch vor zwei Jahren schien Rojava, wie die syrischen Kurden den Zusammenschluss ihrer Siedlungsgebiete nennen, zum Greifen nah. Dank amerikanischer Luftangriffe trennten nur noch 80 Kilometer die beiden östlichen Kantone der syrisch-kurdischen Föderation von der Vereinigung mit dem westlichen Kanton Afrin. Nun haben sich dort die türkischen Soldaten festgesetzt.

Doch wie im Süden Syriens, wo Moskau israelische Interessen zurückdrängt, zeigt Putin im Norden auch Erdogan seine Grenzen auf: Ein türkischer Militärkonvoi, der sich im Februar von syrischen Regierungseinheiten kontrolliertem Territorium näherte, wurde durch Präventivschläge aus der Luft gestoppt. Auch wenn Putin dem türkischen Generalstab im Januar grünes Licht für die Operation „Olivenzweig“ gab – die Kontrolle des Luftraums über Afrin und Idlib, wo der von Katar unterstützte syrische Al-Kaida-Ableger Hayat Tahrir al-Sham weiter die Vormacht innehat, lässt er sich nicht nehmen.

Denn trotz des im Dezember verkündeten Abzugs großer Teile der russischen Truppen ist Putins strategisches Kriegsziel in Syrien noch nicht erreicht: die Wiederherstellung staatlicher Kontrolle auch über die Provinz Idlib im Nordwesten des Landes. Weil Hayat Tahrir al-Sham von dort das alawitische Kern-



land entlang der Mittelmeer-Küste bedroht, gilt die Zerschlagung der Dschihadistenmiliz Moskau und Damaskus als Fortsetzung des Kampfes gegen den Islamischen Staat.

### Obamas Fehler

Wie bei der Rückeroberung Aleppos durch Regierungseinheiten zählen Hisbollah-Kämpfer dabei zur wichtigsten Bodentruppe der russisch-iranischen Allianz mit Assad. Ihre Aufgabe an der Seite der Revolutionsgarden, irakischer und afghanischer Schiitenmilizen ist klar: eine durchgängige Landverbindung von Teheran bis Beirut am Mittelmeer zu schaffen, um die Waffennachfuhr an Nasrallahs „Partei Gottes“ zu garantieren.

Diesen Korridor zu verhindern, wird Israel kaum noch gelingen. Das lässt sich auch auf das Verhalten des früheren amerikanischen Präsidenten Barack Obama zurückführen. Obama hatte gedroht, ein syrischer Chemiewaffeneinsatz stelle eine „rote Linie“ dar, die militärisch geahndet werden würde. Doch nach dem Giftgasangriff auf die Oppositionsgebiete der Ghuta östlich von Damaskus im August 2013 mit mehr als Tausend Toten zog Obama keine Konsequenzen. Stattdessen schloss er einen Deal mit Putin, der daraufhin seine Unterstützung für Assad vergrößerte – und dem Iran freies Spiel bei der Ausweitung seines Einflusses nördlich von Israel ließ. Obamas Verzicht auf ein militärisches Eingreifen hat somit nicht nur Assad den Verbleib im Amt gesichert, sondern auch den Islamischen Staat großgemacht.

Im Schatten des Krieges gegen den IS gelang es dem Regime, das syrische Giftgasarsenal wieder aufzusto- cken – obwohl dieses nach dem rus-

sisch-amerikanischen Abkommen eigentlich vernichtet werden sollte. So dokumentierten die Vereinten Nationen allein im vergangenen Jahr 16 Einsätze von Chemiewaffen durch Regierungseinheiten, vor allem in Gebieten, in denen die vom Westen über Jahre im Stich gelassenen Oppositionsmilizen sich noch halten können.

Sieben Jahre nach dem Beginn des Aufstands gegen Assad spielen die Revolutionäre der ersten Stunde in einer Nachkriegsordnung keine Rolle mehr. Auch das erklärt, warum sich der Syrien-Sondergesandte der Vereinten Nationen, Staffan de Mistura, vergeblich bemüht, eine politische Lösung des Konflikts durchzusetzen. Wie für die Kämpfe auf dem Boden gilt für den Friedensprozess: An Russland, das Anfang 2017 in der kasachischen Hauptstadt Astana die Türkei und den Iran in einen Parallelprozess zu den UN-Vermittlungen einband, führt bei der diplomatischen Beendigung des Konflikts kein Weg vorbei. Das dürfte auch die amerikanische Regierung erkannt haben. Ein Viermächtestatut, das den kurdischen Einfluss in einer neuen föderativen Ordnung sichert, erscheint deshalb derzeit als wahrscheinlichstes Szenario. Selbst wenn es noch in weiter Ferne liegt.

**Ohne Russland wird es keine Beendigung des Konflikts geben**



Markus Bickel ist Chefredakteur des *Amnesty Journal* und Autor von „Der vergessene Nahostkonflikt“. Von 2012 bis 2015 war er Nahost-Korrespondent der FAZ in Kairo.

## Assad auf den Fersen

Das Regime wird sich für seine Verbrechen verantworten müssen

**Bettina Vestring | Die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen in Syrien und weltweit wännen sich versteckt hinter nationalstaatlicher Souveränität in Sicherheit. Doch auch wenn es keinen Weltgerichtshof gibt, reichen die vielschichtigen Strukturen des internationalen Strafrechts weit – und der Druck, den sie ausüben, wächst stetig.**

Ein Foto, aufgenommen Ende November in der russischen Stadt Sotschi: Syriens Präsident Baschar al-Assad umarmt seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin. Assad, ein hochgewachsener Mann, beugt sich herunter; Putin bleibt kerzengerade stehen. Auch wenn der russische Präsident einen Kopf kleiner ist als sein Gast – er ist es, dem hier die Aufwartung gemacht wird. Später wird verlautbart, Putin habe Assad zum „Sieg über die Terroristen“ gratuliert. Im Gegenzug habe sich Assad bei Putin für die Unterstützung bedankt, auf politischer wie auf militärischer Ebene.

Tatsächlich hat Assad dem russischen Präsidenten viel zu verdanken: nicht nur seine Macht, sondern auch seine Freiheit. Dank russischer Flugzeuge und Soldaten erobert das syrische Regime Stück um Stück des Landes von den Rebellen zurück. Zugleich hält Putin seinem Schützling international den Rücken frei. Zehnmal schon legte Russland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein

Veto zugunsten von Assad ein. Zuletzt geschah das im November, als Moskau die Verlängerung der UN-geführten Untersuchung zu Giftgasangriffen in Syrien blockierte.

Seit sechs Jahren herrscht Krieg in Syrien. Die Folgen: über 475 000 Tote und Millionen von Flüchtlingen. Alle Seiten haben Gräueltaten begangen, auch die Islamisten der Al-Nusra-Front und des so genannten Islamischen Staates. Vor allem aber ist es das Assad-Regime, das mit größter Brutalität gegen das eigene Volk vorgeht. Nach Angaben des Syrischen Netzwerks für Menschenrechte wurden seit 2011 über 100 000 Menschen inhaftiert oder verschwanden. „Jede Stunde stirbt ein Gefangener in Syrien“, sagt Anwar al-Bunni, Anwalt und Aktivist vom Syrian Center for Legal Researches and Studies.

Geht es nach Putin und Assad, werden diese Gräueltaten nie verfolgt. Weil Syrien kein Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs ist, kann sich das Haager Gericht nur dann mit Ver-

brechen in Syrien befassen, wenn es vom UN-Sicherheitsrat dazu befugt wird. Gemeinsam mit China legte Russland allerdings schon 2014 sein Veto gegen einen solchen Beschluss ein. Moskau stellt sich auch gegen die Einrichtung eines Ad-hoc-Tribunals, wie es für Jugoslawien und Ruanda geschaffen wurde. Putin geht es dabei nicht nur darum, Assad im Amt zu halten, sondern auch darum, Ermittlungen wegen der russischen Luftangriffe in Syrien zu verhindern.

### Günstiges Klima für Diktatoren

Der Zeitgeist scheint auf ihrer Seite zu sein. Das politische Klima ist heute günstiger für Diktatoren und Nationalisten als in den 1990er Jahren, als das heutige Völkerstrafrecht begründet wurde. Die Autorität der internationalen Gerichte leidet zudem darunter, dass sich die größten Mächte der Welt ihrer Jurisdiktion nicht unterworfen haben. Und schließlich haben die Gerichte selbst ebenfalls Fehler gemacht. Dass es dem bosnisch-kroatischen General Slobodan Praljak Ende November 2017 möglich war, im Gerichtssaal des Jugoslawien-Tribunals in Den Haag Gift zu nehmen, war für die internationale Strafgerichtsbarkeit ein Desaster.

Und doch können sich Assad und seine Schergen nicht in Sicherheit wiegen. Die Forderung, gerade die schlimmsten Verbrechen dürften nicht straflos bleiben, hat nicht an Resonanz verloren. Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord gehen die Menschheit als Ganzes an. Wenn, wie im Fall Syriens, der Weg zur Gerechtigkeit über internationale Tribunale versperrt ist, kann er stattdessen – wenn auch mühseliger und unvoll-

ständiger – über nationale Gerichte führen. Denn vor allem in Europa haben eine ganze Reihe von Staaten im Zuge ihres Beitritts zum Internationalen Strafgerichtshof eine Komplementär-Gesetzgebung in ihrem eigenen Recht verankert.

Verfahren nach dem Weltrechtsprinzip ermöglichen es nationalen Strafverfolgungsbehörden, schlimmste Verbrechen zu verfolgen, egal wo und von wem sie begangen wurden. Ausdrücklich soll dieses Völkerstrafrecht dann greifen, wenn die internationale Gerichtsbarkeit nicht zum Zuge kommen kann. Die Folge ist, dass in immer mehr Ländern Ermittlungen wegen der Verbrechen in Syrien geführt werden – trotz des politischen Gegenwinds im UN-Sicherheitsrat. Unter anderem kennen Spanien, Frankreich, Großbritannien, Norwegen und die Schweiz das Völkerstrafrecht.

Besonders richtet sich die Hoffnung syrischer Opfer auf Deutschland und Schweden. In beiden Ländern ist das universelle Strafrecht besonders weit gefasst, und sie haben die meisten Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Allein in Deutschland sind es über eine halbe Million, die eine sehr aktive Exilgemeinschaft bilden. „Zusammen ergibt das eine kritische Masse“, sagt Wolfgang Kaleck, Gründer und Generaldirektor des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin. „Unter den Flüchtlingen sind Opfer, Zeugen und nicht zuletzt auch Täter.“

Derzeit führt der Generalbundesanwalt in Karlsruhe über 30 Ermittlungsverfahren wegen Kriegsverbrechen in Syrien. In seinem Auftrag

**Den Haag darf sich mit Verbrechen in Syrien nicht befassen**

## Der Fall Pinochet war ein Meilenstein in der Rechtsgeschichte

wertet das Rechtsmedizinische Institut der Universität Köln auch die sogenannten Caesar-Dateien aus, Fotos, die ein syrischer Militärfotograf von Gefängnisopfern machte und 2013 außer Landes schmuggelte. 28 000 Aufnahmen zeigen über 6000 mit Nummern gekennzeichnete Leichen, deren Zustand, Verletzungen und mutmaßliche Todesursachen nun festgestellt werden. Die Staatsanwälte versuchen, anhand der Nummern herauszufinden, welche Einheiten des Assad-Regimes an den Morden beteiligt waren.

Allerdings bleiben nationale Ermittlungen ein Hilfskonstrukt im Vergleich zu internationalen Tribunalen oder auch der Strafverfolgung – etwa nach einem Regimewechsel – im Heimatland. Vor allem sind die Ressourcen begrenzt. In Karlsruhe sind sieben Staatsanwälte im Völkerstrafrechtsreferat tätig. Dabei geht es nicht nur um Syrien, sondern auch um Irak und, in geringerem Maße, um Ruanda, Nigeria und die Ostukraine.

### Der Zufall spielt mit

Fernab der Tatorte ist die Beweisaufnahme schwierig; zudem hängt es vom Zufall ab, welche Opfer, Zeugen oder Täter sich im Land befinden. Und schließlich gilt für nationale Ermittlungen eine wichtige Einschränkung: Amtierende Staatschefs – wie Assad – genießen Immunität; sie können nur von internationalen Gerichten belangt werden. Doch ihre Unantastbarkeit endet mit der Amtszeit. Der Präzedenzfall dafür ist die Verhaftung des ehemaligen chilenischen Präsidenten Augusto Pinochet, der 1998 aufgrund eines spanischen Haftbefehls während eines Besuchs in

Großbritannien festgenommen wurde und am Ende nur aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands der Auslieferung nach Spanien entging.

Der Fall Pinochet war ein Meilenstein in der internationalen Rechtsgeschichte. Überhaupt wurden in den optimistischen 1990er Jahren die wichtigsten Weichen für das Völkerstrafrecht gestellt. „Die Zeit der Straflosigkeit ist vorbei“, erklärte damals voller Selbstbewusstsein Louise Arbour, die erste Chefanklägerin des Jugoslawien-Tribunals.

Nach den Nürnberger und Tokioter Kriegsverbrecherprozessen von 1945/46 lag das Völkerstrafrecht bis zum Ende des Kalten Krieges brach. Dann entsetzten der Bürgerkrieg in Jugoslawien und der Völkermord in Ruanda die Weltöffentlichkeit, die vielleicht schon geglaubt hatte, das Ende der Geschichte sei erreicht. 1993 wurde der Internationale Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien in Den Haag ins Leben gerufen, ein Jahr später das – allerdings weniger prominente – Gericht in Arusha.

Fast ein Vierteljahrhundert lang bestand das Jugoslawien-Tribunal. Es verhängte über 80 Schuldsprüche, auch gegen so hochrangige und weitbekannte Kriegsverbrecher wie Radovan Karadzic und – zum Abschluss eines der letzten Verfahren im November 2017 – Ratko Mladic, den „Schlächter von Srebrenica“. Doch ausgerechnet der letzte Urteilspruch des Gerichts endete mit einem spektakulären Fehlschlag. Der frühere bosnisch-kroatische General Slobodan Praljak nahm im Gerichtssaal Zyankali, nachdem das Tribunal ihn auch in der Berufung als Kriegsverbrecher schuldig gesprochen hatte. Er starb im Krankenhaus.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Schockierend war der öffentliche Selbstmord, schockierend aber auch die Reaktion in Kroatien. In dem Land – immerhin seit 2013 Mitglied der EU – wurde Praljak nach seinem Tod als Held und Märtyrer gefeiert. Die Staatspräsidentin und der Ministerpräsident würdigten ihn; das Parlament legte sogar eine Schweigeminute für ihn ein. Zugleich hagelte es Kritik am Haager Tribunal und an der „tiefen moralischen Ungerechtigkeit“ seines Schuldspruchs, wie sich Regierungschef Andrej Plenkovic ausdrückte. So lange die Jugoslawien-Kriege her sind, und so sehr sich das Haager Gericht um die Wahrheit bemüht hat – Einsicht oder gar Versöhnung scheinen himmelweit entfernt.

Lange vor diesem letzten, dramatischen Verhandlungstag des Jugoslawien-Tribunals hatte die Völkergemeinschaft den nächsten Schritt zum Aufbau des Völkerstrafrechts getan. Das Römische Statut zur Errichtung eines ständigen Tribunals zur Verfol-

gung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord wurde 1998 verabschiedet. Das Völkerstrafrecht ist damit dreistufig: Priorität hat die Justiz im eigenen Land. Verfolgt sie die Verbrechen angemessen, spielen die internationalen Institutionen keine Rolle. Versagt sie aber, ist – für Vertragsstaaten oder im Fall einer Überweisung durch den UN-Sicherheitsrat – der IStGH zuständig. Nur wenn er nicht zum Zuge kommen kann, greift die nationale universelle Jurisdiktion einzelner Staaten wie beispielsweise Deutschland und Schweden.

Zu den Vertragsstaaten des IStGH zählen heute 123 Länder, unter ihnen alle Mitgliedstaaten der EU, aber keine der Großmächte. Die USA, Russland, China und Indien verweigerten den Beitritt oder zogen ihre Unterschrift zum Statut wieder zurück. Zu groß ist ihre Angst vor ideologisch motivierten Prozessen, vor Einmischung in das, was sie als innere Angelegen-



heiten betrachten, oder vor Vorwürfen im Zusammenhang mit internationalen Militäreinsätzen.

## **Bensouda ermittelt auch gegen britische und US-Soldaten**

Der Internationale Strafgerichtshof nahm seine Arbeit 2002 auf. Die geführten Prozesse sind deutlich kürzer als die der UN-Tribunale, und dem Gerichtshof ist es auch gelungen, hochrangige Kriegsverbrecher zu verurteilen. Doch gibt es auch hier schmerzhafteste Fehlschläge. Der Prozess gegen den bisher prominentesten Angeklagten, den kenianischen Staatspräsidenten Uhuru Kenyatta, platzte 2014 aus Mangel an Beweisen. Weil sich fast alle bisherigen Verfahren gegen afrikanische Machthaber und Warlords richteten, sehen sich Afrikaner ohnehin diskriminiert. Aus Protest gegen den angeblichen Neokolonialismus des Gerichts trat Burundi 2017 als erster Vertragsstaat wieder aus. Präsident Pierre Nkurunziza wollte vermutlich auch einem ihm drohenden Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit entgehen. Dieses leitete das Haager Gericht jedoch gerade noch rechtzeitig ein.

### **Ein Gericht im Dilemma**

Wohl mit Blick auf die Sorgen der afrikanischen Vertragsstaaten hatte das Gericht schon 2012 die Gambierin Fatou Bensouda zur Chefanklägerin ernannt. Sie treibt die afrikanischen Verfahren weiter voran, sucht aber auch den Wirkungsbereich des Gerichts zu erweitern. So führt sie Vorermittlungen gegen britische Soldaten wegen möglicher Verbrechen im Irak. Besonders heikel sind ihre Afghanistan-Ermittlungen: Bensouda hat beim Gericht beantragt, eine Untersuchung der dortigen Kriegsverbrechen und

Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu eröffnen – und ihre Ermittlungen richten sich ausdrücklich auch gegen US-Soldaten und Angehörige der CIA, unter anderem wegen Folter in geheimen Gefängnissen. Zwar gehören die USA nicht zu den Vertragsstaaten, aber Afghanistan tut es, und somit ist der Strafgerichtshof durchaus befugt, ein Verfahren einzuleiten. Voraussetzung ist nur, dass die US-Gerichte den Vorwürfen nicht selbst nachgehen – und das werden sie wohl nicht, war es doch die volle Absicht der US-Regierung, Terrorverdächtige foltern zu lassen.

Werden die Haager Richter das Verfahren einleiten? Sie wissen, dass die Glaubwürdigkeit ihrer Institution auf dem Spiel steht. Zugleich droht ein enorm gefährlicher Konflikt mit Washington. Schon die Vorgänger von Präsident Donald Trump verwarnten sich gegen das Tribunal. Unter George W. Bush verabschiedete der US-Kongress ein Gesetz zum Schutz von US-Soldaten und anderen Offiziellen, das den amerikanischen Behörden jede Zusammenarbeit mit dem IStGH verbietet. Mit dem Gesetz wird der Präsident notfalls sogar ermächtigt, einen Militäreinsatz zur Befreiung von US-Bürgern zu befehlen, die sich in Den Haag verantworten sollen. Es ist kaum vorstellbar, dass Trump einem Prozess am IStGH gegen Amerikaner untätig zusehen würde.

Gerechtigkeit ist nur Gerechtigkeit, wenn sie auch die Großen und Mächtigen zur Verantwortung zieht. Doch das scheint aussichtsloser denn je, wenn man die Vereinten Nationen und ihre größten Vetomächte betrachtet: hier die USA, die den Strafgerichtshof so vehement ablehnen,



dort Russland – und zum Teil auch China –, das seine Hand über Baschar al-Assad hält. Und doch findet der Ruf nach Rechenschaft immer wieder Unterstützung. Aus Verzweiflung über die starren Positionen im Sicherheitsrat fasste die UN-Vollversammlung kurz vor Weihnachten 2016 einen ungewöhnlichen Beschluss: 105 der 193 UN-Mitgliedstaaten stimmten dafür, eine eigene Ermittlungsbehörde für die Kriegsverbrechen in Syrien einzusetzen.

Das neue Gremium mit dem unhandlichen Namen „Internationaler, unparteiischer und unabhängiger Mechanismus“ (IIIM) soll Beweise gegen die Täter in Syrien sichern, ergänzen und einzelnen Tätern zuordnen. „Wer wird die Akten bekommen? Vermutlich die nationalen Justizbehörden, aber wir hoffen auch, dass die Unterlagen, die wir vorbereiten, in der nahen Zukunft zu einem internationalen Tribunal führen werden“, sagte die französische Richterin Catherine Marchi-Uhel, die 2017 aufgrund ihrer Erfahrungen im Kosovo und in Kambodscha zur Chefin des IIIM berufen wurde.

Bis zu 50 Juristen, Ermittler und Analysten sollen in Genf an der Vorbereitung der Dokumente arbeiten. „Auch wenn der IStGH zuständig gemacht wird, ist dies Arbeit, die getan werden muss“, sagte Marchi-Uhel bei einem Diskussionsabend mit syrischen Folteropfern und Menschenrechtsorganisationen im November in Berlin. „Wir vergeuden keine Zeit. Wir werden auch nicht lockerlassen. Die Mittel, der Wille und die Expertise sind vorhanden.“

Zahlreiche Organisationen in Europa und den USA unterstützen die Suche nach Gerechtigkeit für Assads

Opfer. Sie sammeln Beweise, finden Zeugen und recherchieren die Befehlswege, um belegen zu können, wer an der Spitze des syrischen Staates letztlich die Anweisungen für Verbrechen gab. Mit der Hilfe von Wolfgang Kaleck und seinem European Center for Constitutional and Human Rights haben syrische Opfer schon mehrere Strafanzeigen bei der Bundesanwaltschaft gegen hochrangige Vertreter des Assad-Regimes eingereicht. Nichts fürchten sie mehr, sagen sie an dem Abend in Berlin, als dass mit Hilfe von Russland und dem Westen ein Friedensabkommen für Syrien ausgehandelt wird, das Assad und seine Schergen an der Macht lässt.

„In den politischen Verhandlungen und durch die Schaffung von Tatsachen vor Ort wird der Versuch unternommen, die Frage der Rechenschaft auszublenden“, sagt Mazen Darwisch vom Syrian Center for Media and Freedom of Expression, einer der prominentesten syrischen Bürgerrechtler. Dreieinhalb Jahre war er in Syrien in Haft, bevor er 2015 nach Deutschland ins Exil ging. „Wir, die wir Gerechtigkeit für die Opfer verlangen, werden als verrückt angesehen, als Leute, die den Krieg wollen. Aber wenn die Täter straffrei bleiben, wird das Bedürfnis nach Rache zu noch mehr Krieg führen.“

## Die Opfer fürchten einen Friedensschluss mit Assad



**Bettina Vestring** ist freie Autorin und Publizistin in Berlin. Sie schreibt vor allem über Außen-, Sicherheits- und Europapolitik.

## Mehr globale Verantwortung

Deutschlands Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat

Christoph Heusgen | **Anfang Juni stimmt die Generalversammlung in New York darüber ab, welche fünf Länder für die nächsten beiden Jahre als nichtständige Mitglieder in den Weltsicherheitsrat einziehen. Deutschland wirbt deshalb seit Jahren mit den vier Leitbegriffen Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft um Stimmen.**

Die regelbasierte Weltordnung ist unter Druck geraten. Krisenhafte Entwicklungen greifen um sich. UN-Generalsekretär António Guterres hat in seinem Neujahrsappell „Alarmstufe rot“ ausgerufen. Angesichts dieser Weltlage wurden in jüngerer Vergangenheit hohe, bisweilen auch zu hohe Erwartungen mit Blick auf die internationale Rolle Deutschlands formuliert. Gleichwohl ist Deutschland durchaus in der Lage und bereit, einen größeren Beitrag zu leisten bei den Versuchen, gemeinsam oder in Abstimmung mit unseren Partnern einen Ausweg aus den Krisensituationen der Welt zu finden. Zur Untermauerung unserer Ambitionen streben wir eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2019/20 an.

### Multilateralismus unter Druck

Ohne Zweifel: Die multilaterale Zusammenarbeit hat schon bessere Jahre erlebt als 2017. Zwar bekannte sich die überwältigende Mehrheit der

193 UN-Mitgliedstaaten während der Generaldebatte im September 2017 klar zu den Werten und Zielen eines aktiven Multilateralismus und signalisierte die Bereitschaft, auch künftig gemeinsame Lösungen für globale Herausforderungen suchen zu wollen. Dass die Vorzüge des Multilateralismus im Saal der UN-Generalversammlung, die selbst eines der bekanntesten Symbole der multilateralen Ordnung darstellt, von vielen Delegationen explizit hervorgehoben werden musste, zeigt jedoch, dass etwas in Schieflage geraten ist.

Dass die USA das Pariser Klimaabkommen aufgekündigt haben, dass sie sich aus der UNESCO sowie aus den Verhandlungen für einen weltweiten Migrationspakt zurückgezogen und verbindliche Resolutionen des Sicherheitsrats verletzt haben – um nur einige Beispiele zu nennen –, hat zu wahrnehmbarer Verunsicherung geführt. Diese Entwicklung zeigt: Für die Vereinigten Staaten, Führungsmacht der westlichen Welt und Schlüsselstaat

der bisherigen multilateralen Ordnung, wird das Prinzip der nationalen Souveränität zur Richtschnur des eigenen Handelns. In seiner ersten Rede vor der Generalversammlung im September 2017 erwähnte Präsident Trump den Begriff „Souveränität“ 21 Mal.

Sich auf das Souveränitätsprinzip zu berufen, ist per se nichts Neues im Kontext der Vereinten Nationen. Der Begriff wird immer dann von bestimmten Mitgliedstaaten ins Feld geführt, wenn es darum geht, unliebsame Einmischungen in innere Angelegenheiten abzuwehren, meist im Zusammenhang mit der Menschenrechtslage im eigenen Land oder mit Blick auf territoriale Streitigkeiten.

Unter diesen Mitgliedstaaten befinden sich umgekehrt auch solche, die die Souveränitätsrechte anderer Staaten übergehen, wenn sie ihren Interessen entgegenstehen. Im Budapester Memorandum hatte sich Russland 1994 verpflichtet, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine als Gegenleistung für deren Nuklearwaffenverzicht anzuerkennen – eine verbindliche Verpflichtung, die durch die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ostukraine im Jahr 2014 von Moskau einseitig verletzt wurde. Und auch China, in den Vereinten Nationen stets ein starker Verteidiger von Souveränität, sieht sich nicht an dieses Prinzip gebunden, wenn es um territoriale Ansprüche anderer Anrainerstaaten im Südchinesischen Meer geht, auch wenn diese völkerrechtlich bestätigt sind.

### **Globale Herausforderungen**

Der steigende Druck auf die uns vertraute internationale Ordnung kommt zu einer Zeit, in der sich die

Weltgemeinschaft enormen Herausforderungen gegenüber sieht.

Zahlreiche bewaffnete Konflikte harren seit Jahren politischer Lösungen und fordern täglich neue Opfer, von Jemen über Syrien und Südsudan bis hin zur Ukraine, um nur einige zu nennen. Furcht vor Tod und Verfolgung, aber auch wirtschaftliches

Elend haben zu einem Höchststand der weltweiten Flüchtlingszahlen seit 1945 geführt. Über 65 Millionen Menschen befinden sich momentan auf der Flucht, als Binnenvertriebene oder über Ländergrenzen hinweg.

Der Klimawandel wird langfristig zu einem Zuwachs der Flüchtlingspopulationen führen, wenn die Menschen in kleinen Inselstaaten oder küstennahen Regionen durch Unwetter und den Anstieg des Meeresspiegels ihre Lebensgrundlagen verlieren. Auch im Inneren von Kontinenten drohen durch Dürre und Ausweitung von Wüsten weite Landstriche zu veröden, mit negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung ganzer Länder.

Armut und Perspektivlosigkeit, speziell unter der jüngeren Generation, sind nicht nur eine Ursache von Flucht und Migration, sie bilden vielfach auch den Nährboden für Extremismus und Radikalisierung und treiben terroristischen Gruppen wie IS, Boko Haram oder Al-Shabaab einen stetigen Strom neuer Rekruten zu.

Überbevölkerung und das damit verbundene Vordringen des Menschen in bislang nicht erschlossene Lebensräume, gekoppelt mit weltweit gestiegener Mobilität, birgt das Risiko neuer Übertragungswege seltener, hoch gefährlicher Krankheits-

**Klimawandel, Armut,  
Pandemien – die  
Risiken nehmen zu**

„Fit for purpose“ –  
UN-Generalsekretär  
treibt Reformen voran

erreger. Die Ebola-Krise von 2014/15 hat uns mit aller Dramatik vor Augen geführt, dass Viren in unserer hochgradig vernetzten Welt an keiner Grenze haltmachen. Die Gesundheitssysteme in den vom Ausbruch der Seuche betroffenen Ländern waren mit den Folgen hoffnungslos überfordert.

**So wichtig wie nie zuvor**

Ob Flucht und Migration, Armut, Klimawandel, Terrorismus oder Pandemien – keine andere Organisation verfügt über die notwendige Legitimität für den Umgang mit diesen Herausforderungen wie die UN.

Unter dem Dach der Vereinten Nationen verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der 193 Mitgliedstaaten im Sommer 2015 die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030. Unter Führung der UN sollen in den kommenden Jahren messbare Entwicklungserfolge erzielt werden, ohne die knappen Ressourcen unseres Planeten weiter über Gebühr zu belasten. Armutsbekämpfung, Geschlechtergleichbehandlung, Zugang zu Schulbildung, Wasser- und Sanitätsversorgung, nachhaltige Stadtentwicklung, Klimaschutz und gute Regierungsführung sind Teil dieser Agenda, die erstmals sozialen Fortschritt und Nachhaltigkeit miteinander verknüpft und sich explizit an alle Mitgliedstaaten richtet, auch an die wohlhabenden Industrieländer.

Es sind UN-Unterorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder das Welternährungsprogramm WFP, die Millionen von Flüchtlingen in Camps und Aufnahmeeinrichtungen einen Anlaufpunkt bieten, wo sie in Sicherheit sind und ein Minimum

an Versorgung erhalten. Über 120 000 Blauhelme in 16 Einsätzen auf vier Kontinenten bilden häufig den letzten verbliebenen Puffer zwischen Konfliktparteien und tragen so dazu bei, schlimmeres Blutvergießen zu verhindern. Oft handelt es sich dabei um bewaffnete Auseinandersetzungen, die es nicht in die Nachrichtensendungen geschafft haben. Die Weltgesundheitsorganisation WHO, ebenfalls eine Behörde der Vereinten Nationen, trägt durch die Koordinierung und Finanzierung weltweiter Impfprogramme dazu bei, Leben zu schützen und der Ausbreitung von Pandemien vorzubeugen.

Angesichts der Vielzahl von Krisen und Konflikten sind die Vereinten Nationen, 72 Jahre nach ihrer Gründung, als Vermittler, Dialogplattform und Wahrer des Völkerrechts heute so wichtig wie nie zuvor. Trotzdem sind die UN Gegenstand von Kritik: zu unflexibel und bürokratisch ihre Abläufe, zu teuer ihre Verwaltung, zu ineffektiv und von Skandalen gebeutelt ihre Friedenseinsätze. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es UN-Generalsekretär António Guterres zu einem Hauptanliegen seiner Amtszeit gemacht hat, wichtige Reformprozesse in Gang zu setzen mit dem Ziel, die Organisation „fit for purpose“ zu machen. Deutschland unterstützt diese Reformagenda nachdrücklich.

**Im Herzen der Friedensordnung**

Das wichtigste Gründungsziel der Vereinten Nationen ist die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Zuständig hierfür ist das wichtigste Organ der UN, der Sicherheitsrat, dessen Beschlüsse völkerrechtlich verbindlich sind und der, als schärfste Instrumente, Sank-

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

tionen verhängen oder Militäreinsätze beschließen kann. Die Bundesregierung strebt für 2019/20 eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat an, und hierfür gibt es gute Gründe.

Deutschlands außenpolitische Rolle ist in den zurückliegenden Jahren erheblich gewachsen. Nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und die Umsetzung der Agenda 2030 sind ebenso Markenzeichen unseres globalen Engagements wie die Förderung von Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge. Als Vorsitz diverser internationaler Foren wie den G7, der OSZE oder zuletzt den G20 hat Deutschland die globale Agenda mitgeprägt und wichtige Akzente setzen können. Auch bei internationalen Verhandlungsrunden wie den Gesprächen über das iranische Nuklearprogramm oder im so genannten Normandie-Format zur Umsetzung des Minsker Abkommens für eine friedliche Beilegung des Konflikts im Osten der Ukraine zeigen

wir: Deutschland ist fähig und bereit, einen größeren Beitrag zur Konfliktlösung zu leisten. Im multilateralen Kontext sind wir daher ein gefragter Partner, nicht nur in EU, OSZE und NATO, sondern auch als Mitglied der Weltorganisation am Ufer des New Yorker East River.

In den Vereinten Nationen sind wir traditionell sehr breit engagiert mit dem Ziel, einen konstruktiven Beitrag zu einer multilateralen, auf Werten und Normen basierten internationalen Ordnung zu leisten. Wir untermauern dieses Engagement finanziell und immer stärker auch personell. Bei den Blauhelmeinsätzen ist Deutschland aktuell zweitgrößter europäischer Truppensteller. Mit unserer Beteiligung an MINUSMA in Mali, aber auch an der maritimen Komponente von UNIFIL stellen wir substanzielle Fähigkeiten in den Bereichen Lufttransport, Aufklärung und Seeraumüberwachung. Deutschland war 2016 der zweitgrößte finan-



## Globale Gesundheit ist integraler Bestandteil der Außenpolitik

zielle Unterstützer des UN-Systems. Mit unserem gewachsenen internationalen Gewicht wollen wir dazu beitragen, dass der Sicherheitsrat in einer komplexen und unübersichtlichen Welt seiner Hauptverantwortung für Frieden und Sicherheit besser gerecht wird. Wir wollen mitarbeiten an der Bewältigung der drängendsten Krisen und Konflikte und helfen, diese nicht nur zu verwalten, sondern den Fokus auf ihre Ursachen zu lenken.

Während unserer angestrebten Mitgliedschaft 2019/20 wollen wir auch Themen vorantreiben, die noch größere Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats erfordern: Krisenprävention und Konfliktbewältigung, den Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit, die existenzielle Bedeutung von Menschenrechten für Sicherheit, die aktive Einbindung von Frauen in Friedensprozessen, den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten sowie Fragen der globalen Gesundheit im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit.

Krisenprävention und Stabilisierung sind wichtiger Bestandteil unserer Außenpolitik. Unser Ansatz weist zahlreiche Anknüpfungspunkte zur aktuellen Reformagenda des Generalsekretärs auf, insbesondere zu dem Leitprinzip seiner Reformen „Prävention“.

Schwerwiegende und flächendeckende Menschenrechtsverletzungen sind nicht allein Symptome von Konflikten, sondern oftmals Auslöser von Krisen. Die Einbeziehung von Menschenrechten in die Sicherheitspolitik ist deshalb für uns eine wichtige Komponente in Krisenprävention und -reaktion. Dem Sicherheits-

rat kommt eine zentrale Funktion zu, nämlich die Integration der Menschenrechte als Kernaspekt von ihm verabschiedeter Mandate.

Die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen ist ein Schlüsselement zur nachhaltigen Friedenssicherung. Deutschland wird sich deshalb im Sicherheitsrat ganz besonders der Umsetzung, Erweiterung und Verankerung der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ widmen.

Für den Schutz und die Wahrung der Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten engagiert sich Deutschland seit vielen Jahren. Wie auch während unserer letzten Mitgliedschaft im Sicherheitsrat 2011/12 planen wir, dieses Engagement fortzuführen, um den Schutz von Kindern weltweit zu verbessern.

Mit Sorge verfolgen wir, wie der weltweite Anstieg des Meeresspiegels und das Vordringen von Wüsten die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen bedrohen. Wie sie humanitäres Elend verursachen, zu Verteilungskonflikten und Migrationsbewegungen führen, die das Potenzial haben, ganze Regionen zu destabilisieren. Der Sicherheitsrat muss sich intensiv mit diesen Themen auseinandersetzen.

Die Lehre aus Ebola und Zika lautet: Pandemien können nicht allein vom Gesundheitssektor bewältigt werden. Gesundheitskrisen bzw. schwache Gesundheitssysteme können Gesellschaften zerstören, Länder destabilisieren sowie Beziehungen zwischen Staaten erheblich einträchtigen und schädigen. Hier müssen daher verschiedene Akteure und unterschiedliche Ressorts zusammenwirken. Wir verstehen globale Gesundheit als integralen Bestand-



teil der Außenpolitik, vor allem mit Blick auf Sicherheitsfragen, und wollen uns dafür auch im Sicherheitsrat einsetzen.

### Finale am East River

Voraussichtlich am 8. Juni werden die Mitgliedstaaten in der Generalversammlung darüber entscheiden, welche fünf Länder für zwei Jahre in den Sicherheitsrat einziehen. Der Regionalgruppe Westeuropäischer und anderer Staaten stehen zwei Sitze zu; Deutschland konkurriert darum mit Belgien und Israel. Einer der drei Bewerber wird also leer ausgehen. Um in den Sicherheitsrat gewählt zu werden, ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedstaaten erforderlich; bei voller Anwesenheit im Plenum sind das 129 Stimmen.

Im Sommer 2016 hat der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier die Kampagne für einen nicht-ständigen Sitz Deutschlands offiziell eröffnet. Mit den vier Leitbegriffen Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft wirbt die Bundesregierung seither um Stimmen, sowohl unter anderen Mitgliedstaaten in New York als auch in den Hauptstädten in aller Welt.

Zwar liegt die Koordinierung der Kampagne in den Händen des Auswärtigen Amtes; doch eine erfolgreiche Kandidatur ist eine Gemeinschaftsaufgabe der gesamten Bundesregierung und bedarf darüber hinaus des Rückhalts im parlamentarischen Raum. Die vielfältigen Themendossiers der UN haben Anknüpfungspunkte zu sämtlichen Bereichen unseres Regierungshandelns.

Auch mit Blick auf den EU-Zusammenhalt wird es im Kontext der Vereinten Nationen künftig stärker auf die Rolle Deutschlands ankommen. Der Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik hat Auswirkungen auf das Abstimmungsverhalten unter den EU-Partnern in New York. Mehr denn je wird es darauf ankommen, darum zu kämpfen, dass die Europäische Union mit einer Stimme spricht. Uns wird hier eine vermittelnde Rolle zukommen, die wir noch besser ausfüllen können, wenn wir ab 2019 im Sicherheitsrat vertreten sein sollten. Dabei wollen wir – genauso wie auch in anderen Politikbereichen – besonders eng mit Frankreich zusammenarbeiten.

In einer unübersichtlichen Welt bleiben die Vereinten Nationen ein bewährtes Forum, um im gemeinsamen Dialog mit und zwischen den Mitgliedstaaten Lösungsansätze für die drängenden Fragen unserer Zeit zu entwickeln. Die UN bewirken keine Wunder, doch sie sind häufig genug die letzte Hoffnung, die uns für Frieden und Stabilität bleibt.

**Deutschland, Belgien und Israel konkurrieren um zwei Sitze**



**Dr. Christoph Heusinger** ist seit Juli 2017 Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen. Zuvor war er zwölf Jahre außen- und sicherheitspolitischer Berater der Bundeskanzlerin.

## Instrument russischer Geopolitik

Ernste Bedenken sprechen gegen die Erdgaspipeline Nord Stream 2

Anke Schmidt-Felzmann | **Der Bau von Nord Stream 2 soll in diesem Jahr beginnen. Deutschland verspricht sich preisgünstiges Erdgas, um die Energiewende zu ermöglichen. Doch sind die Kosten hoch: für das Klima, die Umwelt, für Europas Unabhängigkeit und Energiesicherheit. Die Bundesregierung wird sich mit den Konsequenzen auseinandersetzen müssen.**

In Berlin hat der Bau von Ostsee-Pipelines für russisches Erdgas viele Fürsprecher. Bundeskanzler Gerhard Schröder stellte die Weichen für die erste Nord Stream-Doppelleitung; seine Nachfolgerin Angela Merkel setzt sich nachdrücklich für den Bau von Nord Stream 2, einer zweiten und ebenso leistungsfähigen Doppelleitung, ein, die bis Ende 2019 fertiggestellt werden soll. Aus Berliner Sicht bietet die Erdgasversorgung durch die Ostsee große Vorteile – in erster Linie für Deutschland, aber angesichts der sinkenden Produktion der Niederlande, Dänemarks und Großbritanniens auch für Europa insgesamt.

Kurz- und mittelfristig brauche man mehr Erdgas, um aus der Atomenergie aussteigen zu können; insofern mache Nord Stream 2 die Energiewende überhaupt erst möglich, sagen die Fürsprecher in Berlin. Das russische Erdgas helfe Deutschland, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen mittelfristig auf das geforderte Niveau zu senken. Noch dazu könne das Großprojekt als

Mittel dienen, sich Russland pragmatisch anzunähern, ohne dabei die wegen der massiven russischen Völkerrechtsbrüche in der Ukraine verhängten Sanktionen zu lockern. Die neue Pipeline werde schließlich auch die deutsche Position als Knotenpunkt für die Weiterverteilung von russischem Erdgas in der EU stärken.

Doch gibt es auch massive Kritik an dem Großprojekt. Wird Nord Stream 2 überhaupt gebraucht? Daran bestehen mit Blick auf die fragwürdige Wirtschaftlichkeit der Pipeline und ihre langfristigen Auswirkungen auf die Klimapolitik große Zweifel. Auch belastet das Projekt die deutschen Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Vor allem Polen und die Ukraine wehren sich aus wirtschaftlichen wie geopolitischen Gründen heftig gegen den Bau von Nord Stream 2.

Ostsee-Anrainer wie Schweden, Dänemark und Finnland haben ökologische Vorbehalte gegen eine zweite Erdgasdoppelleitung am Grund der Ostsee. Schweden und Dänemark

haben daneben auch konkrete nationale Sicherheitsbedenken gegen den Bau. Aus EU-Sicht schließlich vergrößert Nord Stream 2 die Abhängigkeit von russischen Energieexporten und gefährdet die geplante Energieunion. Die Brüsseler Wettbewerbshüter äußern Bedenken, denn das neue Projekt würde die Vormachtstellung der russischen Gazprom verstärken. Bei Nord Stream ist Gazprom mit 51 Prozent Mehrheitsgesellschafter, bei Nord Stream 2 gehören der russischen Gesellschaft sogar 100 Prozent der Anteile, seit sich die anfangs beteiligten fünf europäischen Großkonzerne auf Druck der polnischen Wettbewerbshüter schon 2016 zurückzogen.

Bereits die erste Nord Stream-Leitung hatte zu heftigem Streit mit den östlichen EU-Staaten geführt. Umstritten war und ist auch die Rolle von Altkanzler Schröder als Fürsprecher staatlicher russischer Interessen und engem Freund von Präsident Wladimir Putin. Gleichwohl hatte die EU die Pipeline zu einem Energieinfrastrukturprojekt von gemeinsamem Interesse erklärt. Im November 2011 wurde der erste Strang, im Oktober 2012 der zweite Strang von Nord Stream in Betrieb genommen. Die Unterseeleitungen liefern seitdem russisches Gas aus Sibirien von Wyborg nahe der finnischen Grenze quer durch die Ostsee nach Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern.

### **Kapazität weit über Bedarf**

Nord Stream 2 soll – genau wie die erste Doppelleitung – jährlich mindestens 55 Milliarden Kubikmeter (bcm) Erdgas aus Russland nach Deutschland liefern; zusammen sollen es also 110 bcm werden. Gegenwärtig beläuft sich der deutsche Erd-

gasverbrauch auf circa 80 bcm im Jahr, wovon etwas mehr als ein Drittel aus Russland gedeckt wird. Ein weiteres Drittel wird aus Norwegen geliefert, der Rest stammt aus einem kleinen Anteil Eigenproduktion und weiteren externen Lieferquellen.

Hinzu kommen Lieferungen per Transitleitungen über Land, über das Sojus-Erdgasnetzwerk durch die Ukraine, das früher 80 Prozent aller russischen Erdgaslieferungen nach Europa beförderte, sowie über die Jamal-Leitung durch Belarus und Polen, die bis zur Fertigstellung von Nord Stream ungefähr 20 Prozent der russischen Erdgaslieferungen nach Europa trug.

Bundeskanzlerin Angela Merkel versprach der Ukraine und Polen, dass diese Transportwege über Land auch in Zukunft gebraucht würden – ganz im Gegensatz zum Gazprom-Vorstandsvorsitzenden Alexei Miller, der öffentlich erklärte, das Sojus-Netz ab 2020 überhaupt nicht mehr nutzen zu wollen. Stattdessen solle das Erdgas für Westeuropa durch die Ostsee und Deutschland als Verteilerland transportiert werden. Das bedeutet, dass auch die an die Sojus-Leitung aus Sibirien angebundenen östlichen Länder künftig Erdgas über Deutschland beziehen würden.

Zusätzliche russische Lieferungen sollen durch die von Gazprom betriebene Doppelleitung TurkStream (31,5 bcm) durch das Schwarze Meer über Griechenland erfolgen. Der Bau begann im Mai 2017 und soll 2019 abgeschlossen sein. Europas Erdgasverbrauch müsste sprunghaft steigen, um all diese Leitungen auszulasten. Hinzu kommen die Importe von Flüssiggas (LNG), auf die man in der

**Gazprom will den  
Ukraine-Transit ab  
2020 stoppen**

EU wegen der größeren Flexibilität setzt. Möglich geworden ist die verstärkte Nutzung durch die amerikanische Schiefergasrevolution. Sie ließ die Preise auf dem Weltmarkt fallen, da die große Nachfrage der USA nun von einheimischen Produzenten gedeckt werden kann.

Fürsprecher von Nord Stream 2 machen geltend, dass Erdgaslieferungen durch die Ostsee billiger seien als LNG-Anlieferungen. In dieser Preiskalkül werden die Kosten für den aufwändigen Leitungsbau allerdings

nicht ausreichend berücksichtigt. Um diese Investitionen zu amortisieren, müssen die Erdgasleitungen über mehrere Jahrzehnte genutzt werden. Im

Fall von Nord Stream 2 spricht Gazprom selbst von einer Nutzung über mindestens 50 Jahre, also bis zum Jahr 2069. Wie das mit den deutschen und europäischen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen vereinbar sein soll, ist unklar.

Auch an Land dürften massive Investitionen notwendig werden. Um die enorme zusätzliche Menge an Erdgas weiterzuverteilen, die über Nord Stream 2 angeliefert wird, müssen neue Märkte in der EU erschlossen werden. Dies erfordert den Bau neuer Transportwege. Hinzu kommen Mehrkosten für die Verteilerinfrastruktur von der Küste bis zu den Endnutzern, die entweder von der öffentlichen Hand oder von den Endkunden getragen werden müssen.

Experten der IEA haben prognostiziert, dass der Erdgasverbrauch in Europa in den kommenden Jahren signifikant schrumpfen wird, unter anderem durch Energieeffektivierungsmaßnahmen. Sie halten Nord

Stream 2 für unwirtschaftlich und vermuten, dass Gazproms Pläne politisch motiviert sind. Auch Experten der Europäischen Kommission gehen davon aus, dass der Erdgaskonsum in der EU sinkt. Erstens würden die erhöhten Investitionen in Energieeffizienz den Verbrauch insgesamt begrenzen; und zweitens werde der Bedarf an fossilen Brennstoffen infolge des Pariser Klimaabkommens im kommenden Jahrzehnt stark reduziert werden.

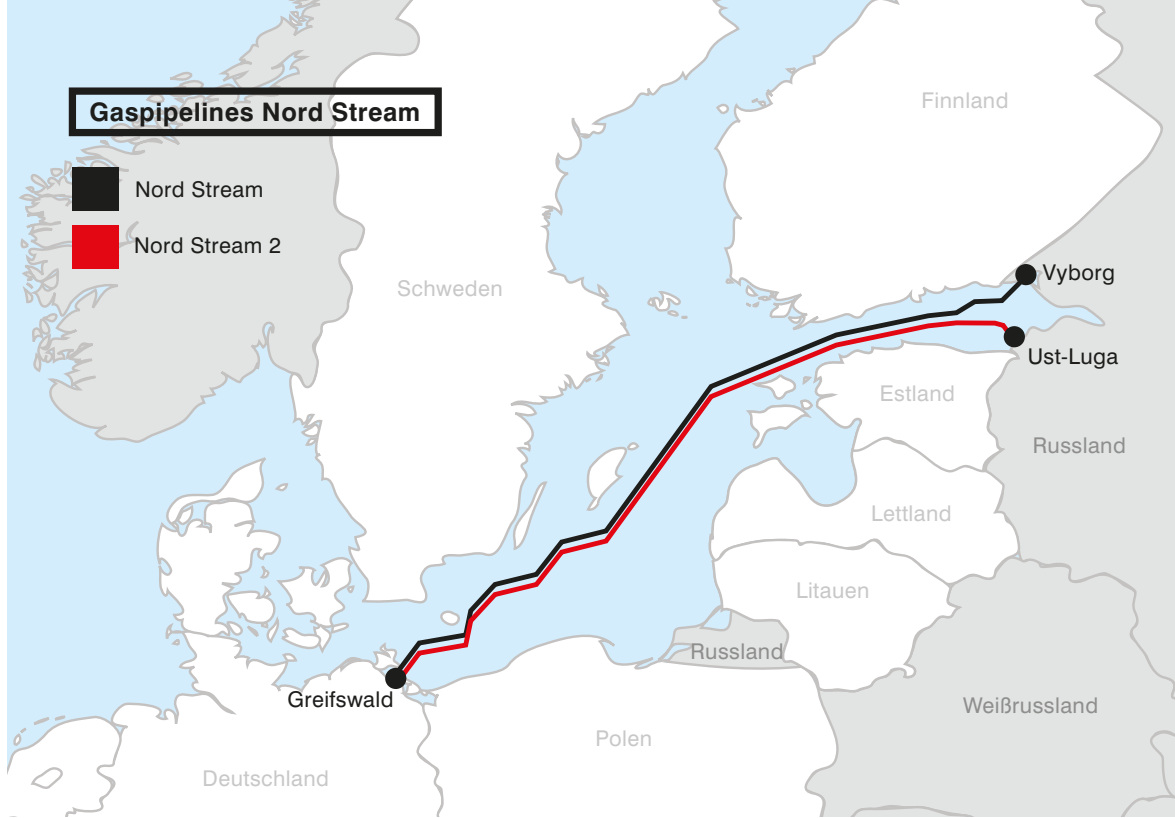
Durch Nord Stream 2 würde genau das Gegenteil bewirkt, befürchtet die EU-Kommission. Durch die hohen und erst langfristig profitablen Investitionen in die Pipeline werde enorm viel Kapital gebunden. Zugleich werde der europäische Energiemarkt durch die zusätzlichen Gaslieferungen übersättigt. Beides erschwere die Finanzierung erneuerbarer Energieträger. In wichtigen Regionen der EU würde der dringend nötige Wechsel zu klimaneutralen Energiequellen deswegen ausbleiben.

### **Gefahren für die Umwelt**

Langfristige Schäden drohen für die bereits stark überlastete Ostsee. Besonders in den Gewässern Dänemarks, Schwedens und Deutschlands gibt es eine reelle Gefahr, bei den Bauarbeiten auf versenkte Kriegsmunition aus dem Zweiten Weltkrieg zu stoßen. Dabei könnten zudem Senfgas und Phosphor freigesetzt werden, was für Ostsee-Fischer und Badegäste eine ernste Gesundheitsgefahr birgt.

Das Haupthindernis für Nord Stream 2 ist das Erlangen der Baugenehmigungen von Schweden und Dänemark. Auch die indirekt betroffenen Ostsee-Länder (Polen, Estland, Lettland, Litauen) haben ein Recht darauf, dass ihre Umweltbedenken in

## **Der Wechsel zu erneuerbaren Energien wird gebremst**



die Risikobewertung einfließen; dazu laufen Konsultationsverfahren.

Schon bei der ersten Nord Stream-Pipeline hatte der WWF die Methoden und den Mangel an Daten in den von Nord Stream vorgelegten Analysen kritisiert: Es seien „aus wissenschaftlicher Sicht kaum mehr als wilde Vermutungen“. Auch die bisher von Nord Stream 2 vorgelegten Gutachten sind lückenhaft. Sie beschränken sich zudem auf den Zeitraum bis 2035.

Es ist zu erwarten, dass die strengen Umweltauflagen der EU-Staaten im Ostsee-Raum die Risiken ein Stück weit verringern werden. Dagegen sind die Folgen für das Ökosystem von russischer Seite schwer abzuschätzen. Russische Umweltschutzorganisationen beklagen sich schon seit Jahren darüber, dass sich Gazprom (und der Kreml) über gesetzliche Verpflichtungen hinwegsetzt. Der Bau der ersten Nord Stream-Leitungen im russischen Naturschutzge-

biet am finnischen Meerbusen habe bereits irreparable Schäden verursacht. Bei den Vorarbeiten für Nord Stream 2 im Naturschutzgebiet Kurgalsky östlich der estnischen Grenze sei schon jetzt ersichtlich, dass Natur- und Artenschutzgesetze gravierend verletzt würden.

In Schweden erklärte die Regierung Ende 2016 die Risikokontrolluntersuchung für die neue Doppelpipeline zur Chefsache. Gazprom wollte sich für den Bau von Nord Stream 2 direkten Zugang zu zwei strategisch wichtigen Häfen verschaffen. Erstens Slite auf der Insel Gotland, wo Schweden seit 2016 seine Militärpräsenz aufbaut als Reaktion auf die veränderte Sicherheitslage nach der russischen Militärangriff gegen die Ukraine. Im Januar 2017 wurde entschieden, dass sich Gotland nicht an der Logistik für Nord Stream 2 beteiligt. Zweitens wollte man den Hafen Karlshamn in Blekinge an der Südküste Schwedens nutzen. Nach inten-



## Nord Stream-Lobbyisten bauen geschickt Druck auf

siven Verhandlungen und unter stetigem Druck der Nord Stream-2-Lobbyisten vereinbarten Karlshamn und die schwedische Regierung, dass der Hafen nur unter der Bedingung an Nord Stream 2 mitwirken darf, dass sämtliche Logistikarbeiten vom eigenen Hafenspersonal ausgeführt werden. Die Blekinger Bucht dient der Marine und Luftwaffe als wichtiger Übungsplatz.

Die Nord Stream AG war 2010 mit dem Deutschen Logistikpreis für ihr Logistikkonzept ausgezeichnet worden. Was weniger Aufmerksamkeit erhielt, war die Art, wie dieses Konzept in den Ostsee-Ländern umgesetzt wurde. Damals wie heute bauten die Nord Stream-Lobbyisten gezielt politischen Druck auf, um die gewünschten Genehmigungen zu erhalten. Zu den Instrumenten gehören Finanzierungsangebote auf lokaler Ebene wie die Modernisierung des Hafenkais in Slite auf Gotland und sowohl Einkünfte als auch Arbeitsplätze in Karlshamn, Kotka und Hanko in Finnland und Mukran in Deutschland. Nord Stream 2 bindet auch Unternehmen wie den Stahlproduzenten LKAB in Schweden und das Logistikunternehmen Bluewater in Dänemark ein und spielt Unternehmer, Hafenbetreiber, lokale und nationale Entscheidungsträger gegeneinander aus.

### Russisches Machtinstrument

Vor dem Bau der ersten Nord Stream-Pipelines konnte Russland die Erdgaslieferungen an die Ukraine nicht unterbrechen, ohne die wichtigen Kunden in Westeuropa abzuschneiden. In dieser Zeit kam es nur zu vereinzelten Zwischenfällen: Am

1. Januar 2006 nahm Gazprom einen schwelenden Preisdisput mit der Ukraine zum Anlass, die Gaslieferungen zu drosseln. Im Januar 2009 stoppte Russland die Lieferungen erneut, um die Ukraine zu zwingen, Gasschulden zu begleichen. Ansonsten wurde über den Transitweg durch die Ukraine doch stets zuverlässig an westliche Kunden geliefert. Dennoch macht Russland geltend, die Umleitung des russischen Erdgases durch die Ostsee sei wegen der Unzuverlässigkeit der Ukraine als Transitland notwendig.

In Polen, aber auch in der Ukraine gab und gibt es heftige Proteste gegen die Nord Stream-Pipelines, weil durch sie ein klarer Machtvorteil auf russischer Seite entsteht. Vor allem Polen und die baltischen Staaten sorgen sich, dass die russische Regierung nicht vor wirtschaftlichen Nachteilen und politischem Gesichtsverlust zurückscheut, wenn es um ihre strategischen Interessen geht. Seit der Krim-Annexion nutzt Gazprom die beiden bestehenden Ostsee-Rohre verstärkt. Gleichzeitig ist das Liefervolumen, das durch die Ukraine transportiert wird, entsprechend stark gesunken.

Durch die illegale Annexion hat sich Russland auch die Kontrolle über die ukrainischen Erdgas- und Erdölvorkommen der Krim gesichert. Nach den Plänen der ukrainischen Regierung hätten diese eigentlich in Kooperation mit dem italienischen ENI, dem französischen EDF und Exxon weiter erschlossen werden sollen. Durch den Krieg im Donbass-Becken ist auch die Erschließung der ukrainischen Schiefergasfelder verhindert worden. Dabei hätte die Förderung in den Gewässern der Krim und die Schiefergasproduktion im Osten nicht nur die ukrainische Eigenversorgung



sichern, sondern das Land auch in die Lage versetzen können, zum Teil mit Russland als Produzent und Exporteur zu konkurrieren.

Gegen deutsche Interessen hat sich die russische Machtpolitik bisher nur selten gerichtet. Ein Beispiel lieferte ein Streit um Lufthansa Cargo 2007. In Verhandlungen mit der Bundesregierung erzwang Russland, dass Lufthansa für Cargo-Flüge nach Asien den bisherigen Standort in Kasachstan aufgab und ihre Zwischenlandungen stattdessen nach Krasnojarsk (Sibirien) verlegte. In Ostdeutschland kann man sich zudem an Gazproms erbitterten Kampf um den ostdeutschen Energiemarkt Anfang der 1990er Jahre erinnern, bei dem die Erdgasversorgung über mehrere Jahre gezielt als Druckmittel eingesetzt wurde.

Durch die Ostsee-Leitungen stellt sich die Machtfrage im Verhältnis zu Deutschland noch viel deutlicher. Zwar würden Russland durch zeitweilige Lieferunterbrechungen wirtschaftliche und politische Kosten entstehen, aber angesichts der langfristigen Anlage der kostspieligen Ostsee-Gasleitungen, in die im Prinzip nur Erdgas aus Russland eingespeist werden kann, hat Deutschland kurzfristig kaum Alternativen. Und als Empfänger von 110 bcm Erdgas, das größtenteils zur Weiterverteilung gedacht ist, würde Deutschland ebenfalls Verantwortung für die Versorgung anderer europäischer Länder tragen. Ein Lieferstopp, der nicht aus Speicherkapazität und über alternative Versorgungswege kompensiert werden kann, würde für erheblichen politischen Druck sorgen.

Diese Bedenken werden von Berlin nicht geteilt. Die Bundesregie-

rung fühlt sich sicher in der Annahme, dass die drohenden finanziellen Verluste und die russische Exportabhängigkeit den Kreml davon abhalten würden, die Erdgasversorgung als Machtinstrument zu missbrauchen. Die Berliner Experten sprechen von beidseitiger Abhängigkeit. Allerdings ist Russland in einer vorteilhaften Position.

Winterstresstests 2014/15 haben gezeigt: Auch wenn die an Nord Stream 1 und 2 beteiligten deutschen Energieunternehmen E.ON/Uniper und BASF/Wintershall es wollten, könnten sie im Falle eines Lieferstopps kaum alternative Versorgungsquellen und Lieferwege herbeizaubern.

### Sanktionen gegen Russland

Seit Ende 2015 fordern die osteuropäischen EU-Staaten mit Unterstützung von Dänemark, Schweden und Großbritannien, dass sich die EU mit Nord Stream 2 befassen und sicherstellen solle, dass das Projekt im Einklang mit dem Ziel eines diversifizierten und wettbewerbsorientierten Gasmarkts und der Energieunion stehe. Anfang Juni 2017 legte die Europäische Kommission schließlich den Entwurf eines Verhandlungsmandats vor; Deutschland und Österreich waren prinzipiell gegen den Vorschlag.

Die Debatte flammte eine Woche später auf, als der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel und der österreichische Bundeskanzler Christian Kern gemeinsam gegen die Verschärfung der Russland-Sanktionen durch den US-Kongress protestierten. Beide begründeten dies damit, dass sich die Sanktionen auch gegen europäische Unternehmen richten könnten, die sich am Bau von Nord Stream 2

### Berliner Experten sprechen von beidseitiger Abhängigkeit

beteiligen. Dem Kongress gehe es eigentlich „um den Verkauf amerikanischen Flüssiggases und die Verdrängung russischer Erdgaslieferungen vom europäischen Markt“.

Eine Überschwemmung des europäischen Marktes mit US-Flüssiggas ist allerdings schon aufgrund des hohen Eigenverbrauchs der USA unwahrscheinlich. Tatsächlich teilt man in Washington die Sorgen der osteuropäischen Staaten in Bezug auf die geopolitischen Ambitionen Russlands in Georgien, der Ukraine und anderen Teilen Europas. Ähnlich ist es mit der Einschätzung der herausragenden Rolle, die der Energiesektor für die russische Machtpolitik spielt.

Insbesondere das Nachbarland Polen hat mehrere Klagen am Europäischen Gerichtshof eingereicht, weil es durch Nord Stream und Nord Stream 2 die Monopolstellung von Gazprom und dessen europäischen Partnern verstärkt sieht. Das russische Unternehmen beschäftigt seit 2012 die EU-Wettbewerbsbehörden. Im Gegenzug hat Russland im April 2014 eine Klage bei der Welthandelsorganisation gegen das so genannte „dritte Energiepaket“ der EU eingereicht.

Ebenso riskiert Nord Stream 2, die Sanktionspolitik der EU gegenüber Russland zu unterminieren. Der russische Erdgassektor wurde – nicht zuletzt auf Drängen der Bundesregierung – explizit von den Bereichen ausgenommen, gegen die sich die Sanktionen richten. Kritiker sehen die deutsche Unterstützung von Nord Stream 2 als indirekte politische Bestätigung für den Kreml, dass der russische Völkerrechtsbruch in der Ukraine geduldet wird. Nord Stream 2

sichert Russland lukrative Gewinne, die nicht nur einen wichtigen Beitrag zum russischen Staatshaushalt leisten, sondern auch die persönlichen Einkünfte der Machtelite sichern.

Der Kreml nutzt bewusst die Möglichkeit, durch Tauschhandel weitere Puzzlestücke der europäischen Energieversorgung (Produktion, Speicher und Verteilernetze) in russischer Hand zu vereinen. Gazprom lässt BASF/Wintershall und OMV sich an der Erdgasförderung im westsibirischen Urengoi-Feld beteiligen. Im Gegenzug soll Gazprom Anteile an der norwegischen OMV Norge und der Wintershall Noordzee BV erhalten. Wer nach Alternativen zum russischen Gas sucht, wird nun auch dort mit Gazproms Teilhaberschaft konfrontiert. Externe technische Hilfe und finanzielle Ressourcen sichern so die künftige Produktionskapazität der Russen ab. Durch weitere Geschäfte mit Shell, OMV und BASF stärkt Gazprom systematisch seine LNG-Produktion und den Zugriff auf entscheidende europäische Gasspeicher.

Es ist offensichtlich, dass es bei Nord Stream 2 um weit mehr als nur privatwirtschaftliche Geschäfte geht. Die Bundesregierung wird sich mit den Konsequenzen der neuen Ostsee-Pipelines für Klima und Umwelt sowie für Europas Sicherheit und Unabhängigkeit auseinandersetzen müssen.

## Nord Stream 2 untergräbt die EU-Sanktionspolitik



Dr. Anke Schmidt-Felzmann ist (non-resident) Baltic Sea Fellow des Foreign Policy Research Institute (FPRI) in Stockholm.

## Hoffen auf die Südschiene

Mit Erdgas aus Aserbaidschan will die EU ihre Versorgungssicherheit erhöhen

Matthias Dornfeldt | **Im Jahr 2020 soll der Südliche Erdgaskorridor fertig sein. Dann wird Südeuropa erstmals mit Erdgas aus dem Kaspischen Raum beliefert. Auch wenn es zunächst um relativ geringe Mengen geht, unterstützt die EU den Pipelinebau nachdrücklich. Auch mit Blick auf Russland geht es ihr darum, Europas Energieversorgung zu diversifizieren.**

Seit über einem Vierteljahrhundert sucht Europa nach Wegen, Erdgas aus dem Kaspischen Raum zu beziehen. Gleich nach dem Untergang der Sowjetunion nahmen die EU-Kommission, nationale Regierungen und europäische Energieunternehmen Kontakt zu den unabhängig gewordenen Staaten Eurasiens auf in der Hoffnung, dass Energielieferungen aus den rohstoffreichen Staaten Aserbaidschan, Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan zur Diversifizierung und Absicherung der europäischen Energieversorgung beitragen würden.

Am Anfang hatten solche Projekte noch keine spezifische Bezeichnung; die Zahl der Beteiligten, die Konstellationen und Interessen änderten sich stetig, auch noch, als sich „Nabucco“ als Begriff für eine solche Südschiene etablierte. Schließlich entwickelte die EU das Konzept des „Southern Gas Corridor“ (SGC); dieser Südliche Erdgaskorridor ist nun fast fertig.

Damit wird Aserbaidschan in der Energieproduktion zum wichtigsten Partner Europas im Südkaukasus. 2020 sollen die Erdgaslieferungen aus dem Shah-Deniz-II-Feld beginnen. Für die weitere Zukunft kommen auch Kasachstan und Usbekistan als Lieferantenländer infrage, wenn sie über den Südlichen Erdgaskorridor an das Netz angeschlossen werden. Dafür sind allerdings beträchtliche Investitionen notwendig.

### **Außen vor: Turkmenistan**

Weitgehend aus dem Spiel ist Turkmenistan, auf das sich anfangs das Interesse der Europäer konzentriert hatte. Das Land war der zweitgrößte Erdgasproduzent der UdSSR und ist heute wichtigster zentralasiatischer Erdgaslieferant Chinas; es verfügt über die viertgrößten Gasreserven der Welt. Nach 1991 zeigte die turkmenische Führung Interesse daran, die Absatzmärkte zu diversifizieren.

Eine erste Pipeline wurde durch den Norden des Iran in die östliche

## Südlicher Erdgaskorridor

■ Südkaukasus-Pipeline (SCP)

■ Transanatolische Pipeline (TANAP)

■ Transadriatische Pipeline (TAP)



Türkei geplant, in die auch iranisches Gas hätte eingespeist werden können. Daher unterstützte der Iran diese Bestrebungen. Eine andere, von Turkmenistan seit 1992 geplante Route war der Bau einer Pipeline durch das Kaspische Meer mit möglichem Verlauf über aserbaidshisches, iranisches oder russisches Territorium. Die Kosten der Projekte variierten zwischen 4,5 und 5,6 Milliarden Dollar.

Doch 1995 verschärfte US-Präsident Bill Clinton wegen des iranischen Atomprogramms die Sanktionen gegen Teheran. Seitdem waren ausländische Investitionen in den iranischen Energiesektor praktisch unmöglich – und der Iran fortan von weiteren Projekten der Energieinfrastruktur ausgeschlossen. Der Bau einer Pipeline durch das Kaspische Meer erwies sich aufgrund des ungeklärten rechtlichen Status, ob es sich um ein Binnenmeer oder internationales Gewässer handelt, als nicht umsetzbar. Derzeit sind Russland und

der Iran gegen das Projekt. Zudem gibt es zwischen Aserbaidschan und Turkmenistan Streit um Vorkommen.

Die Politisierung hat Engagements bei Pipelinebauprojekten deutlich erschwert. Richard Morningstar, ehemaliger US-Botschafter in Aserbaidschan und früherer Sondergesandter des US-Außenministeriums für eurasische Energieangelegenheiten, bezweifelt, dass die Transkaspische Erdgasleitung jemals realisiert werde. Genauso wenig ist eine Flüssiggasverbindung von Turkmenistan eine Option, da die Investitionskosten zu hoch sind.

Gescheitert ist auch das von der EU-Kommission lange favorisierte Nabucco-Projekt, das 31 Milliarden Kubikmeter (31 bcm) Gas im Jahr nach Europa bringen sollte. In Brüssel wurde es als Schlüssel für die Diversifizierung sowohl der Bezugsquellen als auch der Importinfrastruktur angesehen. Doch gerade die Vielzahl der Lieferländer, zu de-

nen neben Aserbaidschan und Turkmenistan auch die irakischen Kurdengebiete und Iran gehören sollten, machte das Projekt politisch und wirtschaftlich schwierig. Die Entscheidung des aserbaidschanischen Shah-Deniz-II-Konsortiums, eine Pipelineverbindung durch die Adria zu favorisieren, entzog Nabucco schließlich ganz den Boden.

### Fokus auf Aserbaidschan

Nun also wird Aserbaidschan Europas Hauptpartner für Energielieferungen aus Eurasien. Baku tritt sowohl als Erdgasproduzent als auch als Erbauer und Betreiber des Pipeline-netzes auf, wobei der britische Energiegigant BP die Führungsrolle bei der Erdgasproduktion im Shah-Deniz-II-Feld und beim Pipelinebau nicht nur in Aserbaidschan, sondern auch in Georgien und der Türkei innehat.

Die Verbindung reicht bis 1994 zurück, als die aserbaidschanische Regierung im „Vertrag des Jahrhunderts“ die Erdöl- und Erdgasförderung in die Hände ausländischer Energiefirmen legte, vor allem in die von BP. So wurde der heimische Energiesektor mit neuester Technik entwickelt und eine nationale Erdöl- und Erdgasgesellschaft, die SOCAR, aufgebaut. Um die staatliche Unabhängigkeit zu festigen, suchte das Land in Sachen Energieförderung den Kontakt zu Unternehmen nicht nur aus Russland, sondern auch aus den USA, Westeuropa, der Türkei und dem Iran. Durch die westliche Ausrichtung sollte die von Aserbaidschan befürchtete Dominanz Moskaus unterbunden werden. In der Zwischenzeit hat sich das Verhältnis zum Nachbarland Russland aber positiv entwickelt, trotz einiger Spannungen im Zusammenhang mit

der Auflösung der früher vom russischen Militär genutzten Radaranlage im aserbaidschanischen Gabala.

Die außenpolitische Dimension der Energieproduktion für Aserbaidschan zeigt sich auch im Verhältnis zur Türkei und Europa.

2011 bot die Türkei an, die gesamte Exportmenge in Höhe von 16 bcm im Jahr aus dem Shah-Deniz-II-Feld unter Ver-

trag zu nehmen. Doch die Führung in Baku bestand trotz hoher eigener Baukosten darauf, einen Teil des Erdgases in die EU zu liefern. Ein Hauptgrund dafür war, die armenische Besetzung der Region Berg-Karabach, die völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehört, auf die politische Agenda der EU-Staaten zu setzen.

Aus Sicht Bakus hat der Erdgasexport nach Europa also eine eher politische als wirtschaftliche Bedeutung. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass das Kalkül der aserbaidschanischen Führung aufgeht und sich die EU-Kommission und die meisten Mitgliedstaaten in Sachen Berg-Karabach eindeutig positionieren. Davon zeugt auch die weitere Annäherung zwischen Brüssel und der armenischen Regierung in jüngster Zeit.

Trotzdem ist Aserbaidschan wichtig für die EU. Das Land ist nicht nur wegen seiner Erdgasvorkommen interessant, sondern auch als bedeutender Erdöllieferant für Deutschland, die Tschechische Republik und weitere Staaten Mittel- und Osteuropas, die bis zu 40 Prozent ihres Bedarfs aus dem südkaukasischen Land beziehen. Dazu dienen Erdölleitungen, die über georgisches Territorium an die Schwarzmeer-Küste führen sowie die 2005 in Betrieb genommene Pipe-

**Hauptpartner für  
Energielieferungen  
aus Eurasien**



line Baku–Tiflis–Ceyhan, die an der türkischen Mittelmeer-Küste endet. Schließlich ist Aserbaidschan auch ein Transitland für Erdöl aus Kasachstan und den anderen zentralasiatischen Staaten und nimmt somit eine wichtige geostrategische Rolle ein.

### Drei Pipeline-Abschnitte

Der eigentliche Südliche Erdgaskorridor besteht aus drei Teilabschnitten: der Südkaukasus-Pipeline (SCP), die durch Georgien führt und 2006 in Betrieb ging, sowie der Transanatolischen Pipeline (TANAP) und der Transadriatische Pipeline (TAP), die dieses Jahr beziehungsweise 2020 eröffnet werden sollen.

Der Bau der Südkaukasus-Erdgasleitung erfolgte parallel zur Errichtung der Baku–Tiflis–Ceyhan-Pipeline; sie durchbrach erstmals das russische Leitungsmonopol aus dem postsowjetischen Raum. Die SCP beginnt südlich von Baku und führt über knapp 700 Kilometer durch Georgien bis zur Grenze mit der Türkei. Ihre Kapazität wird derzeit auf 25 bcm im Jahr erweitert, um Aserbaidschans Rolle als Erdgasexporteur zu stärken.

Ab der türkischen Grenze wird das Erdgas durch die 1850 Kilometer lange Transanatolische Erdgasleitung weitertransportiert. Die TANAP soll in mehreren Erweiterungsstufen eine Kapazität von 31 bcm im Jahr erreichen; davon werden sechs bcm auf dem türkischen Energiemarkt verbleiben. Der Aufsichtsrat der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) genehmigte im Oktober 2017 einen Kredit in Höhe von 500 Millionen Dollar zur Fertigstellung der TANAP.

Für die Türkei hat die Pipeline eine enorme geopolitische Bedeutung: Sie ist ein wichtiges Element des türkischen „Energiebrücke“-Konzepts. Als „gas hub“ für Europa könne Ankara stärkeren Einfluss auf die Brüsseler Politik nehmen, lautet das türkische Kalkül. Außerdem festigt die TANAP die historisch engen Beziehungen zu Aserbaidschan.

Der dritte und letzte Abschnitt des SGC ist die Transadriatische Erdgasleitung TAP, die an der türkisch-griechischen Grenze mit der TANAP verbunden wird und durch Griechenland, Albanien und die Adria bis nach Italien führt, mit einer Kapazität von zehn bcm. Die Baukosten sind auf 4,5 Milliarden Dollar veranschlagt, die Fertigstellung für 2020 geplant. Die Europäische Investitionsbank (EIB) will noch in diesem Jahr entscheiden, ob das TAP-Projekt einen Kredit von zwei Milliarden Euro erhält. Eine Milliarde Kubikmeter Gas sind für Bulgarien und Griechenland bestimmt; dafür wird ein Inter-Connector nach Bulgarien gebaut. Die restlichen neun bcm des aserbaidschanischen Erdgases gehen nach Italien.

In Sachen Südlicher Erdgaskorridor verlaufe alles nach Plan, erklärte Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew am 8. November 2017: „Die Projektumsetzung der Shah-Deniz-II-Lagerstätte liegt bei 98 Prozent. Die Pipeline, die unser Gas nach Georgien pumpen wird, ist zu 98 Prozent fertiggestellt. Die TANAP ist zu 82 Prozent und die TAP zu 53 Prozent fertig.“ Zehn Tage später bekräftigte die EU-Kommission ihre Unterstützung für das Projekt. Nach einem Treffen mit dem aserbaidschanischen Energieminister Parviz Schabazow in Brüssel äußerte sich der für die Ener-

Für die Türkei ist die Pipeline geopolitisch enorm wichtig



gieunion zuständige Vizepräsident der Kommission, Maros Sefcovic, entsprechend. Er betonte, dass der Südliche Erdgaskorridor für die Energiesicherheit Europas wichtig sei. In einer Videoansprache für die internationale Konferenz „Turkmenistans Erdöl und Erdgas 2017“ stellte der EU-Kommissar Anfang November zudem eine Erweiterung auf andere Staaten Zentralasiens in Aussicht. Nun könnten die lange diskutierten Gaslieferungen aus der Kaspischen Region nach Europa endlich Wirklichkeit werden.

### Russische Konkurrenz

Russland verfolgt diese Entwicklungen sehr aufmerksam und plant eigene Pipelineverbindungen in die Türkei und nach Südosteuropa. 2007 kündigte der russische Erdgaskonzern Gazprom den Bau von South Stream an, einer Pipeline, die russisches Gas durch das Schwarze Meer nach Bulgarien und von dort in südlicher Richtung weiter nach Griechenland und Italien sowie in nördlicher Richtung nach Serbien, Ungarn, Slowenien und Österreich transportieren sollte. Mit 63 bcm hätte South Stream im Vergleich zum Konkurrenzprojekt Nabucco über die doppelte Transportkapazität verfügt. Das Projekt wurde 2014 aufgrund einer ablehnenden Haltung Bulgariens eingestellt, auf die die EU-Kommission gedrängt hatte. Brüssel missfiel unter anderem Gazproms Doppelrolle als Produzent und Netzbetreiber.

Als Nachfolgeprojekt plant Gazprom nun die Pipeline Turkish Stream. Mit einem Strang soll sie zuerst nur den türkischen Markt beliefern, später ergänzt durch einen zweiten, der auf den südosteuropäischen Markt zielt und im österreichischen

Baumgarten anlandet. Diesen Endpunkt hat aber langfristig auch das Shah-Deniz II-Konsortium im Visier. In Südosteuropa zieht man beide Projekte in Betracht und unterstützt sie, da Russland aller Voraussicht nach deutlich weniger Erdgas über die Ukraine liefern wird, sobald die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 Ende 2019 in Betrieb geht. Über die Ostsee würden dann zusätzliche 55 bcm pro Jahr in die EU gelangen. Russland bliebe der mit Abstand wichtigste Lieferant, gefolgt von Norwegen. Zugleich würde die Rolle Deutschlands als nordwesteuropäisches Gasverteilungszentrum gestärkt.

Der Südliche Erdgaskorridor ist mit einer Exportmenge von neun bcm pro Jahr, die in Italien ankommen sollen, dagegen vergleichsweise klein dimensioniert; daran würden auch Erweiterungen allenfalls auf lange Sicht etwas ändern. Dennoch wird die EU-Kommission weiterhin auf den SGC setzen und die Erdgaslieferungen aus Russland um Importe aus der Kaspischen Region erweitern. Auf diese Weise kann sie für eine Diversifizierung der Erdgasimporte sorgen. Das ist speziell für die Staaten Südosteuropas relevant und wird langfristig für Versorgungssicherheit und günstige Preise beim fossilen Energieträger Erdgas sorgen.

### Die EU-Kommission steht hinter dem Südlichen Erdgaskorridor



**Matthias Dornfeldt** lehrt, forscht und publiziert am Berlin Centre for Caspian Region Studies der Freien Universität Berlin sowie in Potsdam.

## Bauboom in Melbourne

Doch ohne Investitionen aus China wird der Ausbau nicht machbar sein

Jörg Schmilewski | **Seit Jahrzehnten floriert die australische Wirtschaft ungebrochen. Hauptgewinner dieses Wachstums, das ohne die große Zuwanderung nicht möglich wäre, ist Melbourne, wo 17 neue Stadtteile entstehen sollen. Doch es mehren sich einwanderungsfeindliche Stimmen; und die Abhängigkeit von China wirft sicherheitspolitische Probleme auf.**

Als das Geschäft mit Pferdewetten bereits viele Jahre blühte, profitierten die Betreiber der Rennbahn im Melbourne Stadtteil Flemington von einem unglaublichen Vorteil. Für das Gelände des Bundesstaats Victoria, auf dem seit 1840 Pferde um die Wette galoppieren, stand ein Pachtzins von drei Pfefferkörnern. Das Geläuf sei anfangs wirklich nicht viel mehr als drei Pfefferkörner wert gewesen, spottete Egon Erwin Kisch, Journalist und Autor, der auf seinen Weltreisen in den 1930er Jahren nach Melbourne kam. Bald gewann das Areal an Wert; dennoch weigerten sich die Rennbahnbetreiber, einen Kaufpreis zu entrichten.

Die Regierung von Victoria wollte die in der Bevölkerung beliebten Pferderennen aber nicht verbieten. So kam es zu jenem schier unglaublichen Handel, der den Aufstieg Melbournes zur Millionenstadt befeuern sollte: Für drei Pfefferkörner ließ die Regierung von Victoria Flemingtons „Lotterie mit vierbeinigen Losen“

weiterleben. Die Rennbahn wiederum lockte an manchen Tagen bis zu 130 000 Besucher an und sicherte somit der Staatskasse wichtige Steuereinnahmen.

„Wer auf den neu entdeckten Goldfeldern Glück gehabt hatte, kam nach Melbourne zum Rennen, um das Glück von neuem auf die Probe zu stellen“, schrieb Kisch, der einstige Prager Polizeireporter und spätere Globetrotter. Er porträtierte Melbourne als Stadt voller Goldgräber, die von Pferden und Jockeys im Grunde nichts verstanden und dennoch mit hohen Einsätzen hantierten. Heute ist der Name Flemington ein Synonym für den Melbourne Cup, das Langstreckenrennen mit dem weltweit höchsten Preisgeld. Jedes Jahr gibt Victoria seiner Bevölkerung einen Tag frei, um mitzuzocken. Die Einsätze sind hoch wie nie zuvor, wenngleich Australier und Investoren aus Übersee inzwischen bevorzugt auf dem Immobilienmarkt der Stadt spekulieren.

Seit Jahren steigen die Preise für Einfamilienhäuser und Wohnungen – und das scheinbar unermüdlich. Die einen warnen vor einer „housing bubble“, vor zu hohen Einsätzen. Wiederholt war vom baldigen Platzen einer Seifenblase die Rede. Andere Beobachter des Geschehens meinen, zu einer „subprime mortgage crisis“ wie in den USA, die die Weltfinanzkrise 2008 auslöste, könne es überhaupt nicht kommen. Denn erstens seien die australischen Banken besser reguliert, und zweitens würde die Bonität ihrer Kunden besser geprüft.

Die Optimisten sind sicher, dass Australiens scheinbar endloser Wirtschaftsaufschwung weitergeht. Mit 104 rezessionsfreien Quartalen in Folge (seit 1991) hat der Inselkontinent 2017 den bisherigen Rekord der Niederlande (1982 bis 2008) eingestellt. Wirtschaftskolumnisten wie Ian Verrender mahnen jedoch, dass ein beständiges Wachstum ohne beständige Zuwanderung gar nicht möglich gewesen wäre.

### Die Tür bleibt offen

Um den Bestand der Zuwanderung braucht sich bislang aber niemand zu sorgen. Australien war, ist und bleibt ein Kontinent der Immigranten. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen überwiegend Briten und Iren, aber auch Griechen und Türken. Seit den 1970er Jahren stieg die Zahl von Einwanderern aus Südostasien und dem Mittleren Osten.

Als Australien infolge des Rohstoffhungers der aufstrebenden chinesischen Volkswirtschaft ab den Jahr 2000 besonders prosperierte, verzeichnete das Land sogar Zuwächse von bis zu einer halben Million Einwanderern pro Jahr.

„Doch was passiert“, fragt der Wirtschaftskolumnist Ian Verrender, „wenn wir die Tür schließen?“ Die Frage ist eher rhetorisch gemeint und die Antwort darauf einfach – die Tür bleibt offen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die seit 2013 regierende national-konservative Koalition keine Bootsflüchtlinge mehr aufnimmt, die über den Indischen Ozean nach Australien kommen. Denn diese sind nur eine kleine Gruppe von Zuwanderern. Die in Europa zuweilen verbreitete Schlussfolgerung, Australien sei ein „wehrhaftes Land“, weil es keine Ausländer mehr ins Land lasse, fußt auf profunder Unkenntnis.

Die jüngste Bevölkerungsstatistik macht die tatsächlichen Verhältnisse in puncto Zuwanderung deutlich. Demnach sind nur 15,6 Millionen der heute rund 25 Millionen Einwohner in Australien geboren. Und nicht einmal dieser Bevölkerungsteil kann als alteingesessen gelten, denn etwa 500 000 gebürtige Australier haben chinesische Eltern oder Großeltern, weitere 450 000 sind indischer Abstammung. Andere Australier sind Nachfahren eingewanderter Philippiner, Vietnamesen, Malaysier, Sri-Lanker, Libanesen, Indonesier, Iraker, Thailänder, Iraker, Pakistanner, Iraner oder Nepalesen – um nur einige der größten Bevölkerungsgruppen zu nennen. Die australische Demografie lässt sich auf folgende Formel bringen: Australier sind Einwanderer und Nachfahren von Einwanderern, die aus fast allen Ländern der Erde kamen.

Jedes Jahr wächst Australien um eine Großstadt mit 350 000 bis

**Ohne Zuwanderung  
wäre beständiges  
Wachstum unmöglich**

**17 neue Stadtteile  
sollen im weitläufigen  
Umfeld entstehen**

400 000 Menschen – in der Summe doppelt so schnell wie die USA, drei Mal so schnell wie Großbritannien, vier Mal so schnell wie Frankreich. Bleibt es bei diesen Quoten, wird das Land im Jahr 2050 rund 38 Millionen Einwohner haben. Scott Morrison, Minister für Finanzen, umwirbt die Wählerinnen und Wähler gelegentlich mit der plakativen Aussage, die Regierung schaffe „jeden Tag 1000 neue Jobs“. Das klingt gut. Doch Morrison verschweigt einen nicht ganz unwichtigen Zusatz. 390 000 Menschen wanderten zwischen Juli 2016 und Juli 2017 nach Australien ein – also mehr als 1000 pro Tag. Würde die Wirtschaft nicht prosperieren, hätte die Regierung ein Problem: 1000 neue Arbeitslose, an jedem neuen Tag.

**Rasanten Bevölkerungswachstum**

Die meisten Zuwanderer zieht es in den Südosten des Kontinents, insbesondere in die beiden größten Städte, Sydney und Melbourne. Womit wir zurück wären in Melbourne mit seinen „urban sprawls“, wie die Auswüchse der Vorstädte hier genannt werden. Mit oder ohne Rennbahn, der einstige Vorort Flemington ist längst kein wertloser Grund am Rande der Stadt mehr. Vier Kilometer von Downtown Melbourne entfernt liegt Flemington heute mittendrin im Meer der Einfamilienhäuser.

Derzeit leben rund 4,8 Millionen Menschen in der Stadt, etwas weniger als in Sydney. 2050 jedoch wird Victorias Hauptstadt – mit dann acht Millionen Einwohnern – Sydney überholt haben, davon gehen Bevölkerungsstatistiker aus. Paul

Bloxham, Chefökonom für Australien und Neuseeland bei der Großbank HSBC, sagt, die Nachfrage auf Sydneys Immobilienmarkt habe den Höhepunkt bereits überschritten. In Melbourne hingegen müssten Investoren im ersten Halbjahr 2018 mit einem nochmaligen Preisanstieg von bis zu 9 Prozent rechnen.

Melbournes dynamische Entwicklung brachte die Regierung Victorias 2017 in Zugzwang, ein umfassendes Konzept zur Stadterweiterung vorzulegen. Nach diesem Konzept entstehen gerade 17 neue Stadtteile am Reißbrett. Aufgrund seiner geografischen Lage im Halbkreis rund um die riesige Port Phillip Bay, die etwa doppelt so groß ist wie der Naturhafen von Sydney, kann sich Melbournes Metropolis noch relativ problemlos ausbreiten, insbesondere nach Norden und Westen. Einige der 17 geplanten Stadtteile sind aber rund 50 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Die Regierung Victorias hat 20 Milliarden australische Dollar, umgerechnet 13 Milliarden Euro, für Infrastrukturmaßnahmen bereitgestellt. Alle Neubaugebiete sollen S-Bahn-Anschluss bekommen und Downtown Melbourne ein U-Bahn-Netz.

Städtebau ist Australiern eine Herzensangelegenheit. Mit sorgfältig designten Häuserfassaden, Straßenverläufen und Parkanlagen kompensiert man die Tatsache, dass es in Down Under kaum historisch gewachsene Strukturen gibt. Für den Betrachter aus der Alten Welt wirken solche Kunstwelten zuweilen ein wenig aufgesetzt. Immerhin können sich die Australier zugute halten, dass sie Bausünden europäischer Banlieues und Trabantenstädte bislang ver-

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

mieden haben. Melbournes rasantem Bevölkerungswachstum hält die Planung jedoch seit vielen Jahren nicht mehr stand. 1,6 Millionen neue Häuser und Wohnungen brauche Melbourne bis 2050, mahnt die Regierung Victorias, die sich von der Politik in Canberra im Stich gelassen fühlt und dies mit amtlichen Zahlen belegen kann: Nur 7 Prozent des föderalen Infrastrukturetats kommen im Bundesstaat Victoria an, in dem ein Viertel der australischen Bevölkerung lebt.

## Eine Geldanlage für Chinesen

In dieser misslichen Lage sind ausländische Investitionen willkommen. Überwiegend fließen diese momentan aus der Volksrepublik China. Laut einer Studie der Australia and New Zealand Banking Group (ANZ) erwerben Ausländer zwischen 15 und 25 Prozent der Neubauten. Ein niedriges Zinsniveau und Steuervergünstigungen der australischen Bun-

desregierung für Hauskäufer haben diesen Trend gestützt.

Seit 2013 stieg der Anteil der Chinesen um das Drei- bis Vierfache. Die chinesische Mittel- und Oberschicht sieht in Australien und Melbourne laut der Studie „einen sicheren Hafen für eine Geldanlage“. Immobilien in Melbourne und Sydney wurden verstärkt zu Spekulationsobjekten.

Laut Recherchen der University of Sydney und von KPMG Australia erreichten chinesische Investitionen in Australien 2016 das höchste Niveau seit der Weltfinanzkrise 2008. Chinesen investieren in Australien gleichermaßen in private wie in Gewerbeimmobilien. Hans Hendrischke, Professor des China Studies Centre in Sydney, ist einer der Autoren der oben genannten wissenschaftlichen Untersuchung.

Diese enthält erstaunliche Zahlen: Mit umgerechnet 58,5 Milliarden Euro seit 2007 ist Australien der weltweit zweitgrößte Profiteur chi-

nesischer Direktinvestitionen, hinter den USA mit 65 Milliarden Euro. Deren Bevölkerung ist jedoch 15 Mal größer als die australische. 57 Prozent der Anleger aus China und Hongkong sagten in einer Umfrage der *Financial Times*, sie wollten künftig noch mehr auf dem fünften Kontinent investieren.

## Australiens Schicksal ist von Chinas Rohstoffhunger abhängig

Vielen Australiern geht das zu weit, sie sehen sich als Verlierer dieser Entwicklung. Rechtsradikale Parteien protestieren gegen eine „Invasion des australischen Immobilienmarkts“. Zuletzt erhitzten sich Debatten über das richtige Maß an Zuwanderung und über die Rechte der Einwanderer. Während die Regierungskoalition Australien gelegentlich als Musterland für multikulturelle Integration preist, begegnet die australische Gesellschaft Immigranten mit verstärkter Ablehnung. Vielerorts macht sich eine ungute, feindselige Grundstimmung breit. Fremdenhass und Rassismus weiten sich aus.

### Sinkende Nachfrage

Lange wähten sich die Australier aufgrund des Rohstoffreichtums ihrer Heimat in einer Art Schlaraffenland. Doch seit 2013 fallen die Preise wichtiger Rohstoffe. Obwohl es zwischenzeitlich wieder leicht aufwärts ging, rechnen Fachleute jedoch durchaus auch mit weiteren Preisrückgängen. Nirgends spürt man das mehr als in Melbourne, dem Hauptsitz weltweit agierender Rohstoffkonzerne wie BHP Billiton und Rio Tinto. Stahlkocher brauchen Kohle und Erz als Zutaten, doch die sinkende Nachfrage aus China wird bis 2019 nach Analys-

tenmeinung zu Preisabschlägen von rund 10 Prozent beim Eisenerz und bis zu 30 Prozent für Kraftwerkskohle führen.

Neben der Rohstoffbranche gerieten weitere traditionelle Wirtschaftszweige ins Wanken. 2017 mussten die letzten verbliebenen Autobauer Australiens, darunter Toyota und General Motors, ihre Produktion einstellen. Eine Rückkehr zu Haushaltsüberschüssen, wie von der Regierung versprochen, ist derzeit unrealistisch. So hat sich die Bruttostaatsverschuldung in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt. Ratingagenturen stellten mehrmals Australiens mit AAA bewertete Bonität in Frage.

Australiens Schicksal ist seit der jüngsten Rohstoff-Rallye ganz besonders vom Appetit der Chinesen abhängig. Mit dem Import von Bodenschätzen ist die Volksrepublik im 21. Jahrhundert zu Australiens wichtigstem Wirtschaftspartner aufgestiegen. Zudem bilden rund 170 000 Chinesen seit Jahren die größte Gruppe der Gaststudenten in Down Under; sie studieren überwiegend wirtschafts- und ingenieurwissenschaftliche Fächer und wollen in Australien ihre Englischkenntnisse verbessern beziehungsweise erste Arbeitserfahrungen im Ausland sammeln. Nun werden Stimmen laut, chinesischen Studierenden den Erwerb von Immobilien zu verbieten, um einer weiteren Markterhitzung in den Metropolen gegenzusteuern.

Die chinakritische Stimmung in Australien mündete kurz vor Weihnachten in einen handfesten politischen Streit beider Länder, nachdem bekannt wurde, dass mehrere Abgeordnete und Parteien im Parlament



von Canberra Spenden von chinesischen Geschäftsleuten empfangen und teils nicht deklariert hatten. Premierminister Malcolm Turnbull kündigte Gesetzesverschärfungen an, um politische Einflussnahmen aus dem Ausland zu unterbinden. Peking reagierte mit den Worten, Turnbulls Vorgehen hätte die bilateralen Beziehungen „vergiftet“.

Malcolm Davis, Militärexperte des Australian Strategic Policy Institute, sieht in der scharfzüngigen Reaktion der Staatsführung in Peking mehr als einen Interessenkonflikt. Davis spricht von einem „Versuch, Australien einzuschüchtern“, Peking erhoffe sich militärstrategische Vorteile in der Region. „Ziel ist ganz offenbar, dass sich Australien mit China verbündet und die Allianz mit den USA beendet“, sagt Malcolm Davis. „Wir Australier sind gerade dabei, gegen diese Entwicklung anzukämpfen.“

### **Gescheiterte Projekte als Lehrgeld**

Mit welchem Gegenwind chinesische Investoren künftig rechnen müssen, zeigt sich erneut rund um Melbournes Rennbahn, im Stadtteil Flemington. Für umgerechnet 29,3 Millionen Euro hatte die Schanghaier Greenland Holdings vor ein paar Jahren Grundstücke erworben. Der zweitgrößte chinesische Immobilienentwickler hatte Großes vor: Mächtige

Apartmentblocks für 2200 Menschen sollten entstehen, 14 bis 31 Stockwerke hoch.

Victorias Regierung hatte das Projekt vor einem Jahr genehmigt, verlangte nach Protesten der Anwohner jedoch Bescheidenheit von den Planern, und bei 15 Stockwerken müsse Schluss sein. Dem Konzept von Greenland fehle zudem eine angemessene Verkehrsanbindung, und der Stadtteil würde zu sehr verdichtet.

Die Chinesen wollten ihr Projekt nicht zurechtstutzen lassen. Sie haben den Vertrag mit dem Rennbahnbetreiber zwischenzeitlich gekündigt. Offenbar mit der Erkenntnis, dass Projekte in Melbourne – anders als in Schanghai oder Peking – nicht gegen den Willen der Anwohner durchgeführt werden können. „Gescheiterte Projekte sind das Lehrgeld, das wir Chinesen zahlen“, sagte Wang Jianlin, Gründer des Immobilienentwicklers Wanda Group, gegenüber dem *Wall Street Journal*, „die Hälfte aller chinesischen Auslandsakquisitionen werde scheitern“.

Doch ohne chinesisches Kapital dürfte Melbournes großangelegter Ausbau kaum zu bewerkstelligen sein.

Jörg Schmilewski berichtet seit 2007 als Korrespondent deutscher Medien aus Australien und Südostasien.

**Melbourne könnte  
ohne Kapital aus  
China nicht wachsen**

## Für unsere Überzeugungen kämpfen

Wie wir die liberale Demokratie gegen den Populismus verteidigen können

Yascha Mounk | **Nie hätten sich die alten Griechen, Römer oder Venezianer vorstellen können, dass ihr politisches System untergeht. Selbst wenn wir es genauso wenig glauben können: Die liberale Demokratie wird durch Populismus in ihrer Existenz bedroht. Wer sich unseren Werten und unseren Institutionen verbunden fühlt, muss sich wehren.**

Wer in einem politischen System aufgewachsen ist, das über Jahrzehnte oder Jahrhunderte Bestand hatte, der hält es wahrscheinlich für unveränderlich. Die Geschichte, so scheint es ihm, hat ihren Endpunkt erreicht. Alles wird so bleiben, wie es ist.

Aber obwohl es in den Annalen der Menschheit viele Systeme gab, die erstaunlich lange überlebten, haben sie alle eines gemeinsam: Irgendwann sind sie dann doch untergegangen. Die attische Demokratie dauerte rund zwei Jahrhunderte; die Römische Republik hatte fast 500 Jahre Bestand; die „Serenissima Repubblica di San Marco“ waltete gar ein ganzes Jahrtausend über die Lagune von Venedig. Jeder, der diesen Regierungsformen gegen Ende ihrer Existenz den Untergang voraussagte, konnte aus scheinbar gutem Grund ausgelacht werden: Warum, konnten die Zeitgenossen solch einen Unheilspredigten fragen, sollte ein politisches System, das seit Jahrhunderten gut funktioniert, innerhalb der nächsten paar Jahrzehnte zusammenbrechen? Und doch kam der Moment, in dem die attische Demokratie, die Römische Republik und die doch nicht ganz so ruhige Repubblica di San Marco von der Bühne der Geschichte abtraten.

Wir täten gut daran, uns diese Lektion zu Herzen zu nehmen. Die sieben Jahrzehnte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben den Völkern Nordamerikas und Westeuropas eine beispiellose Zeit des Friedens und des Wohlstands beschert. Im Unterschied zu unseren Vorfahren haben viele von uns niemals Krieg oder Revolution, Hungersnot oder Bürgerkrieg erleben müssen. Die Vorstellung, die Demokratie könnte plötzlich verschwinden – und der Anbruch eines neuen Zeitalters könnte anstelle von Toleranz und Wohlstand Tod und Hunger mit sich bringen –, widerspricht jeder Stunde unserer gelebten Erfahrung. Doch die Geschichte ist voll von Menschen, die fälschlicherweise davon überzeugt waren, dass der Frieden und die Stabilität, an die

sie sich im Laufe ihres kurzen Lebens gewöhnt hatten, nie ein Ende nehmen würden. Sie ist voll von heidnischen Priestern und französischen Aristokraten, von russischen Bauern und deutschen Juden. Wenn wir nicht enden wollen wie sie, müssen wir viel wachsamer werden – und endlich für unsere wichtigsten Werte kämpfen.

## Demokratie ohne Recht

Seit fast einem Jahrhundert ist die liberale Demokratie in weiten Teilen der Welt das vorherrschende politische System. Dieses Zeitalter der demokratischen Dominanz könnte bald zu Ende gehen. Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte kam es in nordamerikanischen und westeuropäischen Ländern zu einem Zerfall der Demokratie. Unser politisches System verspricht die Volksherrschaft. Aber in der Praxis ignoriert es den Willen des Volkes allzu häufig. Von den meisten Politikwissenschaftlern unbemerkt, hat in vielen Ländern ein System des Rechts ohne Demokratie Einzug gehalten. In jüngerer Zeit erzielten politische Neulinge große Erfolge, indem sie versprachen, dem Volk die Macht zurückzugeben. Aber dort, wo sie die Regierung übernahmen, haben sie vielen Bürgern ihre Grundrechte verweigert – und schnell damit begonnen, die wirklichen Interessen des Volkes zu ignorieren. In Ungarn und auf den Philippinen, in Polen und in den USA sind die Rechte des Einzelnen heute einem konzertierten Angriff durch populistische Machthaber ausgesetzt. Die mächtigste Alternative zum System des Rechts ohne Demokratie hat sich als System der Demokratie ohne Recht herausgestellt.

**Der riesige Erfolg der AfD hat Deutschland regelrecht schockiert**

Wird die gegenwärtige Krise einen dramatischen Umschwung vom undemokratischen Liberalismus zur illiberalen Demokratie erleben – und schlussendlich in eine reine Diktatur münden? Oder wird es den Verteidigern der liberalen Demokratie gelingen, ein politisches System, das trotz seiner unbestrittenen Mängel Milliarden von Menschen Frieden und Wohlstand ermöglicht, zu erneuern – und so dem populistischen Ansturm zu trotzen?

Der riesige Erfolg der AfD hat Deutschland regelrecht in Schock versetzt. Jahrelang gratulierten wir uns gegenseitig dazu, dass wir die Lektionen der Vergangenheit gelernt hätten und Rechtsradikalen hierzulande nie wieder echte Macht zubilligen würden. Doch dann machten deutsche Wähler eine Partei, deren führende Exponenten in den Monaten vor der Wahl eine 180-Grad-Wende im Verständnis des Zweiten Weltkriegs forderten, eine türkischstämmige Politikerin in Anatolien entsorgen wollten, ja, die Bundesrepublik gar als illegitime Marionette des Westens verunglimpften, zur drittstärksten politischen Kraft im Land.

Die Versuchung, den Erfolg der AfD als kurzlebigen Unfall der bundesrepublikanischen Geschichte – also als ein Resultat der Flüchtlingskrise und der Frustration über die Euro-Krise, der „Antipolitik“ Angela Merkels und der Kraftlosigkeit der SPD – abzutun, ist nun besonders groß. Als ich im Herbst 2016 mit führenden Politikern über die AfD sprach, sagten die meisten von ihnen voraus, dass sie an der 5-Prozent-Hürde scheitern oder – „höchstens!“ – ganz knapp in den Bundestag einziehen würde. Als ich dieselben Politiker

im Herbst 2017 erneut zur Zukunft der AfD befragte, waren sie unbeirrt optimistisch: Bis zu den nächsten Wahlen, zeigten sie sich überzeugt, wird die Partei sich schon zerlegen.

**Es ist schwer,  
Populisten wieder  
loszuwerden**

Ganz abwegig ist diese Hoffnung nicht. Wie der Austritt Frauke Petrys unter Beweis stellt, könnte sich die Partei tatsächlich spalten. Und obwohl es in der Nachkriegsgeschichte noch keine rechtspopulistische Partei annähernd so weit geschafft hat wie die AfD, haben auf Landesebene auch Die Republikaner und die NPD ihre Blütezeit erlebt – bevor sie aufgrund interner Querelen und allgemeiner Stümperhaftigkeit wieder aus den Parlamenten flogen. Wenn Populisten sich in der außerparlamentarischen Opposition geschickt profilieren, bedeutet das also noch lange nicht, dass sie sich auch als andauernder Bestandteil der repräsentativen Demokratie zu bewähren wissen.

Ja, selbst wenn die Populisten es schaffen, die Regierung zu bilden, steuert die liberale Demokratie nicht unbedingt auf ihr Verhängnis zu. Denn glücklicherweise gab es in den vergangenen Jahren einige Fälle, in denen ein Populist mit Hang zum Autoritären nach einer kurzen und katastrophalen Amtszeit wieder die Macht verlor: In Polen büßte die erste PiS-Regierung 2007 nach nur einem Jahr im Amt aufgrund eines Koalitionsstreits ihre Mehrheit ein; in den darauffolgenden Wahlen erlitt Kaczynski eine deutliche Niederlage. In Südkorea gingen im Herbst 2016 Millionen Bürger auf die Straße, um gegen eine korrupte Präsidentin mit autoritären Allüren zu protestieren; Park Geun-hye wurde schließlich des Amtes enthoben und sitzt derzeit in Untersuchungshaft.

### **Pessimistische Bilanz**

Wenn die Populisten die Macht einmal errungen haben, muss das letzte Stündlein der liberalen Demokratie also noch nicht geschlagen haben. Wenn ihre Verteidiger sich gegen die Regierung zusammenschließen, sich mit Massenprotesten gegen eine Ausweitung der Macht der Populisten zur Wehr setzen und sie bei erster Gelegenheit aus dem Amt jagen, haben sie eine gute Chance, das System zu retten. Aber leider stehen jedem Beispiel für den Absturz einer schon im Parlament etablierten oder gar auf den Fluren der Macht waltenden populistischen Partei zwei oder drei populistische Triumphe gegenüber. Auch in Österreich und der Schweiz, in Belgien und den Niederlanden, in Dänemark und Schweden, in Italien und Spanien sowie in Tschechien und der Slowakei erwarteten viele Beobachter, dass politische Novizen, die die dortigen Parteiensysteme in Bewegung brachten, bald wieder in der Versenkung verschwinden würden. Heute sind Populisten in all diesen Ländern stärker, als sie es damals waren. Trotz aller Gegenbeispiele: Wenn sich eine populistische Partei in den vergangenen zwei Jahrzehnten erst einmal etabliert hat, ist entweder sie oder eine geistesverwandte Gruppierung in fast jedem Fall zum dauerhaften Bestandteil des politischen Systems geworden.

Ähnlich pessimistisch sollte uns die Bilanz populistischer Regierungen stimmen: In vielen Ländern der Welt haben autoritäre Herrscher, deren Scheitern allgemein erwartet worden war, ihre Macht gefestigt – und es der Opposition unmöglich gemacht, sie in freien und fairen Wahlen abzusetzen. In der

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

Türkei und in Venezuela erkämpften sie beispielsweise in ihrer ersten Amtszeit echte wirtschaftliche Verbesserungen und wurden mit deutlichem Vorsprung wiedergewählt. Es dauerte jedoch nicht lange, bis die negativen Konsequenzen ihrer kurzsichtigen Politik an den Tag traten und die Opposition mit immer härteren Repressalien unterdrückt wurde. Schließlich wandte das Volk sich gegen die Populisten. Aber diese hatten ihre Macht bereits gefestigt. Als die Wähler also endlich die Nase voll hatten, konnten sie die Regierung nicht mehr in freien und fairen Wahlen aus dem Amt jagen – und ihr Land rutschte allmählich in die Diktatur ab.

Für Länder, die erst kürzlich Populisten ins Amt gewählt haben, verheißen diese Präzedenzfälle nichts Gutes. In Indien, Polen und auf den Philippinen übernahmen autoritäre Populisten die Macht. Und die ersten drei Maßnahmen, die Narendra Modi in Indien sowie Jaroslaw Kaczynski in Polen unternommen haben, ähneln auffällig den ersten drei Maßnahmen, die Recep Tayyip Erdogan in der Türkei umgesetzt hat. Werden Schritt fünf und acht und zehn auch dieselben sein? Das wird sich erst in einigen Jahren herausstellen. Noch könnte diesen Ländern ein Kurswechsel gelingen. Aber der Weg des geringsten Widerstands scheint heute in einen ähnlichen Abgrund zu führen.

In großen Teilen Nordamerikas und Westeuropas besteht die Demokratie deutlich länger als in Polen oder Indien, in Ungarn oder der Türkei. Die politische Kultur ist tiefer verankert, ihre Institutionen sind stärker verwurzelt, die Bürger wohlhabender und gebildeter. Wie also können wir wissen, ob der Aufstieg autoritärer Populisten sich hierzulande als ebenso katastrophal erweisen wird, wie er es dort getan hat?

Es gibt keinen klaren Präzedenzfall, der diese Frage definitiv beantworten könnte. Noch nie waren die Bürger vermeintlich gefestigter Demokratien ge-

genüber ihrem politischen System so kritisch eingestellt wie heute. Noch nie waren sie für autoritäre Alternativen so offen. Und noch nie haben sie in so großer Zahl für Populisten gestimmt, die offen die Grundregeln und Normen der liberalen Demokratie verachten. Aber obwohl es für eine sichere Prognose noch viel zu früh ist, haben die letzten Monate uns doch einen entscheidenden Testfall beschert: die Wahl von Donald Trump.

**Trump hat viele vermeintlich rote Linien überschritten**

Da die amerikanischen Gründerväter panische Angst vor dem Tag hatten, an dem ein Demagoge die Präsidentschaft an sich reißen würde, haben sie die Legislative und die Judikative mit den Abwehrmitteln ausgestattet, die diese brauchen, um sich gegen eine machthungrige Exekutive zu behaupten: Dank ihrer Weitsicht kann der Supreme Court Dekrete des Präsidenten kassieren, wenn diese gegen die Verfassung verstoßen. Und falls der Präsident das Gesetz bricht oder die Anweisungen der Gerichte ignoriert, kann der Kongress ihn sogar seines Amtes entheben. Aber auch diese Institutionen bestehen letztlich aus Menschen aus Fleisch und Blut. Wenn diese zu feige sind, um ihre Abwehrmittel einzusetzen – oder sich gar zu Komplizen des Präsidenten machen –, wird sich letztlich auch eine noch so gut durchdachte Verfassung als kraftlos erweisen. Die Frage ist also nicht, ob die Gerichte und der Kongress sich dem Präsidenten in der Theorie entgegenstellen können, sondern ob sie es in der Praxis auch tun werden.

In den ersten Monaten seiner Amtszeit hat Trump viele vermeintlich rote Linien überschritten. Und jetzt, da wir sie im Rückspiegel betrachten, erscheinen sie uns plötzlich gelb – oder gar grün. Die meisten republikanischen Kongressmitglieder haben zu Trumps wiederholten Angriffen auf die amerikanische Demokratie noch kein Wort verloren. Nach wie vor erfreut der Präsident sich bei einem beachtlichen Teil der Wählerschaft glühender Unterstützung. Und wie er selbst so gerne sagt, weiß niemand so wirklich, was er tun müsste, damit sich das ändern würde. In den kommenden Monaten und Jahren könnte sich die Lage durchaus verschlimmern. Es ist möglich, dass Trump sich bald über Gerichtsurteile hinwegsetzen oder noch mehr Ermittler feuern wird, die sich mit Vorwürfen gegen ihn beschäftigen. Und es ist nicht einmal ganz auszuschließen, dass er eines Tages eine Zeitung verbieten lässt oder sich weigert, das Ergebnis einer Wahl anzuerkennen. Falls der Kongress und die Gerichte mutig und entschlossen handeln, haben sie gute Chancen, seine autoritären Bestrebungen zu unterbinden. Aber die Verfassung kann sich nicht selbst verteidigen. Solange Trumps Verbündete unter den Republikanern nicht bewiesen haben, dass sie willens sind, ihr Land über ihre Partei zu stellen, schwebt die amerikanische Republik in akuter Gefahr.

So weit das pessimistische Szenario. Zweifellos sind liberale Demokratien für populistische Machtübernahmen anfälliger, als wir lange dachten. Aber es gibt auch gute Gründe, darauf zu hoffen, dass Amerika, wenn Trump eines Tages nicht mehr im Weißen Haus sitzt, seine Demokratie erneuern kann. Seit seiner Amtseinführung haben Millionen Amerikaner gegen Trumps Politik protestiert. Seine lautstarken Gegner haben immer wieder klargemacht, dass der Präsident keineswegs im Namen aller Amerikaner spricht. Sollten sie in



den kommenden Jahren ihren Eifer und ihre Energie bewahren, werden sie ein starkes Bollwerk gegen seine autoritären Tendenzen bilden. Amerikas unabhängige Institutionen haben Trump nicht annähernd so schnell oder so entschlossen Widerstand geleistet, wie Politikwissenschaftler es bis vor einigen Jahren vorausgesagt hätten. Und doch beginnen auch sie allmählich, das Richtige zu tun. Robert Muellers Ernennung zum Sonderermittler trug zur Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz bei. Selbst die republikanischen Abgeordneten im Kongress signalisieren langsam mehr Bereitschaft, sich dem Präsidenten entgegenzustellen. Auch die öffentliche Meinung dreht sich peu à peu. Zwar sind Trumps Umfragewerte nicht annähernd so katastrophal, wie seine Gegner gern glauben möchten. Aber während der ersten zwölf Monate seiner Amtszeit sank seine Beliebtheit tatsächlich spürbar – keiner seiner Vorgänger war zu einem vergleichbaren Zeitpunkt so unbeliebt, wie er es heute ist.

## Eine Impfung gegen den Virus der illiberalen Demokratie

Sollte Trumps Flamme bald erlöschen, könnte seine kurze Präsidentschaft dazu beitragen, die Vereinigten Staaten gegen das Virus der illiberalen Demokratie zu impfen. Nach Jahren, in denen die Bürger sich ein immer düstere Bild von ihrem politischen System machten, hat Trumps Aufstieg bereits ein neues Engagement für die Verfassung entfacht. Sollte Trump das Amt mit Schimpf und Schande aufgeben müssen, könnte sein Abgang einen neuen Geist der Einheit beleben. Und ist die akute Infektion erst einmal bezwungen, sind Amerikas Abwehrkräfte vielleicht zur Genüge gestärkt, um in den kommenden Jahrzehnten gegen neue Ausbrüche der populistischen Krankheit gefeit zu sein.

### Die Gefahr ist noch längst nicht gebannt

Sowohl das eindeutig pessimistische als auch das eindeutig optimistische Szenario scheint letztlich unplausibel. Trump wird sich zwar nur schwer von dem Chaos erholen, das er in seinem ersten Amtsjahr angerichtet hat. Wenn seine Beliebtheitswerte weiterhin sinken oder seine Gesetzesvorschläge im Kongress blockiert bleiben, wenn es zu umfangreichen Ermittlungen gegen ihn kommt oder republikanische Mandatsträger nach und nach auf Distanz zu ihm gehen sollten, wird ihm die nötige Unterstützung fehlen, um immer mehr Macht in seinen eigenen Händen zu bündeln. Doch gleichzeitig sollten die Optimisten nicht vergessen, dass Trump den amerikanischen Institutionen enormen Schaden zufügen kann – und zwar selbst wenn er relativ isoliert und halbwegs unpopulär bleibt. Irgendwann wird er wahrscheinlich eine echte Verfassungskrise herbeiführen. Auch wenn er diese Kraftprobe letztlich verlieren sollte, würden demokratische Normen, die seit Jahrhunderten als sakrosankt galten, durch eine solche Krise enorm geschwächt werden. Die akute Gefahr, die Trump für die Demokratie darstellt, ist deshalb noch längst nicht gebannt.

Die Hoffnung, dass ein Scheitern seiner Präsidentschaft zu einem neuen Gefühl der Einigkeit führen könnte, ist leider ähnlich naiv. Denn wenn Trump unehrenhaft aus dem Amt gejagt werden sollte, würde eine beträchtliche Minderheit der Amerikaner ihn zum Märtyrer stilisieren – und noch größeren Zorn auf das politische Establishment richten. Ja, sogar jene ehemaligen Trump-Fans, die ihm selbst die Hauptschuld für sein Scheitern zuschreiben,

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

könnten letztendlich zu dem Schluss kommen, dass sie ihre Hoffnungen auf einen noch radikaleren Tribun setzen müssen, um den Washingtoner Sumpf endlich trockenenzulegen.

Wie andere Populisten in aller Welt ist Trump deshalb zumindest ebenso ein Symptom der gegenwärtigen Krise wie ihre Ursache. Wären nicht so viele Bürger tief von der Demokratie enttäuscht, hätte er das Weiße Haus gar nicht erst erobern können – und wenn er dieses endlich wieder verlässt, werden die Bürger ihre Sorgen nicht von einem auf den anderen Tag beiseiteschieben. Es ist durchaus möglich, dass Trump die kommende Wahl verliert und von einem überraschend konventionellen Nachfolger beerbt wird. Für ein paar Jahre, vielleicht sogar für ein paar Jahrzehnte könnte wieder ein moderater Politiker die Regierungsgeschäfte führen. Aber solange beide Parteien sich nicht zusammenraufen, um die Entwicklungen umzukehren, die hinter der tiefen Enttäuschung der Bürger stecken, werden die Populisten über kurz oder lang wieder erstarken. Und wenn in 15 oder 30 Jahren der nächste Möchtegern-Autokrat ins Weiße Haus einzieht, könnte Amerika für dessen Drang zur Macht noch anfälliger sein als heute. Das Virus des Autoritarismus könnte die amerikanische Republik dann zerfressen, ohne auf großen Widerstand zu stoßen.

## **Historische Parallele**

Die Schlacht gegen Donald Trump ist nicht viel mehr als die erste Salve in einem viel längeren Kampf gegen den Populismus – einem Kampf, den wir weit über das Ende seiner Amtszeit und weit über die Vereinigten Staaten hinaus werden führen müssen. Wenn ich über die Zukunft von Deutschland und Frankreich, von Schweden und den USA nachdenke, scheint mir die geeignetste historische Parallele deshalb weder in Ungarn noch in der Türkei zu lie-

gen, sondern in der Römischen Republik. Bis zum 2. Jahrhundert v. Chr. hatten wirtschaftliche Umbrüche und soziale Konflikte zu einer explosiven Mischung aus Wut und Enttäuschung geführt. Als Tiberius Gracchus den Armen eine lang ersehnte Landreform versprach, wählten die Plebejer ihn 133 v. Chr. zum Volkstribun. Entsetzt bemühten sich die Patrizier, seine radikalen Reformen zu unterbinden. Als Tiberius sich über ihr Veto hinwegsetzte und eine Lösung für die daraus resultierende Verfassungskrise in immer weitere Ferne zu rücken schien, artete der Konflikt in Gewalt aus. In einer chaotischen Auseinandersetzung wurden Tiberius und 300 seiner Anhänger erschlagen.

Nach Tiberius' Tod kehrte in Rom für einige Jahre Ruhe ein. Dann wurde sein Bruder Gaius Gracchus zum Volkstribun gewählt. Als er sich daranmachte, noch radikalere Landreformen durchzusetzen – und damit eine noch schwerere Verfassungskrise verursachte –, wurde auch er von seinen politischen Gegnern getötet. Dieses Mal wurden 3000 seiner Anhänger ermordet. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte wiederholte sich dieses Muster ein ums andere Mal. Die turbulente Herrschaft eines trotzigem Volkstribuns führte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den unnachgiebigen Patriziern. Für eine kurze Weile herrschte Normalität. Die Emotionen ebten ab. Der Friede kehrte zurück. Aber die tiefen Probleme der Republik waren noch immer nicht gelöst – und der Zorn, den sie entfachten, brach bei der nächsten Gelegenheit wieder aus.

Die von den Gracchen und ihren Gegnern angestachelten Konflikte prägten die Römische Republik, noch lange nachdem sie selbst von der politischen Bühne wieder verschwunden waren. Immer wieder gelang es einem ihrer Nachahmer, die Macht zu erobern. Und von Mal zu Mal zeigten sich die Normen und Regeln der Römischen Republik dem Ansturm der so genannten Popularen weniger gewachsen. Es gab keine klare Bruchstelle, keinen eindeutigen Moment, in dem den Römern bewusst wurde, dass ihre politischen Institutionen obsolet geworden waren. Und doch verkam die Römische Republik im Laufe eines stürmischen Jahrhunderts mehr und mehr. Als die meisten Römer endlich erkannten, dass ihre Freiheit auf dem Spiel stand, war die Republik schon längst verloren.

Auf dem Höhepunkt seiner schrecklichen Herrschaft machte Nero sich daran, seine Feinde zu erniedrigen und seine Verwandten zu töten. Er ermordete seine Mutter und seinen Stiefbruder. Er ließ eine ganze Reihe von hochrangigen Politikern exekutieren. Dann richtete er seine Aufmerksamkeit auf einen einflussreichen Senator aus einer namhaften römischen Familie. Florus, so befahl er, solle bei seinen Spielen tanzen und sich so vor einer johlenden Menge zum Narren machen. Florus wusste nicht, was er tun sollte. Wenn er Neros Befehl Folge leistete, würde er dessen Herrschaft legitimieren und Schande über sich und seine Familie bringen. Wenn er sich dem Befehl verweigerte, würde Nero ihn vermutlich töten lassen. In seiner Verzweiflung wandte er sich an Paconius Agrippinus, einen stoischen Philosophen.

Die Stoiker lehrten, dass man mit der richtigen Einstellung über alle noch so widrigen Umstände triumphieren könne. Niemand, so ihre These, kann den Geist eines Menschen bezwingen. Solange man gegenüber der Außenwelt

Und doch verkam die  
Römische Republik  
immer mehr

gänzlich gleichgültig ist – also jegliche Bindung an materielle Dinge, an andere Menschen und selbst ans eigene Überleben aufgibt –, behält man sein Wohlergehen in der eigenen Hand. Ein wahrer Philosoph, so das Fazit der Stoiker, kann selbst auf der Folterbank glücklich sein. Florus wird sich also kaum zufällig an Agrippinus gewandt haben. Angesichts dessen, was er über die Stoiker wissen musste, erwartete er wahrscheinlich einen eindeutigen Rat: „Biete dem Tyrannen die Stirn. Mach dir über die Konsequenzen keinen Kopf.“

Aber das war es nicht, was Agrippinus dem Senator riet. Stattdessen sagte der Philosoph, dass es keinen wirklichen Unterschied mache, wofür er sich entscheiden werde: „Geh ruhig und nimm an den Spielen teil!“ Das hatte Florus nicht erwartet. „Und warum nimmst du nicht an ihnen teil?“, fragte er. „Weil ich die Möglichkeit nicht einmal in Erwägung gezogen habe“, erklärte Agrippinus. „Jeder, der sich herablässt, über so etwas nachzudenken, ist bereits auf dem Weg, seinen Charakter zu verlieren. Ist das Leben dem Tod vorzuziehen? Ja. Ist das Vergnügen der Pein vorzuziehen? Natürlich. Wenn ich an diesem tragischen Spektakel nicht teilnehme, erklärst du mir, wird Nero mir den Kopf abschneiden! Dann geh ruhig und nimm an den Spielen teil. Ich selber werde das nicht tun.“

## Die Lehren der Stoiker enthalten eine wichtige Weisheit

In den vergangenen Monaten habe ich viel über die Stoiker nachgedacht. In vielerlei Hinsicht ist ihre strenge Weltsicht geradezu abstoßend. Wie sie nur allzu gut verstanden haben, gibt es nur eine einzige Möglichkeit, völlige Kontrolle über das eigene Schicksal zu gewinnen: Man muss gegenüber allen äußeren Umständen gleichgültig werden. Wenn man eine Person liebt, kann man nicht glücklich sein, wenn ihr schreckliche Dinge angetan werden. Wenn man für seine Mitbürger Solidarität empfindet, kann man nicht zufrieden sein, wenn diese unter Armut leiden oder diskriminiert werden. Und wenn man sich für Werte wie Freiheit oder Gleichheit einsetzt, kann man nicht gleichmütig bleiben, wenn das Schicksal der liberalen Demokratie am seidenen Faden hängt.

Aus all diesen Gründen will ich kein Stoiker sein. Ich schätze die Dinge, die außerhalb meiner Kontrolle liegen, hoch genug, um ihr Wohlergehen freiwillig mit meinem eigenen verknüpfen zu wollen. Glückliche zu sein, während alles um mich herum aus den Fugen gerät, scheint mir nicht die Haltung eines aufgeklärten Philosophen – sondern die eines Zynikers oder gar eines Soziopaths. Und doch glaube ich in den Lehren der Stoiker eine wichtige Weisheit zu entdecken: Sie haben erkannt, dass man niemals das Richtige tun wird, wenn man sich ununterbrochen ausrechnet, was für Folgen das eigene Handeln haben könnte. Denn wenn man mit einer echten Gefahr konfrontiert ist, wird man immer einen scheinbar vernünftigen Grund finden können, um rein gar nichts zu tun.

„Ich sollte wahrscheinlich etwas sagen. Aber was würde das schon für einen Unterschied machen?“ „Ich sollte da wahrscheinlich nicht mitmachen. Aber wie kann ich meine Familie ernähren, wenn ich jetzt meinen Job verliere?“ „Ich sollte der Regierung wahrscheinlich Paroli bieten. Aber was, wenn sie mich dann ins Gefängnis wirft?“ In einem wichtigen Punkt hatte Agrip-

pinus also vollkommen recht: Wenn ich erst dann darüber nachdenke, welche Risiken ich eingehen möchte, wenn die Gefahr bereits akut ist, werde ich im entscheidenden Moment kneifen. Da ich hoffe, dann das Richtige zu tun, wenn Mut besonders vonnöten ist, arbeite ich also schon jetzt an meiner inneren Entschlossenheit.

### Außergewöhnliche Zeiten

Eines der wichtigsten – und am wenigsten beachteten – Privilegien einer stabilen Demokratie ist es, dass wir uns mit derartigen Fragen in der Regel nicht auseinandersetzen müssen. Bis in die jüngste Vergangenheit lebten die meisten von uns in gewöhnlichen Zeiten. In der Politik stand schon immer viel auf dem Spiel. Aber es bedurfte selten großen Mutes, für das einzutreten, was uns am Herzen lag. Das Richtige zu tun, erforderte keine großen Opfer. Und wenn wir einen wichtigen Kampf verloren hatten, wussten wir, dass wir noch viele Chancen bekommen würden, die Schlacht zu gewinnen. Jetzt hingegen erleben wir außergewöhnliche Zeiten. In der Politik geht es nunmehr um existenzielle Fragen. In den kommenden Jahren wird es vielleicht immer größeren Mutes bedürfen, für das einzutreten, was uns am Herzen liegt. Und falls wir im entscheidenden Moment das Richtige tun wollen, müssen wir bereit sein, echte Opfer zu bringen. Denn wenn wir die nächsten Kämpfe verlieren, könnte unsere Schlacht allzu bald ein jähes Ende nehmen.

Zum Glück gibt es vieles, was wir tun können, um die liberale Demokratie gegen das anbrechende Zeitalter des Populismus zu verteidigen: Wir können den Populisten auf der Straße Paroli bieten. Wir können unsere Mitbürger an die Vorzüge der Freiheit und der demokratischen Selbstbestimmung erinnern. Und wir können etablierte Parteien zu einem ehrgeizigen Programm drängen, welches das alte demokratische Versprechen von einer besseren Zukunft für das Gros der Bevölkerung auf glaubhafte Weise erneuert.

Noch können wir nicht wissen, auf welches Schicksal unser politisches System zusteuert. Vielleicht erweist sich der Aufstieg der Populisten als kurzlebige Phase, an die Historiker sich in hundert Jahren mit einer Mischung aus Neugierde und Verwunderung erinnern werden. Vielleicht erweist er sich aber auch als epochaler Wandel, der eine neue Weltordnung einleitet, in der die Selbstregierung von der Erdoberfläche verschwindet und die Rechte der Menschen überall mit Füßen getreten werden.

Ein Happy End kann uns niemand versprechen. Aber all jene unter uns, die sich unseren Werten und unseren Institutionen zutiefst verbunden fühlen, werden trotzdem ohne Rücksicht auf Verluste für ihre Überzeugungen kämpfen. So ungewiss die Früchte unserer Mühen auch sein mögen, wollen wir tun, was wir können, um die liberale Demokratie zu retten.

Im entscheidenden  
Moment das Richtige  
tun wollen



Yascha Mounk lehrt Politikwissenschaft an der Harvard University und forscht u.a. zum Populismus. Dieser Text stammt aus seinem aktuellen Buch „Der Zerfall der Demokratie“ (Droemer).

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Brief aus ... Vilnius

## Fallstricke der Erinnerung

In Litauens Hauptstadt sind die Spuren des Totalitarismus noch gegenwärtig

Marko Martin | „In Wilna entweicht die Zeit durch die Tür“, schrieb der russische Dichter Joseph Brodsky, ehe er vom Sowjetregime ins amerikanische Exil gedrängt wurde. Tatsächlich spiegeln sich im einst polnischen Wilna, seit nunmehr einem Jahrhundert unter dem Namen Vilnius die Hauptstadt Litauens, historische Erinnerung und Vergesslichkeit auf geradezu einmalige Weise.

Dies betrifft vor allem den Umgang mit zwei Formen des Totalitarismus: Im Juni 1940 marschierte im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes die Rote Armee ein, das Land wurde zur „Litauischen Sowjetrepublik“ und die stalinistischen Massendeportationen begannen. Diese endeten ein Jahr später mit dem Einmarsch der Deutschen, die deshalb von zahlreichen Litauern anfangs als Befreier begrüßt wurden – wobei sich Unzählige den neuen Herren als willige Helfer bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung andienten. Innerhalb weniger Monate waren bereits Zehntausende litauischer Juden ermordet; 1943 hatten die deutschen Besatzer schließlich auch das Ghetto von Wilna gewaltsam aufgelöst. Dessen Geschichte wurde

durch Joshua Sobols Drama „Ghetto“ späterhin weltberühmt, doch scheint es, dass diese historischen Verknüpfungen im Gedächtnis der heutigen Stadt keine besondere Rolle spielen.

Dabei ist das gegenwärtige Vilnius alles andere als ein Ort mürrischer Selbstbezogenheit. Von auswärtigen Besuchern gern als „Baby-Prag“ bezeichnet, erinnert das Geflecht aus gewundenen, idyllischen Gassen, Hügeln, Brücken und berückenden Kirchen tatsächlich ein wenig an die Moldau-Metropole. Glücklicherweise aber fehlen betrunkene Massentouristen in der liebevoll restaurierten Altstadt, die längst wieder ein europäisches Schmuckstück geworden ist. Gewiss ist es nicht dem seit März 1990 nun wieder unabhängigen Litauen anzulasten, dass an das einst stadtprägende jüdische Viertel fast nichts mehr erinnert. Nach der Vertreibung der Nazis waren die Sowjets zurückgekehrt und hatten prompt alle Restbauten des Ghettos einschließlich der Synagogen gesprengt; später folgte die Einebnung der jüdischen Friedhöfe. Und wieder begannen die Deportationen nach Sibirien oder an das nördliche Eismeer.



An die während des Transports Verhungerten oder danach in unwirtlichem Klima Zugrundegegangenen erinnert heute eine Dauerausstellung im wuchtigen ehemaligen KGB-Gebäude am Gedimino-Boulevard, das zuvor bereits als Gestapo-Zentrale gedient hatte. Wer durch die im Original erhaltenen Verhörräume läuft und die zahlreichen Opfer- und Täter-Biografien liest, bekommt eine Ahnung von diesem schrecklichen Verbrechen. Dennoch ist es irritierend, dass das Haus den Namen „Genozid-Museum“ trägt. Wäre der 100. Jahrestag der Staatsgründung nicht ein guter Anlass für öffentliche Debatten, die jenseits von kaltherziger Relativierung an die Tatsache erinnern, dass man als so genannter „bürgerlicher Litauer“ aus sowjetischer Verbannung mitunter zurückkehren konnte, als litauischer Jude unter den Nazis dagegen nicht die geringste Überlebenschance hatte? Im Museum ist dem Holocaust ein einziger Raum gewidmet, der den Massenmord korrekt beschreibt, die einheimische Mittäterschaft allerdings eher verklausuliert.

Im einstigen jüdischen Viertel werden inzwischen wieder Gottesdienste in einer Synagoge gefeiert. Auch gibt es ein opulentes, vom Staat gefördertes „Museum der Toleranz“, das an die Tradition der jüdischen Aufklärung erinnert. Mit nur ganz geringen Finanzmitteln ausgestattet ist hingegen das auf einem kleinen Hügel gelegene „Holocaust-Museum“; nur zwei litauische Schulklassen haben es im vergangenen Jahr besucht.

Ins ehemalige KGB-Haus strömen derweil ungleich mehr Besucher – was zum Teil verständlich ist angesichts der Tatsache, dass es in nahezu jeder litauischen Familie Deportier-

te gab und das traumatische Geschehen bis zur erneuten Unabhängigkeit 1990 nur flüsternd im Privaten thematisiert werden durfte.

Und dennoch. Gerade die überall in Vilnius zu spürende Freundlichkeit sowie entschiedene Pro-EU- und NATO-Gestimmtheit werfen die Frage auf, ob es nicht an der Zeit wäre, eine gesellschaftliche Debatte über solcherart geteiltes Gedenken zu beginnen.

Es gibt vielleicht schon hoffnungsvolle Zeichen: Die Treppen, die vom Ufer des Vilnia-Flusses hoch in die Altstadt führen, sind nach Czeslaw Milosz benannt, dem 1911 in der Stadt geborenen polnischen Literaturnobelpreisträger. Der Autor des „Verführten Denkens“ war ein luzider Analytiker des roten und braunen Totalitarismus. In seinen Gedichten und Essays hatte er immer wieder die Shoa thematisiert und der alten Frage: „Kain, wo ist Dein Bruder Abel?“ universelle Bedeutung zugesprochen. Es ist ermutigend, dass man in Vilnius auf ihn genauso stolz ist wie auf dessen 1937 in Klaipeda geborenen litauischen Dichterfreund Tomas Venclova, auch er vom kommunistischen Regime ins Exil getrieben, auch er ein ironischer Nicht-Nationalist – und ebenfalls ein Bewunderer dieses vertrackt-einmaligen Vilnius. Genug Potenzial für die Zukunft.

**Es wird zwar nichts  
verschwiegen – doch  
es gibt nur Monologe**



**Marko Martin**

lebt, sofern nicht auf Reisen, als Schriftsteller in Berlin. Soeben ist seine Monographie „Nelson Mandela“ erschienen (Reclam).

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Internationale Presse

## Die Feigheit der Brexiteers

Die britische Regierung findet keine Linie – zum Missfallen der Medien

Carsten Volkery | In der zweiten Phase der Brexit-Verhandlungen soll es um die künftige Handelsbeziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU gehen. Doch die britische Premierministerin Theresa May drückt sich seit Monaten darum, genauer zu definieren, wie diese „tiefe und besondere Partnerschaft“, von der May seit einem Jahr spricht, denn aussehen soll. Strategierunden ihres offenbar heillos zerstrittenen Kabinetts enden ergebnislos, Grundsatzreden ihrer Minister führen keinen Schritt weiter. Kurzum: Einen klaren Kurs hat die Regierung auch 20 Monate nach dem Brexit-Referendum immer noch nicht.

Außenminister Boris Johnson hielt am Valentinstag die erste von sechs Reden, in denen verschiedene Minister die „Road to Brexit“ konkretisieren wollen. Reich an Versprechungen – auch nach dem Austritt würden Briten „per Billigflug zu Junggesellenabschieden in antike Hauptstädte reisen, interessante Menschen kennenlernen, sich verlieben und kontinentaleuropäische Sprachen lernen, was paradoxerweise seit unserem EU-Beitritt nachgelassen hat“

– enthielt die Rede wenig Konkretes. Selbst der Brexit-Wortführer scheint sich noch nicht allzu viele Gedanken über die Umsetzung der Vision gemacht zu haben.

Seine Rede sei eher „ein Motivationsvortrag“ gewesen, schrieb Michael Deacon hinterher im konservativen *Daily Telegraph* (15.2.). Johnson habe nichts Neues zum Handel gesagt und die irische Grenze nicht einmal erwähnt. „Seine Botschaft war im Wesentlichen: Kinn hoch, Jungs. Jammert nicht. Es wird am Ende alles gut.“

Weder Johnson noch May könnten erklären, wie Großbritannien einen kompletten Bruch mit der EU erreichen und zugleich eine harte Grenze in Irland vermeiden kann, kommentierte der linksliberale *Guardian* (15.2.). „Ohne eine Antwort auf dieses Rätsel werden die Gespräche über eine Handelsbeziehung nicht weit kommen.“

### Harte Probe

Die anhaltende Ungewissheit stellt die Geduld der britischen Kommentatoren auf eine harte Probe. Die Tory-Premierministerin May steht

unter Druck, endlich einen Kurs vorzugeben oder aber Platz für einen entscheidungsfreudigeren Regierungschef zu machen. „Lead or go“, forderte das konservative Wochenmagazin *The Spectator* (3.2.) kürzlich auf seiner Titelseite. May müsse „im Detail“ darlegen, wie sie sich die künftige Handelsbeziehung vorstelle, schrieb dessen Politikchef James Forsyth. Wenn sie das nicht tue, solle sie zurücktreten. „Man kann nicht führen, wenn man keine Entscheidungen treffen kann.“

Die Ursache für das ziellose Dahindümpeln sieht die linke Sonntagszeitung *The Observer* (11.2.) in Mays gespaltenem Kabinett. Es sei nicht so, dass die einzelnen Minister nicht wüssten, was sie wollten, argumentierte Andrew Rawnsley, einer der bekanntesten liberalen Kommentatoren des Landes. „Es ist vielmehr so, dass verschiedene Minister verschiedene Dinge wollen.“ Die einen wollten einen möglichst klaren Bruch mit der EU: Das bedeute den Austritt aus dem Binnenmarkt und der Zollunion, damit London künftig seine eigenen Regeln setzen und eigene Handelsdeals abschließen kann. Die anderen wollten sich auch nach dem Brexit eng an die EU anlehnen, um den Unternehmen einen möglichst vollständigen und reibungslosen Zugang zum europäischen Markt zu sichern.

Einen Kompromiss zwischen diesen beiden Positionen soll eigentlich die Brexit-Arbeitsgruppe des Kabinetts finden. Neben May gehören ihr zehn Minister an, je fünf „Remainers“ und fünf „Leavers“. Sie ist sorgfältig austariert, damit sich kein Lager übervorteilt fühlt. Eine Annäherung ist bislang nicht zu erkennen, die beiden Lager scheinen sich vielmehr in

einem Gleichgewicht des Schreckens eingerichtet zu haben.

In den britischen Medien wird die Arbeitsgruppe auch „Brexit-Kriegskabinett“ genannt. Ein Unwort, fand Rawnsley. „Als Winston Churchill im Jahr 1940 Premierminister wurde, berief er ein Kriegskabinett ein“, schrieb der Kolumnist. „Das lag daran, dass Großbritannien sich in einem existenziellen militärischen Konflikt mit Hitler befand.“ Großbritannien sei aber nicht im Krieg mit der Europäischen Union, für die Brexit-Arbeitsgruppe sei die Beschreibung daher „vollkommen unangebracht“.

### Freund-Feind-Denken

Das Freund-Feind-Denken erlebt durch die Brexit-Verhandlungen eine Renaissance. Als der proeuropäisch eingestellte Finanzminister Philip Hammond sich vergangenes Jahr einmal gegen die Brexit-Hardliner in seiner Partei verteidigen musste, erinnerte er sie daran, dass „der Feind“ immer noch auf der anderen Seite, sprich in Brüssel, sitze. Er entschuldigte sich umgehend für die „unglückliche Wortwahl“, doch der diplomatische Schaden war angerichtet. Der Anfang des Jahres aus dem Amt geschiedene deutsche Botschafter in London, Peter Ammon, beschwerte sich kurz vor seinem Weggang in einem Interview im *Guardian* (29.1.), dass die Briten immer noch im Denken des Zweiten Weltkriegs verhaftet seien.

Die „Wir gegen die Anderen“-Mentalität wird allerdings auch in Brüssel gepflegt. Als Beweis werden in London kritische Äußerungen von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker oder dem Brexit-Beauf-

**Im Kabinett herrscht  
das Gleichgewicht  
des Schreckens**

## Die Brexiteers erbleichen, sobald das Wort Singapur fällt

tragten des Europaparlaments, Guy Verhofstadt, angeführt. Besonders erzürnt reagierte Großbritanniens konservative Presse kürzlich auf die Warnung von EU-Chef-Unterhändler Michel Barnier, eine sich dem offiziellen Austritt anschließende Übergangsperiode, in der alles mehr oder weniger beim Alten bleiben soll, sei nicht garantiert. Dies wurde als Provokation empfunden.

„Was fällt Michel Barnier ein?“, schrieb der *Sunday Telegraph* (11.2.) in einem Leitartikel. Wenn Brüssel die Übergangsperiode infrage stelle, könne man auch die Debatte über die „Scheidungsrechnung“ wieder aufrollen. Die EU sei abhängig von den vereinbarten britischen Milliardenzahlungen. „Ohne unser Geld würde Brüssel in eine tiefe und zerstörerische Krise stürzen“, so das Blatt.

Das Geld ist aus Sicht des *Sunday Telegraph* nicht das einzige Argument, das die britische Regierung ins Feld führen könnte. „Letztlich schreckt Brüssel die Aussicht auf ein gnadenlos wettbewerbsfähiges, frei handelndes Großbritannien an der Grenze Europas.“ Das Blatt forderte die Premierministerin zu einem entschiedeneren Auftreten auf: „Das Vereinigte Königreich hat jede Menge Muskeln. Es ist an der Zeit, dass die Regierung sie spielen lässt.“

### Ein unangenehmer Rivale?

Tatsächlich ist Großbritannien nicht wehrlos. Die EU sitzt in den Verhandlungen mit den Briten zwar am längeren Hebel, aber Brüssel fürchtet, dass die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas mit Deregulierung und Steuer-senkungen zu einem unangenehmen

Rivalen werden könnte. Vielleicht, so die Sorge, ist ja doch etwas dran an dem Argument, dass Großbritannien sein wirtschaftliches Potenzial voll entfalten könnte, wenn es sich erst einmal von den EU-Regeln befreit habe.

Aus der Sicht der reinen Marktwirtschaftslehre sei die Vision des harten Brexits „vollkommen nachvollziehbar“, schrieb der Kolumnist Janan Ganesh in der *Financial Times* (12.2.). Doch scheuten sich die Verfechter eines solchen „liberalen Brexits“, die Implikationen für die britische Gesellschaft in der Öffentlichkeit darzulegen.

„Welche Regeln würden abgeschafft, um Großbritannien hyperwettbewerbsfähig zu machen und die Kosten des Ausstiegs auszugleichen?“, fragte Ganesh. „Welche arbeitsrechtlichen Vorschriften? Welche technischen Standards?“ Die Wähler hätten ein Anrecht darauf, dies zu erfahren. Doch die Brexit-Wortführer verharrten im Ungefähren, in der „elisabethanischen Bildersprache der offenen See“, weil sie wüssten, dass die ihnen vorschwebenden Reformen unpopulär wären. „Die Leaver wissen, dass die Wähler keine deutlich weniger regulierte, viel offenere Wirtschaft wollen“, schrieb Ganesh. Deshalb spielten sie immer nur auf Singapur als Vorbild für die britische Wirtschaft an, „doch sie erbleichen, sobald das S-Wort fällt“.

Ein Ende des Richtungsstreits im Kabinett ist nicht in Sicht. Und die Uhr tickt, wie Barnier nicht müde wird zu betonen. Am 29. März 2019 tritt Großbritannien formell aus der EU aus und verliert sein Mitspracherecht. Die EU-Regeln sollen auf der Insel aber noch bis Ende 2020 gelten,

um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Bis Oktober soll die Austrittsvereinbarung inklusive Übergangseinigung unterschriftsreif sein. Zugleich wollen die EU-Regierungschefs eine politische Erklärung abgeben, in der die Eckpunkte der künftigen Handelsbeziehung nach 2020 festgehalten sind.

### Zweifel am Zeitplan

Ob der Zeitplan einzuhalten ist, wird nicht nur in Brüssel bezweifelt. Schon die Gespräche über die Übergangsperiode sind schwieriger als erwartet, weil London mögliche neue EU-Richtlinien nicht einfach hinnehmen will. Kolumnist Dominic Lawson appellierte in der *Sunday Times* (11.2.) an die Regierung, keine Zeit zu verschwenden und die Brüsseler Bedingungen für die Übergangsperiode einfach zu akzeptieren. „Während der Vasallenstatus viele Tories empört, ist er im großen Lauf der Geschichte trivial.“ Nach den zwei Jahren könne Großbritannien schließlich alle unliebsamen Regeln wieder rückgängig machen.

Das Einzige, was wirklich zähle, sei der Status Großbritanniens nach der Übergangsperiode, schrieb Lawson. „Das ist die historische Entscheidung – und eine, die zu treffen May offenbar nicht imstande ist.“ Die Premierministerin scheine sich beim Güterhandel auch langfristig den Regeln von Zollunion und Binnenmarkt unterwerfen zu wollen. „May kapituliert vor der Lobby der Auto- und Pharmaindustrie, die mit dem Umzug ihrer britischen Fabriken gedroht hat, wenn wir nicht komplett im Bereich der EU-Regeln bleiben“, kritisierte Lawson. Das wäre eine „krachen-

de Niederlage“ für die Brexiteers, die sich dann von der Idee verabschieden müssten, eigene Handelsabkommen mit Drittstaaten abzuschließen.

Allerdings wies Lawson darauf hin, dass die Europäische Union einen solchen sektoralen Zugang als Rosinenpickerei ablehnt. „Brüssel scheint der Ansicht zu sein, dass die britische Regierung durch die parlamentarische und die außerparlamentarische Opposition dazu gebracht werden kann, das ganze Brexit-Unterfangen rückgängig zu machen.“

Jedenfalls haben die Remainer in London die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass der Ausstieg noch irgendwie abgewendet oder zumindest deutlich abgemildert werden kann. Der Brexit wirft einfach zu viele ungelöste Fragen auf. Im *Observer* (11.2.) forderte Rawnsley die Anti-Brexit-Mehrheit im Unterhaus auf, aktiv zu werden. Da die Regierung sich offenbar nicht auf einen Brexit-Kurs einigen könne, sollten die Abgeordneten den Gesetzgebungsprozess zum EU-Ausstiegsgesetz nutzen, um der Regierung die Verhandlungsziele vorzuschreiben. So könnten sie etwa den Verbleib in der Zollunion erzwingen. „Zeit zu handeln, Unterhausabgeordnete“, schrieb Rawnsley. „Übernehmen Sie die Kontrolle!“

„Unterhausabgeordnete, übernehmen Sie die Kontrolle!“



**Carsten Volkery**  
ist London-Korrespondent des *Handelsblatt*.



## Überraschend oder unausweichlich?

Drei Neuerscheinungen und der Versuch, Donald Trumps Aufstieg einzuordnen

Aylin Matlé | Seit dem Wahlsieg Donald Trumps im November 2016 versuchen Journalisten und Wissenschaftler, das vermeintlich Unbegreifliche zu erklären. Dabei steht eine Frage im Vordergrund: Ist der Populist Trump eine Ausnahmeerscheinung oder hat seine Wahl den Beginn eines politischen Gezeitenwandels in den USA eingeläutet?

„Attack, attack, attack, attack, attack“ – mit diesen Worten beschrieb Steve Bannon im Wahlkampf einem Reporter gegenüber den Plan des Trump-Teams, Hillary Clinton in die Knie zu zwingen. Wie es zur Entfaltung dieser Angriffsstrategie kommen und weswegen sie erfolgreich sein konnte, zeichnet der *Bloomberg Businessweek*-Journalist Joshua Green in „Devil’s Bargain“ nach.

Um Trumps Sieg verstehen zu können, müsse man sich mit der Vita des mittlerweile geschassten Trump-Beraters vertraut machen. Anfang der 1950er Jahre in eine irisch-katholische Arbeiterfamilie geboren, schlug der Schüler einer privaten römisch-katholischen Militärakademie einen ungewöhnlichen Weg ein.

Die Überlegenheit des Christentums und der westlichen Zivilisation wurde Bannon bereits als Heranwachsendem eingepflegt; ebenso, dass das christlich-jüdische Erbe immer stärker unter Beschuss gerate. Einen Beweis sah Bannon, der 1976

in die US Navy eintrat, in der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Teheran 1979. Dieses Ereignis hinterließ bei ihm den Eindruck, dass sich der Westen im Krieg gegen den Islam befinde – ein Eindruck, der sein Weltbild bis heute prägte, so Green, der Bannon seit dem Frühjahr 2011 beobachtet und viele Male interviewt hat.

Green zeichnet Bannons weiteren Werdegang vom Abschluss an der Harvard Business School über einen Job bei Goldman Sachs bis hin zu seinem Wechsel nach Hollywood mit großer Detailtreue nach. Die vorerst letzte Station, Hollywood, ist der Ort, an dem Bannon Andrew Breitbart kennen- und schätzen lernte. Nach Angaben des Autors verstanden die beiden sich auf Anhieb; so gut, dass Bannon nach Breibrarts plötzlichem Tod 2012 die Verantwortung für das Nachrichtenportal Breitbart News übernahm.

In dieser Zeit trafen Bannon und Trump, der damals schon auf das Weiße Haus schielte, aufeinander.



Der eine ein überzeugter Ideologe, der andere ein erfahrener und gewiefter Geschäftsmann. Trump habe Bannons Weltbild nahtlos übernommen, da er selbst über keine Weltanschauung verfüge. Trumps späterer Chefstrategie im Weißen Haus sagte richtig voraus, dass die Republikaner nicht Minderheiten, sondern die Wählerschaft in den Südstaaten ansprechen müssten – eine Wählerschaft, die tief patriotisch, skeptisch gegenüber Immigranten, militaristisch und populistisch eingestellt ist. Dieser Personengruppe passte Bannon, der im August 2016 die Kampagne Trumps übernahm, die Botschaft des republikanischen Kandidaten an. Neben nationalistischen Tönen („Make America Great Again“, eine Formel, die Trump schon im Dezember 2013 als Marke registrieren ließ) punktete das Trump-Lager mit Angriffen auf Hillary Clinton, die seit Beginn der 1990er Jahre ein Feindbild für konservative Kreise war.

Die Kombination aus Bannons Weltbild und dem unbedingten Wunsch der (Erz-)Konservativen, die Demokratin zu bezwingen, erklärt Green zufolge Trumps Wahlsieg. Damit liefert der Autor eine schlüssige Argumentation, die einen tiefen Einblick in Bannons Werdegang erlaubt und darauf verzichtet, andere zu beschuldigen. Nicht Russland, das FBI oder die Globalisierung werden als Erklärung für Trumps Triumph herangezogen – stattdessen wird die strategische Leistung Bannons herausgestellt.

### Trump als moderner Volksheld

Die üblichen Verdächtigen dienen auch dem deutschen Film- und Kulturkritiker Georg Seeßlen nicht als

Erklärung für Trumps Triumph. „Ein Leben ohne Pop ist genauso wenig vorstellbar wie ein Leben ohne Politik“, schreibt Seeßlen. Das Ineingreifen beider Sphären macht der Autor in „Trump – Populismus als Politik“ für den Aufstieg und Wahlsieg des amerikanischen Geschäftsmanns verantwortlich.

Laut Seeßlen orientieren sich die Menschen grundsätzlich an zwei großen gesellschaftlichen Narrativen. Das erste, ein „ökonomisch-politischer Diskurs“, stütze sich auf Informationen und Gesetze, das zweite hingegen, die „populäre Mythologie“, setze der Rationalität und Vernunft der ersten Erzählung Emotionalität entgegen. Beide stünden in Konkurrenz zueinander, zumal es immer schwieriger werde, zwischen beiden zu unterscheiden.

In der ersten Erzählung hat eine Figur wie Trump als Präsident keinen Platz; dass der Tycoon dennoch ins Weiße Haus eingezogen ist, habe dazu geführt, dass die „ökonomisch-politische Rationalität unheilbar erkrankt“ sei. In der zweiten Erzählung hingegen ist ein Unterhalter wie Trump elementarer Bestandteil.

Um dies zu unterstreichen, nimmt Seeßlen den Leser mit auf eine Reise durch die Welt der Popkultur. In dieser ist Trump ein moderner Volksheld, der „gewonnen [hat], nicht obwohl, sondern weil er gegen Vernunft, Moral und Geschmack antrat“. Ebenso eignet sich der 45. US-Präsident als Karikatur einer Westernfigur. Laut Seeßlen ist der Western der Gründungsmythos der amerikanischen Demokratie, in dem es stets darum gehe, „im Dienste einer Gerechtigkeit für den ‚kleinen Mann‘“ zu kämpfen. Treffender könnte Trumps



Joshua Green: **Devil's Bargain: Steve Bannon, Donald Trump, and the Storming of the Presidency.** New York: Penguin Press 2018. 304 Seiten, 17 \$

Wahlkampfstrategie kaum beschrieben werden, obwohl offenbleibt, ob Bannon & Co. ihren Kandidaten bewusst als einen Revolverhelden porträtiert haben.

Dass Trump als Selfmademan gilt, ist nicht auf eine bewusste oder unbewusste Wahlkampfentscheidung zurückzuführen, sondern auf einen wesentlichen Teil seiner Biografie. Der Typus des Selfmademan, dem Autor zufolge ein „Archetyp [...], der ebenfalls fest in der populären Mythologie verankert ist“, ist Trump wie auf den Leib geschneidert. Schließlich hat der US-Präsident den Großteil seines Lebens genau die Sorte Geschäftsmann verkörpert, die immer höher hinauswill – bis ihm schließlich kein Geschäftsdeal mehr herausfordernd genug erschien und er nach der politischen Macht griff.

Allen diesen popkulturellen Stereotypen ist eines gemein: Sie richten sich gegen das politische und wirtschaftliche Establishment, genauso wie Trumps Wahlkampf. Seeßlen lässt noch weitere Figuren aus der Popkultur auftreten, um sie mit dem US-Präsidenten in Vergleich zu setzen, so etwa den des „Sugardaddy“ oder Al Capone. Diese Vergleiche machen den Mehrwert des Essays aus, da eine solche Erzählung unüblich ist und sich fernab von politischen Erklärungsansätzen bewegt. Was die Gegenüberstellung des Politikneulings mit volkstümlichen Helden besonders reizvoll macht, sind die vielen Filmverweise – ein Genuss für Liebhaber des amerikanischen Kinos.

Um den Bogen zum Beginn seiner zwei Narrative zu schlagen, beendet Seeßlen seine Erzählung mit dem Unkenruf, dass die Gesellschaftsform der Demokratie sich dem Ende zunei-

ge und somit die erste durch die zweite Erzählung dauerhaft abgelöst werde. Der Aufstieg Trumps sei für diese Einschätzung bloß eines von vielen Indizien. Auch wenn man sich dieser düsteren Bewertung nicht anschließen mag, zeigt Seeßlen unterhaltsam und auf vergleichsweise überschaubarem Raum die immer enger werdende Verbindung zwischen Pop(ulismus) und Politik auf.

### Dickicht des Beschreibungswusts

Wie es dem Medienmagnaten und Geschäftsmann Trump gelang, ins Oval Office einzuziehen und wie er seitdem nicht nur die USA, sondern die Welt beeinflusst, versucht auch der Journalist Ansgar Graw in „Trump verrückt die Welt. Wie der US-Präsident sein Land und die Geopolitik verändert“ zu erklären. Bei dem Versuch bleibt es bedauerlicherweise. Während der Titel auf eine ausführliche Analyse der bisherigen Trumpschen Präsidentschaft hoffen lässt, handelt sich der Autor, der jahrelang als Korrespondent für die *Welt* aus den USA berichtet hat, von einem Themenfeld zum nächsten. Angefangen von Trumps Person, Aufstieg und (angeblicher) Herkunft über „Amerikas Identitätskrise“ bis hin zu Obamas „Political Correctness als Trumps unfreiwilligem Wahlhelfer“ schneidet Graw eine große Bandbreite von Inhalten an, die direkt oder indirekt mit Trump in Zusammenhang stehen sollen.

Ein solches Gestrüpp von Themen, die nicht in der Tiefe analysiert, sondern lediglich oberflächlich beschrieben werden, hat den Vorteil, dass fast jede mögliche Facette amerikanischer Außen- und Innenpolitik angeboten wird. Der große Nachteil an einem



Georg Seeßlen:  
**Trump! Populismus als Politik.**  
Berlin: Bertz+Fischer 2017.  
144 Seiten, 7,90 €

solchen Gemischtwarenladen ist der fehlende rote Faden: Nach Beendigung der Lektüre scheint mehr Verwirrung als Klarheit zu herrschen.

Im besten Fall ist das Buch eine Ansammlung von Beschreibungen, die man an anderer Stelle bereits gelesen oder gehört hat. So etwa die fälschliche Behauptung Trumps, Deutschland und andere NATO-Alliierte schuldeten den USA Geld für amerikanische Schutzversprechen und -leistungen. Dass der amerikanische Präsident über kein kohärentes Bild der Europäischen Union verfügt, ist auch keine Neuigkeit. Eine solche Wiedergabe ist zumal dann überflüssig, wenn bereits vielfach besprochene Inhalte nicht mit einem analytischen Rahmen ausgestattet, sondern lediglich auf einer Seite zusammengefasst werden.

Noch irritierender sind Abschnitte und ganze Kapitel, die auf Umwegen den Bogen zum Aufstieg und zur Präsidentschaft Trumps schlagen. So widmet Graw ein Kapitel dem Erbe Andrew Jacksons, dessen populistischer Politikstil häufig mit dem Trumps verglichen wird. Statt in der Tiefe auf die vermeintlichen Schnittmengen zwischen dem siebten und dem 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten einzugehen, begnügt der Autor sich damit, die Biografie Jacksons cursorisch wiederzugeben und in nur wenigen Sätzen den Bogen zu Trump zu schlagen.

Ebenso wenig aufschlussreich sind die Ausführungen über „Amerikas Wirtschaft: Wer fuhr den Wagen in den Sumpf?“ Das Kapitel springt vom Pariser Klimaschutzabkommen über die Steuerreform bis hin zu einem kurzen Erklärungsversuch, wa-

rum Präsident Bill Clinton für die Wirtschaftskrise von 2008 verantwortlich sei.

Ähnlich verwirrend wie der abschnittsweise und zusammenhangslose Erzählstil sind die Vermischung von Beschreibung, Meinung, (Fremd-) Analyse und teilweise fragwürdigen Schlussfolgerungen. So springt Graw an einer Stelle von Trumps „Den-Sumpf-trockenlegen“-Rhetorik über das Erpressungspotenzial enger Mitarbeiter des Präsidenten bis hin zur Kritik, die an milliardenschweren Kabinettsmitgliedern wie Handelsminister Wilbur Ross geübt wurde. Zwar kann man sich den Zusammenhang erschließen, die Schlussfolgerung des Autors trifft den Leser dennoch unverhofft: „Dabei ist es zu begrüßen, wenn Hochvermögende eine aus ihrer Sicht mies bezahlte Position (Minister in Washington verdienen knapp 200 000 Dollar) übernehmen, um der Nation zu dienen.“ Ähnliche Meinungsäußerungen, von denen der Autor offensichtlich meint, dass sie ohne weitere Erklärung auskommen, finden sich vielfach im Dickicht des Beschreibungswusts.

Ob beabsichtigt oder nicht – in gewisser Weise passt Graws Schreibstil fast zu gut zum Sujet seiner Beschreibung: sprunghaft, Breite vor Tiefe und der Wunsch, zu allem etwas sagen zu müssen.



Ansgar Graw: **Trump verrückt die Welt. Wie der US-Präsident sein Land und die Geopolitik verändert.** Stuttgart: Herbig 2017. 240 Seiten, 20 €



**Aylin Matlé**  
promoviert über die Auswirkungen des US-Engagements auf NATO-Europa während der Obama-Administration an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

## Der Geist von Gezi

Auf der Suche nach Alternativen zu Erdoğan: Vier Neuerscheinungen

Luisa Seeling | Seit dem Referendum vom April 2017 und dem Votum für ein Präsidialsystem scheint es in der Türkei niemanden mehr zu geben, der Recep Tayyip Erdoğan auf seinem Weg Richtung Ein-Mann-Staat stoppen kann. Doch trotz Ausnahmezustand, Medienzensur und Unterdrückung gibt es vorsichtige Anzeichen, dass mit Erdogans Gegnern noch zu rechnen ist.

Am 29. Januar 1986 empfängt Baha Güngör einen Besucher, den er nicht eingeladen hatte. Der deutsch-türkische Journalist arbeitet als Korrespondent für verschiedene deutsche Medien in Istanbul. An jenem Wintertag hat er, wie er später rückblickend schreibt, „völlig unerwartet die Wahl zwischen der Mitarbeit für den türkischen Geheimdienst MIT (Millî İstihbarat Teşkilatı) als ‚Informant‘ oder dem Risiko, irgendwann ‚die Überlegenheit des türkischen Staates‘ zu spüren zu bekommen“.

Der Besucher versucht mit kaum verhohlenen Drohungen, Güngör zur Mitarbeit zu bewegen. Vergeblich. Doch schon der Anwerbeversuch zieht eine ganze Reihe von beruflichen Verwicklungen nach sich. Als besonders schmerzhaft empfindet der Journalist die Erfahrung, einige Jahre später „denunziert“ zu werden – ein Kollege verbreitet das Gerücht, Güngör sei ein MIT-Spitzel. Die Behauptung wird später zurückgezogen, Schaden richtet sie dennoch an.

„Atatürks wütende Enkel“, das Buch, aus dem diese Episode stammt, ist kein historisch-politisches Lehrwerk. Wie Güngör in seiner Einleitung schreibt, ist es ein auf jahrzehntelanger Beobachtung fußender Versuch, dem Leser nahezubringen, wie die Türkei tickt. Der Autor ist in Istanbul geboren und in Aachen aufgewachsen; nach seiner Zeit als Türkei-Korrespondent war er Leiter der türkischen Redaktion der Deutschen Welle. Für sein Buch schöpft er aus einem reichen Fundus an Erlebnissen und Anekdoten, manche davon amüsant, andere bedrückend. Der Einstieg mit der Schlapphut-Episode zeigt zweierlei: Zum einen, dass journalistisches Arbeiten in der Türkei immer schon ein Balanceakt war. Der Korridor des Erlaubten ist schmal.

Zudem ist der Geheimdienst MIT ein gutes Beispiel für die Widersprüchlichkeit der türkischen Demokratie. Als die EU Ende der neunziger Jahre die Türkei als Beitrittskandidatin akzeptierte, war es ausgerechnet

der MIT, der „offen die Richtlinien der Politik für eine neue Türkei im Einklang mit den Kopenhagener Kriterien“ mitbestimmte, schreibt Güngör. Sicherheitsorgane wie Militär und Geheimdienst, die als Hüter der Demokratie auftreten und zugleich gegen demokratische Prinzipien verstoßen – ein Widerspruch, wie er für die Türkei typisch ist.

Güngör gehört selbst zu den „wütenden Enkeln Atatürks“, auf die sein Buchtitel anspielt. Den immer stärker autoritären Kurs der religiös-konservativen AKP-Regierung (Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt) lehnt er ab, doch auch die kemalistisch-säkularen Eliten sieht er kritisch: Diese hätten Fehler über Fehler gemacht und mit ihrer „seit vielen Jahrzehnten schwelenden Ignoranz“ und ihrem Glauben an die eigene Unersetzlichkeit den Aufstieg des politischen Islam erst ermöglicht. Seine lebendig geschriebene Analyse konzentriert sich weitgehend auf die achtziger und neunziger Jahre, in denen er die Wurzel für viele Übel verortet, die das Land heute plagen. Turgut Özal, Premierminister 1983-1989 und Staatspräsident 1989-1993, sieht er als Wegbereiter des Islamismus.

An vielen Stellen verliert der Autor sich in historischen Details, deren Relevanz für die Gegenwart nicht immer einleuchtet, und er vollzieht mitunter schwer nachvollziehbare Sprünge in der Chronologie. Dem politischen Aufstieg Erdoğan's widmet er sich erst ab Seite 175 (von 235), um dann noch einmal auf das deutsch-türkische Verhältnis in den sechziger und siebziger Jahren zurückzuschwenken. Unbefriedigend ist, dass Güngör den Konflikt zwischen Erdoğan's AKP und der Gülen-Bewegung in wenigen Zeilen

abhandelt; auch der gescheiterte Putschversuch vom Juli 2016 nimmt kaum Raum ein, obwohl es sich um eines der folgenschwersten Ereignisse der jüngeren türkischen Geschichte handelt.

### Schrumpfende Freiräume

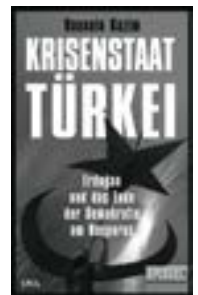
Haznain Kazim und Inga Rogg nehmen die Gegenwart stärker und systematischer in den Blick. Ihre Bücher sind insofern vergleichbar, als sie ähnliche Schwerpunkte setzen: Beide blicken in die Vergangenheit zurück, um das Verhältnis von Staat und Religion in der Türkei und den Aufstieg des politischen Islam zu beleuchten; beide gehen thematisch vor, ohne die Chronologie der Ereignisse außer Acht zu lassen; beide mischen analytische Passagen mit Reportage-Elementen.

Kazims Zeit als Korrespondent für Spiegel Online von 2013 bis 2016 bildet den Rahmen seines Buches. Als der in Oldenburg geborene Journalist mit pakistanisch-indischen Wurzeln 2013 in die Türkei zieht, zeichnen sich die kommenden Entwicklungen zwar schon ab; es ist das Jahr der Gezi-Proteste, auf die Erdoğan – damals Ministerpräsident – mit aller Härte reagiert. Doch verglichen mit Pakistan, wo Kazim zuvor gearbeitet hatte, erscheint ihm die Türkei als relativ liberal. Ein Eindruck, der nicht lange vorhält, denn in den folgenden Jahren werden die politischen und gesellschaftlichen Freiräume immer kleiner.

„Krisenstaat Türkei“ beschreibt den Niedergang eines Landes, das vor nicht allzu langer Zeit noch als Modell galt: für die Vereinbarkeit von Demokratie und Islam, für die Verbindung von Orient und Okzident. Die vergangenen Jahre aber lesen sich wie eine Aneinanderreihung von



Baha Güngör:  
**Atatürks wütende Enkel.** Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. 2017. 240 Seiten, 19,90 €



Haznain Kazim:  
**Krisenstaat Türkei.** München: Deutsche Verlags-Anstalt 2017. 256 Seiten, 20 €





Inga Rogg: **Türkei – die unfertige Nation**. Zürich: orell füssli 2017. 240 Seiten, 20 €

Krisen: Der Krieg zwischen der Armee und der kurdischen PKK im Südosten geht in immer neue Runden, die Wirtschaft leidet unter politischer Instabilität und verheerenden Terroranschlägen. Außenpolitisch liegt die Türkei im Streit mit den USA, mit etlichen arabischen Nachbarn, mit Teilen Europas. Wie es zu dieser Ballung von Problemen kommen konnte, ist eine der Fragen, denen Kazim in seinem Buch nachgeht.

Sein Blick auf die Zukunft des Landes ist zutiefst pessimistisch. Nicht nur, weil es Erdoğan gelungen sei, seine Macht zu zementieren – die letzte wichtige Etappe in diesem Prozess sei das Verfassungsreferendum im April vergangenen Jahres gewesen, bei dem eine knappe Mehrheit der Wähler für die Einführung eines Präsidialsystems stimmte. Sondern auch, weil es derzeit kaum Kräfte gebe, die diese Entwicklung in Richtung Einmann-Staat stoppen könnten.

### Isoliertes, gespaltenes Land

Auch Inga Rogg, *NZZ*-Korrespondentin in Bagdad und Istanbul, schreitet in ihrem sehr lesenswerten Buch die Stationen der türkischen Autokratisierung ab. Ihr Fazit: Zweifelsohne gehe es Erdoğan um die Absicherung seiner Macht, doch sei das System weitaus instabiler, als es den Anschein habe. Nach ihrer Darstellung brodelte es in Erdoğan's „neuer Türkei“, die heute „nicht größer und stärker“ sei, wie es der Präsident seinen Anhängern predige, „sondern isolierter und gespaltenener denn je“. Die Autorin fürchtet, dass es zum Crash kommen könnte, weil Hass und Wut zwischen den politischen Lagern wüchsen. Schon während der Gezi-Protteste 2013 seien fanatische Erdoğan-An-

hänger mit Messern auf Gegner losgegangen – ein Gewaltpotenzial, das leicht außer Kontrolle geraten könne.

Inga Rogg schlägt einen großen Bogen: von Atatürks Türkei, die keineswegs so demokratisch war, wie die Verehrer des Staatsgründers gerne glauben machen möchten, bis in die Zukunft, in die sie ein bisschen hoffnungsvoller blickt als Haznain Kazim. Die Regierung habe zwar den Gezi-Aufstand 2013 niedergeschlagen, doch dessen Geist sei noch da. Das hätten die vielen Nein-Initiativen gezeigt, die während der Referendumskampagne 2017 entstanden seien, und auch der Protestmarsch von Kemal Kılıçdaroğlu, Chef der Republikanischen Volkspartei (CHP), von Ankara nach Istanbul im Sommer 2017 sei ein starkes Signal gewesen, dass mit Erdoğan's Gegnern weiterhin zu rechnen sei.

Kazim wendet ein: Es gebe Alternativen zu Erdoğan, doch nicht immer seien diese auch „die bessere Alternative“. Am ehesten komme die CHP infrage; die traditionsreiche Partei habe aber Schwierigkeiten, über ihre Kernanhängerschaft hinaus zu mobilisieren. Die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) sei schlicht rechtsextrem.

Inzwischen gibt es noch eine weitere Partei, die der AKP Stimmen abjagen könnte, die İyi Parti („Gute Partei“) der aus der MHP ausgetretenen nationalistischen Politikerin Meral Akşener. Doch ob diese Partei mit ihren stramm nationalkonservativen Positionen als demokratischer Hoffnungsträger taugt, ist fraglich.

Der anhaltende Ausnahmezustand schränkt die Arbeit der Oppositionsparteien ein. Vor allem die prokurdische Demokratische Partei



der Völker (HDP) kämpft mit existenziellen Problemen – ihre Parteispitze, etliche nationale Abgeordnete und Hunderte Lokalpolitiker sitzen im Gefängnis. Auch Teile der Zivilgesellschaft und unabhängige Medien sind von Terrorparagrafen umstellt, die ihre Arbeit kriminalisieren.

### Vom Journalisten zum Aktivisten

Einer der im Ausland bekanntesten Medienvertreter ist der ehemalige Cumhuriyet-Chefredakteur Can Dündar, der seit anderthalb Jahren im Berliner Exil lebt. Drei Monate saß der Journalist in Untersuchungshaft, weil seine Zeitung über mutmaßliche Waffenlieferungen des türkischen Geheimdiensts an syrische Extremisten berichtet hatte; später wurden er und sein Büroleiter Erdem Gül zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Nach dem Putschversuch entschied sich Dündar, im Ausland zu bleiben; er fürchtete, in der Türkei keinen fairen Revisionsprozess zu bekommen.

Sein neues Buch „Verräter“ ist ein höchst persönlicher Einblick in sein Leben als Dissident und Exilant. „Ich bin vom Journalisten zum Aktivisten geworden“, schreibt Dündar. „Ich interviewe kaum noch, gebe aber ständig Interviews.“ Der preisgekrönte Autor reflektiert diesen Rollenwechsel und verteidigt ihn gegen seine Kritiker: In den eigenen Reihen werfen ihm manche Eitelkeit vor, im Erdoğan-nahen Lager beschimpft man ihn als Vaterlandsverräter.

Sein Buch handelt von der Einsamkeit im Exil, von der Sehnsucht nach der Heimat und von Weggefährten, die sich abwenden – es ist gefährlich geworden, mit dem Dissidenten befreundet zu sein. Dündar beschreibt

eine immer größere, immer besser vernetzte Szene oppositioneller Türken, die nach Deutschland kommen und ihre politische Arbeit fortsetzen. Mithilfe des deutschen Investigativ-Mediums Correctiv hat Dündar das Online-Magazin Özgürüz („Wir sind frei“) gegründet, er moderierte eine Folge der ZDF-Kultursendung „Aspekte“, schreibt regelmäßig für *DIE ZEIT* und eine Kolumne für das Maxim-Gorki-Theater. Dündar ist nicht der einzige türkische Oppositionelle, der sich in Deutschland regelmäßig zu Wort meldet. Aber er ist das prominenteste Beispiel dafür, dass die türkische Zivilgesellschaft noch lange nicht am Ende ist, sondern sich neu organisiert – zur Not eben im Ausland.

Der Stil von „Verräter“ ist gewöhnungsbedürftig. Dündar scheut das Pathos nicht; da ist schon mal von „unruhigen Tauben“ die Rede, die in seinem Herzen flattern. Doch sein Buch steckt auch voller anrührender Szenen. Wenn der Familienrat tagt, Dündar also per Skype mit seiner Frau Dilek, die die Türkei nicht verlassen darf, und seinem Sohn Ege, der in London lebt, telefoniert, um familiäre Angelegenheiten zu besprechen, etwa, ob der altersschwache Hund eingeschlafert werden muss. In diesen Passagen wird greifbar, welchen Preis Dündar und seine Angehörigen für sein Engagement zahlen.



Can Dündar:  
**Verräter.** Hamburg: Hoffmann und Campe 2017. 192 Seiten, 20 €



**Luisa Seeling**  
ist Redakteurin im außenpolitischen Ressort der *Süddeutschen Zeitung*.

**INTERNATIONALE POLITIK** ist die Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Die DGAP versteht sich als nationales Netzwerk für deutsche Außenpolitik an den Schnittstellen zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien. Sie begleitet als unabhängiger, überparteilicher, gemeinnütziger und privater Verein mit mehr als 2600 Mitgliedern aktiv die politische Meinungsbildung zu allen relevanten außenpolitischen Themen. Ihre international besetzten Vortragsveranstaltungen, Konferenzen und Studiengruppen sind ein wichtiges Berliner Debattenforum. Im Forschungsinstitut der DGAP arbeitet ein Team von Wissenschaftlern an praxisbezogenen Analysen; mit ihrer außenpolitischen Spezialbibliothek, ihren Internetseiten [www.dgap.org](http://www.dgap.org), [www.internationalepolitik.de](http://www.internationalepolitik.de) und [www.berlinpolicyjournal.com](http://www.berlinpolicyjournal.com) bietet die DGAP umfassende und aktuelle Informationen zu allen Fragen der Außenpolitik.

Die Zeitschrift **INTERNATIONALE POLITIK**, 1945 von Wilhelm Cornides unter dem Namen „Europa-Archiv“ gegründet, erscheint alle zwei Monate. Die IP verfolgt das Ziel, außenpolitische Debatten auf hohem internationalen Niveau zu führen, aktuelle Entwicklungen durch sorgfältige Analysen einzuordnen und so zur Kursbestimmung der deutschen Außenpolitik beizutragen. Die in der Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

#### Vorstand der DGAP

Dr. Arend Oetker, *Präsident*; Dr. Tessen von Heydebreck, *Schatzmeister*; Jutta Freifrau von Falkenhausen, *Syndika*; Dr. Michael J. Inacker, Hagen Graf Lambsdorff, Dr. Daniela Schwarzer, *Otto Wolff-Direktorin der DGAP*; Dr. Thorsten Klaußen, *Verwaltungsdirektor, Director Strategic Partnerships*, Dr. Sylke Tempel†, *Chefredakteurin Internationale Politik (IP) und Berlin Policy Journal (BPJ)*; Robert Hirsch, *Sprecher der Jungen DGAP*

#### Präsidium

Niels Annen, Dr. Stefanie Babst, Prof. Dr. h.c. Roland Berger, Elmar Brok, Sevim Dagdelen, Dr. Thomas Enders, Jürgen Fitschen, Dr. Stephan Goetz, Eric Gujer, Jürgen Hardt, Prof. Dr. h.c. Wolfgang Ischinger, Dr. Christian Jacobs, Bertram Kawlath, Eckart von Klaeden, Prof. Dr. Joachim Krause, Prof. Dr. Kurt Joachim Lauk, Walter Lindner, Prof. Dr. Klaus Mangold, Hildegard Müller, Christopher Freiherr von Oppenheim, Prof. Dr. Thomas Risse, Herbert J. Scheidt, Dr. Frithjof Schmidt, Karsten D. Voigt, Georg Graf von Waldersee, Dr. Heinrich Weiss, Prof. Dr. Michael Zürn

---

## Impressum

---

### Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik:  
Prof. Dr. Joachim Krause  
Dr. Arend Oetker  
Dr. Daniela Schwarzer

### Chefredakteurin

Dr. Sylke Tempel †

### Redaktion

Dr. Henning Hoff (V.i.S.d.P.),  
Uta Kuhlmann, Dr. Joachim Staron  
Projektmanagerin: Christine Krüger  
Redaktionelle Mitarbeit:  
Dominique Irwin, Colin von Ciriacy-Wantrup

### Layout

Thorsten Kirchhoff

### Beirat

Prof. Timothy Garton Ash, Oxford University  
Dr. Guido Goldman, Harvard University  
Dr. Richard Herzinger, Welt-Gruppe  
Dr. Michael J. Inacker, WMP-EuroCom AG  
Dr. Josef Joffe, DIE ZEIT, Stanford University  
Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser, Harvard University  
Stefan Kornelius, Süddeutsche Zeitung  
Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin  
Prof. Dr. Günther Nonnenmacher,  
Frankfurter Allgemeine Zeitung  
Prof. Dr. Volker Perthes,  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Prof. Dr. Helmut Reisen, Berlin  
Markus Spillmann, Neue Zürcher Zeitung  
Prof. Angela Stent, Georgetown University  
Daniel Vernet †  
Dr. Bernhard von Mutius, Potsdam

### Redaktionsanschrift

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin  
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-46  
Fax: +49 (0)30 25 42 31-67  
ip@dgap.org

### Marketing und Anzeigen

DGAP Consulting GmbH  
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin  
Stefan Dauwe  
dauwe@dgap-consulting.com  
Tel.: +49 (0)30 26 30 20 65

### Druckerei

Media-Print Informationstechnologie GmbH  
Eggertstraße 30 | 33100 Paderborn

### Pressevertrieb

DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH  
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

### Erscheinungsweise

sechs Mal jährlich (davon drei Mal mit  
IP-Länderporträt als Beilage)

### Bezugspreise

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90 €
Einzelpreis IP Wirtschaft	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studentenabonnement	73,00 €
Studentenabonnement Ausland	83,00 €
(Nachweis erforderlich)	
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

[www.internationalepolitik.de](http://www.internationalepolitik.de)

ISSN 1430-175X

---

## Service

---

Liebe Leserinnen, liebe Leser,  
in allen Fragen und Angelegenheiten rund um  
Ihr Abonnement der Zeitschrift IP erreichen  
Sie uns unter:

### IP Abonnentenservice

interabo GmbH  
Postfach 103245  
20022 Hamburg  
Tel.: +49 (0)30 61 10 55 49 05  
Fax: +49 (0)30 61 10 55 49 06  
ip@internationalepolitik.de

### Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?

Die Mitgliederbetreuung der DGAP, die für die  
Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig ist,  
erreichen Sie unter:

### DGAP e.V.

Mitgliederbetreuung / Evelyn Rehm  
Rauchstraße 17/18  
10787 Berlin  
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 40  
Fax: +49 (0)30 25 42 31 16  
rehm@dgap.org

## Wie wird man Sicherheitsexperte?

Ein kleiner Leitfaden für Anfänger

Sie können eine Haubitze nicht von einem Kampfjet unterscheiden, möchten aber unbedingt in die Sicherheitspolitik? Sie halten eine „No-Fly Zone“ für ein Insektenspray und glauben, Panzeraufklärer seien Pädagogen, die den Stahlkolossen die Sache mit den Blumen und den Bienen näherbringen? Kein Grund zur Panik. Sie können es auch ohne Sachkenntnis zu hohen sicherheitspolitischen Weihen bringen. Sie sind schließlich nicht der erste.

Achten Sie vor allem auf die richtige Rhetorik. Mit Wörtern wie „dynamisch“, „komplex“, „global“ und „unvorhersehbar“ veredeln Sie jeden Vortrag. „Krieg“ oder „kämpfen“ sollten Sie vermeiden, das klingt vorgestrig. Unbedenklich ist hingegen alles, was „Hybrid“ oder „Cyber“ enthält. Denn der häufige Gebrauch dieser Begriffe weist Sie nahezu automatisch als Experten aus. Nutzen Sie auch das Digitalzeitalter zu Ihrem Vorteil, indem Sie eine Zahl hinter einen Begriff setzen: Fordern Sie eine NATO 3.0, eine Rüstungsbeschaffung 4.0 oder eine Bundeswehr 5.0, das suggeriert etwas Neues und Verbessertes. Auch der tiefe Griff in das Schatzkästlein der Diplomatenrhetorik ist erlaubt. „Sicherheit ist nicht gegen, sondern nur mit Russland möglich“ wird nach wie vor gerne gehört – wenngleich vermutlich nicht von Ukrainern.

Inhalte sind nicht zwingend, häufig sogar kontraproduktiv. Prangern Sie die Verschwendung innerhalb Europas an. Warum braucht Europa sechs verschiedene Panzertypen? Weisen Sie auf „Synergien“ hin, die sich durch „rationalisierte“ und „effektivere“ europäische Zusammenarbeit ergeben könnten. Wie das in der Praxis funktionieren soll, müssen nicht Sie erklären. Ihre Sphäre ist die hohe Strategie, nicht die niedere Taktik. Garnieren Sie Ihre Forderung nach „neuen Ansätzen in der Rüstungskontrolle“ mit einem Potpourri aus Begriffen wie „Nanotechnologie“, „3D-Printing“ oder „autonome Drohnen“. Sie brauchen sich für diese Schaustellerei übrigens nicht zu schämen. Jeder zweite Thinktank arbeitet schließlich genauso.

Das geneigte Publikum mag auf Inhalte verzichten können, aber eines wird es von Ihnen immer erwarten: Authentizität. Stellen Sie also klar, dass Sie sich keine „Denkverbote“ erteilen lassen, dass Sie „die Dinge beim Namen nennen“. Diese Floskeln verfehlen selten ihre Wirkung. Und sollte Ihnen einmal der Fehler unterlaufen, konkret geworden zu sein, bleiben Sie cool. Denn Sie können den Unsinn, den Sie gesagt oder geschrieben haben, als „provokanten Debattenbeitrag ohne Scheuklappen“ verkaufen, mit dem Sie bloß einen „Denkanstoß“ geben wollen. Schon sind Sie „authentisch“ – und vielleicht bald schon ganz oben. Einfacher geht es doch nun wirklich nicht, oder?

Michael Rühle war lange Jahre als Redenschreiber bei der NATO tätig und leitet heute das Referat Energiesicherheit in der Abteilung für neue Sicherheitsherausforderungen. Er gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.